FACIT 32

MSB SPARTAKUS
Beiträge zur marxistischen Theorie und Politik

9. Jahrgang
Preis 2,50 DM

Spontaneität, Bewußtheit und Klassenkampf

- Sommerstreiks 1973
- Bürgerinitiativen
- Rosa Luxemburg und das Parteiproblem
- Spontaneismus
- Persönlichkeitstheorie
- Berufsverbote
- Bildung in der DDR
- Breshnew-Rede auf dem Weltfriedenskongreß

FACIT 32

Dezember 1973

MSB SPARTAKUS
Beiträge zur marxistischen Theorie und Politik

Inhalt:

Editorial 1

Kommentar:
Hamburger Parteitag der DKP . . 5

Bezirkssekretariat der DKP Ruhr-Westfalen:
Zur Einschätzung der Sommerstreiks 1973 9

Martin Berner:
Bürgerinitiativen zwischen Integration und gesellschaftlicher Veränderung 23

Josef Schleifstein:
Rosa Luxemburg und das Parteiproblem 25

Bernhard v. Mutius:
Wider den Spontaneismus . . . 41

Hans Hermsen / Klaus Prooft / Hans Dietz:
Zur Entwicklung der marxistischen Persönlichkeitstheorie 57

Gerhard Friedrich:
Berufsverbote im gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnis . . . 79

Wie löst die DDR ihre Bildungsprobleme? 91

Dokumentation:
L. I. Breshnew: Für einen gerechten, demokratischen Frieden, für die Sicherheit der Völker und internationale Zusammenarbeit . . . 99

Impressum

erscheint in der Weltkreis-Verlags-GmbH., 46 Dortmund

Herausgeber: Facit e. V., 53 Bonn, Poppelsdorfer Allee 58a

Herausgeberkreis: Klaus Görke, Karlheinz Heinemann, Steffen Lehndorff, Gunther Riechey, Hartmut Schulze, Christoph Strawe verantw. Redakteur: Karlheinz Heinemann

Redaktionsbeirat: Jürgen Büscher, Dr. J. H. v. Heiseler, Rainer Krings, Andreae Leisewitz, Werner Loch, Michael Maercks, Gunnar Matthiessen, Klaus Naumann, Christiane Reymann

Gestaltung: Jürgen Meyer

Redaktionsadresse: Facit e. V., 53 Bonn, Poppelsdorfer Allee 58a

Der Preis des Einzelheftes beträgt 2,50 DM, der des Doppelheftes 5,– DM. Im Abonnement beträgt der Preis nur 2,– DM, bzw. 4,– DM. Ein Jahresabonnement (5 Hefte) beträgt 10,– DM + Porto (bei Vorauszahlung nach Erhalt des ersten Heftes). Bei Gruppenabnahmen ab 10 Expl. gilt ebenfalls der ermäßigte Abonnementspreis.

Bestellungen und Anzeigen an:

Weltkreis-Verlag
46 Dortmund, Brüderweg 16,
Tel. (02 31) 57 20 10.
Postscheck-Kto.: Weltkreis-Verlags-GmbH, Dortmund, PSchA Frankfurt: 20 3290/600

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber und der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Druck: Plambeck & Co. GmbH., Neuss

Spontaneität, Bewußtheit und Klassenkampf

Wenn wir in diesem Heft von FACIT das Thema Spontaneität, Bewußtheit und Klassenkampf in den Mittelpunkt gestellt haben, so muß dies vorerst einmal eingegrenzt und erklärt werden, und zwar aus der unmittelbaren Situation der Klassenauseinandersetzungen in der BRD und den politischen und ideologischen Auseinandersetzungen an den Hochschulen.

Es könnte den Anschein haben, als sei die abstrakte Gegenüberstellung von Spontaneität und Bewußtheit, d. h. von der wissenschaftlichen Ideologie des Marxismus angeleitetem Handeln mit der „antiautoritären Studentenbewegung" überwunden.

Spontaneität und Bewußtheit sind entgegengesetzte Qualitäten politischen und gesellschaftlichen Handelns.

„Die praktische Tätigkeit des Menschen ist zwar in Bezug auf ihre unmittelbaren Resultate stets mit Bewußtsein und zweckmäßiger Organisation vollzogene Tätigkeit, jedoch nimmt sie, in Hinblick darauf, daß sie immer in ein System gesellschaftlicher Verhältnisse und Klassenbeziehungen integriert ist, und dadurch zu bestimmten sozialen Wirkungen und Resultaten führt, gesamtgesellschaftliche qualitative Bestimmtheit an. Auf diese beziehen sich die Begriffe Spontaneität und Bewußtheit." (Marxistisch-leninistisches Wörterbuch der Philosophie, Band III, Seite 1032, Reinbek b. Hamburg 1972) Spontaneität ist also nicht ohne jegliche Bewußtheit, sondern nur in dem Sinne, daß die langfristigen und gesamtgesellschaftlichen Wirkungen, die aus unmittelbarem Handeln hervorgehen können, nicht bewußt geplant und beabsichtigt sind. Von Bewußtheit ist eben dann zu sprechen, wenn das individuelle und kollektive Handeln bewußt auf gesellschaftliche und historische Ziele ausgerichtet wird. Daher bezeichnete Lenin die Spontaneität als „Keimform der Bewußtheit" (Lenin W., Bd 5, S. 385). „Jedoch ist sie zugleich unbeholfenes, mangelhaft organisiertes und zielloses Handeln, das sich schädlich auswirkt und das von Reaktionären und Konterrevolutionären ausgenutzt werden kann; daher muß die Partei der Arbeiterklasse durch ihre politisch-ideologische und organisatorische Arbeit die Bewegung der Massen auf das Niveau der Bewußtheit heben. (Lexikon, aaO., S. 1031) Hieraus ist schon ersichtlich, daß sich das Problem von Spontaneität und Bewußtheit immer neu stellen wird, und zwar im Verhältnis zur fortschreitenden revolutionären Klassenauseinandersetzung und der Organisierung dieser Klassenauseinandersetzung in allen gesellschaftlichen Bereichen, auch an den Hochschulen.

Die Konstituierung des Marxistischen Studentenbundes Spartakus als einheitlich handelnder Verband mit demokratischer Willensbildung, der auf der Grundlage des Marxismus die Studentenbewegung in den demokratischen, antimonopolistischen Kampf einbeziehen will, der die Studenten auf das Bündnis mit der Arbeiterklasse orientieren will, war seinerzeit die notwendig gewordene Antwort auf die Organisationsfrage.

Heute können wir jedoch deutlich einen Aufschwung des Kampfes der Studenten um ihre sozialen und demokratischen Rechte beobachten, ohne daß sie schon klare Vorstellungen über die fernen Wirkungen ihres politischen Handelns besitzen. Und da die Studentenbewegung nicht aus dem gesamtgesellschaftlichen Klassenkampf auszusondern ist, ist für sie auch die Frage nach dem Entwicklungsstand der Klassenauseinandersetzung gerade im Hinblick auf die sich mehrenden Streiks in der Arbeiterklasse von unmittelbarem Interesse und direkter Bedeutung. Um eine realistische Einschätzung der Fortschritte der antimonopolistischen Bewegung erhalten zu können, ist es erforderlich, den jeweiligen Bewußtseinsstand und Organisationsgrad, wie sie in den Streikbewegungen zum Ausdruck kommen und zugleich auch als Voraussetzungen für den weiteren Fortschritt des Kampfes der Arbeiterklasse zu werten sind, zu untersuchen. „Die Massenbewegung begrenzt sich heute bei weitem nicht auf das Wachstum der Streikkämpfe ... nicht selten haben die Massenbewegungen einen spontanen Charakter, doch das ist bei aller Schwäche einer solchen Art von Ausbrüchen, wie Lenin unterstrich, ein Ausdruck der Tiefe der Bewegung." (B. Ponomajew, Aktuelle Probleme der Theorie des revolutionären Weltprozesses, in: Der 24. Parteitag der KPDSU und die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie, Berlin 1972, S. 85). Die „Einschätzung der Sommerstreiks", die beim Bezirkssekretariat der DKP Ruhr-Westfalen erarbeitet wurde, legt die Haupttendenzen der Arbeiterkämpfe, vor allem in der Metallindustrie im Sommer dieses Jahres dar. Mit ihrer Veröffentlichung wollen wir dazu beitragen, daß sich das Bewußtsein von der Bedeutung und der Entwicklung des Kampfes der Arbeiterklasse unter der Studentenschaft schärft. Aus dieser Analyse ergeben sich wichtige Schlußfolgerungen für das Wirken der Kommunistischen Partei in der Arbeiterbewegung, Ansatzpunkte, an denen der spontan aufbrechende Antagonis-

mus zu höherer Bewußtheit fortentwickelt werden muß.
Eine charakteristische Erscheinung für das Aufbrechen der Widersprüche in allen gesellschaftlichen Bereichen sind die unter dem Begriff „Bürgerinitiativen" zusammengefaßten, meist nur lose organisierten und von ihrer Zielstellung her begrenzten Bewegungen. Einerseits werden Organisationsformen, wie sie dort zutage treten, gegen die Notwendigkeit einer geschlossen handelnden marxistischen Partei ins Feld geführt, andererseits wird die „Spontaneität" dieser Bewegungen von den herrschenden Parteien genutzt, um hier die wachsende Bereitschaft, politisch aktiv zu werden, im herrschaftsstabilisierenden Sinne umzufunktionieren. Eine Einschätzung dieser Bürgerinitiativen ist daher für die reale politische Bewegung ebenso wie für die ideologische Auseinandersetzung um die Organisationsfrage von Bedeutung. Deshalb drucken wir den Aufsatz von Martin Berner zu diesem Thema ab.
Die Frage der Spontaneität, der Bewußtheit, der Organisation und des Klassenkampfes, bleibt aber nicht nur lebendig aufgrund der sich ständig entwickelnden sozialen, antiimperialistischen und antimonopolistischen Bewegung, sondern auch deswegen, weil sie in der bürgerlichen Ideologie einen hervorragenden und dauerhaften Platz einnehmen. Die Bemühungen der Bourgeoisie laufen allemal darauf hinaus, die Stärkung und Organisierung der Arbeiterklasse zu verhindern und der weiteren Verankerung der Kommunistischen Partei in der Arbeiterklasse einen Riegel vorzuschieben.
Je nach den politischen Kräfteverhältnissen, die die Bourgeoisie vorfindet, verwendet sie dazu alle verfügbaren Maßnahmen wie politische und juristische Erpressung der bewußtesten Kräfte der Arbeiterbewegung, Unterdrückung der Jugendvertreter, Berufsverbote und Bundeswehrübungen gegen streikende Arbeiter und Demonstranten, Polizeieinsatz bei Streiks, Ausweisung aktiver ausländischer Arbeiter, Kündigungen von „Rädelsführern" in den Streikbewegungen. Zugleich aber begleitet sie die direkten Unterdrückungsmaßnahmen durch verstärkte ideologische Angriffe. Aufgrund ihrer traditionellen Verankerung in der Arbeiterbewegung glaubt insbesondere die Sozialdemokratische Partei, dies besonders gut leisten zu können. Entsprechend sollte „die geistige Auseinandersetzung in erster Linie auf die Kommunistische Partei hinzielen ... überzeugte Kommunisten sind natürlich westlichen Argumenten nicht zugänglich ... nur marxistische Argumente machen die Kommunisten verlegen, bringen sie durcheinander, regen sie zum Nachdenken an." (Günther Bartsch, Den Kommunismus mit seinen eigenen Waffen schlagen, in: Die neue Gesellschaft V, 1969, S. 376). Dabei setzt „das Gesellschaftsbild der Sozialdemokratie ... auf die Spontaneität der Idee ..." (Ulrich Lohmar, Sozialdemokratie und Kommunismus, in: Zeit Nr. 16, vom 21. 4. 1972, S. 56).
Also: Spontaneitätstheorie im marxistischen Vokabular, Marx versus Lenin, junger Marx versus altem Lenin ... Besonderer Beliebtheit erfreut sich auch das Ausspielen von Führern der deutschen Arbeiterbewegung (als Verkörperung der „westlichen" Arbeiterbewegung) gegen Lenin (und die „östliche Enthumanisierung der emanzipatorischen Motive der Arbeiterbewegung"). Hier wiederum liegt die Verstümmelung und Zurechtbiegung von Rosa Luxemburg ganz vorn. Zu ihrem 100. Geburtstag wurde sie in der „Neuen Gesellschaft" dargestellt als „die Begründerin einer bestimmten Richtung des Kommunismus ..., des demokratischen Kommunismus." Das konnte sie in den Vorstellungen des Schreibers sein, weil sie sich „nach der Revolution von 1918 ... — vergebens — gegen die Gründung einer eigenständigen linksradikalen Partei (stemmte); sie wollte die Verbindung zu den Massen nicht verlieren." (Hermann Weber, „Freiheit ist immer die Freiheit des anders Denkenden." Zum 100. Geburtstag Rosa Luxemburgs, in: Die neue Gesellschaft, 18. Jg., Heft 3, 1971, S. 191).
In dieser Frage, was das Verhältnis von Rosa Luxemburg zur Partei als organisierendem und bewußtseinsbildendem Faktor betrifft, versucht der Aufsatz von Prof. Josef Schleifstein Klarheit zu schaffen, der auf dem Diskussionsbeitrag des Genossen Schleifstein auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz des Instituts für Zeitgeschichte in Reggio di Emilia im September d. J. beruht.
Über den gezielten Versuch, die Arbeiterbewegung mit Mitteln der Spontaneitätstheorie zu zersplittern, hat schon Lenin ausgeführt, „daß jede Anbetung der Spontaneität der Arbeiterbewegung, jede Herabminderung der Rolle des ‚bewußten Elements', der Rolle der Sozialdemokratie, zugleich — ganz unabhängig davon ob derjenige, der diese Rolle herabmindert, das wünscht oder nicht — die Stärkung des Einflusses der bürgerlichen Ideologie auf die Arbeiter bedeutet", (Lenin, Was tun?, Werke Band V, Berlin 1971, 394). Zwar fühlt sich „die Arbeiterklasse ... spontan zum Sozialismus hingezogen, aber die am meisten verbreitete (und in die mannigfaltigsten Formen ständig wiederaufstehende) bürgerliche Ideologie drängt sich trotzdem dem Arbeiter am meisten auf." (Was tun? aaO., S. 397). Im wesentlichen ist es folgendes Argument, das

auf dem Boden spontaneitätstheoretischen Denkens von der bürgerlichen Ideologie gegen die kommunistischen Parteien bemüht wird. Der wissenschaftliche Sozialismus und die Theorie des Klassenkampfes müsse sich unmittelbar aus der praktischen Erfahrung der Arbeiterbewegung selbst entwickeln, und der dürfe nicht im Interesse der „Mündigkeit" und „Selbstbestimmung" der Bewegung durch die Partei in die Arbeiterbewegung hineingetragen werden. Da aber die Arbeiter tagtäglich die gesellschaftlichen Verhältnisse, durch die sie unterdrückt und ausgebeutet werden, durch ihre Arbeit selbst wieder reproduzieren, wird die unmittelbare Einsicht in die Klassenverhältnisse äußerst erschwert und kaum anders möglich als durch die umfassende wissenschaftliche Analyse der ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen die Arbeiterklasse lebt. Zum anderen sind die herrschenden Ideen, die sich, wie bereits von Lenin im Zitat erwähnt, den Arbeitern tagtäglich aufdrängen, die Ideen der herrschenden Klasse. Daß die Arbeiterklasse ihnen ausschließlich ausgeliefert bleibt, ist ja die Absicht jener Argumentation, daß der wissenschaftliche Sozialismus nicht von außen in die spontanen Kämpfe der Arbeiter hineingetragen werden dürfe.

Lenins Forderung, daß die Partei von außen Bewußtsein in die spontanen Kämpfe hineintragen müsse, wird oft als Vorwand mißbraucht, eine chinesische Mauer zwischen Partei, Klasse und Masse zu konstruieren. Damit wird die Partei selbst der Klasse entgegengesetzt, aus der heraus sie sich ja erst entwickelte und die sie repräsentiert. Das Hineintragen von Bewußtheit geschieht eben nicht, wie es die bürgerliche Ideologie gerne darstellen möchte, durch kurzfristig zu Kampfaktionen angesetzte Flugblattverteilung vor den Betriebstoren, geschieht nicht allein durch Agitation und Propaganda, sondern vor allem durch die Organisierung des Kampfes selbst und das systematische Bemühen, größere Klarheit in die Aktionsziele durch den wissenschaftlichen Sozialismus hineinzutragen. In seinem Grundsatzprogramm stellt der MSB Spartakus fest: „Der marxistische Studentenverband Spartakus versteht sich in diesem Kampf als aktive, organisierende und bewußtseinsbildende Kraft unter der Studentenschaft ...

Nur in der Verbindung mit dem Marxismus und den Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung und der gesamten antiimperialistischen Bewegung können die Studenten in der Aktion politisches Bewußtsein entwickeln." Gerade in der spezifischen Argumentation der bürgerlichen Ideologie zeigt sich, wie untrennbar Bewußtheit und Organisation miteinander verwoben sind. Solange die revolutionäre Arbeiterbewegung, wie die antiimperialistische Bewegung überhaupt, auf unmittelbare Ziele orientiert bleibt, zeigt sich hier nicht die Notwendigkeit, sich selbst zu organisieren. Erst durch größere Klarheit und die wissenschaftlichen Analysen der Klassenlage und der weiterreichenden politischen wie gesellschaftlichen Zielsetzung, wird ihr das Erfordernis der Organisation bewußt. So erweist sich hieraus die Notwendigkeit der Organisierung als Voraussetzung auch dafür, aus der Spontaneität zur Bewußtheit zu gelangen, weil anders, bliebe die Bewegung auf punktuelle und aktuelle Ziele beschränkt und ohne organisatorische Basis, sie ständig den massiven Angriffen der bürgerlichen Ideologie und ihres nachhaltigen Einflusses ausgesetzt wäre. Angesichts der hohen politischen Bedeutung dieser Frage darf es nicht verwundern, wenn bürgerliche Spontaneitätstheorien in stets aufgefrischtem Gewande erblühen. Es ist ein Bestandteil ebenso sehr des alltäglichen Kampfes um die unmittelbaren demokratischen und sozialen Rechte wie des langfristigen Kampfes um den Sozialismus, sich mit diesen Theorien auseinanderzusetzen. Gerade in der Studentenbewegung spielt die Auseinandersetzung damit eine große Rolle, weil aufgrund der sozialen Lage und Erfahrungswelt der Studenten dort der Boden besonders fruchtbar ist. Der Aufsatz von Bernhard von Mutius will die gemeinsamen Grundlagen dieser Theorie herausarbeiten und kritisieren. Da wird nach wie vor die Organisation dem Individuum, die Spontaneität der bürokratischen Leitung gegenübergestellt. Spontanes, „freies", keinen organisatorischen Zwängen unterworfenes Handeln wird mit Demokratie identifiziert und daraus werden dann „Sozialismusmodelle" der „Selbstverwaltung" etc. abgeleitet.
So ist zu zeigen, wie diesen ideologischen Verzerrungen, die uns in der täglichen politischen Praxis begegnen, ein bürgerlicher Begriff vom Individuum, der Persönlichkeit zugrundeliegt und demzufolge auch ein falsches Verständnis von individueller Emanzipation. Damit betrifft die Diskussion um Spontaneität und Bewußtheit, um die Organisation des Klassenkampfes auch das Problem der gesellschaftlichen Alternativen zum Kapitalismus, die Vorstellung von Vergesellschaftung des Menschen, die seine Emanzipation ermöglicht — ein Thema nicht nur für die fachwissenschaftliche Auseinandersetzung unter Psychologen, vielmehr von allgemeinem Interesse angesichts eines stärker werdenden Gefühls der „psychischen Verelendung".

Der Aufsatz von Dietz/Hermsen/Prooft beschäftigt sich deswegen mit dem Verhältnis von Individuum und Kollektiv, mit den philosophischen Grundlagen einer Persönlichkeitstheorie und stellt eine auf der Grundlage des Historischen Materialismus entwickelte Persönlichkeitstheorie in Umrissen – anknüpfend an Sève – dar.

Wir meinen, daß dieser Aufsatz auch verdeutlicht, daß der Marxismus eine für alle nach Erkenntnis der gesellschaftlichen Realität Suchenden eine echte Alternative zum vielfach schon in der Sackgasse gelandeten bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb darstellt, zumal einer der Autoren, Hans Hermsen, der sich in Bonn um eine Assistentenstelle am psychologischen Institut beworben hat, vom Berufsverbot betroffen ist.

Aus dieser Vielfalt der Themen und Fragestellungen im Zusammenhang mit Spontaneität, Bewußtheit, Organisation und Klassenkampf ergibt sich schon, daß sich dieses Facit nicht die Aufgabe stellen konnte, Abhandlungen aller relevanten Fragestellungen oder Auseinandersetzungen mit diesen Strömungen zu leisten. Vielmehr wollen wir mit diesen einzelnen Artikeln zu denen an den Universitäten laufenden Auseinandersetzungen Stellung nehmen und auf ideologischer Ebene zur weiteren Organisierung und Bewußtheit der Studentenbewegung beitragen.

Wir haben in dieses Heft den Aufsatz von Friedrich aufgenommen, der eine Einschätzung der gegenwärtigen Praxis der Berufsverbote in dem Zusammenhang mit der Entwicklung des Kräfteverhältnisses in der BRD stellt. Auch wenn dieses Thema keinen unmittelbaren Bezug zum Schwerpunkt dieses Heftes hat, so ist es doch eine der aktuell wichtigsten Aufgaben der demokratischen Bewegung. Die abgedruckte Einschätzung macht deutlich, daß es möglich ist, in diesem Kampf Erfolge zu erzielen. Dazu ist es notwendig, ihn mit dem Kampf aller demokratischen Kräfte zu verbinden, die wachsende Stärke der gesamten demokratischen Bewegung in konkrete Erfolge umzumünzen. Grundvoraussetzung dafür ist das Bündnis mit der Arbeiterbewegung. Dabei kommt den Kommunisten eine besondere Bedeutung zu, weil sie die verschiedenen Teilbewegungen gegen den gemeinsamen Gegner zusammenfassen können. In der Frage der Berufsverbote ist der unmittelbare Zusammengang dieser Bewegung mit dem Kampf gegen die Entlassung aktiver Gewerkschafter etc. in den Betrieben besonders wichtig.

Bekanntlich spielt in der Auseinandersetzung um den real existierenden Sozialismus, seine Vorzüge bzw. seine Nachteile, das Bildungswesen eine besondere Rolle. So meint der Wissenschaftsminister Dohnanyi, uns vorhalten zu können, daß in unserem sozialistischen Nachbarstaat, der DDR, das Bildungswesen genau dieselben Probleme aufweise wie in der BRD. Aber auch unter Stundenten hört man Einwände wie: das Bildungs- und Hochschulwesen in der DDR sei rein technokratisch gestaltet, es gäbe dort ebenso Zulassungsbeschränkungen wie bei uns. Gibt es wirklich nur graduelle Unterschiede im Zugang zu den Hochschulen, in der Funktion der Hochschulen in der Gesellschaft? Wir baten unseren Bruderverband in der Deutschen Demokratischen Republik, die FDJ, auf solche Fragen sozusagen authentisch zu antworten. Der Artikel, den sie uns daraufhin schickten, ist in diesem Heft abgedruckt.

Der Weltkongreß der Friedenskräfte in Moskau ist ein neuer, wichtiger Anlaß, die Veränderungen in der Welt zugunsten der Kräfte eines gerechten Friedens genau zu untersuchen und unsere Aufgaben im Friedenskampf zu bestimmen. In einem der nächsten Hefte werden wir dazu einen umfangreicheren Aufsatz veröffentlichen. In diesem Heft drucken wir die Rede des Generalsekretärs der KPDSU, Genossen Leonid I. Breschnew vor diesem Forum nach. Diese Rede, in der nicht nur die gegenwärtige Situation in der Welt umfassend eingeschätzt wird, sondern auch die neuen Aspekte des Friedenskampfes herausgearbeitet werden und die Einheit von Frieden und antiimperialistischem Befreiungskampf dargestellt wird, sollte nicht nur einmal gelesen werden, sondern als Quelle und Argumentationshilfe ständig benutzt werden.

Kommentar:

Parteitag der DKP – Der Weg zur Massenpartei

Der Hamburger Parteitag der DKP vom 2.–4. November ist in der Öffentlichkeit als „selbstbewußte und optimistische Selbstdarstellung" gewertet worden. Dieser Parteitag machte deutlich, daß die DKP sich erfolgreich als revolutionäre Massenpartei in der Bundesrepublik entwickelt, daß sie mit den Massen verbunden ist, die Probleme aufgreift, die dem werktätigen Volk unter den Nägeln brennen. Dazu gehört, daß sie es versteht, den Massen zu helfen, „sowohl ihre wahren Klasseninteressen wie ihre Gegner und ihre Verbündeten im Kampf klar zu erkennen, den Werktätigen die Notwendigkeit einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft begreiflich zu machen und die Wege zur Verwirklichung dieser historischen Aufgabe zu weisen."[1] Deshalb heißt es im Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag, daß die DKP „mit allen arbeitenden Menschen tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen (erstrebt) ... Wir wollen so eine Öffnung des Weges zum Sozialismus auch für unser Land ermöglichen".

Auf diesem Parteitag demonstrierte die DKP, daß sie nicht nur den Anspruch erhebt, Partei der arbeitenden Menschen zu sein, sondern daß sie diesem Anspruch auch in ihrer täglichen Politik und Praxis gerecht wird. „Wenn die Kommunisten an der Spitze marschieren wollen, genügt es nicht, lediglich die Ausbeuterklassen zu entlarven, sondern man muß es verstehen, positive Aktionsprogramme aufzustellen. Daraus folgt, daß der Hauptinhalt der Arbeit unter den Massen Alternativen sind, die von den Kommunisten zu allen Aspekten der Politik der Bourgeoisie ausgearbeitet werden, Alternativen, die die objektiven Erfordernisse einer progressiven Lösung aller grundlegenden nationalen Probleme zum Ausdruck bringen."[2]

Deshalb profilierte sich die DKP, wie es der neugewählte Vorsitzende, Herbert Mies, formulierte, als eine Partei, der es „um die Wahrung der nationalen Belange der Arbeiterklasse und der Bundesrepublik Deutschland geht."

Unter nationalen Belangen versteht die DKP nicht den nationalistischen Mief, den die Systemparteien mit ihren Schwärmereien von der „Einheit der Nation" verbreiten, sondern: „die nationalen Interessen unseres Landes erfordern eine eigenständige und zugleich weltoffene Politik. Sie erfordern ganz besonders auch ein gutes Verhältnis zu den sozialistischen Ländern und zur übrigen nichtkapitalistischen Welt. Die nationalen Interessen verlangen die Lockerung der einseitigen Bindung an den USA-Imperialismus und die NATO. Sie verlangen die Zurückdrängung der antinationalen Monopolmacht und ganz besonders jener multinationalen Konzerne, die sich in das Leben Westeuropas einfressen.

Für eine solche nationale Politik kämpft die Deutsche Kommunistische Partei.

Dazu hat sie ein außenpolitisches Forderungsprogramm vorgelegt, das die Interessen des arbeitenden Volkes an einer konstruktiven Friedens- und Entspannungspolitik in der gegenwärtigen Lage vollständig zum Ausdruck bringt.

Dabei geht die DKP davon aus, daß die nationalen Interessen der BRD, d. h. eine Friedens- und Entspannungspolitik nach außen und die Brechung der Monopolmacht im Innern nur in der Einheit der revolutionären Bewegung in der Welt richtig wahrgenommen werden können. So hat doch die Politik der sozialistischen Staatengemeinschaft, vor allem der UdSSR den Hauptanteil daran, daß der Trend der Politik in Europa in Richtung Entspannung geht. „In der Bewegung der Arbeiterklasse sind ... die wahrhaft nationalen Ideen ... zugleich immer die wahrhaft internationalen Ideen", betonte Friedrich Engels. Die nationale und die internationale Verantwortung einer jeden Partei sind nicht voneinander zu trennen. Lenin beschrieb die Wechselwirkung zwischen dem Nationalen und Internationalen so: „Es gibt nur einen wirklichen Internationalismus: die hingebungsvolle Arbeit an der Entwicklung der revolutionären Bewegung und des revolutionären Kampfes im eigenen Lande, die Unterstützung ... eben eines solchen Kampfes, eben einer solchen Linie und nur einer solchen allein in ausnahmslos allen Ländern."

Darin wissen sich die Kommunisten in der BRD einig nicht nur mit der KPdSU, der SED und den anderen kommunistischen und Arbeiterparteien in den sozialistischen Län-

1 Die Kommunistische Weltbewegung, Red.: W. W. Sagladin, Frankfurt (Main) 1973 S. 333
2 aaO, S. 337

dern, sondern auch mit den unter ähnlichen Bedingungen kämpfenden Parteien in Europa, den USA etc., und mit den kämpfenden Parteien und Völkern in Vietnam und Chile. Die Anwesenheit von Delegationen von 24 Bruderparteien, ihre Worte an die Kommunisten der BRD brachten das zum Ausdruck.

Die Kommunisten der BRD teilten den Abscheu des Genossen Janes vom ZK der KP Chiles gegenüber den Pekinger Führern, die nun auch gegenüber den chilenischen Patrioten die internationalistischen Pflichten, die jedem Marxisten eine Selbstverständlichkeit sein sollten, zugunsten der Pflege freundschaftlicher Beziehungen mit den Mördern am chilenischen Volk verraten haben.

Auf innenpolitischem Gebiet entwickelt die DKP ein Kampfprogramm für die Probleme, deren Auswirkungen jeder von uns täglich spürt, die Probleme der Inflation, der bildungs- und gesundheitspolitischen Misere, des Abbaus der demokratischen Rechte. Das Problem, das den Arbeitern, dem gesamten werktätigen Volk am meisten auf den Nägeln brennt, wie auch die Einschätzung der Sommer-Streiks in diesem Heft zeigt, ist die fortlaufende Geldentwertung. Im Bericht des Parteivorstands wird klar gesagt, daß sich die gesellschaftlichen Ursachen der Inflation erst mit dem kapitalistischen Profitsystem insgesamt endgültig beseitigen lassen. „Doch es liegt in den Händen der Werktätigen, erfolgreich die härtesten Folgen der Inflationspolitik auch unter heutigen Bedingungen abzuwehren. ... Die entscheidende Waffe der arbeitenden Menschen zur Sofortabwehr der Inflationsfolgen ist und bleibt der Kampf um höhere Löhne und um Teuerungszulagen." Darüberhinaus kämpft die DKP für Preisstops solcher Waren, die die Masseneinkommen besonders stark belasten.

Der sogenannten Reformpolitik der anderen Parteien, die allesamt die Macht und die Profite der Großkonzerne nicht antasten wollen, setzt die DKP die dringendsten Reformforderungen des arbeitenden Volkes entgegen. Herbert Mies dazu: „Wir Kommunisten sind – ohne jemals unser sozialistisches Ziel aus den Augen zu verlieren – seit jeher konsquente Verfechter solcher Reformen im Kapitalismus, die dem arbeitenden Volk mehr soziale Sicherheit, mehr demokratische Rechte und Freiheiten geben.... Wir gehen bei unserer eigenen Reformvorschlägen immer davon aus, daß man dem Großkapital etwas wegnehmen muß, damit das arbeitende Volk etwas gewinnt. Wir verstehen den Kampf um Reformen als Klassenkampf." Im Kampf um die Erweiterung demokratischer Rechte geht es nun zuerst um die Bekämpfung des Berufsverbots: „Regierungen anderer kapitalistischer Länder haben sich längst daran gewöhnt, nicht nur mit Regierungen anderer Länder, die von Kommunisten geführt werden, zu verhandeln und Verträge zu schließen, sie haben sich auch daran gewöhnen müssen, mit den Kommunisten im eigenen Land zu leben, sie in den politischen, sozialen und geistigen Auseinandersetzungen im eigenen Land zu respektieren." Der Kampf gegen die Berufsverbote hat deshalb eine große Bedeutung für die Festigung der Positionen der Kommunisten in unserem Land, es gibt keinen Grund, resignativ und defensiv an diese Frage heranzugehen: Was für Frankreich, Italien und andere kapitalistische Länder selbstverständlich ist, wird auch für die Bundesrepublik unumgänglich werden. Auch die Herrschenden in unserem Land werden nicht umhin können, sich daran zu gewöhnen, mit uns Kommunisten zu leben und auf uns zu hören."

In den Arbeiterkämpfen, die auf diesem Parteitag auch in den Diskussionsbeiträgen im Mittelpunkt standen, ebenso wie in der Frage des Berufsverbots zeigte sich die Notwendigkeit der Aktionseinheit der Arbeiterklasse. So stellte ein von der Entlassung bedrohter Arbeiter von Mannesmann in Duisburg-Huckingen fest: „Unter den gemaßregelten Kollegen befinden sich kommunistische, sozialdemokratische, christliche und parteilose Arbeiter. Sie können nur gemeinsam für die Zurücknahme der Entlassungen kämpfen." So wurde auch im Bericht des Parteivorstandes festgestellt: „Mit ihrem Wüten gegen die Aktionseinheit schwimmen die maßgeblichen SPD-Führer gegen den Strom der Zeit. Wer gegen die Gemeinsamkeit der Arbeiter anrennt und stattdessen nach Gemeinsamkeit mit den konservativen Kräften in der CDU/CSU sucht, der vergeht sich an den Arbeiterinteressen und braucht sich über die Vertiefung der Gegensätze in den Reihen der Partei nicht zu wundern. Mit der Position der aktiven Verteidigung des Imperialismus, auf die sich die rechten SPD-Führer ganz offensichtlich gestellt haben, gerät man heute nun einmal in Schwierigkeiten."

In dieser Aussage zeigt sich sehr deutlich, wie auf diesem Parteitag – wie überhaupt in der Politik der DKP, das Streben nach Aktionseinheit nicht verwechselt wird mit ideologischer Einheit, d. h. daß die DKP zugleich aufs schärfste den Sozialreformismus der SPD bekämpft.

Die DKP ist stärker geworden. Damit die Arbeiterklasse und die Jugend mit der DKP die gesteckten realistischen Ziele in der

gegenwärtigen Klassenauseinandersetzung erreichen kann, muß sie noch mehr gestärkt werden. Das ist auch für den Kampf der Studenten wichtig. Die fortschrittlichen Studenten wissen sehr wohl, daß die gesamte politische Landschaft in der Bundesrepublik zugunsten der Demokratie und des sozialen Fortschritts verändert werden muß, damit auch an der Hochschule dauerhafte Erfolge erzielt werden können. Das heißt im wesentlichen: Eine Veränderung des Parteienspektrums in der BRD. Die DKP muß zu einem wichtigen Faktor in der Öffentlichkeit unseres Landes werden. Dazu trägt die Verbreitung der Tageszeitung der Kommunisten, der UZ, bei. Sie ist ein außerordentlich wichtiges Verbindungsmittel zwischen der Partei und den Massen. Sie kann als Erzieher, Propagandist, Agitator und kollektiver Organisator der Massen wirken. Deshalb ist es eine wichtige Aufgabe für jeden fortschrittlichen Studenten, die Verbreitung der UZ zu fördern.

Bei der Festigung der Verbindung zwischen Partei und Massen spielt die parlamentarische Tätigkeit von Kommunisten eine nicht zu unterschätzende Rolle. Ein mit der Arbeit der Kommunisten im Parlament verbundener Massenkampf der Werktätigen verbessert die Möglichkeit, bestimmte reale Erfolge zu erzielen. Es wäre in der Tat illusionistisch zu glauben, man könne das Parteienspektrum in der BRD wesentlich verändern, ohne daß man dazu beiträgt, daß die Kommunisten auch parlamentarische Positionen erobern. Dazu können und müssen auch die fortschrittlichen Studenten ihren Beitrag leisten.

Es war zwar optimistisch, aber auch realistisch, wenn To Huu, Sekretär des ZK der Partei der Werktätigen Vietnams, der Vertreter eines Volkes also, das zu kämpfen und zu siegen versteht, in seiner Ansprache zum Abschluß des Hamburger Parteitages ausrief: „Die DKP wird in der Bundesrepublik das letzte Wort haben!" KHH

Evolution und Revolution in der Weltgeschichte

Facit-Reihe 7, 204 Seiten, 6,– DM

Ernst Engelberg: Fragen der Evolution und Revolution in der Weltgeschichte

Rigobert Günther: Revolution und Evolution im Weströmischen Reich zur Zeit der Spätantike

Max Steinmetz: Reformation und Bauernkrieg in Deutschland als frühbürgerliche Revolution

Bernhard Töpfer: Die frühbürgerliche Revolution in den Niederlanden

Gerhard Heitz: Der Zusammenhang zwischen den Bauernbewegungen und der Entwicklung des Absolutismus in Mitteleuropa

Gerhard Schilfert: Die englischen Independenten und die deutschen Sekten in der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts

Walter Schmidt: Die internationale Stellung der deutschen Revolution von 1848/49 in der Sicht von Marx und Engels

Günter Schmidt: Revolution und Konterrevolution vor dem November 1918

Hans Schleier: Zur Diskussion des Revolutionsbegriffes in der deutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung während der Weimarer Republik

Karl Reißig: Die historische Bedeutung des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR

Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

Der Marxismus im 20. Jahrhundert

Von P. N. Fedossejew
533 Seiten, Leinen, Schutzumschlag, DM 12,80

Dieses Buch zeichnet sich durch seine Aktualität aus. Der Autor skizziert zunächst die Grundthesen der Methodologie des Marxismus und analysiert auf dieser Grundlage die wichtigsten sozialen Probleme unseres Jahrhunderts. Abschnitte zu „Die revolutionäre Ideologie in Aktion" und „Der Leninismus – der Marxismus unserer Epoche" geben enen gründlichen Einblick in die Entwicklung und in das revolutionäre Wesen des wissenschaftlichen Sozialismus. Die Positionen der Gegner des Marxismus werden in sachlicher Polemik widerlegt.

Die kommunistische Weltbewegung

Abriß der Strategie und Taktik
Von W. W. Sagladin
494 Seiten, Leinen, Schutzumschlag, DM 12,–

Das Buch enthält eine Zusammenfassung der Probleme der Strategie und Taktik der kommunistischen und Arbeiterbewegung. Die wichtigsten Phasen der Entwicklung der kommunistischen Parteien in der internationalen Politik werden kritisch eingeschätzt und verallgemeinert. Es werden dabei Grundfragen der Tätigkeit der kommunistischen und Arbeiterbewegung unter den gegenwärtigen Bedingungen untersucht, so u. a. Formen und Methoden der Massenarbeit der Kommunisten, des Kampfes für die Einheit der Arbeiterklasse, etc.

Klassen- und Sozial-struktur der BRD 1950–1970

Theorie – Diskussion – sozialistische Analyse
Teil I – Klassenstruktur und Klassentheorie
Theoretische Grundlagen und Diskussion.
Mit Beiträgen von Heinz Jung, Christof Kievenheim,
M. Tjaden-Steinhauer und K. H. Tjaden
MP 38, 300 Seiten, DM 14,50

Die Autoren behandeln die klassentheoretischen Grundlagen einer sozialstatistischen Analyse der Klassen- und Sozialstruktur der BRD. Sie untersuchen Probleme der Entwicklung der geistigen Arbeit und die Rolle der Intelligenz in den Klassenauseinandersetzungen im staatsmonopolistischen Kapitalismus sowie methodologische Probleme der Klassenanalyse.
In Kürze erscheint Teil II dieser umfangreichen wissenschaftlichen Studie:
Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950–1970
Sozialstatistische Analyse

Bestellungen direkt über den Verlag oder den Buchhandel!

Verlag Marxistische Blätter GmbH

6 Frankfurt am Main 50

Heddernheimer Landstraße 78 a – Telefon 06 11 / 57 10 51

DKP-Bezirkssekretariat Ruhr-Westfalen
in Konsultation mit dem Bezirkssekretariat Rheinland-Westfalen

Zur Einschätzung der Sommerstreiks 1973

1. Vorgeschichte und Ausgangsbedingungen der Sommer-Streiks 1973

1.1. Zur Einschätzung des 8,5 %-Abschlusses im IG Metall-Bereich Ende 1972

Die Metallarbeiter-Streiks des Sommers 1973 dürfen nicht isoliert betrachtet werden. Sie sind Teil einer Entwicklung innerhalb der westdeutschen Arbeiterbewegung, die schon seit mehreren Jahren anhält. Die Beendigung einer langjährigen „Friedhofsruhe" innerhalb der Arbeiterklasse seit Mitte der 60er Jahre hat zur Entstehung eines höchst komplizierten Spannungsverhältnisses zwischen der gewerkschaftlichen Tarifpolitik und der realen Bewegung an der betrieblichen Basis geführt. Dieses Spannungsverhältnis, dessen ökonomischer Ausdruck die wachsende Lohndrift ist, widerspiegelt die Sackgasse, in die die bisher vorherrschende sozialpartnerschaftliche Orientierung der Gewerkschaftsführungen geraten ist. Ein Ausdruck jenes Spannungsverhältnisses ist jenes Phänomen der sogenannten „spontanen Streiks", das auch im Jahre 1973 wesentlich die Klassenauseinandersetzungen mitbestimmte.
Die Metallarbeiter-Streiks des Sommers 1973 fallen in eine Periode verschärfter sozialer Auseinandersetzungen, deren Beginn mit der Rezession 1966/67 anzusetzen ist. Während das Kampfmittel Streik in den Jahren 1959–1965 kaum angewendet wurden, ist seit 1966/67 ein Anwachsen der Streikbewegung festzustellen. Das Ausmaß der Kämpfe der Arbeiterklasse hat seither wieder den Stand der Zeit vor 1959 erreicht bzw. übertroffen.
Insbesondere seit dem Herbst 1969 hat es in jedem Jahr größere Bewegungen für höhere Löhne, hat es betriebliche Aktionen und gewerkschaftlich organisierte Streiks gegeben. Dem heißen Herbst des Jahres 1969 folgte der des Jahres 1970. Das Jahr 1971 war durch die von der Gewerkschaft getragenen Streiks in der Chemieindustrie und in der Metallindustrie Baden-Württembergs gekennzeichnet.
Gerade diese Streikkämpfe der baden-württembergischen Metallarbeiter und die gleichzeitigen umfassenden Aussperrungen der Großkonzerne waren ein deutlicher Ausdruck für die Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen und für die wachsende Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse. Aber zugleich wurde während dieser – nunmehr fast zwei Jahre zurückliegenden – Streikkämpfe der große Druck sichtbar, der von einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung auf die IG Metall-Führung ausgeübt wird. Vor allem diesem Druck war es zuzuschreiben, daß trotz eines geschlossenen und langen Streikkampfes jener neue Tarifvertrag lediglich eine Stagnation des Reallohns mit sich brachte. Schon damals wurden Kampfbereitschaft und Kampfkraft der Metallarbeiter durch die Gewerkschaftsführung nicht in die Waagschale geworfen, um eine der DGB-Zielprojektion entsprechende Reallohnerhöhung durchzusetzen.
Die ursprüngliche Einschätzung der DKP erwies sich im Laufe des Jahres 1972 sehr schnell als richtig. Durch die Preissteigerungen (1972 etwa 6,5 %) sowie durch die Progression der Lohnsteuer und Sozialabgaben wurde die Tariflohnerhöhung der Jahreswende 1971/72 aufgezehrt. Der Reallohn erhöhte sich kaum.
Das Jahr 1972 sah viele kleinere betriebliche Aktionen. Zu einer größeren Bewegung kam es hingegen nicht, da der Metalltarifvertrag erst zur Jahreswende 1972/73 auslief.

Verlauf und Ergebnis der Tarifbewegung zur Jahreswende 1972/73 müssen vor dem Hintergrund auch der politischen Situation jener Monate gesehen werden. Diese Tarifbewegung war nämlich wesentlich durch die Tatsache bestimmt, daß die Regierung Brandt/Scheel am 19. November 1972 bei den Bundestagswahlen eine klare parlamentarische Mehrheit errang. Diese neue Regierung, die ihre Positionen durch das Wahlergebnis wesentlich gefestigt hatte, vertrat nicht weniger als die CDU/CSU-Regierungen die politischen und ökonomischen Interessen des Großkapitals. Was sie jedoch von ihren konservativen Vorgängerinnen unterschied, war, daß sie wesentlich bessere Möglichkeiten als jene hatte, ein bestimmtes gewerkschaftliches Verhalten durchzusetzen. Und die mit den Stimmen der Arbeiter und Angestellten gewählte Brandt/Scheel-Regierung tat dies mit Energie und Geschick.

Und noch wesentlich ausgeprägter als anläßlich der Tarifrunde 1971/72 war das Verhalten der IG Metall-Führung eindeutig durch den Wunsch bestimmt, auch in der Tarifpolitik mit der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung im Gleichklang zu operieren. Angesichts der Existenz dieser Regierung begriff sich die IG Metall-Führung in allererster Linie als gesellschaftlicher Ordnungsfaktor.

Die Verhaltensweise der IG Metall-Führung stand im klaren Gegensatz zu der Stimmung in der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft, die mehrheitlich gewillt war, für eine wirkliche Reallohnerhöhung notfalls auch zu kämpfen. Diese Stimmung ergab sich zum einen aus der ökonomischen Überlegung, daß der letzte Abschluß unter dem Strich nichts eingebracht hatte, während die Unternehmer Rekordgewinne gescheffelt hatten. In politischer Hinsicht spielte für die Stimmung der Belegschaften eine Rolle, daß sie es selbst gewesen waren, die im April anläßlich des konstruktiven Mißtrauensvotums für die Regierung auf die Straße gegangen waren, daß sie es auch gewesen waren, die im November dann durch ihre Stimmabgabe der Regierung eine sichere Mehrheit verschafft hatten. Die tiefen Illusionen über die Sozialdemokratie schlugen sich jetzt in konkreten Hoffnungen auch für eine merkliche Verbesserung ihrer Einkommen, ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen nieder.

Ihre Kampfbereitschaft demonstrierten die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten in Urabstimmungen, die eine klare Mehrheit gegen den seitens der Gewerkschaftsführung geplanten 8,5 %-Abschluß erbrachten. In einigen Zentren der Stahlindustrie, wie Dortmund, stimmten sogar die satzungsmäßig für eine Ablehnung erforderlichen zwei Drittel der Gewerkschaftsmitglieder gegen den zu niedrigen Abschluß.

Die Gewerkschaftsführung stand jedoch offensichtlich während der Tarifauseinandersetzungen fast ausschließlich mit der Regierung in enger Kommunikation. Die Stimmung in den Betrieben wurde nicht zur Kenntnis genommen, oder doch als verhältnismäßig leicht steuerbar eingeschätzt. Die möglichen Folgen einer Enttäuschung über das Verhalten von Regierung und Gewerkschaftsführung wurden offensichtlich überhaupt nicht anerkannt.

Nur so ist zu erklären, daß sich die IG Metall-Führung trotz der eindeutig bekundeten Kampfbereitschaft der Metall- und Stahlarbeiter sowohl für die eisenschaffende als auch für die metallverarbeitende Industrie im wesentlichen aus politischen Gründen auf einen 8,5 %-Abschluß einließ. Bereits zum Zeitpunkt des Abschlusses war abzusehen, daß dieser im günstigsten Falle eine Stagnation des Reallohns, für einen großen Teil der Beschäftigten wahrscheinlich sogar eine Senkung des Reallohns bedeuten würde.

Aus der Rückschau betrachtet stellt sich die Lage so dar: Allein um den Reallohn konstant zu halten, wäre eine Lohnerhöhung von 10—11 % (nämlich als Ausgleich für die Inflation und die Progression der Lohnsteuern und Sozialabgaben) erforderlich gewesen. Eine Realisierung der Zielprojektion des DGB (3—4 % Reallohnsteigerung jährlich) hätte eine Tariflohnerhöhung von 13—15 % bedeutet, eine Reallohnsteigerung in der Größenordnung der Sozialproduktsentwicklung (ca. 6 %) sogar eine Tariflohnerhöhung von 16—17 %.

1.2. Betriebliche Lohnbewegungen im IG Metall-Bereich und Tarifbewegungen anderer Gewerkschaften im 1. Halbjahr 1973

Schon zu Beginn des Jahres 1973 zeichnete sich eine weitere Beschleunigung der inflationären Entwicklung ab, wodurch die Unzulänglichkeit des 8,5 %-Abschlusses für die Metall- und Stahlarbeiter noch klarer erkennbar wurde. Infolgedessen wurde die Unzufriedenheit über diesen Abschluß immer größer. Und schon kurz nach der Unterzeichnung des neuen Tarifvertrages entfalteten sich erste betriebliche Kämpfe, die das Ziel verfolgten, für die Belegschaften über den Rahmen des Tarifvertrages hinaus zusätzliche Lohnerhöhungen auf betrieblicher Ebene durchzusetzen.

Zu den wichtigsten dieser betrieblichen Aktionen zählen die Kämpfe der Hoesch-Arbeiter und der Mannesmann-Profilwalzwerker im Ruhrgebiet (Februar/März 1973), die Streiks im VW-Konzern (April 1973) sowie mehrere Streiks im Mannheimer und Bremer Raum (Mai/Juni 1973). Auf diese Streikkämpfe sei im folgenden kurz eingegangen.

Der Streik der Dortmunder Hoesch-Arbeiter begann am 8. Februar 1973, an einem Donnerstag, als mehrere tausend Arbeiter der drei Werke Westfalenhütte, Phönix und Union die Abeit niederlegten, um ihre ursprüngliche Forderung nach 60 Pfennig mehr Stundenlohn voll durchzusetzen. Es ging um die Differenz zwischen den aufgrund des Abschlusses gezahlten 46 Pfennig und den ursprünglich geforderten 60 Pfennig — also um 14 Pfennig. Die Direktion hatte versucht, es für einen Teil der Beschäftigten bei den 46 Pfennig zu belassen, für einen anderen Teil Zulagen von weniger als 14 Pfennig zu zahlen. Diesem Streik, der bereits am Freitag, dem 9. Februar, zu Ende ging, war immerhin ein Teilerfolg beschieden. Eine zusätzliche Lohnerhöhung von 6 bis 8 Pfennig wurde durchgesetzt.

Aber die eigentliche Bewährungsprobe für die Hoesch-Belegschaft kam erst 10 Tage später. Zu diesem Zeitpunkt erfuhr die DKP von einem vertraulichen Schreiben des Präsidenten des BDI und Vorstandsvorsitzenden der August-Thyssen-Hütte, Dr. Sohl, an den Hoesch-Vorstandsvorsitzenden Harders. In diesem Schreiben wurde auf Repressalien gegen aktive Gewerkschafter bei Hoesch orientiert, um so ein für allemal den Kampfwillen einer Belegschaft zu brechen, deren Bahnbrecher-Rolle bei Lohnkämpfen dem westdeutschen Monopolkapital schon lange ein Dorn im Auge war. Die DKP war auch imstande, die Namen von acht Betriebsräten, Vertrauensleuten und anderen aktiven Gewerkschaftern bekanntzugeben, die als erste auf der Entlassungsliste standen. Bei diesen Kollegen handelte es sich um Mitglieder der DKP, der SPD und um Parteilose.

Die Tatsache, daß die DKP dieses Komplott der Führungsspitze des westdeutschen Monopolkapitals rechtzeitig aufdeckte, trug wesentlich dazu bei, den Rachefeldzug der Hoesch-Direktion zum Scheitern zu bringen. Es war wesentlich die Öffentlichkeitsarbeit der DKP, die die Entwicklung einer bundesweiten Solidaritätskampagne bewirkte. Die Betriebszeitung „Heiße Eisen" konnte sich in diesen Tagen klarer denn je als das Organ der Hoesch-Belegschaft profilieren.

83 Stunden, nachdem die DKP die Provokation des Hoesch-Vorstandes enthüllt hatte, mußte dieser klein beigeben. Unter dem Druck einer bereits angekündigten Demonstration der Belegschaften der drei Hoesch-Werke durch die Dortmunder Innenstadt wurden die Entlassungen zurückgenommen. Unter der Überschrift: „Alle standen für acht! — Arbeitersolidarität stärker als Unternehmerwillkür!" konnte „Heiße Eisen" am 23. Februar 1973 den Erfolg des Kampfes der Hoesch-Arbeiter bekanntgeben. Selten hatte es bisher einen so klaren Beweis dafür gegeben, daß die geschlossene Solidarität der Arbeiter — der Belegschaft, des Vertrauenskörpers und des Betriebsrates des direkt betroffenen Betriebes, aber auch von Arbeitern, Arbeiterfunktionären und anderen fortschrittlichen Menschen außerhalb — imstande ist, Willkürmaßnahmen der Unternehmer erfolgreich zu durchkreuzen.

Auch der Streik der Profilwalzwerker der Duisburger Mannesmann-Werke war in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Hier erkämpfte die 450 Mann starke Belegschaft einer kleinen — aber in der Produktionskette des Gesamtwerkes unentbehrlichen — Abteilung in einem 10 Tage langen, geschlossen geführten Streik umfassende Lohnregulierungen nicht nur für sich selbst, sondern auch für die Gesamtbelegschaft des Werkes.

Hervorzuheben bei diesem Streik ist die außerordentlich disziplinierte und kämpferische Geschlossenheit der türkischen Kollegen, die einen Großteil der Profilwalzwerker ausmachen, und ohne deren Einsatz der Streik überhaupt nicht denkbar gewesen wäre. Der Streik wurde mit äußerster Härte geführt. Die Streikenden besetzten das Verwaltungsgebäude. Die Direktion griff zu Repressalien in einer Form, wie sie bisher im Rahmen von Arbeitskämpfen in der BRD nur selten angewandt worden waren. Gestützt auf den Apparat der Klassenjustiz drohte sie den streikenden Arbeitern mit Hausverboten, Schadenersatzklagen, Geld- und sogar Haftstrafen. Die Streikenden ließen sich jedoch weder durch zahlreiche Rundschreiben der Werksleitung noch durch die einstweilige Verfügung des Duisburger Arbeitsgerichts von der Durchsetzung ihrer Kampfziele abbringen.

Ein wesentliches Moment des Streikerfolges war die Solidarität, die dieser Kampf in der Gesamtbelegschaft und auch außerhalb des Werkes fand. Eine besonders positive Rolle spielte in diesem Zusammenhang das anläßlich dieses Streiks gegründete örtliche Solidaritätskomitee sowie ein Arbeitskreis Duisburger Frauen, der die Verteilung von Verpflegung und Getränken organisierte. Aufgrund der eingegangenen Solidaritätsspenden erlitten die Streikenden kaum materielle Verluste.

An dem Erfolg des Kampfes der Profilwalzwerker hatte auch die DKP wesentlichen Anteil. Sie trug maßgeblich zur Organisierung der Solidaritätsbewegung bei und sorgte durch ihre Betriebszeitung „Roter Punkt" für eine gute Information und Orientierung der Streikenden.

Unmittelbar nach dem Streik zog der Vertrauenskörper von Mannesmann übrigens Konsequenzen aus dem Versagen der Vertrauenskörperleitung. Die alte Leitung wurde vollständig abgewählt und durch eine neue Leitung ersetzt, in die diejenigen Vertrauensleute hineingewählt wurden, die sich im Verlauf des Kampfes als konsequente Interessenvertreter ihrer Kollegen bewährt hatten.

Eine weitere wichtige Lohnbewegung fand im April 1973 statt. Sie betraf aber nicht nur einen Betrieb, sondern alle Betriebe des VW-Konzerns, der bisher im Rahmen von Streikbewegungen noch niemals eine nennenswerte Aktivität entfaltet hatte. Der Kampf der VW-Arbeiter begann, als sich die Werksleitung unter Berufung auf ein angeblich schlechtes Geschäftsergebnis weigerte, die von den Belegschaften

geforderte 8 %-Erfolgsprämie zu zahlen, und sogar das Weihnachtsgeld antasten wollte. Als die VW-Direktion das Angebot einer Erfolgsprämie von 5,75 % machte, standen am 10. April in Kassel, Emden und Salzgitter die Bänder still. Die Arbeitsniederlegungen weiteten sich schließlich auch auf die anderen Werke aus.

Es war das erste Mal, daß in diesem Mammut-Konzern die Belegschaften aller sechs Werke gemeinsam und gleichzeitig für eine einheitliche und gemeinsam aufgestellte Forderung kämpften. Daß ein solcher Kampf nicht einfach zu führen ist, ergibt sich bereits aus der Tatsache, daß die einzelnen Werke bis zu 500 km voneinander entfernt liegen. Die Situation wurde dadurch erschwert, daß es keine Streikinformationen der Gewerkschaft gab und daß die überregionale bürgerliche Presse die Streiks weitgehend totschwieg. In dieser Situation kam der DKP-Betriebszeitung „Roter Käfer" eine außerordentliche Bedeutung zu. Sie entwickelte sich im Laufe des Streiks zu einem wirklichen Informations- und Orientierungsmittel der Belegschaft auf der Ebene des gesamten Konzerns. Hier zeigt sich, welche großen Möglichkeiten die Praktizierung einer konzernorientierten Politik eröffnet.

Erwähnenswert ist bei diesem Streik ferner die außerordentlich aktive Rolle der Auszubildenden, die den Kampf der älteren Kollegen unterstützten und eigene Forderungen aufstellten. In Wolfsburg schlossen sich 600 Auszubildende dem Streik an. Die jungen Arbeiter drangen durch die Fenster des abgeschlossenen Verwaltungsgebäudes bis in die Büroräume der Direktion ein, wo leitende Angestellte ihnen Rede und Antwort stehen mußten.

Hervorzuheben ist, daß die Herausbildung einer gemeinsamen Forderung für die verschiedenen Konzernbetriebe ohne die Existenz aktiver Vertrauenskörper undenkbar gewesen wäre. Hier hat die letzte Vertrauenskörper-Wahl zweifellos positive Auswirkungen gehabt.

Die Versuche der VW-Direktion, sich an den Streikenden durch die Entlassung von fünf Vertrauensleuten zu rächen, schlugen fehl. Diese Entlassungen konnten verhindert werden.

Die Kette der betrieblichen Aktionen riß auch in den Monaten Mai und Juni 1973 nicht ab. Es häuften sich Streiks, deren Schwerpunkt im Mai und Juni zunächst im Mannheimer Raum, später im Bremer Raum lag.

Im Bereich der IG-Metall-Ortsverwaltung Mannheim gab es in dieser Zeit insgesamt mehr als 30 betriebliche Lohnregulierungen, die entweder direkt Ergebnis von Kampfmaßnahmen waren oder unter dem Druck der Kampfmaßnahmen in anderen Betrieben zustande kamen. Unter den Streiks dieser beiden Monate im Mannheimer Raum ist besonders der fünftägige Streik der John-Deere-Belegschaft hervorzuheben. Hier wurde eine monatliche Teuerungszulage von 30 DM durchgesetzt. (Gefordert waren ursprünglich 70 Pfennig mehr pro Stunde.) Die als Repressalien vorgenommenen Entlassungen von Vertrauensleuten und Jugendsprechern mußten zurückgenommen werden.

Vielen dieser Streiks in den Monaten April bis Juni waren nur Teilerfolge beschieden. Dies gilt auch für die Streiks bei der Klöckner-Hütte und bei der Vulkan-Werft in Bremen im Juni 1973. Der Hauptgrund hierfür ist darin zu sehen, daß diese zahlreichen, auf alle Bundesländer sich erstreckenden Kämpfe nacheinander abrollten, ohne jemals zu einer einheitlichen Bewegung zusammenzuwachsen.

Noch ein weiterer Streik des 1. Halbjahrs 1973 sei erwähnt. Dieser Streik, der im Juni bei den Kharman-Werken in Osnabrück ausbrach, ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil hier die größte Ausländergruppe unter den Arbeitern — die Portugiesen — ohne Beteiligung ihrer deutschen Kollegen einen Kampf zur Durch-

setzung eigener, spezifischer Forderungen führte. Es ging konkret um eine Verlängerung des Urlaubs der portugiesischen Kollegen, der angesichts der langen Anreisewege in ihre Heimatorte nicht ausreichend war. Hier handelte es sich um einen der ersten exklusiven „Ausländerstreiks" in der BRD.
Parallel zu den geschilderten betrieblichen Lohnstreiks im IG Metall-Bereich gab es im 1. Halbjahr 1973 auch mehrere Tarifbewegungen anderer Gewerkschaften. Diese Gewerkschaften stellten die inflationäre Entwicklung und die Stimmung der Belegschaften stärker in Rechnung als die IG Metall. So kam es in den Bereichen der IG Druck und Papier, der Gewerkschaft Textil-Bekleidung und der IG Chemie-Papier-Keramik zu Streikaktionen und zu Tariflohnerhöhungen von 10 % und mehr. Insbesondere der Drucker-Streik im April zeigte sehr deutlich, daß man mit einem Tag Kampf mehr erreichen konnte als mit wochenlangen Verhandlungen unter Ausschluß der gewerkschaftlichen Mitgliedschaft. Unter den Tarifabschlüssen des 1. Halbjahres 1973 ist auch der der HBV bemerkenswert, der Lohnerhöhungen von durchschnittlich 11,1 %, maximal von 17 %, erbrachte.

1.3. Zur Einschätzung der tarif- und lohnpolitischen Situation im IG Metall-Bereich seit dem 8,5 %-Abschluß

Die galoppierende Inflation, die gegen Mitte 1973 sogar die 8 %-Marke zu überschreiten begann, sowie die besseren Abschlüsse anderer Gewerkschaften führten in den Betrieben der Stahl- und Metallindustrie zu wachsender Unruhe. In dieser Situation taktierten die Unternehmer sehr geschickt. Ihnen gelang im 1. Halbjahr 1973 eine weitgehende Aufspaltung der Front der Stahl- und Metallarbeiter. Diese Aufspaltung wirkte erstens vor allem innerhalb der Metallverarbeitung. Immer wieder hatte sich in dieser Zeit die Empörung der Arbeiter an einzelnen Stellen durch Streiks Luft gemacht. Aber die starre Haltung von Unternehmern und Regierung bildete eine so feste Antistreikfront, daß es im 1. Halbjahr 1973 nicht zu einem bundesweiten Flächenbrand gleichzeitiger Streiks kam. Die Tatsache, daß die IG Metall betriebliche Aktionen nicht einmal inoffiziell tolerierte, hatte hierzu ebenfalls wesentlich beigetragen. Und um die Jahresmitte hatte die Arbeiterklasse der BRD einen Großteil ihrer Kraft in zahlreichen örtlichen Kämpfen bereits verausgabt. Wo es notwendig war, zeigten die Unternehmer allerdings nicht nur Härte, sondern auch Flexibilität. So wurden in zahlreichen Betrieben auch Lohnregulierungen durchgeführt, um Arbeitsniederlegungen vorzubeugen.
Bis Ende August 1973 waren etwa die Hälfte der Arbeiter und Angestellten in der Metallverarbeitung — mit oder ohne Streiks — in den Genuß von Zulagen gekommen. Wahrscheinlich hat dieser Prozentsatz bei Beginn der eigentlichen Streikbewegung im Augunst niedriger gelegen, aber wahrscheinlich hatte mehr als ein Viertel der Metallarbeiter auch bis dahin schon betriebliche Teuerungszulagen erhalten. So positiv das auch für diese Kollegen gewesen sein mag, damit war ein wesentlicher Teil des kampfbereiten Kerns der Arbeiterklasse auf betrieblicher Ebene „besänftigt" und aus der Front zukünftiger gemeinsamer Lohnforderungen herausgebrochen. Die Spaltungstaktik der Unternehmer richtete sich zweitens darauf, die Belegschaften der Stahlindustrie und der metallverarbeitenden Industrie auseinanderzudividieren. Dies gelang durch die Bewilligung einer branchenmäßigen Lohnaufbesserung in der Stahlindustrie.
Im Mai 1973 wurde im Rahmen einer Nacht- und Nebelaktion mit den Mitteln der Geheimdiplomatie zwischen IG Metall-Führung und Unternehmerverband eine Zulage von 4 × 70 DM (für die Monate Juni bis September) für die eisenschaffende Industrie vereinbart. Die Unternehmer schätzten sehr realistisch — nicht zuletzt

aufgrund der Ergebnisse der Urabstimmungen — die Kampfbereitschaft der Stahlarbeiter besonders hoch ein. Infolgedessen gaben sie in dieser Frage den Forderungen der IG Metall relativ schnell nach. Was die Metallverarbeitung betraf, gingen die Unternehmer bewußt ein „kalkuliertes Risiko" ein und verweigerten eine Regelung, wie sie für die Stahlindustrie zustande gekommen war.
Sicherlich war es von Seiten der IG Metall-Führung richtig, unter Ausnutzung der Furcht der Unternehmer vor Streiks in der Stahlindustrie für diesen Bereich zunächst eine separate Lösung durchzusetzen. Falsch war es jedoch, diese Lösung dann nicht auch für die metallverarbeitenden Betriebe mit Hilfe der kampfbereiten Arbeiter durchzusetzen. Inzwischen hat sich auch bei führenden Funktionären der IG Metall die Auffassung durchgesetzt, daß mit dem Verzicht auf die offensive Ausnutzung der 4 × 70 DM für eine Teuerungszulage auch in der Metallverarbeitung die Spaltungspolitik der Unternehmer objektiv toleriert wurde. Hierdurch hatte sich die IG Metall-Führung jedenfalls selbst der Möglichkeit einer geschlossenen Lohnaufbesserung für ihren gesamten Bereich beraubt.
Die Bewegung des Sommers muß vor dem Hintergrund dieser Entwicklung gesehen werden:
Einerseits hatte das Zusammenfallen von galoppierender Inflation (7—8 %), Progression der Lohnsteuer und der Sozialabgaben (ca. 4 %) für große Teile der Arbeiterklasse zu einer Reallohnsenkung geführt, während die Unternehmer Rekordprofite erzielten. Und selbstverständlich erzeugte diese Entwicklung in den Betrieben große Unzufriedenheit auch über die Regierung und die IG Metall-Führung.
Andererseits erreichten jedoch Autorität und Popularität des sozialdemokratischen Regierungschefs nach der Ratifizierung der Verträge, der Verleihung des Friedensnobelpreises und dem klaren Wahlsieg einen Höhepunkt. Das strikte Votum dieser Regierung für den Verzicht auf Lohnaufbesserungen sowie die Akzeptierung dieses Votums durch die IG Metall-Führung hatten für das Verhalten der Arbeiterklasse ein immenses Gewicht.
Es waren vor allem die große Autorität der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung (insbesondere auch der Person des Bundeskanzlers), die weitgehende Nachgiebigkeit der IG Metall-Führung gegenüber dieser Regierung und die weitgehend erfolgreiche Spaltungstaktik der Unternehmer, die einen „heißen Herbst" wie 1969 oder 1970 verhinderten. Die eigentlichen Grundlagen dafür, daß es im August nicht zu einem bundesweiten „Flächenbrand" kam, wurden so bereits im ersten Halbjahr 1973 gelegt. Und sogar auf dem Höhepunkt der Kämpfe, als nämlich am letzten August-Wochenende bei Ford und Opel gleichzeitig gestreikt wurde, reichten einige Gespräche und Äußerungen von Willy Brandt aus, um die Bewegung wieder zurückzuschrauben. Hierbei kam es zu einem lückenlosen Zusammenspiel mit den Massenmedien, deren massive Antistreikpropaganda dem Eingreifen Brandts Rückhalt und Massenwirksamkeit gab.

2. Zum Ausmaß der Sommer-Streiks 1973

Die betriebliche Lohnbewegung des Sommers 1973 war im wesentlichen ein Kampf um Teuerungszulagen. Er betraf fast ausschließlich die metallverarbeitende Industrie. Der regionale Schwerpunkt der Streiks lag in Nordrhein-Westfalen, wo wahrscheinlich über 100 000 Arbeiter und Angestellte an den Kämpfen beteiligt waren. Die Zahl der Streikenden in anderen Bundesländern dürfte insgesamt mindestens noch einmal die gleiche Größenordnung erreicht haben.

Der eindeutige regionale Schwerpunkt Nordrhein-Westfalen ist wahrscheinlich deshalb optisch besonders stark hervorgetreten, weil hier die Kämpfe verhältnismäßig lange andauerten, intensiv waren und sich auf einen relativ kurzen Zeitraum zusammendrängten. Angaben der IG Metall legen jedoch den Schluß nahe, daß mehr als die Hälfte der Streiks außerhalb Nordrhein-Westfalens stattgefunden hat.

Daß das volle Ausmaß der Bewegung nur schwer erkennbar ist, liegt vor allem daran, daß erstens die meisten Streiks nur sehr kurz waren und daß zweitens in Hunderten von Fällen Teuerungszulagen nicht nur durch längere Streiks, Warnstreiks und Abteilungsstreiks, sondern auch einfach durch Androhung von Kampfmaßnahmen durchgesetzt wurden. Sehr oft gaben Unternehmer sogar schon unter dem Druck der Bewegung in anderen Betrieben nach und zahlten Zulagen, um einem Übergreifen der Streiks auf die eigenen Betriebe vorzubeugen. Derartige Verhaltensweisen wurden nicht nur von Klein- und Mittelbetrieben praktiziert, sondern auch von solchen Großkonzernen wie Daimler-Benz, wo bereits unter dem Druck betrieblicher Forderungen und Warnstreiks sowie angesichts der Bewegung in anderen Werken der Automobilindustrie kampflos eine Zulage von 400 DM bewilligt wurde.

Welches Ausmaß die Bewegung erreichte, mag eine Zahl des IG Metall-Bezirks Essen verdeutlichen. Nach diesen Angaben wurden in 131 Betrieben Teuerungszulagen durchgesetzt, in 41 Betrieben wurde gestreikt. Bis Ende August/Anfang September dürfte insgesamt die Hälfte aller Beschäftigten der metallverarbeitenden Industrie auf diesem oder jenem Wege eine Teuerungszulage durchgesetzt haben.

Die Höhe der durchgesetzten Teuerungszulagen war unterschiedlich. Das Spektrum reicht bei den einmaligen Sonderzahlungen von 40 bis 500 DM, bei den Stundenlohn-Erhöhungen von 10 Pfennig bis 2 DM. Die Teuerungszulagen wurden in den unterschiedlichsten Formen gewährt: als einmalige Sonderzahlung, als erhöhter Stunden- oder Monatslohn, in der Form von Leistungsprämien, vermögenswirksamen Leistungen, Urlaubsvergütungen, Fahrgelderstattungen, Weihnachtsgratifikationen, in der Form von Zuschlägen für Überstunden oder für Spät-, Nacht- und Samstagsarbeit, als Jahresabschluß-Vergütung, als 13. Monatseinkommen, in der Form der Höherstufung, als Schmutz- oder Hitzezulage usw.

Der zeitliche Schwerpunkt der Bewegung lag im August. Die wichtigsten Kämpfe in Nordrhein-Westfalen fanden statt bei Hella (Lippstadt), Pierburg (Neuss), Valvo (Aachen), Küppersbusch (Gelsenkirchen), Opel (Bochum), Ford (Köln) und Rheinstahl (Brackwede). Was diese wichtigsten Streiks angeht, so konzentrierte sich die Bewegung auf den Zeitraum 15. August bis 30. August 1973.

3. Haupttendenzen der Sommer-Streiks 1973

3.1. Wachsende Breite der Bewegung

3.1.1. Einbeziehung mittlerer und kleiner Betriebe in die Kämpfe

In diese Bewegung waren zahlreiche mittlere und kleine Betriebe einbezogen, deren Belegschaften sich noch niemals zuvor aktiv an derartigen Klassenauseinandersetzungen beteiligt hatten. Viele dieser Betriebe befinden sich zudem in politisch wie ökonomisch wenig entwickelten Regionen, in denen auch die DKP relativ schwach ist.

Die Gründe für die Einbeziehung dieser Betriebe sind sicherlich vielfältiger Natur. Ein wesentlicher ökonomischer Grund für die wachsende Kampfbereitschaft dieses Teils der Arbeiterklasse ist sicherlich darin zu sehen, daß hier aufgrund ungünstiger ökonomischer und gewerkschaftspolitischer Verhältnisse die Effektivlohnsteigerungen im Rahmen der 8,5 %-Tariflohnsteigerungen verblieben. Der unmittelbar spürbare Druck auf die Reallöhne wird hier besonders groß gewesen sein.

Aber auch ein weiteres Moment hat mit Sicherheit bei der Einbeziehung dieser vielen mittleren und kleinen Betriebe eine Rolle gespielt: Es ging ja in den Kämpfen des Jahres 1973 nicht nur einfach um Lohnerhöhungen, sondern um Teuerungszulagen, d. h. um eine Forderung, die sich klar auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung bezog. Und es hat auch im ganzen Land über viele Monate hinweg eine höchst intensive Diskussion über die gesamtwirtschaftlich Entwicklung gegeben, über Währungskrisen, Finanzkrisen und vor allem über die Inflation. Diese Diskussion ist über die Massenmedien, insbesondere über das Fernsehen, bis in das letzte Dorf hineingetragen worden. Auch die Springer-Presse hat hierzu, indem sie die Inflation zu einem innenpolitischen Hauptargument ihrer Anti-SPD-Propaganda machte, zweifellos einiges beigetragen. D. h. der gesamtwirtschaftliche Charakter der Forderung nach Teuerungszulagen und der bundesweite Umfang der Diskussion über Inflation und Teuerungszulagen hat die relative Isolierung, in der sich viele mittlere und kleine Betriebe befinden, weitgehend aufgehoben und sie in die allgemeine Bewegung einbezogen.

Die Tendenz zur Einbeziehung bisher weitgehend inaktiver Abteilungen der Arbeiterklasse – wie der Belegschaften mittlerer und kleiner Betriebe – in eine Bewegung von der Art der Sommer-Streiks 1973 ist eine außerordentlich positive Entwicklung. Denn hier deutet sich ein gewisser Reifeprozeß der Arbeiterbewegung der BRD an.

Natürlich stellt eine solche Entwicklung auch neue Aufgaben und Anforderungen an die DKP. Diese Anforderungen entstehen vor allem dadurch, daß sie in manchen mittleren und kleineren Betrieben, in denen im Sommer 1973 gekämpft wurde, noch nicht verankert ist.

Hier ergibt sich die Aufgabe, Kontakte zu fortschrittlichen Belegschaftsangehörigen zu pflegen und eine Betriebszeitung herauszugeben. Denn nur wenn man die Belegschaftsmitglieder umfassend mit der Politik der Kommunisten bekannt macht, kann man die Vertrauensbasis schaffen, die man durch ein Auftreten nur in Kampfsituationen nicht erreichen kann, zumal, da die Arbeiter dann gelegentlich durch das Auftreten linksopportunistischer und maoistischer Gruppen verwirrt werden.

3.1.2. Einbeziehung ausländischer Arbeiter und Arbeiterinnen in die Kämpfe

Eine wachsende Breite der Bewegung ist auch in anderer Hinsicht erkennbar. Bei einem Großteil der Streikkämpfe dieses Sommers spielten ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen eine sehr aktive, oft sogar auslösende Rolle. Diese Erscheinung hat ihre Vorläufer, allerdings war sie noch nie so ausgeprägt erkennbar wie in den Monaten Juli und August 1973.

Die ökonomischen Gründe für das aktive Engagement der ausländischen Kolleginnen und Kollegen liegen auf der Hand: Sie sind gegenüber ihren deutschen Kolleginnen und Kollegen in Bezug auf den Lohn, die Arbeitsbedingungen, die Wohnverhältnisse, ja in Bezug auf ihre gesamte soziale Lage extrem unterprivilegiert. Sie unterliegen zusätzlicher Ausbeutung und Diskriminierung. Aufgrund ihres unterdurchschnittlichen Lohnniveaus und ihrer entsprechenden Verbrauchsstruktur trifft sie die gegenwärtige Teuerung besonders hart. Ihrer sozialen Lage nach befinden sie sich – an mitteleuropäischen Maßstäben gemessen – unterhalb des Existenzminimums und werden als Menschen zweiter Klasse behandelt.

Diese Situation enthält genügend Motivation für das entschlossene Durchkämpfen von Forderungen. Daß es in der Praxis des Klassenkampfes in diesem Sommer aber nicht nur bei der Motivation stehengeblieben ist, sondern daß die ausländischen Kollegen tatsächlich in großer Zahl aktiv den Kampf gegen die Unternehmer aufgenommen haben, läßt auch auf eine wachsende Reife dieser Abteilung der Arbeiterklasse der BRD schließen.

Offensichtlich beginnt auch bei einer solchen Ausländergruppe wie den Türken die längere Anwesenheit in einem entwickelten kapitalistischen Land Früchte zu tragen. Die Einbeziehung dieser großen Abteilung der Arbeiterklasse dieses Landes in den aktiven Kampf gegen das Großkapital ist zweifellos die positivste Tendenz der Streikkämpfe dieses Sommers.

Was die Tendenz der wachsenden Einbeziehung ausländischer Arbeiter und Arbeiterinnen in die Kämpfe ihrer Klases betrifft, so ist es nur natürlich, daß dies ein sehr widerspruchsvoller und komplizierter Prozeß ist. Schwierigkeiten – wie sie sich exemplarisch während des Streiks bei Ford gezeigt haben, sind hier zunächst unvermeidlich.

Man muß davon ausgehen, daß gerade solche Gruppen wie die türkischen Arbeiter, die aus höchst unentwickelten ökonomischen und politischen Verhältnissen kommen, unmöglich die Kampferfahrung und Kampfdisziplin beispielsweise deutscher Stahlarbeiter haben können. Die Gefahr, daß solche Kollegen auf falsche Parolen linksopportunistischer Elemente hereinfallen und sich zu unüberlegten Handlungen hinreißen lassen, wird auf absehbare Zeit groß bleiben.

Dies gilt besonders deshalb, weil in vielen Betrieben die Scheidelinie zwischen Ausländern und Deutschen zugleich Scheidelinie zwischen unqualifizierter, schmutziger, schwerer, monotoner und schlecht bezahlter Arbeit einerseits und qualifizierter, weniger schmutziger, weniger schwerer, weniger monotoner und besser bezahlter Arbeit andererseits ist. Hinzu kommt, daß das Solidaritätsgefühl bei den deutschen Kollegen oft wenig entwickelt ist; hinzu kommt das Gift des Nationalismus und Chauvinismus, das einer Aktionseinheit der Belegschaften ohne Rücksicht auf die Nationalität allein nach Klassengesichtspunkten entgegensteht.

Die Erfahrung zeigt jedoch, daß die ausländischen Kollegen, wenn sie einmal mit ihren deutschen Kollegen in einer Reihe stehen, in der Regel vorbildliche Kampfentschlossenheit und auch Disziplin zeigen. Der Streik im Profilwalzwerk bei Mannesmann ist hierfür ein klassisches Beispiel. Ausdrücklich hervorzuheben ist die große erzieherische und mobilisierende Funktion, die das Erlebnis der internationalen Klassensolidarität auch gerade für die deutschen Arbeiter hat. Ein gutes Beispiel hierfür ist der Streik bei Pierburg, Neuss.

Die Erfahrung der Sommer-Streiks 1973 zeigt, daß die reale Entwicklung des Klassenkampfs neue Anforderungen an die Arbeit der DKP mit den ausländischen Kollegen stellt. Ihr Anteil an der Bevölkerung der BRD entspricht etwa dem der Bauern oder der Studenten. Das macht etwa die Dimension des Problems klar.

Fremdsprachige Übersetzungen aktueller Materialien haben in solchen Situationen eine hohe Bedeutung, um die ausländischen Kollegen in den Kampf miteinzubeziehen. Um dies regelmäßig gewährleisten zu können, können fremdsprachenkundige Studenten eine wichtige Funktion übernehmen.

Dies spielt nicht nur in aktuellen Kampfsituationen eine Rolle. Genauso wichtig ist es, die ausländischen Kollegen bei ihren „alltäglichen" Problemen am Arbeitsplatz und anderswo zu unterstützen.

3.2. Größere Tiefe der Bewegung

3.2.1. Wachsendes Problembewußtseln für gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge

Sowohl was die Art ihres Zustandekommens als auch was ihren Inhalt betrifft, hatten die während der Sommer-Streiks 1973 vorherrschenden Forderungen nach Teuerungszulagen einen prinzipiell anderen Charakter als „normale" Lohnforderungen. Denn diese Forderungen bezogen sich ja bereits unmittelbar auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Und die Diskussionen und Argumente, aus denen heraus sich die Forderungen nach Teuerungszulagen entwickelt haben, waren ebenfalls unmittelbar von gesamtwirtschaftlichen Kennziffern wie Preisentwicklung, Profitentwicklung, Steuerprogression und Reallohnsenkung bestimmt. Das verhältnismäßig hohe Niveau der betrieblichen und gewerkschaftlichen Diskussion an der Basis war auch dadurch bestimmt, daß die genannten ökonomischen Kennziffern vor dem Hintergrund eines offensichtlich engen Zusammenspiels zwischen sozialdemokratisch geführter Bundesregierung und Monopolkapital betrachtet werden mußten und zumindest teilweise auch betrachtet wurden. Diese Diskussionen haben sicherlich zu tieferen Einsichten über das staatsmonopolistische Gesellschaftssystem in der BRD geführt und in der Tendenz die Desillusionierung über die SPD verstärkt.

Die Sommer-Streiks 1973 lassen also ein wachsendes Problembewußtsein für gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge in der Arbeiterklasse der BRD erkennen. Das ist eine außerordentlich positive Erscheinung.

Die DKP hat durch ihre Argumentation sicherlich einiges dazu beigetragen, dieses Problembewußtsein zu schärfen. Gerade die Verankerung eines solchen Tatbestandes wie der Inflation im Massenbewußtsein führt näher an die Erkenntnis des Zusammenhanges ökonomischer Forderungen mit dem Charakter des gesellschaftlichen Systems, mit politischen Forderungen heran.

3.2.2. Aufstellung umfassenderer Forderungen

Von einer größeren Tiefe der Bewegung muß auch in Bezug auf den Inhalt einiger Forderungen gesprochen werden, die in mehreren Betrieben von den ausländischen Arbeiterinnen und Arbeitern erhoben wurden. Diese Forderungen betrafen nicht nur einfach die Höhe des Lohns, sondern richteten sich ausdrücklich auf die lohnmäßige Gleichberechtigung mit den deutschen Kollegen.

Oft umschlossen die Forderungen der ausländischen Arbeiterinnen und Arbeiter auch darüber hinaus einen verhältnismäßig breiten Bereich ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen. So gab es z. B. Forderungen nach Verringerung der Bandgeschwindigkeit, nach Beseitigung entwürdigender Pausenregelungen und sogar nach dem Wegfall von Sonderschichten (Überstunden). Auch die Forderung nach Verlängerung ihres Urlaubs, wie sie in letzter Zeit mehrfach von ausländischen Arbeitern erhoben wurde, hat einen ziemlich umfassenden Inhalt. Denn die Hin- und Rückreisezeiten z. B. für türkische Arbeiter, die oft aus ländlichen Gebieten stammen, sind sehr lang; infolgedessen bleibt kaum Zeit für die traditionellen Rundumbesuche bei den vielköpfigen Großfamilien in der Heimat. Die Forderung nach Verlängerung des Urlaubs richtet sich also gegen einen tiefen Eingriff der Unternehmer in traditionelle Lebensgewohnheiten.

Die Tatsache, daß offensichtlich neben den Lohnfragen auch mehr und mehr der gesamte Komplex der Arbeits- und Lebensbedingungen in das Blickfeld der Arbeiterklasse gerät, bietet nicht nur neue Anknüpfungspunkte, sondern auch

konkrete Möglichkeiten, über den rein ökonomischen Kampf hinauszugehen und einen breiteren Ausschnitt des kapitalistischen Ausbeutungssystems als veränderungsbedürftig erkennbar zu machen.
Die Erfahrung zeigt allerdings, daß das Verständnis für antimonopolistische Systemkritik um so größer wird, wie es gelingt, diese Systemkritik aus genauer Kenntnis der betrieblichen Arbeitssituation heraus zu konkretisieren.
Was die Darstellung der gesamtwirtschaftlichen Situation, die Betonung der Inflation, der Progression der Lohnsteuer und der Sozialabgaben, was die Propagierung der Notwendigkeit des Kampfes um Teuerungszulagen anging, entsprach die Argumentation der DKP bis hinunter auf die Ebene der Betriebszeitungen der Stimmung in der Arbeiterklasse.

3.3. Wachsende Schärfe der Auseinandersetzung

3.3.1. Zunehmende Anwendung von Repressalien durch Unternehmer und Staat

Die Sommer-Streiks 1973 haben eine zunehmende Anwendung von Repressalien und verschiedenen Terrorpraktiken der Unternehmer gegenüber streikenden Arbeitern erkennen lassen. Es häufen sich Entlassungen aktiver Kollegen. Ferner bildet die ständige Drohung der Entlassung ein wesentliches Mittel zur Einschüchterung der Belegschaften. Nicht zuletzt der Einschüchterung dient auch die zunehmende Anwendung von nachrichtendienstlichen Methoden wie Einsatz von Spitzeln, wie das Fotografieren von Streikenden, wie die Anlage von schwarzen Listen usw. Erkennbar ist darüber hinaus der Einsatz von leitenden Angestellten zu Zwecken der Agitation, der Drohung, der Provokation, ja sogar des physischen Terrors.
Auch haben sich im Sommer 1973 Polizeieinsätze gegen streikende Arbeiter gehäuft. Der Form nach reichen diese Polizeiaktionen vom Einsatz Zivilbeamter (VS, K 14, aber auch normale Kripo oder sogar Schupo in Zivil) zum Bespitzeln und eventuell zum Provozieren bis hin zum Einsatz mehrerer Hundertschaften mit Knüppeln, gezogenen Pistolen und scharfen Hunden. Diese Polizeieinsätze haben sich – sofern sie die Anwendung physischer Gewalt einschlossen – fast ausschließlich gegen Ausländer und Ausländerinnen gerichtet. Hierdurch soll die Solidarisierung seitens der deutschen Bevölkerung und der deutschen Arbeiter von vornherein eingeschränkt werden.
Der wachsende Terror der Unternehmer und des Staatsapparates sowie die offensichtlich zunehmende Anwendung nachrichtendienstlicher Methoden des Gegners gegen aktive Kollegen kann dazu führen, daß sich in vielen Betrieben Angst ausbreitet.
Bei Entlassungen darf keine Mühe gescheut werden, den Kampf um die Wiedereinstellung der Entlassenen und die Entwicklung einer Solidaritätsbewegung zu führen. Erfolge, die hier errungen werden, können schädlichen Auswirkungen von Meldungen über Entlassungen entgegenwirken. Darüber hinaus sollten gerade den jüngeren aktiven Gewerkschaftern die umfangreichen Erfahrungen der Arbeiterbewegung vermittelt werden, welche Methoden – auch nachrichtendienstlicher Art – vor allem die Großkonzerne anwenden, um Arbeiterfunktionäre unter Druck zu setzen und los zu werden.

3.3.2. Zunehmendes Auftreten maoistischer Gruppen

Auffällig war im Sommer 1973 das massive Auftreten der verschiedensten ultralinken Splittergruppen, die sich größtenteils als „kommunistisch" bezeichnen. Auch

dies ist ein Indiz für die Verschärfung der Klassenauseinandersetzungen. Das massive Auftreten der Maoisten ist außerordentlich schädlich und wird vom Gegner natürlich weidlich ausgenutzt, in Einzelfällen auch selbst organisiert.
Es gibt keinen Zweifel daran, daß die Maoisten in den Betrieben meist auf scharfe Ablehnung stoßen und sich vor allem im Verlauf der Kämpfe zunehmend isolieren. Aber die Tatsache, daß es maoistischen Gruppen gelungen ist, Einfluß auf einige Streiks zu nehmen, hat bestimmte objektive Ursachen, die auch in Zukunft ihr Gewicht behalten werden. Die sozialpartnerschaftlich orientierte Politik von Gewerkschaftsführungen und auch von betrieblichen und gewerkschaftlichen Funktionsträgern an der Basis bildet einen günstigen Nährboden für linksopportunistische Aktivitäten. Dies gilt vor allem dann, wenn neue Abteilungen der Arbeiterklasse, die über wenig Kampferfahrung verfügen, in die Bewegung mit einbezogen werden. Man muß sich darauf einstellen, daß die maoistischen Gruppen auch in Zukunft bei Streikkämpfen präsent sein werden.
Es wird in Zukunft von großer politischer Bedeutung sein, ob es gelingt, den Einfluß maoistischer Gruppen einzuschränken und zurückzudrängen. Sehr wichtig wird es sein, den Arbeitern und Angestellten zu helfen, die DKP als Begriff für die Kommunisten in der BRD von irgendwelchen linksopportunistischen Nachahmungen „KPD", „KPD-ML" etc. zu unterscheiden.
Zunächst muß man sich über den folgenden Zusammenhang klar werden. Die Erfahrung zeigt, daß linksopportunistische Parolen in den Betrieben vor allem dann auf fruchtbaren Boden fallen, wenn Gewerkschaftsführungen und Betriebsräte versagt haben. Sozialpartnerschaftliche Auffassungen bieten linksopportunistischen Aktivitäten die besten Anknüpfungspunkte. Die Hauptfront, an der die Maoisten geschlagen werden müssen, ist daher der Betrieb. Aber die Kader der Maoisten sind in der Regel keine Arbeiter, sondern Angehörige der kleinbürgerlichen Intelligenz, die vornehmlich von den Universitäten aus den Weg vor die Werkstore finden. Die Hochschulen sind gewissermaßen das Kader-Reservoir der Maoisten. Sie müssen daher auch in ihrem „Hinterland" Universität geschlagen werden – und zwar auch dadurch, daß bei Veranstaltungen ihre spalterische und arbeiterfeindliche Politik bei Streikkämpfen durch Arbeiterfunktionäre schonungslos entlarvt wird.
Die DKP wird gegenüber den Opportunisten jeder Couleur die Überlegenheit ihrer Organisation und ihrer politischen Linie voll in die Waagschale werfen. Durch kontinuierliche Betriebsarbeit wird es ihr gelingen, ihre Verankerung in den Betrieben und dem Bewußtsein der Arbeiter zu stabilisieren.

Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB SPARTAKUS als Taschenbuch

308 Seiten, mit Photos, DM 6,–

Aus dem Inhalt: Matthiessen: Zur Entstehungsgeschichte des SPARTAKUS - Hauptreferat - alle Diskussionsbeiträge - Bericht der Antragskommission zur Grundsatzerklärung - Auszug aus der Diskussion - Grundsatzerklärung - Satzung - Pressespiegel u. a.

Name .....
Ort .....
Straße .....

Ich bestelle:
..... **Exemplar(e) des Protokolls**

Schicken an:
Weltkreis-Verlag-GmbH
46 Dortmund
Brüderweg 16

kürbiskern

LITERATUR, KRITIK, KLASSENKAMPF

1'74 KINDER- UND JUGENDLITERATUR

Geschichten aus dem Alltag, Neue Märchen, Neue Kinderlieder

Analysen zum Thema Wirklichkeit und Phantasie
Jugendbuchforschung in der BRD
Jugend und Buch in der DDR
Frühes kommunistisches Kindertheater
Rassismus im Kinderbuch
Landser — Helden der Jugend?
Zum Medienverhalten von Schülern (mit Umfrageergebnissen)

Enrique Müller Cargus, Leitender Mitarbeiter des Informationsbüros der Unidad Popular berichtet über Grenzen und Möglichkeiten der demokratischen Presse vor dem faschistischen Putsch.

Jahresabo 16 Mark + Porto + MWSt

Einzelheft 4,80 DM + Porto + MWSt

KLEINE ARBEITERBIBLIOTHEK

Eine neue Reihe ab Herbst '73 im KÜRBISKERN

Otto Gotsche:

Sturmsirenen über Hamburg und andere Erzählungen aus der Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung.

Aus Otto Gotsches Nachwort zu diesem Band:

„Bei der Erinnerung an den Genossen Willi Bredel und andere Kampfgefährten des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller ist etwas klarzustellen: In einigen Nachdrucken wird versucht, durch Kommentare und gezielte Auswahl von Dokumenten die Autoren und ihre Werke in die Nähe heutiger ‚ultralinker' Gruppierungen zu rükken. Aber wir haben nicht dafür geschrieben und gekämpft, daß unsere Bücher heute für kommerzielle und politische Geschäftemacher als Alibi herhalten sollen. Die revolutionäre Tradition der KPD ist völlig unvereinbar mit dem von den Ultralinken praktizierten Antisowjetismus, mit Verleumdungen gegen de DDR und die SED, mit der Diffamierung der SEW in West-Berlin und der DKP in der Bundesrepublik, mit gewerkschaftlicher Spaltertätigkeit und kriminellen Provokationen."

Sowjetische Erzählungen der 20er Jahre

Aus der großen Malik-Anthologie: Babel, Ehrenburg, Fedin, Gladkow, Katajew, Leonow, Scholochow, Samjatin, Tretjakow u. a. (Begleitwort: Gerd Deumlich)

Je Band DM 6,80

MARXISTISCHE ÄSTHETIK UND KULTURPOLITIK

Eine neue Reihe, herausgegeben von KÜRBISKERN und TENDENZEN

Arbeitstagung der DKP zu Fragen der Bildenden Kunst — 31. 5. bis 3. 6. 73 in Neuss

DM 6,80

Arbeitstagung der DKP zu Fragen des Theaters ca. DM 4,—

Referate, Diskussionsbeiträge, Materialien (Auszüge)

Bestellungen an Verlag
kürbiskern **8 München 40**
Hohenzollernstraße 144
Telefon 089 / 30 37 83
oder über Buchhandlungen

Martin Berner

Bürgerinitiativen zwischen Integration und gesellschaftlicher Veränderung

Immer mehr Bürger werden in Bürgerinitiativen aktiv. Auf fast allen Gebieten der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen bilden sich ständig neue.

Es soll im Folgenden der Versuch unternommen werden, anhand von Beispielen einige Kriterien herauszuarbeiten, nach denen Marxisten Bürgerinitiativen beurteilen. Dabei kann die Bestimmung dessen, was eigentlich Bürgerinitiativen sind, nicht zu starr ausfallen, denn sie zeichnen sich weder durch bestimmte Organisations- und Agitationsformen, noch durch festgelegte Inhalte aus, sondern ganz allgemein dadurch, daß „Bürger" Probleme ihrer Umwelt erkennen, aufgreifen und nach Lösungsmöglichkeiten suchen. Ein entscheidender Wesenszug ist ihre relative Spontaneität und meist geringe Verbindung mit bestehenden gesellschaftlichen Organisationen.

Bedeutung erlangten Bürgerinitiativen etwa Mitte der 60er Jahre, als Ausdruck der Verschärfung der inneren Widersprüche in der BRD. Wurden sie anfangs von den Herrschenden sehr mißtrauisch betrachtet und als staatszersetzend diffamiert, so zeichnen sich in den letzten Jahren ebenso deutliche Versuche ab, sie für die Interessen dieses Systems nutzbar zu machen. Teilweise erkannte man, daß sie vor allem für drei Aufgaben eingesetzt werden können: als Zulieferer und Handlanger bei den Versuchen imperialistischer „Planung", als Instrument der ideologischen Manipulierung, und zur Mobilisierung materieller Ressourcen auf Gebieten, die infolge der Prioritätensetzung der spätkapitalistischen Verteilungspolitik chronisch unterfinanziert sind.

Instrumente imperialistischer „Planung"

Der ideologische Hintergrund einer solchen Nutzbarmachung ist die Strategie der „Partizipation", der Integration durch Mitwirkung.

Je weiter sich die Produktivkräfte entwickeln, um so komplizierter werden die Planungsprozesse, die vor allem der Staat zu tragen hat. War es in früheren Phasen des Kapitalismus ausreichend, die „Verplanten" in Ruhe zu halten, so setzt die Erfassung immer komplexerer Daten für die Planung und deren Verwirklichung mehr und mehr die aktive Mitarbeit aller Betroffenen voraus. Eine Grundfrage der staatlichen Verwaltung im Zeitalter immenser wissenschaftlich-technischer Umwälzungen wird deshalb die Entwicklung von Beteiligungsmodellen zur Effizienzsteigerung des Planungs- und Verwaltungsprozesses. „In zunehmendem Maß setzt sich auch bei Planern die Erkenntnis durch, daß insbesondere eine langfristig konzipierte Strategie der Struktur- und Entwicklungsplanung nur dann Erfolge verspricht, wenn die Betroffenen mitmachen. Das setzt aber voraus, daß sie rechtzeitig und ausreichend informiert sind und zur Kooperation (Partizipation) eingeladen. Dadurch soll Konsens über Ziele und Planungsstrategien hergestellt werden. Konsensus bei der Zielformulierung erhöht die Motivation, auch hinterher mitzumachen. Nebenfolgen werden leichter kalkulierbar bzw. kontrollierbar. Konfliktmöglichkeiten können früher erkannt, Konflikte können präventiv vermieden

werden."[1] Wenn auch viele, vor allem untere Verwaltungseinheiten, dieser objektiven Notwendigkeit Widerstände entgegenbringen und ihr prinzipielle Schranken gesetzt sind, so ist doch den Planungsstrategen bewußt, daß sie ohne „kritische" Öffentlichkeit mit ihren Plänen gänzlich zum Scheitern verurteilt sind.

Auch den Spitzenpolitikern in der BRD wird dieser Zwang zur aktiveren Beteiligung breiter Bevölkerungskreise an wichtigen Planungsvorhaben bewußt: „Das Instrumentarium, das wir heute haben, um meinungsberechtigte Bürger und Gruppen teilnehmen zu lassen, ist veraltet ... ich weiß ... wieviel guter Wille und Sachverstand draußen brachliegt ... Große Reformvorhaben dürfen nicht nur mit einem kleinen Sachverständigen-Beirat eines Ministeriums beraten und dann dekretiert werden, sondern die interessierten Gruppen und Schichten der Gesellschaft müssen an der Vorbereitung teilhaben" (Willy Brandt).[2] Auch Gustav Heinemann brachte dies zum Ausdruck, als er in seiner Rede zur Verleihung des Theodor-Heuss-Preises an den „mündigen Bürger" sagte: „Manche solcher Proteste können aufgefangen werden, wenn die Behörden oder Vertretungsorgane in einem möglichst frühen Zeitabschnitt ihrer Planung die Bürger mit in das Gespräch hineinnähmen ... Es sollte zum guten Ton zeitgemäßer Politik gehören, daß Planungen, die andere angehen, nicht über sie hinweg betrieben werden."[3]

Instrumente der ideologischen Offensive

Dieser Aspekt kann nicht systematisch getrennt werden von der Notwendigkeit, mehr gesellschaftliche Kräfte für Planungsprozesse zu mobilisieren, „Motivation" zu erzeugen. Es kommt für die Herrschenden die Notwendigkeit hinzu, an der ideologischen Front aktiv zu werden, um in einer Situation der Verschärfung der Klassengegensätze und der zunehmenden Attraktivität sozialistischer Ideen nicht an Boden zu verlieren. Die im kalten Krieg systematisch betriebene „Entideologisierung" weicht deshalb einer „geistige(n) Mobilisierung unseres Volkes" (Willy Brandt).[4] Die Massen sollen zur Mitarbeit am System ihrer Ausbeutung aktiviert werden. Die alten Waffen der ideologischen Manipulation sind stumpf geworden; wichtige Forderungen, wie etwa die nach Mitbestimmung auf allen Ebenen, können nicht mehr ignoriert werden. Deshalb wird versucht, sie verbal aufzugreifen und von ihrem wirklichen Inhalt abzulenken (wie etwa zuerst durch die Propagierung der „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand" und dann in den verschiedenen Mitbestimmungs-„Modellen"). Helmut Schmidt vertritt dies unverblümt: „Teilhabe vor allem an den Entscheidungen, die den Einzelnen unmittelbar angehen, ist die wichtigste Forderung des Menschen in der industriellen Massengesellschaft. Wenn sie nicht verwirklicht werden könnte, so würde sich zunächst die Flut der Unruhe an den Dämmen stauen – später aber könnte sie die Dämme überspülen oder eindrücken und alles hinwegstürzen. Deshalb muß die Massendemokratie Schleusen, Auslaß und Kanäle für die Flut schaffen."[5]

1 Körber, Planung und Öffentlichkeit in der Klassengesellschaft. In: Müller/Nimmermann Hrsg., Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit, München 1971, S. 134/35
2 „Der Spiegel" Nr. 38/1969, S. 49
3 Gustav Heinemann, Der mündige Bürger in Staat und Gesellschaft. Ansprache anläßlich der Verleihung des Theodor-Heuss-Preises. In: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Sonderdruck
4 W. Brandt, Kultur und Politik in unserer Zeit, Hannover 1960, S. 71
5 H. Schmidt, Strategie des Gleichgewichts, Stuttgart 1969, S. 298

„Wir müssen umdenken, wenn wir überleben wollen", dieses Wort von Einstein ist bezeichnenderweise das Motto eines Sammelbandes mit dem Titel „Partizipation", vom „Wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Bildungswerk" herausgegeben.[6] In diesem Buch wird die Strategie der integrationistischen Teilhabe umfassend ausgearbeitet. Da wird bei allem Gerede von „Fundamentaldemokratisierung", die „nicht im Sinne eines ... überholten Begriffs der Demokratie als Staatsform, sondern im Sinne einer lebendigen Teilhabe am Gesamtgeschehen" aufzufassen sei,[7] doch eindeutig klargemacht, daß die Beteiligung aller Gruppen am gesellschaftlichen Entscheidungsprozeß diesen nicht in Frage stellen darf, „sonst wird die Gesellschaft handlungsunfähig ... es müssen in der Demokratie also nicht nur legitime Formen der Partizipation, sondern ebenso legitime Formen der Abwehr von Partizipation bestehen."[8]

Sehr deutlich drückt Pufendorf die Absicht der Partizipationsideologie aus, wenn er sie der Mitbestimmung gegenüberstellt. Partizipation charakterisiere demnach „Mitverantwortung und verpflichtende Teilhaberschaft", Mitbestimmung dagegen eine Grundhaltung, die Ansprüche an Staat und Gesellschaft stelle, ohne die Konsequenzen zu bedenken.[9] Sie soll also verhindern, daß Interessengegensätze ausgetragen werden, und ein Ersatz für wirkliche demokratische Selbsttätigkeit sein.

Und so kann Steinbuch feststellen: „Gesellschaftliche Stabilität wird in unserer Zeit nicht mehr durch Verhinderung ungewöhnlichen Verhaltens bewirkt, vielmehr durch einen gesellschaftlichen Lernprozeß, für den ungewöhnliches Verhalten Voraussetzung ist.[10] Diese Linie setzt sich mehr und mehr durch gegen noch starke Widerstände etwa in der Springer-Presse, die eindringlich davor warnt, mit „Reformeuphorie" Prozesse in Gang zu setzen, die die Forderung nach wirklicher Demokratisierung weiter populär machen könnten.

Bestimmt nicht zufällig wurde der Theodor-Heuss-Preis im Jahre 1973 an den „mündigen Bürger", stellvertretend an drei Bürgerinitiativen, verliehen. In seiner Rede zur Verleihung faßte der Bundespräsident noch einmal die wichtigsten Gesichtspunkte der Partizipation zusammen. Nach Passagen überschwenglichen Lobes für den „mündigen Bürger", etwa Schülerlotsen und Rot-Kreuz-Helfer, aber auch für Teilnehmer an Bürgerinitiativen sagte er ganz klar: „Sie (die Bürgerinitiativen – M. B.) haben ihre Grundlage, aber auch ihre Grenzen in der Verfassung.[11] Wann man dabei die in der BRD gängige Interpretation in Rechnung stellt, nach der die Verfassung gleichgesetzt wird mit dem herrschenden politischen System, so wird diese Aussage deutlich. Die „bestehende Rechtsordnung" soll durch „Initiative von unten" verbessert werden, „Teilinteressen" dürfen „nicht gegen das Interesse der Gesamtheit verstoßen."

So wird versucht, die Notwendigkeit der Herrschaftssicherung durch ideologische Aktivierung im Sinne des Systems zu verbinden mit dem Kampf gegen die immer dringlicher geäußerte Forderung nach Mitbestimmung und Kontrolle durch die Bevölkerung.

6 Offene Welt Nr. 101. Partizipation. Aspekte politischer Kultur. Opladen 1970
7 Pufendorf, Einführung zum Thema: Partizipation. In: Partizipation, a. a. O., S. 10
8 Eckert, Politische Partizipation und Bürgerinitiative. In: Partizipation, a. a. O., S. 37
9 Pufendorf, a. a. O., S. 8
10 Steinbuch, Programm 2000, Stuttgart 1970, S. 32
11 Heinemann, a. a. O.

Ein Mittel zur Mobilisierung materieller Ressourcen

Nicht nur auf ideologischem Gebiet bieten sich Bürgerinitiativen den Herrschenden als Kampfmittel an. Sie sollen auch dazu beitragen, daß zur Beseitigung unerträglicher Folgen staatsmonopolistischer Politik wichtige Investitionen direkt von der arbeitenden Bevölkerung übernommen werden. Die Formel vom „mündigen Bürger" dient dazu, Ansprüche an die staatliche und kommunale Verwaltung zur Behebung von Mißständen an die Bürger selbst zu verweisen. Sehr deutlich wurde dies in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 19. Januar 1973 ausgedrückt: „Wer neue Forderungen stellt, ohne zu neuen Leistungen bereit zu sein, der kann nicht erwarten, ernstgenommen zu werden."[12]

So ergänzen sich ideologische Teilhabekonstruktionen und finanzielle Beteiligung des Bürgers zur Stabilisierung des imperialistischen Systems.

Parteien und Bürgerinitiativen

Alle diese Punkte finden sich in programmatischen Überlegungen der etablierten Parteien.

So beklagt etwa Elmar Brok im CDU-Organ „Die Entscheidung",[13] daß den Bürgerinitiativen „in den Augen von Unionsrepräsentanten immer etwas Unsolides, Querulantenhaftes, manchmal gar Umstürzlerisches" anhafte. Dabei könnten sie doch willkommene Accessoires in der „Ausgestaltung der politischen Philosophie der Union" sein, sie könnten eine „Indikatorfunktion" übernehmen und so einen „weiteren Vertrauensschwund in sie (die etablierten Parteien — M. B.) selbst und den Parlamentarismus verhindern", was sie nicht nur wünschenswert macht, sondern notwendig, denn „wenn die Parteien aus falsch verstandenem Stolz ... nicht so verfahren, so werden die Radikalen im Kampf gegen die parlamentarische Demokratie weiterhin erfolgreich bei Bürgerinitiativen Solidarisierungseffekte erzielen." Das von Brok entwickelte Konzept sieht deshalb vor, daß die CDU sich zum „Anwalt der Bevölkerungsinteressen" macht, was ihr wesentlich leichter gelingen könnte als den Regierungsparteien, „denen Verschleiß in der Verantwortung, unpopuläre Maßnahmen und die Last der Obrigkeit" anhingen. „Dies muß so ausgenutzt werden, daß die Opposition als Helfer in der Öffentlichkeit und Sprachrohr in den Parlamenten zur selbstverständlichen Anlaufstelle aller Bürgerinitiativen wird." Der Nutzen für die CDU sei dann, daß sie in den Augen der Mitarbeiter und Sympathisanten der Initiativen „aus einer Anlaufstelle in einer konkreten Frage ein Gesprächspartner und schließlich vielleicht ein Partner in allen politischen Dingen" wird. Einen weiteren Nutzen seiner Konzeption sieht Brok darin, daß die CDU „selbst Einfluß auf die Entwicklung politischer Trends durch ihre Ausnützung ausübt. Dies kann ihr nur dann gelingen, wenn sie die politischen Diskussionsthemen bestimmt. Dafür sind Bürgerinitiativen ein ausgezeichnetes Hilfsmittel."

Diese weitgehende Instrumentalisierung von Bürgerinitiativen für die ideologische Offensive scheint jedoch bei den CDU-Theoretikern umstritten zu sein. F. Oberländer-Garlichs hebt in derselben Zeitschrift[14] hervor, daß Bürgeraktionen, „wenn sie sich auf das Feld der ‚großen Politik' begeben und den Parteien den Rang ablaufen wollen", fragwürdig würden. Für sie sind Bürgerinitiativen nur als „Frühwarnsystem" interessant.

Für die FDP sind sie ein willkommenes Instrument, Forderungen nach echter Demokratisierung abzublocken und die Tatsache, daß „eine feste und überzeugte Bindung an unsere Gesellschaftsordnung ... nicht tief genug" sitze[15], zu überspielen und den Mangel an demokratischen Rechten vergessen zu lassen. „Wenn es gelingt, immer mehr Bürger dazu zu bewegen ..., dann hätte das zur Folge, daß nicht nur die Planungs- und Entscheidungsprozesse durchsichtiger und ‚bürgernäher' würden, sondern die parlamentarischen Gremien als letzte Entscheidungsinstanz erhielten eine neue und zusätzliche Legitimation". Solche Initiative soll moralisch aufpäppeln: „Als Gegenwert gibt es das beglückende Erlebnis, nicht einfach Objekt von Entscheidungen Dritter zu sein, sondern diese mit beeinflußt zu haben. Bürgeraktivität erlöst aus der so weit verbreiteten Frustration."

Auch für die SPD zählen Bürgerinitiativen, wie obige Zitate führender Sozialdemokraten zeigen, nur als Mittel der Integration der arbeitenden Menschen in das imperialistische System. Gerade die Abhängigkeit der sozialdemokratischen Führung von ihrer überwiegend werktätigen Basis lassen sie verstärkt zu solchen Manövern greifen. Um ihren imperialistischen Kurs abzusichern, sind Sozialdemokraten die entschiedensten Verfechter einer Politik der Verschleierung.

Einige Beispiele integrativer Bürgerinitiativen

Die Strategie der Partizipation bleibt nicht nur Theorie, sie wird auch zielstrebig verwirklicht. So etwa in der 1958 gegründeten **„Aktion Gemeinsinn"**, die den Aspekt der finanziellen Beteiligung besonders betont: „Denn was der Staat nicht tun kann, was aber dennoch für die Gemeinschaft getan werden muß, das muß der Bürger tun."[16] „Jeder von uns muß begreifen: Umweltschutz gibt es nicht zum Nulltarif. Wir alle werden ihn bezahlen müssen — als Käufer oder als Steuerzahlen."[17] Aber nicht nur das Bestreben, staatliche Ausgaben für soziale und Gesundheitseinrichtungen zu sparen („Für diese im Durchschnitt 10 Jahre zu früh anfallenden Invalidenrentner müssen wir alle einen von Jahr zu Jahr höheren Preis zahlen")[18], auch ideologische Beeinflussung gehört zu den Aufgaben der „Aktion Gemeinsinn". So sind mindestens drei ihrer Kampagnen als Versuch zu sehen, aufgetretene Legitimationsschwierigkeiten des Herrschaftssystems in der BRD zu meistern.

1. Das „Entwicklungshilfe"-Programm der Bundesrepublik war von Anfang an sehr umstritten. Viele konnten den wahren Charakter solcher Programme am Beispiel der US-Politik etwa in Korea, Griechenland und Persien erkennen und wehrten sich dagegen, daß sich auch die BRD in neokolonialistische Abenteuer stürzte. Um dem entgegenzuwirken, organisierte die „Aktion Gemeinsinn" eine

12 zitiert nach FAZ vom 20. Januar 1973
13 E. Brok, Bürgerinitiativen — Teil eines strategischen Konzepts. In: Die Entscheidung Nr. 2/1973
14 F. Oberländer-Garlichs, Bürgeraktionen — lästig aber nützlich? In: Die Entscheidung Nr. 6/1972
15 K. H. Flach, Bürgerinitiative und repräsentative Demokratie. In: Liberal Nr. 4/1972
16 Informationsbroschüre „10 Jahre Aktion Gemeinsinn", Bad Godesberg 1968
17 Broschüre „Planet in der Krise", Bad Godesberg 1972
18 Informationsbroschüre „Bilanz der ersten 10 Jahre", o. J.

Kampagne, die das Image der „Entwicklungshilfe" aufpolieren sollte: Mit dem Appell an Gefühle wurde in den Weihnachtstagen 1959 versucht, über den Hebel der in der BRD studierenden farbigen Studenten aus der „Entwicklungshilfe" ein „menschliches Problem" zu machen.

2. Mit ihrer Kampagne von 1963/64 zur „Mitarbeit des Bürgers in der Gemeinde", setzte die „Aktion Gemeinsinn" schon sehr früh die Grundgedanken der Partizipationsideologie in Praxis um. Die Tendenz dieser Kampagne ist in folgender Aussage zusammengefaßt: „Fast anderthalb Jahrzehnte Demokratie in Deutschland hatten bewiesen: sie funktionierte. Sollte man das weitere Funktionieren nur Funktionären überlassen? Heißt nicht Demokratie Herrschaft des Volkes? Und der ‚Staat' — sind das nicht wir alle?"[19]
3. Mitte der 60er Jahre zeichnete sich die Bildungskatastrophe, die „technologische Lücke" gegenüber anderen kapitalistischen Ländern und vor allem gegenüber den sozialistischen Ländern in der Bundesrepublik ab. Nachdem es seit der Schließung der DDR-Grenze nicht mehr möglich war, hochqualifizierte Arbeitskräfte von dort abzuwerben, mußte die BRD alle Anstrengungen unternehmen, um aufzuholen und alle Bildungsreserven auszuschöpfen. Flankiert wurde diese Offensive, die später kläglich gescheitert ist (als sich nämlich herausstellte, daß dann auch mehr Geld für Bildung ausgegeben werden müßte), von der „Aktion Gemeinsinn"-Kampagne 1965/66 „Schick Dein Kind länger auf bessere Schulen".

Das Personalregister der „Aktion Gemeinsinn" belegt sehr klar, wessen Instrument sie ist. Wir finden dort Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder von Karstadt, Hoesch, VW, Siemens, der Ruhrkohle AG und der Deutschen Bank; daneben Verleger, einen Vertreter der „Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände" und des „Bundesverbandes deutscher Zeitungsverleger", des weiteren Parlamentarier, Intendanten und Exminister.[20] Die reichen Spenden kommen vor allem von Großkonzernen wie der Daimler-Benz AG und dem Burda-Verlag. Und die bisherige Arbeit der Aktion beweist, daß sie ein willfähriges, auf „kritisch" poliertes Sprachrohr ihrer Manager und Geldgeber ist.

Auch bei der **„Stiftung Mitarbeit"** zeigt ein Blick ins Personalregister[21] besser als alles andere, daß sie nicht einzig der reinen Menschlichkeit und Gerechtigkeit verpflichtet ist. Außer dem Bundeskanzler und dem Außenminister finden wir dort den Krupp-Direktor und MdB Birrenbach, den Rüstungsfabrikanten Bölkow, den „König von Weinheim", Freudenberg, einen Generalleutnant a. D., einen Bankier, den MdB und Industrieberater Scheu usw. Wer die rigiden Ausbeutungsmethoden der Firmen Krupp, Freudenberg und Bölkow kennt, weiß, was sich ihre Besitzer und Topmanager unter „menschenwürdiger Umwelt" vorstellen!
Und bei der Auswertung der in einer Dokumentation gesammelten Initiativen stößt man immer auf das gleiche Prinzip: Ein „mündiger Bürger" erkennt eine Mangelsituation und gründet eine Bürgerinitiative, die, meist mit bedeutendem finanziellem Einsatz, diesen Mangel behebt. Auf diese Weise wird Staat und Gemeinden der Bau von Kindergärten, Lärmschutzwällen, Spielplätzen, Jugendzentren, Schwimmbädern usw. abgenommen. Das ist die Bürgerinitiative, wie sie den Großunternehmern im Vorstand der „Stiftung Mitarbeit" paßt, die für eine Erhöhung ihrer Subventionen aus Steuermitteln kämpfen!

19 ebenda
20 Broschüre „Aktion Gemeinsinn 1970"
21 Informationsschrift „Bürgerinitiativen in Westfalen", o. J.

Ein besonders krasses Beispiel sei hier vorgestellt: In Hagen, der Stadt mit der höchsten Arbeitslosenquote in der BRD, schloß ein „mündiger Bürger" die älteren Opfer großkapitalistischer Profitsucht in einer „Kompanie des guten Willens" zusammen, wo sie für 9 (!) DM am Tag Arbeiten wie Umbau eines Kinderkurheims, Renovierung einer Mädchenbildungsstätte und einer psychosomatischen Klinik verrichten. Kein Wunder, daß der Bundesarbeitsminister, wie es heißt, „auf die Initiative stieß" und in der Aktion ein „gesellschaftspolitisches Modell" sah.[22]

So ließe sich die Reihe fortsetzen, etwa mit dem **„e. V. Nachbarschaftshilfe"** des „Deutschen paritätischen Wohlfahrtsverbandes", der in der Selbsthilfe der Bürger einen echten Demokratisierungsprozeß sieht und so eine „Schule der Demokratie" sein will[23], einer Demokratie mit mehr „do it yourself", in der die Bürger ihre Ansprüche herunterschrauben und sich mit dem, was sie selbst besorgen können, zufrieden geben sollen. Diese Vorstellung von Demokratie liegt ganz auf der Linie der Maßhalteappelle der letzten drei Bundeskanzler. Der „mündige Bürger" soll mit einer Sondersteuer, als Vereinsbeitrag getarnt, soziale Aufgaben selbst finanzieren und dem Staat die Steuern für Konzernsubventionen und Hochrüstung überlassen.

Von da ist nur noch ein kleiner Schritt bis zur direkten Aktivierung der Bevölkerung für die Profitsicherung der Monopole, wie etwa in der **„Aktion reines Bier"**, mit der die BRD-Braukonzerne um ihre Konkurrenzstellung in der EWG kämpfen. Mit dem Begriff „rein" wird an die berechtigte Angst vor der fortschreitenden Verunreinigung der Umwelt und der Lebensmittel angeknüpft und die Demagogie von der Qualität des Lebens" aufgegriffen.[24] Und wenn sich schon die Strategie der ausländischen Konzerne in diesem Punkt durchsetzen sollte, so werden die Verbraucher jetzt schon mit den Mitteln einer Bürgerinitiative darauf vorbereitet, daß sie für ihr vermeintlich „reines" Bier mehr bezahlen müssen.

Hier findet die Partizipationsideologie ihren unverhülltesten Ausdruck.

Gerade das progressive Mäntelchen, das sie sich oft umhängt, bringt es mit sich, daß viele, die sich in Bürgerinitiativen engagieren in dem guten Glauben, grundlegende gesellschaftliche Veränderungen einzuleiten, nichts anderes tun, als notwendige und erwünschte „Innovation" zu schaffen. Die Einschätzung einer Initiative kann sich deshalb nicht orientieren am Selbstverständnis ihrer einzelnen Mitglieder. Auch die gewählten Aktionsformen sind kein ausreichender Maßstab, wie etwa Offe meint[25]. Sind doch die Herrschenden bestrebt, auch sie sich nutzbar zu machen. Nur das Herausarbeiten der objektiven Stoßrichtung liefert zuverlässige Kriterien der politischen Effektivität. Der Kernpunkt dabei ist das Verhältnis der einzelnen Initiativen zum imperialistischen Staat, die Frage, ob die Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus effektiviert, oder ob die Interessen der werktätigen Bevölkerung, die im Widerspruch zu diesem System stehen, konsequent vertreten werden und damit die Möglichkeit geschaffen wird, diesen Interessen-

22 ebenda
23 alle Zitate nach einem Gedächtnisprotokoll über ein Gespräch mit der Vorsitzenden des Vereins
24 siehe dazu Oskar Neumann, Was ist bessere Lebensqualität? In: Marxistische Blätter 5/73
25 Offe, Bürgerinitiative und Reproduktion der Arbeitskraft im Spätkapitalismus. In: Grossmann, Hrsg., Bürgerinitiativen — Schritte zur Veränderung?, Frankfurt (Main) 1972, S. 163

gegensatz zu erkennen. Die komplexen Zusammenhänge in diesem System machen es auch möglich, daß Bürgerinitiativen, die mit integrationistischen Absichten gestartet werden, sich so weit entwickeln, daß sie wirkliche Schritte zur Veränderung sind.
Die Strategie der Integration ist nicht so problemlos, wie es aus dem bisher Gesagten erscheinen könnte. Jede Aktivierung für eigene Interessen birgt die Möglichkeit in sich, daß die wahren Zusammenhänge erkannt werden, daß sich die Tendenz des Imperialismus zum Abbau demokratischer Rechte entlarvt. Sie verbessert auch die Möglichkeiten der fortschrittlichen Kräfte, indem sie in der Bevölkerung Problembewußtsein schafft. Das erkennen imperialistische Ideologen sehr genau, und trotz aller Versuche, die entstandenen Bewegungen vor ihren Karren zu spannen, verbergen sie nicht ihre Scheu vor aktiv gewordenen Bürgern.

Um eben die objektive Bedeutung des Phänomens Bürgerinitiativen herauszuarbeiten, ist allerdings eine klare Analyse der Rolle des imperialistischen Staates notwendig. Denn wenn man wie Offe Staatstätigkeit als „bloß regulierende Intervention" sieht[26], können Bürgerinitiativen tatsächlich nicht mehr als „Anhängsel einer wohlfahrtsstaatlichen Administration"[27] sein. Und von da ist es nicht weit bis zu der vollkommen unzulänglichen Aussage, „Radikalität" und „Kurzfristigkeit der Forderungen"[28] seien die Garantie gegen eine erfolgreiche Integration.

Auch Grossmanns[29] Versuch einer Einschätzung kann nicht befriedigen. Er sieht Bürgerinitiativen sehr verkürzt als Initiativen aus Kleinbürgerkreisen (seine Beispiele sind ja auch vorwiegend solcher Art) an. Sie sind für ihn eine „unmittelbare Folge der Mobilisierungs- und Verunsicherungskampagnen der außerparlamentarischen Opposition"[30]. Er stellt sie nicht in Zusammenhang mit den Kämpfen der Arbeiterklasse, die seiner Meinung nach diese Bereiche noch nicht umfassen. Von dieser Position aus warnt er vor der „Überschätzung von Bürgerinitiativen als Instrument im Klassenkampf"[31] (wobei er groteskerweise Kampf gegen den kapitalistischen Staat als anarchistische Variante von Klassenkampf ansieht). Nun ist zwar diese Warnung prinzipiell angebracht. Trotzdem geht es am Kern vorbei, wenn Grossmann den Wert von Bürgerinitiativen nur darin sieht, daß sie die Massenbasis des ‚autoritären Charakters' schmälern würden[32]. Letztendlich scheitert er an der gleichen Klippe wie Offe: Seine unrichtige Verbindung von Produktion und Reproduktion und die falsche Analyse der Rolle des Staates zwingt ihn, die fortschrittliche Bedeutung von Bürgerinitiativen auf die Aktivierung gegen extreme ideologische Tendenzen zu beschränken.
Eben dieser Mangel in der Analyse ist auch der Grund für die pauschale Ablehnung von Bürgerinitiativen als bloß „illusionistisch" bei Fassbinder[33]. Die Aussage, daß „der Widerspruch zum Kapital nicht der wohnbedürftige Bürger (ist), sondern der dem Kapital den Mehrwert zuschuftende Lohnarbeiter"[34], ist eine arge Verkürzung

26 Offe, a. a. O., S. 158
27 Offe, a. a. O., S. 160
28 Offe, a. a. O., S. 163
29 Grossmann, Bürgerinitiativen sind Initiativen der Basis. In: Grossmann, Bürgerinitiativen, a. a. O., S. 166
30 ebenda, S. 167
31 ebenda, S. 168
32 ebenda, S. 169
33 Fassbinder, Kapitalistische Stadtplanung und die Illusion demokratischer Bürgerinitiative. In: Probleme des Klassenkampfes, Sonderheft 1, S. 71
34 ebenda, S. 85

des Widerspruchsystems im staatsmonopolistischen Kapitalismus. Denn wenn man davon ausgeht, daß sich die Monopole alle gesellschaftlichen Bereiche unterordnen, dann gibt es auch in diesen Bereichen die Widersprüche zwischen ihnen und der breiten Mehrheit der Bevölkerung. Eine solche Verkennung der Realität führt konsequent zur Resignation, zu der Aussage, daß eben Bürgerinitiativen, weil sie nur auf eine „Situation" (auf einen Lebensbereich), beschränkt seien, von vornherein zur „Anpassung an das Unvermeidliche und Unabänderliche mit weniger Verbitterung" führen[35].
So ist es nur aufgrund einer marxistischen Analyse möglich, herauszuarbeiten, wo Bürgerinitiativen ihren Platz im Kampf um gesellschaftliche Veränderung haben. Kein noch so großes Engagement, keine noch so radikal gestellte Einzelforderung kann Integration verhüten. Auch der Versuch, einen Katalog von Forderungen aufzustellen, die notwendigerweise und in allen Fällen Bürgerinitiativen dem Zugriff der Herrschenden entziehen, muß scheitern. Aber man kann Grundvoraussetzungen angeben, unter denen sie erfolgreiche politische Kampfinstrumente werden können. Das ist möglich, wenn es gelingt, Lernprozesse über das spätkapitalistische System und über die Möglichkeit und Notwendigkeit seiner Überwindung einzuleiten, oder, wie E. Weber schreibt: „Nur in dem Maße, wie die Klassenwurzeln des Kampfes um Umweltschutz, Städtebau, Gesundheitsvorsorge, Bildungsplanung, öffentlichen Nahverkehr und ähnliche Probleme offengelegt werden, können die Bürgerinitiativen dem staatsmonopolistischen System gefährlich werden[36]."
Sie können dann zu einem wirksamen Agitations- und Organisationsinstrument gegen die eigentlich Schuldigen an den aufgegriffenen Mißständen werden, wenn ihre Forderungen und Aktionen folgendem Rechnung tragen:

- sie müssen gegen die Machtzentren, das Großkapital und den imperialistischen Staat gerichtet sein;
- sie dürfen, wenn es sich um Fragen der Finanzierung handelt, sich nicht den Finanzmechanismen des imperialistischen Systems unterordnen, sondern müssen vorstoßen in die Kernbereiche der Profitwirtschaft (Konzernprofite und Rüstungsausgaben);
- sie müssen geeignet sein, auch die ideologischen Schranken des Systems aufzudecken;
- sie müssen die Initiative und Selbsttätigkeit der Bürger fördern;
- sie dürfen sich nicht beschränken auf eine kleine Gruppe der Bevölkerung, denn damit würde die Initiative isoliert von der Hauptkraft im Kampf um gesellschaftliche Veränderungen, der Arbeiterklasse.

Neue Qualitäten

Im Folgenden soll aufgezeigt werden, wie sich in den letzten Jahren in den Bewegungen der Bürger qualitative Veränderungen vollzogen haben.
So lag die Bedeutung der „Aktion Roter Punkt" in Hannover im Jahre 1969 darin, daß sie großen Rückhalt in der Arbeiterklasse fand (die Gewerkschaften riefen im Namen von 120 000 Arbeitern zur Solidarität mit dem „Roten Punkt" auf). Ebenso der „Rote Punkt" 1970 in Dortmund, wo ganze Belegschaften geschlossen an der

35 ebenda, S. 85
36 „Unsere Zeit" Nr. 9/1973

Aktion teilnahmen. Inzwischen gibt es eine ganze Reihe von Beispielen, wo gerade bei Aktionen gegen Fahrpreiserhöhungen die Arbeiterklasse direkt aktiv wurde. Immer häufiger werden auch Wege zur Lösung des Problems genannt: Besteuerung der Monopolprofite und Senkung der Rüstungsausgaben.

Ein „traditionelles" Aktionsgebiet für Bürgerinitiativen, der Kampf gegen Mietwucher und kapitalistische Stadtsanierung, gewinnt stark an Bedeutung. Es ist unmöglich, auch nur einen ungefähren Überblick zu bekommen über die Zahl der Initiativen. Und im Gegensatz zu früher geht es immer weniger um die oberflächlichen Auswirkungen von Spekulation und Mietwucher. Immer klarer wird der Gegner angegeben: Banken, Kaufhaus-, Versicherungs- und andere Großkonzerne. Solche Initiativen, die die Schuldigen an der Zerstörung der Städte nennen, ihre Praktiken aufzeigen und damit den Glauben überwinden, dies sei der normale Tribut an den Fortschritt, sind mit am Besten geeignet, Wirkungsweisen des Profitsystems im Reproduktionsbereich zu verdeutlichen. Die Deckung und Unterstützung der privaten Profitjagd durch kommunale und staatliche Stellen zerstört bei den aktivierten Bürgern viele Illusionen über deren Politik.

Im Bereich von Schule, Kindergarten und Ausbildung gab es mit die ersten Bürgerinitiativen, und auch hier haben sich neue Qualitäten herausgebildet. So verband die Initiative „Grundschulnotstand" in NRW im Oktober 1972 ihre Forderung nach mehr Geld für die Schulen mit der Forderung nach Senkung des Rüstungshaushalts. Es gelang ihr, isolierte Gruppen zusammenzufassen und sie zu einer Demonstration mit 6000 Teilnehmern zu vereinen.

Nicht nur die Unterinvestition im Bildungsbereich, sondern auch dessen zunehmende Militarisierung behandeln die Hamburger und Münchener Bürgerinitiativen „Bundeswehrhochschule". Sie zeigen, wie das Gedankengut des kalten Krieges von diesen Hochburgen aus in immer weitere Bildungsbereiche getragen werden soll. Ihre Hauptbedeutung liegt also im Kampf gegen eine ideologische Grundlage des Imperialismus.

Initiativen gegen bestimmte Industrieansiedlungen wenden sich direkt gegen die rücksichtslose Profitmaximierung großer Konzerne, der zuliebe Erholungsflächen zerstört, Flüsse weiter verschmutzt werden oder die Lärmbelästigung gesundheitsschädigende Grenzen überschreitet. Gerade dadurch, daß solche Bürgerinitiativen oft Gerichte anrufen zum Schutz ihrer Interessen, diese dann zugunsten der Konzerne „Recht" sprechen, werden den Betroffenen viele Zusammenhänge verdeutlicht.

In den letzten Monaten haben Aktionen gegen Militärbasen in der Bundesrepublik einen großen Aufschwung genommen. Von besonderer Bedeutung ist die „Aktion Hubschrauber" in Sigmaringen, deren Forderungen von der Belegschaft eines Stanzwerks mit einem Warnstreik Nachdruck verliehen wurde. Die Proteste richten sich gegen die Belästigung durch Lärm und Munition, gegen die Lagerung von Giftgas, gegen die Zerstörung von Erholungsgebiet und gegen Übergriffe der Militärs. Ihr Stoß geht gegen die aggressivsten Kräfte in und außerhalb der BRD. Diese Aktionen tragen mit dazu bei, die Erkenntnis zu verbreiten, daß der Frieden nur durch Massenaktionen gesichert werden kann. Zusammen mit den zahlreichen Bewegungen gegen den verbrecherischen US-Krieg in Vietnam in den letzten Jahren helfen solche Initiativen mit, die bedingungslose Unterwerfung der Bundesregierung unter die Politik der USA aufzudecken.

Mit die wichtigsten Bürgerinitiativen sind im Augenblick die, die sich gegen die Berufsverbote für Demokraten im öffentlichen Dienst richten. Oft beschränken sie sich nicht darauf, die Einstellung von betroffenen Lehrern zu fordern, sondern

frage nicht gelungen ist, – wobei in einer solchen Argumentation zumeist noch die Position Lenins zu den Normen des Parteilebens in der Illegalität flugs mit der gesamten Lenin'schen Parteitheorie gleichgesetzt wird, – verweisen auf die andere historische Situation unter heutigen kapitalistischen Verhältnissen gegenüber der damaligen russischen Situation. Ähnlich verfährt auch Oskar Negt, allerdings mit Hilfe eines zutiefst dümmlichen Taschenspielertricks. In dem oben erwähnten Artikel gibt er zuerst ein Zitat Lenins wieder. „Den Parteigedanken unter dem Gesichtspunkt des Kommunismus zu verneinen, heißt einen Sprung machen von der Vorstufe des Zusammenbruchs des Kapitalismus (in Deutschland) nicht zur untersten und nicht zur mittlersten, sondern zur höchsten Phase des Kommunismus." Im nächsten Satz fährt Negt fort mit einer Schilderung der erdrückenden Kraßheit der Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse im damaligen Rußland, um danach zur These zu kommen; „Diese Bedingungen haben sich in den fortgeschrittensten kapitalistischen Industrieländern heute verändert."[9] Aus dieser Gedankenkette zieht Negt den Schluß, daß die Organisationsform der Kommunistischen Partei im damaligen Rußland berechtigt war, heute aber nicht mehr. Nun haben sich die Formen der Ausbeutung in den imperialistischen Ländern sicherlich verändert, nur daß wir uns in der BRD bereits in der höchsten Phase des Kommunismus befinden, ist dem Verfasser bisher leider verborgen geblieben, das bleibt das alleinige Geheimnis Oskar Negts.

Solange Herr Negt dieses Geheimnis nur für sich behielte, wäre das kein besonderes Problem. Wenn er und seine Freunde jedoch glauben, mit solchen Auffassungen die demokratische und Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik belehren zu können, so kann seine Position nur als objektiv konterrevolutionär bezeichnet werden. „Die kleinbürgerliche linke Auffassung des Organisationsproblems ist die direkte Entwaffnung der Revolution im Namen der verbal bejahten Revolution. Angesichts der Tatsache, daß der Gegner über Macht verfügt, in seinem Kampf täglich Planung, Zentralisation, Organisation und Disziplin in hohem Maße ausnutzt, den Arbeitern zu sagen: ‚Organisiert euch nicht' oder wenigstens: ‚Diszipliniert euch nicht', heißt, ihnen die Möglichkeit des erfolgreichen Kampfes zu nehmen, also alles beim alten zu lassen. Die Verherrlichung der Spontaneität in einer durch kapitalistische Bedingungen vielfach atomisierten und bürgerlich manipulierten Masse läuft auf eine Sabotage am Klassenkampf der Volkskräfte hinaus."[10]

Spontanität und Bewußtheit, informelle Organisationformen und einheitliche marxistische Kampforganisation, „Basisdemokratie" und demokratischer Zentralismus, sind jeweils nicht als Alternativen zu bregreifen, sondern als dialektisch verbundene, ineinanderwirkende Prozesse in der Entwicklung des revolutionären Kampfes der Arbeiter- und Studentenbewegung.

Doch wie ein roter Faden zieht sich durch die gesamte Argumentation der Spontaneisten und „unabhängigen" Sozialisten zu diesen Fragekomplexen, die Überbetonung der spezifischen -und Sonderinteressen, der subjektiven Bedürfnisse einzelner Gruppen oder Abteilungen der fortschrittlichen Bewegung, des revolutionären Willens und der Emotion, auf Kosten des Gesamtinteresses der Arbeiterklasse und des wissenschaftlichen Sozialismus.

Das aber verweist auf den letztlich individualistischen und idealistischen und damit bürgerlichen Kern ihrer theoretischen Anschauungen.

9 Oskar Negt, aktuelle Fragen der Organisation, „links", Nr. 39
10 Robert Steigerwald, marxistische Klassenanalyse oder spätbürgerliche Mythen, S. 30

III.

Daß sich hinter den oben kritisierten Vorstellungen zum Verhältnis von Spontaeität und Organisation idealistische Theoriefragmente über das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft verbergen, in Verbindung mit einer partiellen Aufnahme einzelner Aussagen des Marxismus, wird spätestens deutlich bei einer genaueren Durchleuchtung der Auffassungen dieser Gruppen zu den Problemen Entfremdung und Emanzipation.

Die vom SF – hauptsächlich in ASTA-Wahlkämpfen – propagierte, und auch vom sozialistischen Büro verbreitete Parole: „Revolution ohne Emanzipation ist Konterrevolution" (nach einem gleichnamigen Aufsatz von Dieter Duhm) wiederspiegelt bereits im Kern diese unmarxistische Betrachtungsweise. Man ersetzte nur den Begriff „Emanzipation" durch „Befreiung der Arbeiterklasse" und lese die Parole nochmals um zu sehen welche schwachsinnige These herauskommt: „Revolution ohne die Befreiung der Arbeiterklasse ist Konterrevolution"!

Während nach der marxistischen Auffassung die revolutionäre Überwindung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse zentrales Kettenglied für die konkrete „Emanzipation der arbeitenden Klassen" ist, wird in der SF-Parole die Revolution und die Emanzipation zu einem Gegensatz, oder zumindest zu zwei verschiedenen voneinander getrennten Prozessen.

Die Emanzipation ist dann etwas für den „wirklichen Menschen" und die Revolution etwas für die „abstrakte, unpersönliche Gesellschaft".

Es ist unschwer zu erkennen, daß nach einer solchen These die Eigentumsfrage, nach Marx „die zentrale Frage der Bewegung" (Kommunistisches Manifest), bald genau so relativ wird wie im Godesberger Programm der SPD und die Analyse der Klassengegensätze und der Klassenkampf ersetzt wird durch die Beschreibung des im Kapitalismus entfremdeten „Menschen an sich" und seiner Veränderung durch eine irgendwiegeartete, nicht wissenschaftlich bestimmbare „Praxis".

Besonders frappant kommt diese Position bei einem der Väter der heutigen Emanzipationsdebatte von SF und sozialistischen Büro bei E. Fromm zum Ausdruck: „Wenn irgendwer, dann sind der Angestellte, der Vertreter, der Manager heutzutage sogar noch entfremdeter als der Facharbeiter."[11]

Es kommt ja auch nicht von ungefähr, daß heutzutage in allen „modernen und progressiven" Sozialkundebüchern, Rahmenrichtlinien und SPD-Reden, ein jedes sozialen Inhalts beraubter Begriff der „Emanzipation" als frei konvertierbares Kleingeld jeder sich „progressiv" gebärdenden Ideologie auftaucht.

Um es gleich vorwegzuschicken, hier soll nicht einer Anschauung das Wort geredet werden, die glaubt über die konkrete (einzelne) Persönlichkeit, ihre Konflikte und Probleme, sowie ihr subjektives Emanzipationsinteresse, hinweggehen zu können. Hier geht es vielmehr darum die marxistische Herangehensweise an diese Probleme einer idealistischen oder psychologistischen Herangehensweise entgegenzustellen.

Obwohl Duhm oder ähnliche Epigonen Fromms sich zum Ziel gesetzt haben die bürgerliche psychologistische Betrachtungsweise zu überwinden und zum Marxismus vorzustoßen, so bleiben sie doch letztlich an idealistischen Vorstellungen vom Menschen gefesselt.

11 E. Fromm, das Menschenbild bei Marx, Frankfurt/M, 1963, S. 60

Methodisch wird ausgegangen von abstrakten Begriffen der Psychoanalyse, subjektiv erfahrbaren Konflikten und Widersprüchen einzelner Individuen, um dann im Nachhinein eine Verbindung zum Marxismus herzustellen.

Dem entspricht die inhaltliche Vorgehensweise, vom abstrakten Mensch, „dem Individuum" auszugehen, um dann seine Verbindung zu den gesellschaftlichen Verhältnissen zu untersuchen, d. h., Ausgangspunkt der Analyse ist „das Individuum", demgegenüber sind die gesellschaftlichen Verhältnisse bloße Strukturen oder eine „erstarrte Form" (Duhm).

Wenn die Entwicklung des Marxschen Denkens zwar ihren Anfang hatte in der allgemeinen Betrachtung der Entfremdung des Menschen, – in den ökonomisch-philosophischen Manuskripten heißt es noch: „ . . . das Privateigentum ergibt sich also durch Analyse aus dem Begriff der entäußerten Arbeit, d. i. des entäußerten Menschen, der entfremdeten Arbeit, des entfremdeten Lebens, des entfremdeten Menschen . . ."[12] aber sich im weiteren Verlauf hauptsächlich erstreckte auf die Analyse der konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse und ihrer historischen Entwicklungsgesetze, dann nicht deshalb, weil für Marx der einzelne Mensch unwichtig geworden wäre, wie es alle bürgerlichen Gelehrten und Pfaffen jedem Schulkind weismachen wollen, sondern, weil er gerade in den gesellschaftlichen Verhältnissen den Schlüssel zur Analyse des konkreten Individuums sah.

Dies ist nicht nur zu verstehen im Sinne von bloßer gesellschaftlicher Abhängigkeit des Individuums, sondern im Sinne der Aussage der 6. Feuerbachthese: Aber das menschliche Wesen ist kein dem einzelnen Individuum inwohnendes Abstraktum. In seiner Wirklichkeit ist es das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse."[13]

Ist das Wesen des Menschen aber das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse, dann haben die Formen der Individualität sekundären Charakter und alle Aussagen über die konkreten Probleme des einzelnen Individuums müssen ausgehen von einer Analyse der konkreten gesellschaftlichen Verhältnisse und nicht umgekehrt.

Im Vorwort zur Kritik der Politischen Ökonomie heißt es darüber hinaus: „In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen."[14] Hiermit wird nicht nur ausgesagt, daß die grundlegenden gesellschaftlichen Verhältnisse die Produktionsverhältnisse sind, sondern zugleich, daß die Möglichkeiten der Befreiung der Menschen von den kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen nicht in einer irgendwiegearteten Praxis einzelner Individuen begründet liegt, sondern gerade in der Durchsetzung der gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze.

Erst mit Hilfe dieser Erkenntnisse in Verbindung mit der Analyse der konkreten kapitalistischen Verhältnisse konnte Marx seine frühere Betrachtungsweise der

12 MEW Ergänzungsband Erster Teil, S. 519 f.
13 MEW, Bd. 3, S. 6
14 MEW, Bd. 13, S. 8

allgemeinen Entfremdung aufheben in einer Analyse der konkreten Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft, deren eine Erscheinungsform die Entfremdung darstellt.[14a]

Entfremdung ist also nicht ein bloßes Gefühl der Ohmacht, sondern drückt die konkrete Realität aus, daß die arbeitende Bevölkerung nicht Herr über die Produktion bzw. über die gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze ist.

Zugleich jedoch ist die Arbeiterklasse, aufgrund ihrer Stellung in der materiellen Produktion, die Klasse, die die Befreiung von kapitalistischer Ausbeutung und Entfremdung durchsetzen wird.

Die „Entwicklung der großen Industrie" selbst „produziert vor allem ihre eigenen Totengräber" (Komunistisches Manifest). Denn, das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital enthält „an sich, nur noch in verkehrter, auf den Kopf gestellter Form ... die Auflösung aller bornierten Vorraussetzungen der Produktion, daher die vollen materiellen Bedingungen für die totale, universelle Entwicklung der Produktivkräfte des Individuums."[15]

Diese grundlegenden Erkenntnisse des Marxismus zum Verhältnis von Individuum und Gesellschaft, Entfremdung im Kapitalismus und den Bedingungen der Emanzipation müssen zum Ausgangspunkt genommen werden für die weitere Analyse des konkreten Individuums, seiner Probleme und Widersprüche, ohne daß es die Aufgabe dieses Artikels wäre dieses zu leisten.

Unsere „wahren Marxisten" fallen jedoch immer wieder gerade hinter diese grundlegenden Aussagen des Marxismus zurück.

So formuliert Duhm zur Sozialisation des Kindes in der kapitalistischen Gesellschaft, daß sie für das Individuum bedeutet: „den endgültigen Verlust seiner Autonomie" oder „Die Kraft, die das eigene Leben reguliert, liegt nicht in ihm selbst, in seiner Einsicht, sondern außerhalb von ihm ..."[16] Duhm vermischt hier die richtige Erkenntnis, daß die bürgerliche Erziehung die schöpferischen Fähigkeiten der Individuen unterdrückt, mit der bürgerlichen Theorie von der „Autonomie des Individuums". Resultat ist dann eine generalisierende idealistische Gegenüberstellung: Hie autonomes Individuum, dort generell die drohende und fremde Umwelt. „Die Menschen treten nicht mehr auf als freie Subjekte, sondern als Ausübende von Sachgesetzlichkeiten, als Vollzugsorgane fremder dinghafter Gewalten. Das gesellschaftliche System funktioniert nach seinen Gesetzen, denen sich der einzelne Mensch ganz unanabhängig von seiner persönlichen Einstellung – zu unterwerfen hat ..."[17] Auch hier in der Beschreibung der „Entfremdung als kapitalistischer Lebensform" finden wir diese undialektische Vermengung einer Darstellung der Erscheinung der Entfremdung mit einem Absolutsetzen der Entfremdung, also einer absoluten Negierung jeglicher gesellschaftlicher Entwicklungsgesetze. „Die Kapitalismuskritik des ‚humanistischen Existenzialismus' geht genau an dem Punkt in Apologetik über, wo sie am radikalsten zu sein scheint, wo sie nämlich die absolute und universelle Entfremdung annimmt. In dieser absoluten und universellen Entfremdung verschwindet der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital",[18] verschwinden die objektiven Bedingungen für die konkrete

14a Entfremdung begriffen, als eine Erscheinung der Trennung der Produzenten von den Bedingungen und Resultaten ihrer Produktion, also der Warenproduktion, deren äußerste Form durch die kapitalistische Mehrwertproduktion, also dem Grundwiderspruch von Lohnarbeit und Kapital bestimmt wird.
15 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, S. 414/415
16 Dieter Duhm, Angst im Kapitalismus, Mannheim 1972, S. 15 / S. 16
17 ebenda, S. 43

Befreiung des gesellschaftlichen Menschen. Stattdessen wird Emanzipation verstanden als „Zurückholen des Entfremdeten ins humane Subjekt" (Bloch), oder „der sich emanzipierende Mensch holt sein verlorenes ‚Subjekt-sein' aus den verdinglichten Verhältnissen in sich selbst zurück." (Duhm). Der Begriff Emanzipation löst sich auf im Nebel des Idealismus und genauso verliert sich die dafür angebotene „praktische" Umsetzung im Dunstschleier des Spekulativen: als eine nicht näher definierte „Praxis" in ebensowenig definierten „revolutionären Gruppen". (Duhm)

Einer solchen Position liegt der Gedanke zugrunde: „daß der Mensch in seinem Wesentlichsten, Höchsten nicht Produkt der Geschichte, sondern ihr gegenüber transzendent ist, daß er im tiefsten Innern nicht von den gesellschaftlichen Verhältnissen bestimmt, sondern nur von ihnen bedingt werde und ihnen gegenüber eine essentielle Freiheit besitze. Diese Idee aber ist ausgesprochen das, wogegen sich der historische Materialismus herausbildete. Er hat nichts mit einer „Philosophie der Freiheit" gemein, er ist die wissenschaftliche Theorie der historischen Notwendigkeit und damit der konkreten Befreiung der Menschen".[19]

Ebensowenig wie die Beseitigung des Kapitalismus ein voluntaristischer Akt einzelner oder mehrerer Individuen ist, sondern das bewußte Handeln der ausgebeuteten Klassen und Schichten, ist der Kommunismus eine Gesellschaftsform in der die einzelnen Individuen „autonom", „in sich selbst frei" agieren, sondern „Der Kommunismus wird die objektiven gesellschaftlichen Gesetze, die zuvor äußere Zwangsgesetze sind, in gemeinschaftlich kontrollierte Gesetze wandeln",[20] und nur auf dieser Grundlage kann die Entfaltung der schöpferischen Fähigkeiten der Individuen umfassenden Charakter annehmen. Darum ist der Kampf um die konkrete Befreiung des Menschen eine historische Kampfaufgabe, eben: „der Klassenkampf als Schluß, worin sich die Bewegung und Auflösung der ganzen Scheiße auflöst"[21] und zwar der organisierte und zielgerichtete Klassenkampf und nicht eine irgendeine Praxis. Im vollen Bewußtsein, daß erst im Verlauf eines längeren historischen Prozesses, nachdem die Gesellschaft von den Fesseln des Privateigentums an Produktionsmitteln befreit ist die gesamte arbeitende Bevölkerung die kapitalistische Deformation der Persönlichkeit abstreifen kann. „Die Proletarier ... müssen den Staat stürzen, um ihre Persönlichkeit durchzusetzen."[22]

Dieser Klassenkampf ist allerding ein sehr konkreter, mit einem sehr konkreten Gegner, nämlich dem internationalen, organisierten Monopolkapital, das nichts unversucht läßt um die Massen ideologisch zu korrumpieren und mit Verlockungen einer Scheinfreiheit vom wirklichen Klassenkampf abzuhalten. In diese Konzept paßt die Hippie- und „free Love" Bewegung genauso wie das Angebot eines „freiheitlichen Sozialismus" als Alternative zum real axistierenden Sozialismus. Ein solcher „Sozialismus" soll die absolute persönliche Freiheit des Individuums bringen, das Nebeneinander von verschiedenen Ideologien ermöglichen, dem Ausbeuter und den Ausgebeuteten die gleiche Freiheit zubilligen und damit eben den Klassencharakter der Freiheit zerstören, d. h. die konkreten gesellschaftlichen Bedingungen des Sozialismus für die konkrete Befreiung der Menschen zerstören.

18 András Gedö, Der entfremdete Marx, Frankfurt/M, 1971, S. 50
19 Lucien Séve, Marxismus und Theorie der Persönlichkeit, Frankfurt/M. 1972, S. 124
20 ebenda, S. 25
21 K. Marx an F. Engels am 30. April 1868, In: MEW, Bd. 32, S. 74
22 K. Marx, F. Engels: Die deutsche Ideologie. In: MEW, Bd. 3, S. 70

Auf solche Angebote kann die revolutionäre antiimperialistische Bewegung allerdings getrost verzichten, genauso wie auf den Hinweis des Herrn Duhm, daß die Linke beim Kampf der Ideologien doch demokratischer verfahren soll: „Wo zwei Ideologien aufeinander stoßen, da wird die Auseinandersetzung meistens nicht sachlich, sondern emotional, nicht demokratisch, sondern autoritär, nicht kritikoffen, sondern dogmatisch geführt."[23]
Nichts dagegen, daß die ideologische Auseinandersetzung sachlich geführt werden soll, jedoch hat das nichts zu tun mit einer Offenheit gegenüber dem Klassengegner und seiner Ideologie. Aber darauf läuft letzten Endes die Konzeption von Duhm und Kollegen hinaus: indem dem Begriff Emanzipation und damit dem Klassenkampf die wissenschaftliche, parteiliche Grundlage genommen wird, werden die konsequenten Marxisten als „dogmatisch" bekämpft und dafür dem Klassengegner und seiner Ideologie Tür und Tor geöffnet.

Demgegenüber hat die organisierte Arbeiterbewegung in der BRD bereits eine Fülle von Erkenntnissen und praktischen Vorstellungen erarbeitet, um bereits im Verlauf des Kampfes gegen das Monopolkapital der imperialistischen Verstümmelung der Menschen entgegenzutreten.
Die gemeinsame Aneignung des gesamten Reichtums des Marxismus-Leninismus und der Erfahrungen der Arbeiterbewegung zur Durchdringung der gesellschaftlichen Zusammenhänge und der Möglichkeiten ihrer Veränderung, die vielfältigen Formen der Entwicklung der persönlichen Fähigkeiten jedes einzelnen Genossen und der gegenseitigen solidarischen Unterstützung im Kollektiv, auch die Entwicklung einer umfassenden demokratischen Kulturarbeit, das sind einige Ansatzpunkte zur Persönlichkeitsentwicklung, zur Entwicklung von Bewußtsein, wie sie sich in der politischen Praxis, in der aktiven Teinahme am Klassenkampf vollzieht. Diese Teilnahme erwarten marxistische Organisationen wie die Deutsche Kommunistische Partei, die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend und der MSB Spartakus von ihren Mitgliedern und befähigen sie zugleich dazu. Nur der politisch-organisatorische Rahmen einer marxistischen Organisation stellt an jeden Einzelnen ihn persönlich entwickelnde Anforderungen und gibt ihm die Möglichkeiten zu erfolgreicher Tätigkeit, wie sie allerdings bei unseren großartigen Emanzipationstheoretikern vom Schlage der „SF" oder des „sozialistischen Büros" nicht einmal konzipiert, geschweige denn verwirklicht werden können.

Wir wissen allerdings, „wir werden die Revolution mit ganz normalen, d. h. auch, mit in vielfacher Hinsicht vom Kapitalismus pervertierten Individuen ‚machen' und machen müssen. Wir werden dabei gegen die gesellschaftlich erzeugten Perversionen in uns kämpfen müssen. Wir werden um die Verwirklichung des Geistes der Solidarität in den eigenen Reihen kämpfen müssen. Und zu gleicher Zeit müssen wir stets bedenken, daß die Revolution kein Spaziergang, nichts, ‚Antiautoritäres' ist, weil sie anderen den Willen der Revolutionäre aufzwingt",[24] — nämlich dem organisierten Klassengegner.

IV.

Die Überbetonung der Spontaneität und die spekulative Deutung des Emanzipationsproblems haben nicht nur dieselbe idealistische theoretische Wurzel, sondern sie entsprechen sich auch in der politischen Praxis. Wo die Hoffnung auf die

23 Dieter Duhm: Angst ..., S. 118
24 Robert Steigerwald: Marxistische Klassenanalyse ..., a.a.O., S. 60

Spontaneität und das Gerede über Emanzipation an die Stelle einer wissenschaftlichen Analyse tritt, müssen die Vorstellungen zur politischen Praxis notwendigerweise in die Konzeption der Konzeptionslosigkeit münden.
An die Stelle des organisierten Klassenkampfes tritt eine reine Aufklärungs- und Informationstätigkeit, die in ihrer linken Pluralität die nächsten und übernächsten Schritte im revolutionären Kampf dem Zufall überläßt. Das von ihnen selbst erkannte Problem, keine strategischen Aussagen machen zu können hindert sie allerdings nicht daran, schon immer gewußt zu haben, daß der MSB SPARTAKUS „revisionistisch" ist oder „illusionäre" Forderungen aufstellt. Die revolutionäre Phrase ersetzt fehlende revolutionäre Politik, wo die Bedingungen und Möglichkeiten des Kampfes um demokratische Reformen nicht — und der Sozialismus nur als Utopie gesehen werden.
„Die Forderung nach Abrüstung, traditionelle Forderung der revolutionären Arbeiterbewegung wird heute bei Arbeitern und Studenten immer populärer. Prompt wird eine Kürzung der Rüstungsausgaben für unmöglich erklärt. Die militärpolitischen Experten des BRD-Imperialismus behaupten nichts anderes. Kampf gegen die Politik der Hochrüstung ist im Kapitalismus eine Illusion, so echote es zu den entsprechenden militärpolitischen Stellungnahmen der Bundesregierung aus der ultralinken Ecke. ... Was Lenin zur Kennzeichnung des imperialistischen Ökonomosmismus schrieb: ‚er kann sich nicht darüber klar werden, wie der zur Tatsache gewordene Imperialismus mit dem Kampf für Reformen und mit dem Kampf für Reformen und mit dem Kampf für die Demokratie in Verbindung zu bringen ist, daher die völlige Konfusion in der Frage der Unrealisierbarkeit demokratischer Reformen im Imperialismus. Daher die für einen Marxisten unzulängliche Ignorierung des politischen Kampfes heute, jetzt, sofort und zu jeder Zeit', diese Aussage könnte er auch den Ultralinken ins Stammbuch geschrieben haben[25]," man kann hinzufügen, vor allem dem Sozialistischen Büro „SF"- u. ä. Gruppen.

Bleibt nur noch hinzuzufügem, daß sich die Anhänger dieser Gruppen möglichst bald vom Einfluß solcher Theorien „emanzipieren" mögen, um nicht im Sumpf der Konzeptionslosigkeit steckenzubleiben. Da dies allerdings nicht spontan geschieht, werden wir die ideologische Auseinandersetzung mit solchen Positionen überall dort, wo sie in der Studentenbewegung auftreten, in Zukunft verstärkt vorantreiben.

25 aus dem Hauptreferat des 2. Bundeskongresses des MSB SPARTAKUS.

rote blätter **Erscheint vierwöchig, Preis 1,— DM**

Organ des Bundesvorstandes des MSB SPARTAKUS
SPARTAKUS-Politik aus erster Hand

Information — Dokumentation — Argumentation — Theorie

An allen SPARTAKUS-Büchertischen oder direkt bestellen bei:
Bundesvorstand des MSB SPARTAKUS, 53 Bonn, Sternenburgstraße 73

☐ Hiermit bestelle ich ..... Expl. von rote blätter Nr. .....

☐ Hiermit abonniere ich ..... Expl. rote blätter ab Nr. .....

Name ..... Anschrift .....

Unterschrift .....

Bücher von heute

collectiv literatur

Zum Charakter internationaler Konflikte

Studien aus West- und Osteuropa

Köln: Pahl-Rugenstein Verlag, 195 Seiten, DM 9,80

Schriften des Internationalen Instituts für Frieden, Wien.
Referate und Diskussionsbeiträge eines wissenschaftlichen Symposiums.

BRD, Israel und die Palästinenser

Fallstudie zur Ausländerpolitik

Köln: Pahl-Rugenstein Verlag, 208 Seiten, DM 9,80

Eine Dokumentation und Analyse der Ausländerpolitik der BRD am Beispiel der Ausweisung der Palästinenser.

Max Reimann

Entscheidungen 1945—1956

Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt/M., 228 Seiten, Leinen m. Schutzumschlag, 16 Fotos, DM 9,50

Reimann legt in diesem Buch die wichtigsten Etappen der Nachkriegszeit dar. Gerade für jüngere Menschen dürfte dies Buch von besonderem Interesse sein, da sich die Politik der Bundesrepublik aus der Sicht eines Vertreters der Arbeiterklasse anders darstellt, als sie aus den Schulbüchern gelernt haben.

Die kommunistische Weltbewegung — Abriß der Strategie und Taktik

Gesamtredaktion W. W. Sagladin Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M., 494 Seiten, Leinen mit Schutzumschlag, DM 12,—

In dem Buch werden einige Grundfragen der Tätigkeit der kommunistischen und Arbeiterparteien unter den gegenwärtigen Bedingungen untersucht. Es enthält Darlegungen über die Vorhutrolle der kommunistischen Bewegung in der weltumspannenden revolutionären Entwicklung, im Kampf gegen den Imperialismus und über die Einheit und die Bestandteile des revolutionären Prozesses.

Wissenschaft in der Sowjetunion

Frankfurt/M.: Verlag Marxistische Blätter GmbH, 116 Seiten, DM 5,—

Informationen aus erster Hand über Wissenschaft und Forschung in der Sowjetunion.

BRÜCKEN-VERLAG GMBH

Literaturvertrieb Import Export

4 Düsseldorf, Postfach 1928, Tel. 0211 / 35 38 83 / 84

Einzelbezieher bestellen bitte bei der nächsten collectiv-Buchhandlung

Hans Hermsen, Klaus Proft, Hans Dietz

Marxistische Persönlichkeitstheorie

I. Arbeiterbewegung und Psychologie

Im Studentenaktionsprogramm des MSB SPARTAKUS heißt es zur Frage einer demokratischen Psychologie:

„. . . wir nehmen den Kampf auf gegen die verdummende Funktion einer Psychologie, die das Individuum losgelöst von seinen konkreten Lebensbedingungen betrachtet, und treten ein für die universelle Anwendung und Weiterentwicklung psychologischer Kenntnisse und Verfahren im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung."

Psychologie, die sich am konkreten Menschen orientiert, der in einer bestimmten geschichtlichen Situation lebt, als Angehöriger einer bestimmten Klasse, einer bestimmten Gesellschaftsordnung, eine solche Psychologie muß in der staatsmonopolistischen BRD gegen einen massiven politischen Druck der herrschenden Klasse Schritt für Schritt erkämpft werden. Davon zeugen nicht nur die Berufsverbote für am Marxismus orientierte Psychologen. Davon zeugt auch eine Vielzahl ideologischer Vorstellungen vom Menschen, hinter denen die Unmenschlichkeit jahrtausende alte Ausbeuterordnungen, die Geschichte der Unterdrückung der Volksmassen, der Verhinderung der Entfaltung der schöpferischen Kräfte des Menschen deutlich sichtbar wird. Es sind die ideologischen Ketten, die Sklavenhalter, Feudalherren, Handelsherren, Adlige, Unternehmer, und von diesen bezahlte Künstler, Wissenschaftler und Philosophen geschmiedet haben, um aus Unterdrückten und Ausgebeuteten gehorsame und ihren Herren dankbare Menschen zu machen. Die Gesundbeter des staatsmonopolistischen Systems in der BRD können auf eine lange Tradition ideologischer Versuche aufbauen, die Welt auf den Kopf zu stellen, aus Unterdrückung Freiheit, aus Freiheit Unterdrückung zu machen.

Wenn Frauen in der BRD heute noch rund ein Drittel weniger als ihre männlichen Kollegen verdienen, wenn nur 5,3 % aller Arbeiterinnen als Facharbeiterinnen ausgebildet sind, dann schirmen die Herren der Konzerne dieses Unrecht ab durch Vorstellungen von der Persönlichkeit der Frau, von ihren Entwicklungsmöglichkeiten. Ebenso vielfältig sind die Bemühungen, das Verhältnis des Einzelnen zur Gesellschaft prinzipiell zu entstellen. In den Schulbüchern werden das Temperament und die Launen von Einzelpersonen zur eigentlichen Triebkraft in der Geschichte; die Volksmassen werden zu staunenden Statisten degradiert. Presse, Fernsehen, Film und Literatur wimmeln nur so von Helden, die gerade dadurch ein interessantes schöpferisches Profil erhalten, daß sie einsame Einzelgänger sind, die sich gegen alles und jeden wenden und sich offenbar gerade dann besonders positiv entwickeln, wenn ihnen alle Bedingungen dafür fehlen. Damit wird der arbeitenden Bevölkerung suggeriert, daß es nicht auf die Qualität gesellschaftlicher Bedingungen als Voraussetzung ihrer „Lebensqualität" ankommt, sondern auf irgendwelche geheimnisvollen inneren Kräfte, die der eine hat und der andere eben nicht.

Hellmuth Schelsky formulierte auf dem diesjährigen Münchener Parteitag der CSU, der unter dem Motto „Der Mensch – das Maß unserer Politik" stand: „In der Tat liegt die Entscheidung, die heute für die nächsten Jahrzehnte in der BRD ansteht,

in der Frage, ob die Bewahrung der Freiheit der Person oder die Vervollkommnung der sozialen Gerechtigkeit jeweils als wichtigere, als dringlichere angesehen werden muß ... Politische Entscheidungen haben geistige und philosophische Hintergründe, deren Wirksamkeit auf die Verteidiger und Angreifer einer politischen Position kaum überschätzt werden kann."

Abgesehen von der Tatsache, daß schon eine Menge Schamlosigkeit dazugehört, angesichts des zunehmenden Abbaus demokratischer Rechte, angesichts der Preistreiberei der Konzerne diese Alternative aufzutischen, ist doch zweierlei auffallend:

- man bemüht sich auf dem Parteitag der (zweit)reaktionärsten Partei in der BRD, die kapitalistische Gesellschaftsordnung nicht nur mit der Anzahl der Pkw's pro Kopf der Bevölkerung zu rechtfertigen, sondern mit ideologischen Positionen zur Rolle des Menschen, aus dem berufenen Munde eines Sozialwissenschaftlers und Universitätsprofessors;
- der Versuch, etwas über den Zusammenhang von persönlicher Freiheit und materiellem Wohlstand auszusagen, offenbart sofort das absolute Unvermögen, die Apologie des Kapitals auf eine entwickelte soziologisch-psychologische Formel zu bringen.

Diese Aussagen von Schelsky können als ein Echo aus dem Lager des Monopolkapitals auf die klaren Aussagen kommunistischer Parteien in sozialistischen Ländern gesehen werden, in denen gerade dieser Zusammenhang herausgearbeitet wurde. So formulierte L. Breshnew auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU: „Die Hauptaufgabe des Fünfjahrplans besteht darin, einen bedeutenden Aufschwung des kulturellen und materiellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines raschen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion und der Steigerung ihrer Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Beschleunigung des Wachstums der Arbeitsproduktivität zu sichern ... Bei der Festlegung dieses Kurses geht die Partei davon aus, daß die maximale Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse des Menschen das höchste Ziel der gesellschaftlichen Produktion im Sozialismus ist."

Kurt Hager sagte auf der 6. Tagung des ZK der SED im Juli 1972: „Die vom VIII. Parteitag der SED beschlossene Hauptaufgabe unserer Politik betrachtet die weitere Erhöhung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Werktätigen als untrennbare Einheit. Soziale Sicherheit und ein hoher materieller Lebensstandard gehören zu den unverrückbaren Zielen der sozialistischen Gesellschaft, ebenso zu den unverrückbaren Zielen der sozialistischen Gesellschaft, ebenso wie sozialistische Bildung, Kultur und Kunst und ein kulturvolles Leben. Die Arbeiterklasse hat von Anbeginn ihres Kampfes diese Ziele auf ihre Fahnen geschrieben."

Diese Zitate dokumentieren die Richtigkeit der Konzeption des Marxismus-Leninismus von der Entwicklung der Persönlichkeit in Übereinstimmung mit der Erhöhung des Lebensstandards und der materiellen Entfaltungsmöglichkeiten, „weil sie (die M. L. Weltanschauung) dem Menschen eine wissenschaftlich begründete, revolutionäre, mit dem Gang der Geschichte und dem Kampf der Arbeiterklasse übereinstimmende Konzeption gibt, weil sie die Menschen lehrt, über den Inhalt und die Perspektiven ihres individuellen Lebens zu urteilen vom Boden der realen Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse, vom Boden des Geschichtsprozesses, des Klassenkampfs um den Sieg des Sozialismus, dem ‚Eintritt in die eigentliche Menschheitsgeschichte', wie Engels sagte."[1]

Der historische Materialismus stellt die Rolle der gesellschaftlichen Arbeitstätigkeit, des revolutionären Kampfes der progressiven Klassen, des Schöpfertums der werktätigen Massen, der Aktivität und Initiative und Bewußtheit von Klassen, Gruppen und Persönlichkeiten im Geschichtsprozeß klar. Er kann damit einen wertvollen Beitrag leisten zur Entwicklung einer wissenschaftlichen Theorie der Persönlichkeit, ohne die Einzelwissenschaft Psychologie damit bevormunden zu wollen oder zu können. Will die Arbeiterklasse „alle Verhältnisse umwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist" (Marx), muß sie kämpfen um eine „Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist" (Marx). Eine wichtige Aufgabe dieses aktuellen Kampfes in der BRD ist für die Arbeiterklasse, wie wir noch genauer belegen werden, das Aufzeigen des Beitrags des Marxismus zu einer wissenschaftlichen und an den politischen Kampfaufgaben orientierten Theorie der Persönlichkeit.

Im Kampf um die Brechung des Bildungsprivilegs der herrschenden Klasse muß nicht nur Bildung statt Bomben erkämpft werden. Eine wissenschaftliche Analyse der Faktoren, die auf der psychologischen Ebene Arbeiter daran hindern, die Forderung nach Zugang zu den Hochschulen entschlossener zu erheben, ist Sache fortschrittlicher Psychologen. Sache der marxistischen Partei ist es, daraus aktuell politische Forderungen abzuleiten. Die psychologischen Faktoren sind für die Arbeiterbewegung auch dann noch von wissenschaftlichem Interesse, wenn die politische Macht bereits erkämpft ist, da sich auch dann die Bewußtseinsentwicklung nicht spontan entsprechend dieser Umwälzung vollzieht.

Die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der arbeitenden Menschen, der lernenden Jugend in der BRD, greifen tief in die Persönlichkeitsentwicklung ein, ja, sie bestimmen dieselbe wesentlich, wie wir noch zeigen werden. Bei der Aufgabe, mehr Menschen das Bewußtsein von der Notwendigkeit der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu vermitteln, bei der Aufgabe, mehr Menschen an die marxistischen Organisationen heranzuführen, um sie schließlich ganz für den Kampf um den Sozialismus zu gewinnen, müssen diese Faktoren stärker berücksichtigt werden. Das imperialistische Herrschaftssystem durchdringt alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und ordnet sie den Profit- und Machtinteressen des Großkapitals unter. Dabei werden insbesondere auch starke psychologische Barrieren aufgebaut, die dem einzelnen den Zugang zu den marxistischen Organisationen erschweren. Dabei kann die Mitarbeit in einer marxistischen Organisation dem Einzelnen eine Perspektive weisen, nicht nur zur Durchsetzung seiner langfristigen Interessen, sondern auch bei der Überwindung von Entwicklungsschwierigkeiten, die von den inhumanen Lebensverhältnissen im Kapitalismus erzeugt werden. Beide Aspekte erhärten die Notwendigkeit der Vertiefung einer wissenschaftlichen Persönlichkeitstheorie und deren Anwendung in der Politik der Marxisten.

II. Kritik der bürgerlichen Persönlichkeitstheorien

1. „Volkstümliche Persönlichkeitstheorien"

Im Mittelpunkt des Urteils über die Persönlichkeit der Mitmenschen steht die Information über die Art und Weise wie jemand arbeitet, was jemand arbeitet, und wenn jemand „nichts arbeitet", wird die Beurteilung entscheidend von dieser Bestimmung geprägt. Wenn die am Straßenrand stehenden Bürger angesichts

1 Eichhorn, I. W.: Individuum und Gesellschaft, in „Einheit", 7/73, S. 781

einer vorwiegend aus Studenten bestehenden Demonstration ausrufen: „Geht doch lieber arbeiten!", oder wenn die erste Frage eines potentiellen Schwiegervaters die Frage nach dem Beruf des zukünftigen Familienmitglieds ist, so können diese zwei Beispiele für den Tatbestand angeführt werden, daß die „arbeitende Bevölkerung" zumindest die Arbeit in der Form der beruflichen Tätigkeit für ein wesentliches, wenn nicht das wichtigste Persönlichkeitsmerkmal hält. Diese „Volkspsychologie", so flach und von Einflüssen der herrschenden Ideologie geprägt sie häufig auch sein mag, ist in ihren wesentlichsten Fragen und wichtigsten Antworten dem Material, das eine wissenschaftliche Theorie der Persönlichkeit zu bearbeiten hat, näher, als die meisten sich noch so gewichtig und verklausuliert gebenden Persönlichkeitstheorien, die eine größere Ähnlichkeit haben mit einer anderen Form des volkstümlichen Obskurantismus, nämlich dem Hand- und Kaffeesatzlesen. Die mit „Menschenkenntnis" und „gesundem Menschenverstand" operierende Volkspsychologie allerdings spiegelt die die Menschen unmittelbar und ständig berührenden Fragen ihrer Produktion und Reproduktion wider, Fragen, die deshalb für sie auch zu entscheidenden werden bei der Beurteilung anderer. Die Tätigkeit des Menschen ist das Feld der dialektischen Vermittlung von Individuum und Gesellschaft, worüber sich alle entscheidenden Möglichkeiten und Grenzen der persönlichen Entwicklung sowohl historisch als auch individuell ergeben, auch für die Bereiche außerhalb der unmittelbar produktiven Tätigkeit, der sogenannten Freizeit. Auch denjenigen, die im Rahmen ihres „Zeitplans" keine produktive Tätigkeit ausüben (z. B. Kinder und Rentner), bietet die Organisation und Ausführung der gesellschaftlichen Arbeit den Rahmen ihrer Persönlichkeit als Lebenstätigkeit.

Insofern die „Volkspsychologie" selbst Elemente beispielsweise biologistischer Persönlichkeitstheorien enthält („Die Dicken sind gemütlich"), ließe sich wahrscheinlich leicht belegen, daß die im Rahmen dieser Kriterien getroffenen Aussagen nur die Peripherie der Persönlichkeitsmerkmale betreffen, im Unterschied zu entsprechenden „wissenschaftlichen Theorien"[2], die ihrerseits für eine Verfestigung biologistischer volkstümlicher Theorien verantwortlich zu machen sind. Die mit dieser Variante vulgarisierter Wissenschaft verbundene Wegorientierung der Bevölkerung von dem für ihre kollektive und persönliche Entfaltung entscheidenden Bereich der gesellschaftlichen Arbeit wird in noch direkterer Weise verstärkt durch ein ideologisches Trommelfeuer der Meinungsmonopole, das den Bereich der Produktion permanent unterschlägt zugunsten des Bereichs der Reproduktion. Angefangen bei der extensiven Ausbreitung der Spiele der Reichen in der sogenannten Regenbogenpresse bis zur detaillierten Beschreibung der ausgefallensten Freizeitvergnügungen des „kleinen Mannes" wird der arbeitenden Bevölkerung suggeriert, daß der Bereich der beruflichen Tätigkeit sowieso und unabänderlich das Stigma der Entfremdung trage, während die persönliche Entfaltung und alles Schöne im Leben in der „freien" Zeit stattzufinden habe („Hier bist Du Mensch, hier darfst Du's sein"). Um so erstaunlicher ist es, daß sich die arbeitende Bevölkerung das Bewußtsein der zentralen Stellung der Arbeit auch für die Persönlichkeitsentwicklung durchaus erhalten hat. Obwohl die Ablenkungsmanöver der bürgerlich-reaktionären Ideologie zumindest den Erfolg hatten, daß dieses Bewußtsein Schwierigkeiten hat sich zu organisieren, da es nicht in ausreichendem Maße öffentliches Bewußtsein ist. Dieses faschisierte („Arbeit macht frei!" stand

2 vgl. etwa die Zuordnung von Charaktertyp zu Körperbau bei Kretschmer und Sheldon (letzterer: endomorph-viszeroton, mesomorph-somatoton, ektomorph-cerebroton)

über den Konzentrationslagern im Hitler-Faschismus) oder in die Privatheit abgedrängte Bewußtsein des zentralen Charakters der gesellschaftlichen Arbeit zunehmend öffentlich zu machen, ist u. E. eine ganz wichtige Aufgabe der fortschrittlichen Kräfte gerade in der BRD, wo die Rechtskräfte in dieser Hinsicht besonders erfolgreich waren und sind (KPD-Verbot, Berufsverbot u. a.). Bei dieser Entfaltung des Klassenbewußtseins kann deshalb auch die Psychologie einen unterstützenden Beitrag zur Entwicklung der Persönlichkeit theoretisch wie praktisch leisten.

Jedoch, wie stellt sich die Persönlichkeitsforschung in der bürgerlichen Psychologie dar?

2. „Epistemologischer Neurosezustand" der bürgerlichen Persönlichkeitstheorien

Besteht zwar die spezifische Aufgabe der Psychologie darin, ihren Gegenstand – das menschliche Individuum – zu untersuchen, so sah sich zumindest die bürgerliche Psychologie bisher außerstande, die klassenspezifische Widerspiegelung ihrer Konzeptionen aufzugeben. Stattdessen besteht das grundlegend Gemeinsame ihrer Vorstellungen darin, „vom realen Grund dessen, was sich die Philosophen als ‚Substanz' und ‚Wesen des Menschen' vorgestellt . . . haben", nämlich von der „Summe von Produktivkräften, Kapitalien und sozialen Verkehrsformen, die jedes Individuum und jede Generation als etwas gegebenes vorfindet"[3] zu abstrahieren.

Menschliches Fühlen, Denken und Handeln wird von den materiellen gesellschaftlichen Verhältnissen losgelöst und in immer neue Begriffs-, Struktur- und Kategoriensysteme gebracht. Jedoch können die fortwährend sich artikulierende Begeisterung und die mit akribischem Streben nach methodischer Präzisierung und Verfeinerung vorgetragenen Gedanken zur empirischen und theoretischen Basis vorliegender Persönlichkeitstheorien[4] nicht über den Willkürlichkeitscharakter und über den geringen Zuverlässigkeitsgrad der Gütekriterien hinwegtäuschen. Vielmehr verstärken sie den Eindruck, daß das unverbindliche Nebeneinander von psychoanalytischen, feldtheoretischen, gestaltungstheoretischen und faktorenanalytischen Systemen, die den Blick vom eigentlichen Problem – dem Menschen – ablenken, vom Wesen und Erscheinung her der Ausdruck klassenmäßig begründbarer Beschränktheit bürgerlicher Wissenschaften darstellt.

Beanspruchen die gängigsten Persönlichkeitstheorien eine „adäquate Darstellung der Einzigartigkeit des Individuums (McClelland) von unterschiedlichen Ansatzpunkten aus zu ermöglichen, so läßt sich jedoch das Unbehagen verstehen, das der vorwiegend beschreibenden, ordnenden und klassifizierenden Herangehensweise und damit verbundenen Relativierung des Erkenntnisstrebens in unzulässiger Weise anhaftet.[5] Die vorhandenen Ansätze reduzieren die Mannigfaltigkeit menschlichen Verhaltens auf ein System abstrakter Eigenschaften, mit denen der Glaube verbunden ist, der Erklärung menschlichen Verhaltens Genüge getan zu haben. Die Fragen nach ihrer Entstehung und gesellschaftlichen Bedingtheit werden aus vornehmer Arroganz vermieden bzw. zugunsten ihres substantiellen und ontologischen Charakters ignoriert. Diesem Vorgehen entsprechend wird bei-

3 Marx/Engels, Die Deutsche Ideologie, MEW, Bd. 3, S. 38
4 vgl. etwa das Persönlichkeitssystem von J. P. Guilford, besonders das theoretische Modell für die Gesamtstruktur des Verstandes; Personality, N.Y., 1959
5 Thomae, H.: Das Individuum und seine Welt – eine Persönlichkeitstheorie, Göttingen, 1968

spielsweise leistungsmotiviertes Verhalten aus der Leistungsmotivation des je gegebenen Individuums begründet, wie der Zauberlehrling, der vor seinem ersten öffentlichen Auftreten zur Vorsicht den Hasen heimlich in dem Hut versteckt, um ihn dann freudestrahlend aus demselben hervorzuzaubern. Infolge des Fehlens kausalanalytischer Ansätze und der ungenügenden bzw. gar nicht vorhandenen Reflexion der objektiven gesellschaftlich-historischen Gesetzmäßigkeiten können keine begründbaren Schlußfolgerungen hinsichtlich möglicher Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse gezogen werden. Vielmehr verhindert die nicht näher problematisierte Bedingtheit menschlichen Verhaltens und die Annahme im wesentlichen konstanter und nur in bestimmten Grenzen veränderbarer Eigenschaften und Strukturen der Persönlichkeit „die psychologische Bedingung einer vollen Entfaltung der Persönlichkeit theoretisch und praktisch zu beherrschen"[6], womit sich der Kreis des Entstehungs-, Begründungs- und Wirkungszusammenhangs bürgerlicher Wissenschaften schließt und die Funktion der Apologie der bestehenden Verhältnisse deutlich vor Augen geführt wird.

Inwieweit nun ein Mensch an der Darmentleerung Vergnügen findet — laut Sheldon[7] ein wichtiger Zug der Viscerotonie — oder ein Faktor „Kühnheit" versus „Schüchternheit" bei Rattenversuchen gewonnen, im wesentlichen die Variablen Neigung zu Abenteuern und gefahrvollen Unternehmungen repräsentierend, im Sinne Guilfords[8] die bedeutenden Züge eines Geschäftsführers kennzeichnet — oder ob der pyknisch-zyklothyme Typus von Kretschmer[9] mit einem runden, weichen Körperbau, der Tendenz zum Fettpolster und einem intensiven emotionalen Kontakt zur Umwelt vorwiegend Ärzte und Naturwissenschaftler heimsucht, während Philosophen, Theologen und Religionsstiftern unverdientermaßen ein schlankwüchsiger Körperbau bzw. empfindsame, kühle Distanz zur Umwelt zugeordnet wird — oder ob ein Individuum, das häufig in Bewegung ist, „gestikulierend, leicht vom Stuhl aufspringend, im Zimmer hin- und hergehend" statt gesetzt und ruhig zu sein, von der Heymanschen[10] Charakterologie die wertmäßig wahrscheinlich sehr bedeutsame Umschreibung des „Aktiven" erhält — oder inwieweit die Annahme von entschlußunfähigen Menschen, wobei die letzteren „Naturen" sich als durchaus konsequent, nachhaltig und anstrengungsbereit in der Zielverfolgung zeigen können, wenn ihnen nur die Schwierigkeiten des Entschlusses von anderen Menschen abgenommen wird" im Sinne von Lersch[11] die „natürliche Begründung für das Verhältnis Elite — Masse liefert — oder der Faktor Neurotizismus von Eysenck[12] nicht eine Persönlichkeitseigenschaft an sich, sondern die entsprechende persönliche Problemsituation der untersuchten neurotischen Patienten widerspiegelt, all dies ist, wie Seve[13] bemerkt, „von nahezu unendlich geringer Bedeutung im Vergleich zu den entscheidenden Fragen", ... „was ein Mensch aus seinem Leben macht und was sein Leben aus ihm macht".

6 Schmidt, H.-D.: Persönlichkeitsdiagnostik und Persönlichkeitstheorie; in: Rösler, H.-D., Schmidt, H.-D., Szewczyk, H.: Persönlichkeitsdiagnostik; Berlin (DDR), 1970
7 Sheldon, W. H.: Les variétés du tempérament; Paris, 1951
8 Guilford, J. P.: Persönlichkeit; Weinheim, 1964, S. 441
9 Kretschmer, E.: Geniale Menschen; Berlin—Göttingen, 1948; vgl. auch Muttin, J.: La structure de la personnalité, Paris, 1964, S. 195
10 Le Senne: Traité de la caractérologie, Paris, 1949, S. 637
11 Lersch, Ph.: Aufbau der Person, München, 1962, S. 513
12 Eysenck, H. J.: Personality structure and measurement, London, 1969; vgl. auch Thomae, H.: Das Individuum und seine Welt, Göttingen, 1968, S. 48 ff.
13 Seve, L.: Marxismus und Theorie der Persönlichkeit, Frankfurt (Main), 1972, S. 221 f.

Kann allgemeine Zustimmung zu dieser wohl wesentlichsten Aufgabe einer Psychologie der Persönlichkeit erreicht werden, so fällt es nicht schwer, die relevanten Fragestellungen zu präzisieren: wie bestimmt das Individuum seine menschlichen Beziehungen aufgrund der entfremdeten gesellschaftlichen Verhältnisse; welche Stellung nimmt er ein im gesellschaftlich bewußten Handeln und Erarbeiten von materiellen und ideellen Werten bzw. im Erkennen und Bekämpfen von Unzulänglichkeiten, Ungerechtigkeiten und Mißständen; gibt es Bedingungen, die den Entwicklungsmöglichkeiten der Persönlichkeit entgegenstehen, „ist er sich der realen Basis dieser Persönlichkeit und der Natur ihrer Verhältnisse zu der Welt, in der er lebt, bewußt, oder ist das alles für ihn noch in den Nebel einer mystizifizierenden Ideologie gehüllt?"[14]
An diesen Fragestellungen wird deutlich, daß die Psychologie als Einzelwissenschaft nicht die ausreichenden Grundlagen dafür bieten kann, die Psychologie der Persönlichkeit von ihrem Inhaltsmangel zu befreien und auf eine höhere Begriffsbildungsstufe zu heben, weil sie „keineswegs das ‚Geheimnis' der menschlichen Sachverhalte in Besitz" hat, weil „dieses ‚Geheimnis' einfach nicht psychologischer Art ist"[15]...
Es bedarf, um mit den Worten von Engels zu sprechen, „einer Wissenschaft von den wirklichen Menschen und ihrer geschichtlichen Entwicklung"[16] — dem Historischen Materialismus.

III. Der Historische Materialismus als Fundament einer wissenschaftlichen Theorie der Persönlichkeit

1. Verhältnis des dialektischen und historischen Materialismus zu den Einzelwissenschaften

Den Vorbehalten, daß der Marxismus in diesem Fall in unzulässiger Weise in einzelwissenschaftliche Fragen eingreift, und damit diesen vorschreibt, was sie zu erforschen und wie sie ihren Gegenstand zu untersuchen hätten, kann die unumstößliche Tatsache entgegengehalten werden, daß bei jedem wissenschaftlichen Herangehen an die Realität eine bestimmte Theorie der Erkenntnis zugrunde gelegt wird, beispielsweise das Verhältnis vom forschenden Wissenschaftler zum erforschten Objekt. Schmidt[17] erläutert das Verhältnis von Philosophie und Einzelwissenschaften aus der Sichtweise des Dialektischen Materialismus in der Weise, daß „die Einzelwissenschaft und einzelwissenschaftliches Forschen ... in diesem Sinne eine spezialisierte, gegenstandsabhängige besondere Form der in der Philosophie zusammengefaßten allgemeinen Merkmale und Züge der Wirklichkeit und der Beziehungen zwischen Menschen und der Wirklichkeit" darstellt. So fußten beispielsweise die lange Zeit wesentlichen theoretischen Vorstellungen innerhalb der Persönlichkeitsforschung auf metaphysischen, spekulativen und religiös-irrationalen philosophischen Grundlagen (u. a. Lersch, Wellek, Krüger). Für Lersch, dessen Persönlichkeitstheorie nach einer Befragung des Bundesverbandes Deutscher Psychologen zu den in der Praxis meistvertretenen gehört[18], ist das

14 Seve, L.: a. a. O., S. 222
15 Politzer, G.: La crise de la psychologie contemporaine, Paris, 1947, S. 120
16 Engels, Fr.: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie; in: Marx/Engels, Werke, Bd. 21, S. 290
17 Schmidt, H. D.: Empirische Forschungsmethoden der Pädagogik, Berlin, 1961, S. 8
18 Däumling, A.: Der Psychologe im öffentlichen Leben; Psychologische Rundschau, 1962, S. 53

„seelische Leben der Menschen" nicht rational faßbar. Seiner Meinung nach ist es „das Sein eines einmaligen, unvertauschbaren und unwiederholbaren Einzelwesens, herkommend aus und veankert in einem metaphysischen Urgrund".[19] Er erhebt die Forderung, daß der Forscher tunlichst „Das metaphysische Geheimnis der Individualität" das, „was Gott mit jedem Einzelwesen gemeint hat", respektiert und nicht zum Gegenstand der Forschung macht. Auf dieser Ebene des „wissenschaftlichen" Agnostizismus und der bewußten Einschränkung des Erkenntnisinteresses liegt auch der Ausspruch eines führenden Persönlichkeitstheoretikers der BRD, der betont, daß die empirische Persönlichkeitstheorie auf die „Inanspruchnahme von Wesensaussagen" verzichten sollte.[20] Demgegenüber steht die Forderung und Gewißheit, zu einer wahrhaft wissenschaftlichen Theorie der Persönlichkeit und damit zu Wesensaussagen zu gelangen, wenn vom „wirklichen Leben der Individuen" ausgegangen und „die Gesamtheit der Struktur und der Entwicklung der wirklich menschlichen Persönlichkeit" zu erfassen versucht wird.[21]

Das bedeutet praktisch, mit dem von Marx und Engels erhobenen Anspruch die Komplexität menschlicher Beziehungen zu erhellen, einem Herangehen in der Persönlichkeitsforschung dialektisch und materialistisch entgegenzutreten, das die Persönlichkeit isoliert betrachtet und den Menschen unter „ewige Kategorien allgemeinmenschlicher Ideale" bzw. „dem Fixum einer menschlichen Natur" subsumiiert. Dem Historischen Materialismus kommt dabei die Aufgabe zu, die Gesetzmäßigkeiten und Kategorien der Untersuchung des gesellschaftlichen Seins anzubieten, während die Psychologie der Persönlichkeit die konkrete Einmaligkeit auf dem Fundament der historischen Erscheinungsform der Persönlichkeitsentwicklung darzustellen versucht. Damit wird angedeutet, daß die Psychologie der Dialektik des Allgemeinen und Besonderen unterliegt und ihre spezifische Aufgabe darin besteht, in den besonderen konkreten Erscheinungen, das Wesen zu ergründen. „Aber diese Psychologie der konkreten Persönlichkeit muß, als Wissenschaft, selbst eine allgemeine Theorie ihres Gegenstands geben; sie hat also die paradoxe Aufgabe, das Allgemeine als Einmaliges und das Einmalige als Allgemeines zu begreifen."[22]

2. Auffassung vom Menschen bei Marx

Jeder Theorie der Persönlichkeit liegt, implizit oder explizit, eine bestimmte Auffassung vom Menschen, eine bestimmte Anthropologie zugrunde. Die Auffassung vom Menschen, wie sie bei Marx und Engels auf der Grundlage vor allem des Historischen Materialismus entwickelt worden ist, gab und gibt noch heute zu den meisten Verfälschungen des Marxismus Anlaß, war und ist umstritten. Angefangen bei der Behauptung, Marx habe das menschliche Individuum in das Zentrum seiner Untersuchungen gestellt und alle anderen Aussagen von Marx, die sich nicht unmittelbar auf dieses Individuum bezögen, wären Ausdruck einer ökonomisti-

19 Lersch, Ph.: Aufbau der Person, München, 1962, S. 642
20 Herrmann, T.: Lehrbuch der empirischen Persönlichkeitsforschung, Göttingen, 1969, S. 37
21 Seve, L.: Marxismus und Theorie der Persönlichkeit, Frankfurt (Main), 1972, S. 303
22 Seve, L.: a. a. O., S. 268
„Anstelle eines bewegungslosen inneren Wesens und lebendiger äußerer Verhältnisse entdeckt die materialistische Dialektik das Leben der Verhältnisse im Inneren des Wesens, und die abstrakte Allgemeinheit erweist sich als bloß äußeres, unwesentliches Inbeziehungssetzen." (ebenda, S. 272)

schen Verirrung, bis zu der Behauptung, Marx habe wirkliches Interesse nur für gesellschaftliche, vom Menschen losgelöste Prozesse gezeigt, sind sämtliche Varianten der Interpretation vorhanden. Eine gerade auch in der BRD wichtige Variante des ideologischen Antikommunismus hat ebenfalls an diesem Punkt angesetzt mit der Gegenüberstellung vom (bürgerlichen) Individuum und (kommunistischem) Kolektiv, wobei letzteres den Einzelnen vergesellschafte, kollektiviere, kurz, als Person in ihrer Einmaligkeit (und Freiheit) zum Verschwinden bringe. Diese Auffassung steht zweifellos in Beziehung zu der häufig anzutreffenden Organisationsfurcht bürgerlicher Individuen (sowohl als Furcht vor den Organisationen wie auch als Furcht vor der eigenen Organisierung) zugrunde. Diese Furcht und ihre praktischen Konsequenzen bleiben gelegentlich aufrechterhalten, selbst bei uneingeschränkter (geistiger) Unterstützung der konkreten Politik, z. B. marxistischer Organisationen. An der Organisiertheit wird u. a. nur der Aspekt der eingeschränkten individuellen Verfügung über die „freie" Zeit gesehen, nicht aber die in der kollektiven gesellschaftlichen Arbeit gewonnene Entwicklung des Einzelnen, welche die kollektiv und organisiert erstrebte Befreiung z. T. bereits individuell vorwegnimmt, wie wir später noch genauer zeigen werden.

Die unterschiedliche Interpretation der Auffassung vom Menschen bei Marx wird erleichtert durch eine Entwicklung des Marx'schen Denkens, die der Umstülpung des ursprünglich spekulativ-humanistischen Standpunkts zu einem wissenschaftlich fundierten ökonomischen Standpunkt entspricht. So begegnet uns in den „Ökonomisch-Philosophischen Manuskripten" von 1844, den sogenannten Pariser Manuskripten, „das menschliche Wesen" noch als Gattungswesen, als abstrakte Auffassung einer abstrakten Individualität, welche die gesellschaftlichen Verhältnisse, die Geschichte, erzeugt, statt von ihr erzeugt zu werden: „Also durch die entfremdete, entäußerte Arbeit erzeugt der Arbeiter das Verhältnis eines der Arbeit fremden und außer ihr stehenden Menschen zu dieser Arbeit. Das Verhältnis des Arbeiters zur Arbeit erzeugt das Verhältnis des Kapitalisten zu derselben ... Das Privateigentum ist also das Produkt, das Resultat, die notwendige Konsequenz der entäußerten Arbeit, des äußerlichen Verhältnisses des Arbeiters zu der Natur und zu sich selbst."[23]

Diese Stelle macht deutlich, daß, vereinfacht gesagt, in den „Manuskripten" die Entfremdung des Arbeiters das Ausbeutungsverhältnis produziert, statt umgekehrt. Die Analyse der reifen Werke sind nicht die Vollendung, sondern eher die Verwandlung der Theorie der Entfremdung, denn sie zeigen, daß nicht eine abstrakte Entfremdung des Menschen die kapitalistischen Ausbeutungsformen erzeugt, sondern eben die kapitalistische Ausbeutung die konkreten Formen der Entfremdung hervorbringt.

Die Umstülpung vom spekulativ-humanistischen zum wissenschaftlich-ökonomischen Standpunkt wurde zum erstenmal in den „Thesen über Feuerbach" vorgenommen, wo die „Wirklichkeit des menschlichen Wesens" mit dem „Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse" gleichgesetzt wird (6. These über Feuerbach). Einige Marxisten, die Seve „theoretische Antihumanisten" nennt (z. B. Althusser[24]), stellten andererseits die Behauptung auf, daß bereits der Begriff des menschlichen Subjekts eine spekulativ-psychologische Konstruktion sei, da es für Marx nur eine historische Abfolge von Gesellschaftsformationen gäbe, eine Abfolge, die als

23 MEW, Ergänzungsband, Erster Teil, S. 519/520
24 Althusser, L.: Lire le Capital, Paris, 1973

solche keinen unmittelbaren Bezug zum menschlichen Individuum aufweise. Hier stehen wir vor der Frage, ob die Geschichte für Marx und Engels letztlich einen menschlichen Sinn, eine Entwicklung im Sinne des menschlichen Fortschritts darstelle, oder eine bloße Abfolge der Zuspitzung und Auflösung von gesellschaftlichen Widersprüchen. Nun läßt sich zwar belegen, daß, wie wir gezeigt haben, Marx zwar den spekulativen Begriff des „abstrakten Menschen" überwindet, aber andererseits gerade in diesem Prozeß der Überwindung auf den konkreten Menschen stößt und damit die Position des wissenschaftlichen Humanismus entwickelt. Die Aussagen der „Deutschen Ideologie" in einem Brief zusammenfassend, schreibt Marx bereits 1846: „Die soziale Geschichte der Menschen ist stets nur die Geschichte ihrer individuellen Entwicklung . . ."[25] Noch deutlicher werden Marx und Engels in „Die heilige Familie": „Die Geschichte tut nichts, sie besitzt keinen ungeheuren Reichtum, sie kämpft keine Kämpfe! Es ist vielmehr der Mensch, der wirkliche ‚lebendige Mensch, der das alles tut, besitzt und kämpft . . ." (Die Geschichte) „ist nichts als die Tätigkeit des seine Zwecke verfolgenden Menschen."[26]

Das bedeutet nun allerdings nicht, auf den spekulativen Standpunkt zurückzufallen, den Marx selbst ursprünglich eingenommen und dann revidiert hat, daß nämlich die Individuen die Geschichte machen. Vielmehr sind die Individuen im vollständigen Wortsinn Produkte der Geschichte, „und wenn sie Initiative beweisen und die gesellschaftlichen Verhältnisse revolutionieren, dann nicht kraft irgendeines schöpferischen Wesens oder irgendeiner transzendenten Freiheit, die dem Menschen innewohnt, sondern weil sie eben von den Widersprüchen dieser gesellschaftlichen Verhältnisse dazu gezwungen werden."[27]

Daß die Geschichte möglicherweise den Menschen produziert, finden wir bereits in den „Manuskripten" angedeutet: „Aber der Mensch ist nicht nur Naturwesen, sondern er ist menschliches Naturwesen . . . Die Geschichte ist die wahre Naturgeschichte des Menschen."[28] Zu unterscheiden wären demnach die „menschliche Natur" als biologische, körperliche Organisation der Individuen, und der spezifisch menschlichen, nämlich gesellschaftlichen Natur des Menschen. Das „Menschliche" im gesellschaftlichen Sinn ist tatsächlich und notwendigerweise ausschließlich Produkt der Geschichte. Das historisch konkrete menschliche Individuum konstituiert sich also als widersprüchliche Einheit von biologischer und gesellschaftlicher Natur, wobei die gesellschaftliche Natur die den Menschen als historisch-gesellschaftliches Wesen bestimmende Dimension darstellt.

3. Die gesellschaftliche „Exzentrizität" des menschlichen Wesens und die bürgerliche Gegenüberstellung von Individuum und Gesellschaft

„Aber das menschliche Wesen ist kein dem einzelnen Individuum innewohnendes Abstraktum. In seiner Wirklichkeit ist es das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse" (Marx: 6. These über Feuerbach).

25 MEW, Bd. 27, S. 453
26 MEW, Bd. 2, S. 7
27 Seve, a. a. O., S. 123
28 MEW, 1. Ergänzungsband, S. 579

Diese These unterscheidet sich wesentlich von der entsprechenden Stelle in den „Manuskripten", in denen es noch hieß: „Das Individuum ist das gesellschaftliche Wesen."[29] Die Gleichsetzung von menschlichem Individuum und Gesellschaft wird in der 6. These über Feuerbach durch Hereinnahme der Erkenntnisse des Historischen Materialismus relativiert, was zur Folge hat, daß nicht mehr das Individuum, sondern das menschliche Wesen mit den gesellschaftlichen Verhältnissen identifiziert wird. Die Nichtidentität von Individuum und Gesellschaft geht darauf zurück, daß die Gesellschaft nicht aus der Summe der Individuen besteht, sondern aus der „Summe der Beziehungen, Verhältnisse . . ., worin diese Individuen zueinander stehen . . ."[30] In der bürgerlichen Sozialwissenschaft werden dagegen Individuum und Gesellschaft in einen Gegensatz zueinander gebracht (vgl. Dahrendorf, Parsons, Biddle, Thomas u. a.). Ihre Konzeptionen von der ewigen und unwiderruflichen „Entfremdung des Menschen" von „der Gesellschaft", spiegeln ihre Klassenposition wider. Hingegen spiegelt die Entwicklung des Marx'schen Denkens von der Gleichsetzung des menschlichen Individuums mit der Gesellschaft (d. h. des Gegenteils der bürgerlichen Entgegensetzung) zur gesellschaftlichen „Exzentrizität" des menschlichen Wesens genau die objektive Entwicklung der Menschwerdung wider, d. h. den „Übergang von Lebewesen, die ihr Wesen als biologisches Erbe in sich selbst tragen zu anderen, die ihr Wesen als gesellschaftliche Erbe außer sich tragen."[31]

Um diesen Gedanken nochmals zu verdeutlichen: Im historischen Prozeß haben die Menschen in aktiver, zielgerichteter und gesellschaftlich organisierter Tätigkeit, angefangen bei der einfachsten Kooperation bis zur Anwendung der modernen Wissenschaften und Technik, die Natur ihren Bedürfnissen und Möglichkeiten entsprechend verändert und damit eine gesellschaftliche Umwelt geschaffen. Daran war die wesentliche menschliche Tätigkeit — die Arbeit[32] in besonderem Maße beteiligt. Es wurden Werkzeuge geschaffen, Material der den Menschen umgebenden Natur in Gebrauchsgegenstände und Gebrauchsmittel umgewandelt und gleichzeitig durch ihre dabei notwendigerweise eingegangenen Verhältnisse und Beziehungen Normen und Bedingungen des sozialen Zusammenlebens geschaffen. Diese „zweite Umwelt" wirkt nun auf die Entwicklung des Individuums zurück und bestimmt seine Entwicklung. Der Mensch muß sich in einer aktiven Auseinandersetzung mit den natürlichen und gesellschaftlich präjudizierten materiellen Objekten, den gesellschaftlichen Beziehungen und den ideellen gesellschaftlichen Werten, die in diesen enthaltenen (vergegenständlichten) „menschlichen Wesenskräfte" aneignen und weiterentwickeln. Wie die konkret sich dabei entwickelnden Fähigkeiten, Kenntnisse und Eigenschaften der Persönlichkeit quantitativ und qualitativ wirksam werden, hängt von der spezifischen Art und Weise der Aus-

29 MEW, 1. Ergänzungsband, S. 530
30 MEW, Grundrisse, S. 176
31 Seve, a. a. O., S. 192
32 „Die Arbeit ist zunächst ein Prozeß zwischen Mensch und Natur, ein Prozeß, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigne Tat vermittelt, regelt und kontrolliert. Er tritt dem Naturstoff selbst als eine Naturmacht gegenüber. Die seiner Leiblichkeit angehörigen Naturkräfte, Arme und Beine, setzt er in Bewegung, um sich den Naturstoff in einer für sein eignes Leben brauchbaren Form anzueignen. Indem er durch diese Bewegung auf die Natur wirkt und sie verändert, verändert er zugleich seine eigne Natur." (Marx, K.: Das Kapital, Bd. 1, S. 192)

einandersetzung ab[33], die im besonderen durch die historischen Bedingungen der Produktion bestimmt werden — dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte und den Produktionsverhältnissen.[34]

Hier sind wir an einer entscheidenden Stelle der Diskussion. Der Mensch ist um so menschlicher, je differenzierter, reichhaltiger sich die gesellschaftlichen Verhältnisse entwickelt haben, da sie die Basis für eine reiche Entwicklung der menschlichen Individualität darstellen. So sind die Erkenntnisse der „Tierpsychologie" für eine Psychologie der menschlichen Persönlichkeit schon deshalb unbrauchbar, weil letztere gerade das für den Menschen als Menschen spezifische Verhalten zum Gegenstand hat, nämlich die „gesellschaftlichen Verhältnisse zwischen den Verhaltensweisen".[35] Die Untersuchung der für menschliches Verhalten konstitutiven gesellschaftlichen Verhältnisse muß deshalb zur Grundlage einer wissenschaftlichen Theorie der Persönlichkeit werden. Damit bestätigt sich die zu Beginn angeführte These von Politzer.[36]

Das konkrete Verhalten des konkreten Individuums, d. h. die psychologische Gestalt des menschlichen Wesens, ist durchaus Teil der konkreten Individualität, obwohl es sein Wesen in der gesellschaftlichen Welt außer sich hat. Die gesellschaftliche Welt ist zwar einerseits grundverschieden von den eigentlich psychischen Verhaltensweisen, andererseits bildet sie die „gesellschaftlichen Matrizen" für die konkrete gesellschaftliche Aktivität. Man kann sich das auch leichter verdeutlichen, was Seve unter den „gesellschaftlichen Verhältnissen zwischen den Verhaltensweisen" verstanden wissen will. Nehmen wir eine konkrete menschliche Tätigkeit, z. B. Autofahren, so lassen sich gewisse „objektive" Aussagen machen, die auch Vergleichbarkeit beanspruchen können, beispielsweise über den Autotyp, Geschwindigkeit, Verkehrssituation, ja sogar über die „Stimmung" und Pulsfrequenz des Fahrers, um nur einige von vielen möglichen Beispielen zu nennen. Wenn man jedoch die gesellschaftlichen Ausübungsbedingungen, d. h. letztlich die die Arbeit determinierenden gesellschaftlichen Bedingungen betrachtet, so besteht auf der subjektiven Ebene ein gewaltiger Unterschied, ob diese Tätigkeit als private oder berufliche Tätigkeit ausgeübt wird, ob sich der Fahrer auf einer privaten Spritztour befindet oder ob er seinen Dienstherrn auf dessen privater Spritztour spazieren fährt. Genauso unterscheidet sich die „objektiv" identische Tätigkeit einer maschineschreibenden Sekretärin ganz wesentlich, wenn sie einen Brief im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit an den Geschäftsfreund ihres „Arbeitgebers" oder privat an einen persönlichen Freund schreibt. Diese den arbeitenden Menschen durchaus vertrauten Selbstverständlichkeiten sind der bürgerlichen

33 „Dank der einfachen Tatsache, daß jede neue Generation die von der alten Generation erworbenen Produktivkräfte vorfindet, die ihr als Rohmaterial für neue Produktion dienen, entsteht ein Zusammenhang in der Geschichte der Menschheit, die um so mehr Geschichte der Menschheit ist, je mehr die Produktivkräfte der Menschen und infolgedessen ihre gesellschaftlichen Beziehungen wachsen. Die notwendige Folge: Die soziale Geschichte der Menschen ist stets nur die Geschichte ihrer individuellen Entwicklung, ob sie sich dessen bewußt ist oder nicht ... Diese materiellen Verhältnisse sind nichts anderes als die notwendigen Formen, in denen ihre materielle und individuelle Tätigkeit sich realisiert." (MEW, Bd. 4, S. 548)

34 „Wie die Menschen ihr Leben äußern, so sind sie. Was sie sind, fällt also zusammen mit ihrer Produktion, sowohl damit, was sie produzieren, als auch damit, wie sie produzieren." (MEW, Bd. 3, S. 21)
Vgl. dazu auch Leontjew, A.: Entwicklung des Psychischen, Berlin, 1971

35 Seve, L.: a. a. O., S. 190

36 siehe Seite 6 dieses Textes

Psychologie bisher weitgehend verborgen geblieben. Das Arbeitsverhältnis, das als relativ abstraktes Moment der jeweils konkreten Tätigkeit gegenübersteht, in diesen (und allen anderen denkbaren Beispielen abhängiger Arbeit) gegenübersteht, ist letztlich die reale Basis jeder wissenschaftlichen Erklärung in Bezug auf die Persönlichkeit des Arbeitenden: „Das wirkliche Leben ist, wie wohl kaum zu übersehen, dauernd bis in die Grundfesten mit abstrakten Dingen wie Geld, Arbeitszeit, Lohn beschäftigt; diese abstrakten Dinge sind nichts anderes als die versachlichten Formen der gesellschaftlichen Verhältnisse."[37]

IV. Arbeit und Persönlichkeit — die zentrale Rolle der Arbeit

Insofern die Arbeit die Grundlage der Produktion des gesellschaftlichen Menschen bildet, muß die Analyse der Arbeit im Zentrum jeder Theorie der Persönlichkeit mit wissenschaftlichem Anspruch stehen. Wie Marx bereits überzeugend nachgewiesen hat, produziert sich der Mensch, indem er seine Subsistenzmittel produziert. Aus diesem Zusammenhang leitet Seve die weitreichende Schlußfolgerung ab, „daß die Psychologie der Persönlichkeit die Analyse der gesellschaftlichen Arbeit zur Grundlage hat, oder nicht existiert."[38] Noch kein bürgerlicher Psychologe, Pädagoge, Soziologe hat bisher ernsthaft versucht, diese zentrale Aussage des Marxismus zu widerlegen, und trotzdem wird sie fast immer ignoriert, verdrängt, ersetzt durch andere Produzenten des Menschen: Gott, Natur, Geist, Trieb, Sex, nobody. Oder man sucht den Urknall der Schöpfung. Und alle diese in ihrer Explikation natürlich sehr viel verwickelteren Gedankenentwicklungen würden nicht geleistet ohne die Arbeit, die dieser reaktionären Gedankenarbeit vorausging und ohne die aktuelle Arbeit, welche den Schöpfern dieser Gedankengänge ihre materielle Existenzgrundlage gibt. Salopp ließe sich formulieren: Wie hast Du's mit der Arbeit, und ich sag Dir, wer Du bist. Und dies ist in mehrfacher Hinsicht zu verstehen. Allerdings ist die Härte des ideologischen Ringens gerade an diesem Punkt leicht verständlich, denn die ständige Behauptung bürgerlicher Ideologen, der Marxismus wäre Ersatzreligion, Ideologie im negativen Sinn, zerplatzt wie eine Seifenblase, wenn man die gesellschaftliche Arbeit ins Zentrum der Wissenschaft des Menschen und der Wissenschaft vom Menschen stellt: Bei vielen möglichen strittigen Fragen im Detail erweist sich in dieser zentralen Frage, ob eine Variante bürgerlicher und sonstiger Wissenschaft sowohl wissenschaftlichen als auch humanistischen Ansprüchen genügen kann. Das was der Marxist Idealismus, Biologismus, Subjektivismus, Psychologismus, Naturalismus, Positivismus usw. nennt, hat als gemeinsamen Kritikpunkt den Vorwurf der Ablenkung vom zentralen Charakter der Arbeit als wesentlichen Teil geschichtskonstituierender gesellschaftlicher Praxis und von der daraus abgeleiteten zentralen Rolle der arbeitenden Menschen in der historischen Perspektive. Der Zwang, sich seine Lebensmittel zu beschaffen durch Arbeit, bringt den Menschen in die Position der wichtigsten Produktivkraft, gibt ihm seinen Platz in dem jeweils historisch entwickelten (und deshalb veränderlichen) System der gesellschaftlichen Arbeit. Ohne diesen ökonomischen Zwang zur gesellschaftlichen Arbeit ist menschliches Leben nicht vorstellbar, nicht möglich.
Den noch in den „Manuskripten" verwendeten Begriff „Arbeit im allgemeinen" hat Marx in den „Grundrissen" selbst kritisiert, indem er nachwies, daß die Reduktion der verschiedensten Arten der Arbeit auf die Abstraktion Arbeit bereits die Ent-

37 Seve, a. a. O., S. 191

38 ebenda

wicklung der real existierenden abstrakten Form der Arbeit voraussetze, nämlich die volle Entfaltung der Warenproduktion, d. h. die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Sobald es jedoch um konkrete Individuen geht, die in einer bestimmten Gesellschaftsformation eine bestimmte Arbeit verrichten, müssen auch differenzierende, diese jeweils gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse vermittelnden Begriffe eingeführt werden, so z. B. die für eine Theorie der Persönlichkeit mit wissenschaftlichem Anspruch zentralen Begriffe der konkreten und abstrakten Arbeit.

Die politische Ökonomie des Kapitalismus unterscheidet den Begriff „konkrete Arbeit" als gebrauchswertschaffende, konkrete Anwendung menschlicher Fähigkeiten, bzw. Aktivität, die sich auf die Individuen selbst bezieht, von dem Begriff abstrakte Arbeit als Verausgabung menschlicher Arbeit überhaupt[39] bzw. als Aktivität subsumiert unter die herrschenden Produktionsverhältnisse oder als wert- bzw. mehrwertschaffende Arbeit. Voreilig könnte man vermuten, daß die für die Psychologie der Persönlichkeit entscheidende Kategorie die der konkreten Arbeit sei, insofern die Psychologie das konkrete Verhalten des Menschen zum Gegenstand habe. Tatsächlich beschränkt sich die sogenannte „Arbeitspsychologie", angefangen beim noch grobschlächtigen „Taylorismus" bis zu den heute üblichen subtileren Varianten[40], auf die Untersuchung des konkreten Verhaltens bei der Arbeit (was allerdings nicht zu verwechseln ist mit der konkreten Arbeit im marxistischen Sinn), weshalb sie auch sehr gute Dienste leistet für die intensivere Ausbeutung der Arbeitenden. Edle Beschränkung auf das positivistisch Beschreibbare haben sich jedoch bürgerliche Ideologen insgesamt in allen den Arbeitsprozeß betreffenden Fragen zueigen gemacht. Mehr oder weniger absichtliches Interesse und Ergebnis ist die bereits von uns beschriebene Ablenkung der arbeitenden Menschen vom gesellschaftlichen bzw. abstrakten Charakter der Arbeit. „Mitbestimmung am Arbeitsplatz" (statt Mitbestimmung im Betrieb und in der gesellschaftlichen Organisation und Verfügung über die Arbeit und ihre Ergebnisse) ist z. B. eine beliebte Formel des „Arbeitnehmerflügels" in der CDU. Gruppendynamik, die Methode des „angstfreien Lernens" und das ganze übrige Arsenal „modernster Pädagogik" werden z. B. in den Mitarbeiterschulungen der Betriebe eingesetzt, um vom gesellschaftlichen Charakter der Arbeit und den damit verbundenen gewerkschaftlichen, letztlich politischen Kampfaufgaben der Arbeitenden im Kapitalismus wegzuorientieren. „Die Beteiligungsmethode am Lernprozeß wird zunehmend auch für institutionalisierte Lernprozesse typisch. Berufstätige Erwachsene haben eine Abneigung gegen fremdbestimmende, auf passives Aufnehmen gerichtete Unterrichtsmethoden, weil ihnen Aktivität zur Gewohnheit geworden ist. In den institutionalisierten Lernprozessen spielen die Methoden der Übung, des Experimentierens, der Unterrichts-, Lehr-, Gruppengespräche, der Rollen-, Situations- und Planspiele in zunehmenden Maße eine Rolle." Der Verfasser dieser Texte ist Chefpädagoge am Deutschen Industrieinstitut und steht von daher nicht im Verdacht, „Arbeitnehmerinteressen" zu vertreten.[41]

39 MEW, Bd. 23, S. 59
40 Eysenck, H. J.: Wege und Abwege der Psychologie, Hamburg, 1967, S. 84–97
41 Arlt, F.: Erwachsenenbildung in der Wirtschaft. in: Münch, J. (Hrsg.): Berufsbildung Erwachsener, Braunschweig, 1971, S. 45
vgl. auch Projektgruppe Automation und Qualifikation: Bildungsreform vom Standpunkt des Kapitals; in: Das Argument, Westberlin, 80/1973, S. 25 ff.

Es mag bisher der Eindruck entstanden sein, als ob konkrete und abstrakte Arbeit bestimmte Tätigkeiten jeweils umfassend beschreibende Kategorien wären. Tatsächlich sind die konkrete und die abstrakte Arbeit nur „zwei Seiten derselben, in Gegensatz zu sich selbst geratenen Arbeit".[42] Wenn wir aber daran festhalten, daß die im gesellschaftlichen Charakter der Arbeit vergegenständlichten gesellschaftlichen Verhältnisse und ihre Widersprüche die entscheidenden Aspekte der Theorie der Persönlichkeit bilden, dann müssen gerade diese gesellschaftlichen Aspekte den entscheidenden Anteil an der Persönlichkeit der gesellschaftlichen Produzenten bilden. „Der Begriff abstrakte Arbeit entspricht selbst auch einer psychologischen Realität. Das ist des Rätsels Lösung."[43]

Mit dem im Doppelcharakter der Ware und dem, wie wir gesehen haben, auch im Doppelcharakter der Arbeit ausgedrückten Gegensatz von abstrakter und konkreter Arbeit, dem eine psychische Realität beim Arbeitenden entspricht, haben wir unseres Erachtens ein Kriterium gefunden nicht nur für eine wissenschaftlich fundierte Theorie der Persönlichkeit, sondern auch für eine wissenschaftlich fundierte Pädagogik, die sich vor allem als Verbindung von Psychologie und Politik begreift. Wie kann das Ignorieren der Rolle der Arbeitsverhältnisse im Werdegang des gesellschaftlichen Menschen ein korrektes Herangehen an den Werdegang des individuellen Menschen erlauben, der eben auch und zwar wesentlich dieser gesellschaftliche Mensch ist? Wie lange kann noch übersehen werden, daß die objektiven Widersprüche unserer Gesellschaft, die nur noch von wenigen geleugnet werden, sich widerspiegeln auf der subjektiven Ebene beim konkret handelnden Individuum, und zwar nicht nur beim arbeitenden Erwachsenen (der noch nie das besondere Interesse der Psychologie gefunden hat, solange er unauffällig gearbeitet hat, obwohl seine eben auch psychischen Qualen nicht unbekannt waren und sind), sondern auch beim noch nicht arbeitenden Kind und nicht mehr arbeitenden Rentner, ganz abgesehen vom arbeitsbehinderten oder arbeitsunfähigen physisch und psychisch Kranken? In dieser Beziehung können z. B. bürgerliche Pädagogen noch viel lernen von einem Makarenko, der auf vielfache Weise gezeigt hat, welche zentrale Rolle die Arbeit „hinsichtlich der Grundlagen der Persönlichkeit eines Wesens erkennen läßt, das noch nicht arbeitet, aber doch in einer Welt lebt, deren wahre Grundlage in allen Hinsichten die Arbeit ist."[44]

Eine Schwierigkeit besteht darin, daß für den Arbeitenden, erst recht aber für das noch nicht arbeitende Kind und Jugendlichen, der gesellschaftliche Charakter der konkreten Arbeit jeweils nur sehr schwer aus der unmittelbaren Erfahrung ableitbar, erkennbar ist. Der Mensch ist eben nicht nur das Produkt, sondern auch das Opfer der gesellschaftlichen Verhältnisse, die ihren wahren (Waren-) Charakter vor ihm verbergen. Da dem Arbeitenden hauptsächlich die konkrete Seite der Arbeit unmittelbar erfahrbar ist, kann er auch leicht durch kleine Verbesserungen oder auch nur Veränderungen am Arbeitsplatz, durch ein verbessertes „Betriebsklima" usw. von den notwendigen ökonomischen und politischen Kampfaufgaben zur Aufhebung eines Systems der Arbeit abgelenkt werden, in dem nicht „Befriedigung der Bedürfnisse, sondern Produktion von Profit Zweck des Kapitals"[45] ist.

42 Seve, a. a. O., S. 172
43 Seve, a. a. O., S. 172
44 ebenda, S. 176
45 MEW, Bd. 25, S. 253 f.

In diesen Zusammenhang ist die Kritik zu stellen, die wir an den verschiedenen Ansätzen der bürgerlichen Persönlichkeitsforschung entwickelt haben. Weder die Vorstellungen von anlagemäßig begründeten menschlichen Eigenschaften, oder die in Erscheinungsform und Darstellung abstrakten behavioristischen Standpunkte, die den materialistischen Zusammenhang der Individuen auf Reiz-Reaktionskonstellationen reduzieren, noch verschiedene theoretische Vorstellungen wie die Psychoanalyse können die wirksame psychologische Wahrheit der 6. These von Feuerbach integrieren. Damit ist ihnen die Möglichkeit verbaut, zu erkennen, daß alle psychischen Aktivitäten, über „ihre nicht zu vergessenden biologischen Bedingungen hinaus, dem Wesen nach und somit auch hinsichtlich des inneren Determinismus ihres Wachstums als von den gesellschaftlichen Verhältnissen hervorgebracht (erscheinen)."[46]

An dieser Stelle ist auch vor einer Überbewertung der materialistischen Ansätze zu warnen, die den physiologischen Grundlagen psychologischer Verhaltensweisen große Aufmerksamkeit schenkten (Pawlow, u. a.). Sie traten damit der idealistischen Abstraktion vom materiellen Substrat des Menschen entgegen und erhalten von daher ihre Bedeutung. Rubinstein[47] wies allerdings entschieden darauf hin, daß alles Psychische unter dem Doppelaspekt der Beziehung zum widergespiegeltem Objekt als primärer und zum widerspiegelnden Organ als sekundärer Beziehung zu sehen ist. Eine Erweiterung und Präzisierung erfährt diese Aussage durch unseren mehrfachen Hinweis, daß physiologische Grundlagen nicht die Erklärung für bestimmte Verhaltensweisen liefern, sondern biologische Träger sind, da „die entwickelte Persönlichkeit ihre wahre Erklärungsgrundlage in ihren eigenen inneren Widersprüchen hat, die die Widersprüche der gesellschaftlichen Verhältnisse widerspiegeln"[48].

Können wir auch Autoren anführen innerhalb der Persönlichkeitsforschung[49], die die Struktur der Persönlichkeit durch ihre Verhältnisse mit der Welt konstruiert sehen, so wird die objektive Logik der gesellschaftlichen Verhältnisse jedoch nicht verstanden und die konkreten Formen dieser „Ich-Welt-Relationen" werden nicht untersucht. Es genügt nicht, das „Sinnkriterium" in einer streng individualisierenden Weise zum Ausgangspunkt einer Theorie des Individuums zu machen und zu erraten, welche Bedeutung dieses oder jenes Ereignis nun für das konkrete Individuum besitzt[50]. Leontjew[51] weist entschieden darauf hin, daß der „Sinn" des

46 Seve, a. a. O., S. 173
47 Rubinstein, S. L.: Sein und Bewußtsein, 1962, S. 3
(Als entscheidendes Kriterium für die Unterscheidung gilt nach ihm, ob die Wirklichkeit für die Physiologie als Gesamtheit der Reize existiert, die auf das Gehirn einwirken, während die Wirklichkeit für die Psychologie aus Objekten der Erkenntnis und des Handelns besteht, mit denen das Individuum in Wechselwirkung tritt.)
48 Seve, a. a. O., S. 439
49 Nuttin, J.: Motivation, emotion et personnalité. In: Fraisse/Piaget: Traité de la Psychogie Experimentale; Paris (Presses Univ.), 1964, S. 1–72, und Nuttin, J.: La structure de la personnalité, Paris, 1965
vgl. auch Thomae, H.: Das Individuum und seine Welt; Göttingen, 1968
50 „Diese Bestimmung des Orts und die von solchen Bestimmungen ausgehenden Kontierungen der individuellen Gestalt können aber letztlich nur verstanden werden, wenn wir versuchen, den Zusammenhang zwischen personaler Geschehensordnung und der Erfahrung des „Sinnes" solchen Geschehens noch etwas näher zu bestimmen als dies bisher geschehen ist." (Thomae, a. a. O., S. 585)
51 Leontjew, A. N.: Die Entwicklung des Psychischen, Berlin, 1971

Arbeits- und Lebensinhaltes und ihre objektive „Bedeutung" in der historischen Entwicklung der Klassengesellschaften ihre Identität verloren haben. Marx selbst hat bereits mehrfach auf diesen Verlust des subjektiven Sinns der Arbeit unter kapitalistischen Bedingungen hingewiesen: „Die zwölfstündige Arbeit ... hat für ihn keinen Sinn als Weben, Spinnen, Bohren usw., sondern als Verdienen, das ihn an den Tisch, auf die Wirtshausbank, ins Bett bringt."[52] Damit kommen wir zurück zur gesellschaftlichen Widersprüchlichkeit als der entscheidenden Erklärungsgrundlage für die Entwicklung der menschlichen Fähigkeiten, der Besonderheiten des Denkens, der Einstellungen und Haltungen, kurz, der Theorie der Persönlichkeit.

V. Zur Topologie der Persönlichkeit — die Hypothesen von Lucien Sève

Seve hat in seinem Buch „Marxismus und Theorie der Persönlichkeit" die in der marxistischen Theorie vor allem durch den historischen Materialismus und die Analyse der Arbeit bereits angelegte und hinreichend fundierte wissenschaftliche Theorie der Persönlichkeit aufgezeigt, und damit speziell der Psychologie den bisher noch weitgehend verschütteten Weg zu einer wissenschaftlichen Persönlichkeitstheorie aufgezeigt. Mit Hilfe einer teilweise neuen Begrifflichkeit geht er dann noch einen Schritt weiter, indem er Hypothesen zu einer Topologie der Persönlichkeit, die sowohl die für eine Persönlichkeitstheorie relevanten Erkenntnisse von Marx, Engels und Lenin als auch gewisse Einzelergebnisse und Erkenntnisse der bürgerlichen Persönlichkeitstheorien aufzuarbeiten versucht, einschließlich der für dieses Problem relevanten reichhaltigen Erfahrungen der Arbeiterbewegung vor allem in kapitalistischen, aber auch in sozialistischen Ländern. Aufmerksamkeit verdient in diesem Zusammenhang nicht zuletzt der Versuch von Seve, Teile der von Marx für die politische Ökonomie entwickelten Terminologie (und Analyse) auf die Theorie der Persönlichkeit zu übertragen, wodurch die Widerspiegelung von Prozessen in der gesellschaftlichen Basis auf der subjektiven Ebene veranschaulicht und betont wird.

Vereinfacht dargestellt hatten wir in den letzten Kapiteln entwickelt, daß sich das konkrete, d. h. historisch zu einem gegebenen Zeitpunkt real existierende Individuum, „zusammengesetzt" aus biologischer und gesellschaftlicher Realität. Die biologische Individualität ist von der gesellschaftlichen Basis ganz getrennt, während die gesellschaftliche Individualität integrierender Bestandteil derselben ist. Obwohl demnach das menschliche Individuum seinen (biologischen) Ursprung außerhalb der gesellschaftlichen Verhältnisse hat, ist es denselben ganz untergeordnet, vermittelt durch die Dimension der Zeit bzw der Geschichte Man kann also zusammenfassend formulieren, daß das menschliche Individuum distinkte biologische Realität durch die zeitliche Dimension „seitlich hineinversetzt" in die bestehende Gesellschaft ist: Individuum und Gesellschaft stehen in „Juxtastruktur" zueinander, genauso wie die Theorie der Persönlichkeit in Juxtastruktur zum Historischen Materialismus steht.[53]
Seve setzt an die Stelle der meist naturalistisch und biologistisch fundierten Typologien, auf die wir bereits im II. Kapitel kritisch eingegangen sind, den Versuch einer Topologie der Persönlichkeit, die sich aus der Analyse des Systems und der Entwicklungslogik der Aktivitäten eines Individuums ergibt. Ein wesent-

52 MEW, Bd. 6, S. 400
53 Seve, a. a. O., S. 162 f. und 350

liches Merkmal jeder Aktivität ist ihre zeitliche Dimension, welche die dialektische Vermittlung „der Tätigkeitsstruktur und ihres historischen Entwicklungsgesetzes"[54] darstellt. Ausgehend von diesem Sachverhalt, entwickelt Seve den Begriff Zeitplan, der das System der zeitlichen Verhältnisse zwischen den psychologisch produktiven Tätigkeiten kennzeichnet, d. h. den Tätigkeiten, die die Persönlichkeit produzieren und reproduzieren.[55] Der Begriff des Zeitplans muß deutlich unterschieden werden vom soziologischen Analyseprinzip des „Zeitbudgets", welches den rein quantitativen Zeitanteil unterschiedlicher Tätigkeitskategorien bei verschiedenen Personen und Personengruppen erfaßt. Demgegenüber ist der Zeitplan im Sinne von Seve gerade durch sein qualitatives Moment gekennzeichnet. Quantitativ umfangreiche Aktivitäten können ein sehr niedriges (oder im Extremfall sogar ein negatives) psychologisches Produkt aufweisen, d. h. von geringer Relevanz für die Produktion und Reproduktion der Persönlichkeit sein. Das heißt allerdings keineswegs, daß der quantitative Aspekt der Zeit für den Zeitplan irrelevant wäre (schon aus dem einfachen Grund, daß das Leben zeitlich begrenzt ist), allerdings ist sie relevant eben nur in Bezug auf die qualitativ produktiven Aspekte der Aktivitäten. In diesem Zusammenhang wird nochmals deutlich, das der marxistisch fundierte Persönlichkeitsbegriff ganz wesentlich qualitative Struktur hat. Deshalb schließen sich identische Zeitpläne und gegensätzliche Zeitbudgets bzw. umgekehrt keineswegs aus.

Wenn wir an diesem Punkt zurückkommen auf das Verhältnis zwischen persönlicher konkreter Aktivität und „abstrakter" gesellschaftlicher Aktivität, so haben wir entwickelt, daß unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen ein antagonistischer Widerspruch zwischen diesen beiden Aspekten der Aktivität besteht, ein Widerspruch, der letztlich das Auseinanderfallen von Zeitplan und Zeitbudget zum „Normalfall" macht. Hier wird auch der Begriff „Ökonomie der Zeit" wichtig, den bereits Marx auf die Gesellschaft und auf das Individuum angewandt hatte: „Je weniger Zeit die Gesellschaft bedarf, um Weizen, Vieh etc. zu produzieren, desto mehr Zeit gewinnt sie zu anderer Produktion, materieller oder geistiger. Wie beim einzelnen Individuum, hängt die Allseitigkeit der Entwicklung, ihres Genusses und ihrer Tätigkeit von Zeitersparung ab. Ökonomie der Zeit, darin löst sich schließlich alle Ökonomie auf."[56]

Die Ökonomie der Zeit als ökonomisch gesellschaftliches Verhältnis spiegelt sich samt ihren Widersprüchen als ökonomisch subjektives Verhältnis bei der Produktion der Persönlichkeit wider. Deshalb bedeutet Zeitersparnis bei psychologisch nicht oder wenig produktiven Tätigkeiten unter kapitalistischen Bedingungen noch lange nicht Zeitgewinn für psychologisch produktive Tätigkeiten. Die in Bezug auf die Persönlichkeitsentwicklung unproduktive gesellschaftliche Arbeit setzt sich fort in unproduktiv verbrachter „freier" Zeit, daß das von seinen wesentlichen Produktionsmöglichkeiten gesellschaftlich entfremdete Individuum diese Entfremdung zeitweise höchstens subjektiv, aber niemals objektiv aufheben kann. Die Entfremdung als letztlich ökonomisch gesellschaftliches Verhältnis kann letztlich eben nur auf dieser Ebene aufgehoben werden, und dadurch die Voraussetzung seiner umfassenden subjektiven Aufhebung geschaffen werden. Der innere Zeitplan als innere Charakteristik der Persönlichkeit gerät unter kapitalistischen Bedingungen in Widerspruch mit dem gesellschaftlich notwendigen Zeitplan.[57] Dauerhaft

54 ebenda, S. 340
55 vgl. ebenda, S. 341–343
56 Marx, K.: Grundrisse der politischen Ökonomie, S. 89
57 vgl. Seve, a. a. O., S. 349–351

können dabei auch „Lebenshilfen für eine geistige Durchdringung der Arbeitswelt und des Freizeitraums"[58] keine Abhilfe schaffen, denn der Kapitalismus ist eben wesentlich ein praktisches Verhältnis, das auch nur praktisch aufgehoben werden kann. Aus diesen Gründen ist auch der in der Theorie der Erwachsenenbildung und bei Festreden aller Art ständig wiedergekäute Mythos von der sich ständig vermehrenden freien Zeit nicht nur deshalb ein Mythos, weil sich die quantitative Vermehrung der freien Zeit durchaus im Schneckentempo und nicht im behaupteten Schnellzugtempo abspielt (wobei sogar Faktoren wie verstärkter Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft unberücksichtigt bleiben), sondern weil der qualitative Zeitgewinn im Sinne des Zeitplans unter kapitalistischen Verhältnissen für die große Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung im wesentlichen eine Illusion bleiben muß. Wer letztlich von dieser Illusion profitiert, zeigt sich an dem tatsächlich rasanten Anstieg beim Verkauf sogenannter Freizeitartikel und den erhöhten Ausgaben der Bevölkerung in der Freizeit insgesamt. Um so eher die Menschen glauben, daß ihre „Verwirklichung" nur in der Freizeit stattzufinden hat, um so eher sind sie auch bereit, die in der gesellschaftlichen Arbeit am unmittelbarsten in Erscheinung tretende Entfremdung als unabänderliches Schicksal in Kauf zu nehmen. Andererseits ergeben, wie wir noch zeigen werden, über den quantitativen Zeitgewinn auch Möglichkeiten des qualitativen Zeitgewinns, nämlich vor allem durch die verstärkte Realisierung dessen, was Seve „kämpferisches Leben" nennt. Schon aus diesem, aber auch aus anderen Gründen ist natürlich der Kampf um mehr freie Zeit keineswegs der Kampf um eine Illusion, wie vielleicht aus den eben gemachten Ausführungen mißverständlich zu interpretieren wäre.

Eine wichtige Erscheinung bei vielen Erwachsenen ist die mit biologischen Abbauprozessen nur ungenügend zu erklärende Stagnation im psychischen Bereich. Seve bezeichnet dieses Phänomen als „tendenziellen Fall der psychologischen Fortschrittsrate beim entwickelten Individuum"[59]. Strukturell ist dies zu erklären mit dem geringeren „psychologischen Fortschritt", den z. B. ein Erwachsener erzielt, wenn er denselben Fähigkeitszuwachs erwirbt wie ein weniger entwickeltes Kind. Was für das Kind ein Riesensprung in seiner Entwicklung sein mag, ist für den Erwachsenen u. U. ein kleiner Schritt. Neben diesem strukturell bedingten und wohl nie ganz aufzuhebenden tendenziellen Fall der psychologischen Fortschrittsrate ist die psychologische Stagnation als Massenerscheinung im Kapitalismus eine Erscheinung, die weit über diese strukturellen Gründe hinausgeht. Daneben gibt es einzelne Individuen, die ihr ganzes Leben lang psychologische Fortschritte erzielen, die noch nicht einmal von dem strukturell bedingten Gesetz geprägt scheinen. Die Stagnation der Persönlichkeitsentwicklung als Massenerscheinung, häufig bereits bei jugendlichen Erwachsenen oder „erwachsenen" Kindern anzutreffen, hängt zweifellos ganz wesentlich mit der frühzeitigen Verwandlung der menschlichen Arbeitskraft in eine Ware zusammen, die nach den Minimalbedingungen ihrer Produktion und Reproduktion „entschädigt" wird. Die außerordentlich ungleiche Verteilung materieller Güter und persönlicher Entfaltungsmöglichkeiten erklärt sowohl die Existenz einer gewissen Zahl außerordentlich hoch entwickelter Persönlichkeiten als auch die übergroße Zahl stagnierender Persönlichkeiten unter kapitalistischen Bedingungen. Der objektive Zwang des

58 Röhrs, H.: Die Bildungsfrage in der modernen Gesellschaft, in: Röhrs, H. (Hrsg.): Die Bildungsfrage in der modernen Arbeitswelt, Frankfurt (Main), 1967, S. 11
59 Seve, a. a. O., S. 369

Kapitalismus, die menschliche Arbeitskraft frühzeitig in eine Ware zu verwandeln, ist unseres Erachtens der Hauptgrund für die auch von bürgerlich-liberalen Bildungsreformern zunehmend konstatierten Grenzen einer Reform des Bildungswesens im Interesse der arbeitenden Menschen.

VI. Zur gesellschaftlichen Menschwerdung des Menschen — „Kämpferisches Leben" und Persönlichkeitstheorie

Eine marxistisch fundierte wissenschaftliche Theorie der Persönlichkeit ist vor allem auch deshalb von außerordentlicher Bedeutung gerade für die Arbeiterbewegung, weil sie den „gesellschaftlichen Menschen" und seinen vermittels der gesellschaftlichen Arbeit bestimmenden Anteil an der Ausprägung der menschlichen Individualität, sowie die historische Perspektive, ins Zentrum ihrer Überlegungen stellt.
Wir hatten bereits eine Möglichkeit angedeutet, die das Individuum auch unter kapitalistischen Verhältnissen hat, quantitative Zeitersparnis in qualitativen Zeitgewinn für psychologisch produktive Aktivitäten umzusetzen, eine Möglichkeit, die Seve als „kämpferische Leben" bezeichnet. Das kämpferische Leben hat die Einsicht zur Grundlage, daß die „allgemeine Befriedigung der persönlichen Bedürfnisse über die Durchsetzung bestimmter gesellschaftlicher Umgestaltungen verläuft".[60] Das kämpferische Leben ist also gesellschaftliche Arbeit im Sinne von Arbeit an der Gesellschaft, ist Ausdruck der gesellschaftlichen Menschwerdung des Menschen. Wie ist letzteres zu verstehen?

Wie wir mehrfach gezeigt haben, hat die Produktion und Reproduktion der Persönlichkeit wesentlich gesellschaftlichen Charakter. Sie ist Ergebnis der im Laufe der Menschheitsgeschichte erarbeiteten materiellen, kulturellen und geistigen Werte. Dieser historisch gesellschaftlich erarbeitete Reichtum ist notwendige Voraussetzung der „reichen" Entwicklung der individuellen Persönlichkeit. Deshalb ist der scheinbare Widerspruch, daß die psychologisch produktive, d. h. die Persönlichkeit produzierende und reproduzierende Tätigkeit wesentlich gesellschaftliche Aktivität ist, begründet im gesellschaftlichen Charakter des menschlichen Wesens. Gesellschaftliche, kollektive, organisierte, d. h. letztlich politische Aktivität hat also keineswegs, wie gelegentlich behauptet, eine masochistische Charakterstruktur zur Voraussetzung, sondern ist, falls sie richtig verstanden und praktiziert wird, bereits die gesellschaftliche Entfaltung der einzelnen Individualität.

Der Kapitalismus als bestimmtes System der gesellschaftlichen Arbeit hat nun einerseits die ökonomischen Voraussetzungen geschaffen für die umfassende Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit bzw. des gesellschaftlichen Menschen. Gleichzeitig beraubt er diejenigen, die diese ökonomischen Voraussetzungen geschaffen haben, nämlich die gesellschaftlichen Produzenten, die Arbeiter, von der Verfügung über diesen gesellschaftlichen Reichtum und damit von den historisch gegebenen Möglichkeiten ihrer gesellschaftlichen Menschwerdung. Den im Kapitalismus geschaffenen materiellen Reichtum der gesellschaftlichen Menschwerdung des Menschen zu erschließen, ist die Hauptaufgabe, die sich die Kämpfer für den Sozialismus und Kommunismus gestellt haben. Erst ein System der gesellschaftlichen Arbeit, in dem der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Arbeit und privater Aneignung, zwischen Arbeit und Kapital aufgehoben ist, schafft die Voraussetzungen dafür, daß die Produktion gesellschaftlichen Reichtums auch die Produktion „reicher" Individualitäten mit sich bringt. Das heißt die Schaffung einer Gesellschaft, in der die Produktion „des reichen Menschen, d. h. die Produktion des Menschen mit reich entwickelten Bedürfnissen, Produktion des ersten gesellschaftlichen Reichtum ist".[61]

60 ebenda, S. 324

Die Widerspiegelung des Doppelcharakters der Arbeit in der Psyche des Individuums bewirkt eine „Persönlichkeitsspaltung" in eine abstrakte und eine konkrete Persönlichkeit. Die „abstrakte Persönlichkeit" ist über die abstrakte Arbeit unter das Kapitalverhältnis subsumiert, und verfügt deshalb nicht über die gesellschaftlichen Entfaltungsbedingungen, welche die „konkrete Persönlichkeit" zu ihrer Entwicklung benötigt. „So sind die beiden Menschen, die in jedem Individuum stecken, jeweils die Entfremdung des anderen."[62] Da die abstrakte Persönlichkeit durch die im Kapitalismus herrschenden Verhältnisse durch und durch geprägt und dadurch in ihrer Entfaltung gehemmt ist, flieht die konkrete Persönlichkeit in Ablenkungs- und Kompensationshandlungen vielfältigster Art. Sie versucht im Bereich konkreter Aktivität zu gewinnen, was sie nur über die gesellschaftsverändernde Aktivität gewinnen könnte: Die aufgrund des gesellschaftlichen Reichtums mögliche universale Entfaltung ihrer Persönlichkeit.

Der Kampf für die Aufhebung dieser gesellschaftlichen und gleichzeitig psychologischen Widersprüche ist jedoch der einzig „mögliche partielle Vorgriff auf das nichtentfremdete Leben in der klassenlosen Gesellschaft".

Neuerscheinungen im Weltkreis-Verlag

Kleine Rote Reihe 17
Berufsbildung — Misere eines Systems
124 Seiten, DM 3,—

Schlag nach bei Lenin!
156 Seiten, DM 3,80

Ruth Werner
Olga Benario
Roman, 451 Seiten, DM 8,20

Nikolai Ostrowski
Wie der Stahl gehärtet wurde
Roman, 445 Seiten, DM 6,—

Die eisernen Pferde
Kinderbuch, 92 Seiten, DM 8,—
Lesealter 10 Jahre

Walter Kaufmann
Das verschwundene Hotel
Kinderbuch, DM 3,20
Lesealter 9 Jahre

Thomas Billhardt
Hanoi am Tage vor dem Frieden
318 Seiten mit Fotos, DM 19,80

Intersongs
Festival des Politischen Liedes
390 Seiten, DM 9,50

Eberhard Panitz
Der Weg zum Rio Grande
Ein Biographiebericht über Thomas Bunke
194 Seiten, DM 5,40

Georgi Dimitroff
Arbeiterklasse gegen Faschismus
114 Seiten, DM 3,50

Beiträge zur sozialistischen Literatur der Weimarer Republik
144 Seiten, DM 6,—

Hubert Reichel
Wie macht man Kriege?
Wie macht man Frieden?
ca. 330 Seiten, 12,60 DM
Peter Schütt — Reportage
Vietnam — 30 Tage danach
ca. 180 Seiten, 8,60 DM
Ernst Birnbaum
Ein Dreckspatz aus dem Mezzogiorno
Ein Kinderroman
ca. 150 Seiten, 7,60 DM
Kleine Rote Reihe 18
Christiane Knau und Fredrik Vahle
Die Maultrommel
Kinderlieder-Arbeitsheft
ca. 190 Seiten, 5,— DM
Bitte fordern Sie unseren Gesamtprospekt an!

Weltkreis-Verlags-GmbH

46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon (02 31) 57 20 10

61 Marx, K.: Grundrisse der politischen Ökonomie, S. 594–600
62 Seve, a. a. O., S. 350

Politische Sachbücher

Kleine Bibliothek

*** Schwamborn, Winfried**
Handbuch für Kriegsdienstverweigerer. Auf den neuesten Stand gebrachte Ausgabe. *Bd. 18, 150 Seiten, DM 9,80*

*** Deppe, F./Herkommer, S.**
Soziale Stellung und Bewußtsein der Intelligenz. *Bd. 23, 384 Seiten, DM 14,80*

*** Kempe, Martin**
SPD und Bundeswehr. Studien zum militärisch-industriellen Komplex. *Bd. 29, 279 Seiten, DM 12,80*

Granow, W., u. a.
Die gegenwärtige Sozialdemokratie, Neue sowjetische Analysen, *Bd. 30, 125 Seiten, DM 9,80*

*** Rau, Eugen**
Koexistenz und Revolution. Zur Dialektik sozialistischer Aktion. *Bd. 31, 200 Seiten, DM 12,80*

*** Matthiessen, Gunnar**
Kritik der philosophischen Grundlagen und der gesellschaftlichen Entwicklung des Maoismus, *Bd. 32, 216 Seiten, DM 9,80*

*** Hervé, Florence**
Studentinnen in der BRD. Eine soziologische Untersuchung. *Bd. 33, 204 Seiten, DM 12,80*

*** Bredow, Wilfried v. (Hrsg.)**
Zum Charakter internationaler Konflikte der Gegenwart. Mit Beiträgen von W. v. Bredow, St. Doernberg, A. Eide, D. Frei, W. Gantman, D. Jermolenko, E. Oeser, N. Poljanow, J. Sedlak, D. Senghaas, W. Shurkin, F. Solms. Schriften des internationalen Instituts für den Frieden, Wien. *Bd. 35, 195 Seiten, DM 9,80*

*** Balzer, Friedrich M.**
Klassengegensätze in der Kirche. Erwin Eckert und der Bund der Religiösen Sozialisten. *Bd. 36, 296 Seiten, DM 14,80*

*** Frister, E./ Jens, W., u. a.**
Protokolle des Kongresses „Wissenschaft und Demokratie" (Marburg 1972). *Bd. 37, 142 Seiten, DM 9,80*

*** Opitz, Reinhard**
Der deutsche Sozialliberalismus 1917 bis 1933. *Bd. 38, 310 Seiten, DM 14,80*

*** Cassanova, A./Metzger, J./ Prévost, C.**
Intellektuelle und Klassenkampf. *Bd. 39, ca. 160 Seiten, ca. DM 9,80*

*** Paech, N./Sommer, B.**
Die BRD, Israel und die Palästinenser. Eine Fallstudie zur Ausländerpolitik. *Bd. 40, ca. 180 Seiten, ca. DM 9,80*

*** Quiniou, J. C.**
Marxismus und Informatik. *Bd. 41, ca. 160 Seiten, DM 9,80*

*** Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt**
Thesen, Referate, Diskussionen und Beschlüsse des Marburger Mediziner-Kongresses am 20./21. Januar 1973. *Bd. 42, 396 Seiten, DM 14,80*

Bethge, H. / Roßmann, E. (Hrsg.)
Der Kampf gegen das Berufsverbot. Dokumentation der Fälle und des Widerstands. *Bd. 43, ca. 280 Seiten, ca. DM 12,80*

Sammlung Junge Wissenschaft

Peter, Lothar
Literarische Intelligenz und Klassenkampf. „Die Aktion" 1911—1932. *224 Seiten, DM 17,80*

Wahsner, Roderich
Erfassung und Integration als System. Militärische und zivile Dienstpflichten in der BRD. *262 Seiten. DM 17,80*

Pätzoldt, Bjørn
Ausländerstudium in der BRD. Beitrag zur Imperialismuskritik. *190 Seiten. DM 14,80*

*** Breuer, Wilhelm M.**
Sozialismus in Kuba. Zur politischen Ökonomie. *293 Seiten, DM 14,80*

*** Freyberg, Jutta v.**
Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Revolutionären Sozialisten Deutschlands vor dem Problem der Aktionseinheit. 1934—1937. *186 Seiten, DM 14,80*

*** Harrer, Jürgen**
Die Revolution in Mexiko 1910—1917. *272 Seiten, DM 14,80*

Hefte zu politischen Gegenwartsfragen

*** Delilez, J.-P./Schleifstein, J.**
Beiträge zur „Stamokap"-Debatte. *Bd. 8, DM 3,—*

*** Janssen, J./Ratz, M.**
Bodenpolitik und Bodenrechtsreform in der BRD. Kritik und demokratische Alternativen. *Bd. 9, DM 3,—*

Erziehung und Bildung

*** Hofmann, Franz**
Geschichte der Allgemeinbildung. *Ca. 220 Seiten, ca. DM 12,80*

*** Heinemann, Karl Heinz**
Arbeit und Technik in der Erziehung. Studien zum polytechnischen Unterricht. *Ca. 180 Seiten, ca. DM 14,80*

*** Lunatscharski, A. W.**
Über die Volksbildung. *Ca. 220 Seiten, ca. DM 9,80*

*** Klenitz, Werner**
Einheitlichkeit und Differenzierung im Bildungswesen. Ein internationaler Vergleich. *Ca. 400 Seiten, ca. DM 14,80*

*** Neuner, Gerhart**
Zur Theorie der sozialistischen Allgemeinbildung. *Ca. 320 Seiten. DM 12,80*

*** Lompscher, Joachim (Hrsg.)**
Sowjetische Beiträge zur Lerntheorie. Probleme der Ausbildung geistiger Handlungen. *Ca. 320 Seiten, ca. DM 14,80*

Allgemeine Produktion

IMSF-Autorenkollektiv
Mitbestimmung als Kampfaufgabe. Studienausgabe. *282 Seiten, DM 10,—*

*** Kuczynski, Jürgen**
Wissenschaft Heute und Morgen. *Ca. 160 Seiten, DM 12,80*

*** Nedbailo, P. E.**
Einführung in die marxistische Staats- und Rechtslehre. *Ca. 150 Seiten, ca. DM 9,80*

*** Tuchscheerer, Walter**
Bevor „Das Kapital" entstand. Die Entwicklungsgeschichte der ökonomischen Theorie von Karl Marx. *Ca. 500 Seiten, DM 19,80*

*** Völkerrecht**
Autorenkollektiv unter Leitung von Prof. Dr. H. Kröger, Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft für Völkerrecht beim Institut für Internationale Beziehungen an der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR. *Zwei Bände ca. 1300 Seiten, Ganzleinen, ca. DM 48,—*

*** Völkerecht — Dokumente**
Zwei Bände ca. 900 Seiten, Ganzleinen, ca. DM 38,—

*** Neuerscheinungen 2. Halbjahr 1973**

Pahl-Rugenstein

Gerhard Friedrich

Berufsverbote im gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnis

I. Die politischen Rahmenbedingungen als Aufgabenstellung der „Beschlüsse"

Die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz vom 28. Januar 1972 zu den „Grundsätzen zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst" können nicht verleugnen, daß sie mindestens die Tradition des Beschlusses der Bundesregierung „zur politischen Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen die demokratische Grundordnung"[1] vom 19. September 1950 fortsetzen.

Hatte der damalige sogenannte „Adenauer-Erlaß" die Funktion, die Kriminalisierung und Unterdrückung aller fortschrittlichen Kräfte einzuleiten, um jeden Widerstand gegen die geplante Wiederbewaffnung und Integration der BRD in die aggressive Roll-back-Strategie der NATO präventiv zu schwächen, die Restauration der Herrschaft des Monopolkapitals ungestört betreiben zu können und die Öffentlichkeit auf ein KPD-Verbot einzustimmen[2], so liegt die politische Motivation der Ministerpräsidentenbeschlüsse „umgekehrt-proportional"[3] im derzeitigen vertraglichen Verhältnis der BRD zu den sozialistischen Staaten, und was die innenpolitische Zielsetzung angeht, handelt es sich nicht um eine gezielte Vorbereitungsmaßnahme um ein aus Gründen des inneren Kräfteverhältnisses noch nicht mögliches Verbot marxistischer Organisationen anzuvisieren — so die Situation 1950 —, sondern um eine vor allem aufgrund des globalen Kräfteverhältnisses erzwungenermaßen getroffene Ersatzmaßnahme.[4]

Damit ist bei aller Gemeinsamkeit des Mechanismus der beiden Beschlüsse — der Einschränkung der politischen Handlungsfreiheit vor allem von Kommunisten unterhalb der Grenze des Parteienverbots, ihre Diskriminierung und die daraus erhoffte Folge ihrer Isolation mit der damit verbundenen Schwächung der gesamten demokratischen Bewegung — ihre prinzipiell unterschiedliche Stellung im Gesamtprozeß der Entwicklung des inneren und globalen Kräfteverhältnisses zwischen Fortschritt und Reaktion, Sozialismus und Imperialismus angedeutet.

In weitgehender zeitlicher Parallelität mit dem Scheitern der globalen roll-back-Strategie der USA, als deren entschiedenster westeuropäischer Vertreter aufgrund

1 Die durch den „Adenauer-Erlaß" betroffenen Organisationen waren: die KPD, die sozialdemokratische Aktion, die FDJ, die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, der gesamtdeutsche Arbeitskreis für Land- und Forstwirtschaft, der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, das Komitee der Kämpfer für den Frieden, das Komitee der jungen Friedenskämpfer, die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes, die Sozialistische Reichspartei, die Otto-Strasser-Bewegung, die Nationale Front. Zit. nach „‚Radikale' im öffentlichen Dienst", Frankfurt (Main), 1973, S. 251

2 vgl. Wolfgang Abendroth, Das Problem des Berufsverbots für Marxisten in der BRD, in: DVZ, v. 6. September 1973

3 Umgekehrt-proportional in dem Sinn, daß sie gerade durch ihre Widersprüchlichkeit zur vertraglich fixierten friedlichen Koexistenz mit den sozialistischen Staaten das tatsächliche Wesen imperialistischer Anpassungsstrategie zum Ausdruck bringen. So tritt auch hier im Unterschied zum „direkt-proportionalen" Charakter des „Adenauer-Erlasses" die historische Defensivposition des Imperialismus in Erscheinung.

4 vgl. Gerhard Stuby, Der Widerstand gegen die Ministerpräsidentenbeschlüsse vom 28. Januar 1972, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/73, S. 28

ihrer auf Annektion der DDR gerichteten Interessen die BRD fungierte und auch mit diesem Scheitern verknüpft[5], entwickelte sich das verstärkte Wiederaufleben der ökonomischen und politischen Klassenkämpfe der Arbeiterklasse der BRD — vor allem seit der „Rezession" von 1966/67 — und, in Gestalt der Studentenbewegung, die fortschrittliche politische Orientierung von Teilen der Intelligenz.

Die durch diese Bewegungen sowohl reflektierte als auch beschleunigte Verschärfung ökonomischer und politischer Widersprüche[6], führte zu einer Verschiebung des inneren Kräfteverhältnisses zuungunsten der politischen Reaktion in CDU/CSU und damit zuungunsten der unmittelbareren politischen Vertretung der Monopole.

Die Bewältigung der Widersprüche unter dem zusätzlichen Druck des sich abzeichnenden Durchsetzens der Prinzipien der friedlichen Koexistenz machte die durch die SPD-Führung repräsentierte flexiblere Variante staatsmonopolistischen Herrschaft zur Übernahme der Regierungsgeschäfte geeigneter, zwang aber zugleich das Monopolkapital, eine Regierung zu akzeptieren, die auch im Verfolgen von Monopolinteressen gezwungen ist, den Interessen der arbeitenden Bevölkerung, da wo sie entschieden artikuliert werden, Rechnung zu tragen, wenn auch nur in Form von Integrations- und Abwiegelungsversuchen.

Durch dieses aufgrund der skizzierten Prozesse sich gegen Ende der 60er Jahre zugunsten der fortschrittlichen Kräfte entwickelnde innere Kräfteverhältnis und vor allem durch die Verschiebung des globalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus, wurde 1968 die Konstituierung der DKP ermöglicht.

Der hier vor allen Dingen interessierende Unterschied der politischen Lage des BRD-Imperialismus zwischen Anfang der 50er und Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre besteht also darin, daß die derzeitige Situation (negativ) als das Resultat des Scheiterns seiner direkt aggressiven Strategie charakterisiert werden kann. Vor allem in Gestalt einer seitens der BRD und international anerkannten DDR und in Gestalt einer legalen kommunistischen Partei in seinem unmittelbaren Machtbereich, stehen dem Imperialismus der BRD Tatsachen gegenüber, zu deren Beseitigung er über nahezu zwanzig Jahre hinweg angetreten war und die durch ihre Existenz die aktuelle Untauglichkeit seiner bisher verfochtenen Strategie demonstrieren.

So wenig wie der Imperialismus in der Lage ist, seine ihrem Wesen nach aggressiven Ziele gegenüber den sozialistischen Staaten aufzugeben — über die erzwungene Anerkennung des Status quo wurde er genötigt, ihrer Verfolgung weniger direkte Formen zu verleihen — so wenig ist er in der Lage, den fortschrittlichen Kräften in seinem Inneren uneingeschränkte politische Handlungsfreiheit zu gewähren. Allerdings kann er auch im innenpolitischen Raum nicht beliebig zur Praxis der 50er Jahre zurückkehren, da das Erstarken der demokratischen Bewegung ja auch durch diese Praxis nicht verhindert werden konnte und insofern eines der Momente war, das den Wechsel zur integrativen Variante staatsmonopolistischer Herrschaft notwendig gemacht hat. Darüber hinaus wird eine Politik, die sich einstellen mußte auf das internationale Kräfteverhältnis und die sich im Zuge dieser Einstellung genötigt sah, nach 12jähriger Illegalität der KPD die Konstituierung der DKP zuzulassen, derzeit keine Möglichkeit sehen, sie wieder zu

5 Hier kann nur auf den Zusammenhang von Abbau des antikommunistischen Feindbildes — sozialistische Länder — und die dadurch begünstigten politisch-ideologischen Prozesse bezüglich der letztendlichen Einsicht in den Klassencharakter der BRD hingewiesen werden.

6 vgl. Gerhard Stuby, a. a. O., S. 26

verbieten, ohne ihre innen- und außenpolitische Strategie grundlegend zu ändern. Angesichts dieser Bedingungen der politischen Machtausübung erscheinen die Ministerpräsidentenbeschlüsse im Rahmen der praktizierten strategischen Einheit „integrative Herrschaftsvariante"[7] als eines der weitestgehenden, die Grenze dieser Herrschaftsvariante markierendes Mittel politischer Repression zur Schwächung der seit und mit der Gründung der DKP erstarkten demokratischen Bewegung. Im Unterschied dazu war der „Adenauer-Erlaß" einer der ersten Schritte eines breit angelegten innenpolitischen roll-back.

Diese prinzipielle Unterschiedenheit schlägt sich auch nieder in der konkreten Ausformung der Beschlüsse. Während der „Adenauer-Erlaß" die betroffenen Organisationen konkret bezeichnet und die Zugehörigkeit zu diesen Organisationen, das das Entscheidungskriterium der Nichteinstellung ist, soll die Mitgliedschaft in „verfassungsfeindlichen" Organisationen nach den Ministerpräsidentenbeschlüssen nur in „der Regel Zweifel" an der Verfassungskonformität des Bewerbers begründen (wobei diese Zweifel schon Ablehnungsgrund sein können). Darüber hinaus solle jeder Einzelfall geprüft werden. In der nicht definitiven Eingrenzung der durch die Ministerpräsidentenbeschlüsse Betroffenen zeigt sich eine Verunsicherung, die den Bedingungen des Kräfteverhältnisses geschuldet ist — man scheut sich, offen und gezielt legale Organisationen politischer Willkür auszusetzen und zieht sich in ominöse Unschärfe zurück. Einerseits beinhaltet gerade diese Unschärfe ein für die politische Wirksamkeit der Beschlüsse effektivierendes Moment, indem sie eine allgemeine, über die betroffenen Organisationen hinausgehende Verunsicherung und Einschüchterung fortschrittlicher Kräfte bewirken kann, andererseits weist sich diese Unschärfe in der konkreten Auseinandersetzung doch als das aus, was sie objektiv ist, als Zeichen relativer Schwäche, und zwar, indem sie die intendierte Isolierung von Kommunisten erschwert und im Gegenteil die Verbreiterung des Widerstandes gegen die verfassungswidrige Behördenpraxis eine ihrer Folgen ist.

Ausgehend von dieser Einschätzung ist die von Abendroth vorgenommene Einordnung der Ministerpräsidentenbeschlüsse in einen von ihm so bezeichneten Prozeß der Re-Restauration[8] als zumindestens mißverständlich anzusehen, da dieser Begriff eine Parallelität der derzeitigen politischen Situation mit der der frühen 50er Jahre suggeriert und damit ihre, trotz teilweise gleichartiger Maßnahmen, vorhandene qualitative Unterschiedenheit verdeckt.

So wenig allerdings wie das derzeitige innere Kräfteverhältnis, dürfen die damit verbundenen Auseinandersetzungsformen beliebig in die Zukunft extrapoliert werden. Die Versicherung dieser Aussage bieten die „Beschlüsse" selber, denn indem schon in ihnen, unter Brechung rechtsstaatlicher Normen, Willkür zum Prinzip politischer Auseinandersetzung geworden ist, wird im Schoß der integrativen Herrschaftsvariante der Keim politischer Repression als dominierender Form sichtbar.

Sowohl die seitens der herrschenden Klasse der BRD in Form der Notstandsgesetze und der Gesetze und Maßnahmen zur „inneren Sicherheit" geschaffenen Präventivmaßnahmen, um für schärfere Formen politischer Repression gerüstet zu

7 . . . die das Moment politischer Repression unter der Dominanz integrativer Bestrebungen beinhaltet.

8 vgl. Wolfgang Abendroth, a. a. O.

sein, als auch der Militärputsch in Chile zeigen, daß die „strategische Einheit" integrativer Herrschaftsform immer wieder durch die repressive ersetzbar sein kann[9], wenn der Imperialismus seine politischen und ökonomischen Herrschaftspositionen ernsthaft gefährdet sieht.

II. Die rechtliche und politische Spezifik der „Beschlüsse"

„Als mit der Gründung der BRD die Maßnahmen zur Reinerhaltung des Staatsapparates vor sogenannten systemgefährdenden Kräften begannen, war das Institut des Parteienprivilegs eine unbekannte Größe. Das Bundesverfassungsgericht bestand noch nicht."[10]

Aufgrund dieser damaligen Situation konnte der verfassungswidrige Charakter dieser Maßnahmen (Art. 3 GG, 21 II GG) mit der Argumentation, Art. 21 II GG schütze zwar die Organisation der Partei als Faktor politischer Willensbildung, aber nicht unbedingt die einzelnen Mitglieder und dem Verweis auf den „Sonderstatus" des Beamten vor breiten Kreisen verschleiert werden.

Im gegenwärtigen heftigen Widerstand gegen die Ministerpräsidentenbeschlüsse und ihre Praktizierung bis hinein in das Lager bürgerlicher Juristen reflektiert sich insofern die besondere politische Entwicklung der BRD, als der Konstituierung der durch die „Beschlüsse" vor allen Dingen betroffenen DKP 12 Jahre Illegalität der KPD vorangingen und in dieser Zeit, unter der Voraussetzung des Verbots der KPD, die Einheit von formaler Rechtsstaatlichkeit und Antikommunismus praktizierbar war.

„Nachdem das Bundesverfassungsgericht (im Rahmen des KPD-Verbotes – d. V.) den Inhalt von freiheitlich-demokratischer Grundordnung im Ergebnis so bestimmt hatte, wie zuvor die auf ‚Reinerhaltung' des Staatsapparates erpichten Behörden, konnte man eine Interpretation des Parteienprivilegs im ursprünglich gemeinten Sinn des Verfassungsgebers wieder zulassen. In ständiger Rechtsprechung entwickelte daher das Bundesverfassungsgericht den Rechtssatz, daß niemand die Verfassungswidrigkeit einer politischen Partei bis zu deren verfassungsgerichtlicher Auflösung rechtswirksam geltend machen könne ... Die inzwischen verabschiedeten Beamtengesetze der Länder nahmen wie das Beamtenrechtsrahmengesetz in § 35 Abs. 1 Satz 2 und das Bundesbeamtengesetz in § 52 Abs. 2 den Begriff der ‚freiheitlich demokratischen Grundordnung' auf, der gegenüber sie eine besondere Beamtenpflicht begründeten. Damit war klargestellt, daß es einen neben der Verfassung liegenden ‚Sonderstatuts' des Beamten ... nicht geben sollte."[11]

Der politische Zwang, in Gestalt der DKP wieder eine legale kommunistische Partei zuzulassen, schuf die Situation, entweder in Übereinstimmung mit Verfassung und herrschender Rechtsprechung dieser Partei und ihren Mitgliedern eine im GG verankerte Freiheit zu gewähren, die allerdings schon der KPD entzogen worden ist, nämlich ihren Mitgliedern den Zugang zum öffentlichen Dienst offenzuhalten, oder aber eine verfassungs- und rechtswidrige Behördenpraxis legitimieren zu müssen.

9 Gerade, um das zu verhindern gilt es, günstigere politische Bedingungen optimal zu nutzen.
10 Gerhard Stuby, a. a. O., S. 28
11 Gerhard Stuby, a. a. O., S. 29

Die unter dieser rechtlichen und politischen Konstellation offensichtlich rechts- und verfassungswidrige Praxis der Behörden, löste zunehmend öffentlichen Protest und Verunsicherung auf seiten der Verwaltung aus. „Die Ministerpräsidentenbeschlüsse versuchten in dieser Situation einen Ausweg zu schaffen, indem sie der nach wie vor unveränderten Vollzugstätigkeit der Behörde, die jedoch durch die Zunahme der Quantität zum Problem wurde, ihre verlorengegangene Legitimität zurückgeben wollten. Unter Aussparung der inzwischen unumstrittenen Kompetenzfrage und unter Benutzung der Verfassung fremder Begriffe (z. B. Verfassungsfeind) wurde ein Klima von Rechtsunsicherheit erzeugt, das die an sich eindeutige Rechtslage wieder aufheben und einen status quo ante herbeiführen sollte. In das so geschaffene Kompetenzvakuum sollten die Behörden eintreten und bestimmen, wer als Verfassungsfeind anzusehen ist und wer nicht[12]."

Diese Funktion der „Beschlüsse" und die damit verbundene Verfassungswidrigkeit ihrer rechtlichen Konstruktion reflektiert insofern einen Defensivcharakter, als sie den Versuch darstellen, eine ehemals wenigstens formal verfassungskonforme[13] – d. h. durch die Rechtsprechung „gedeckte" –, jetzt aber, unter den Bedingungen des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses, auch formal verfassungswidrig gewordene Behördenpraxis zu legitimieren.

III. Die Beschlüsse aus der Sicht ihrer Verfasser zum Zeitpunkt der Beschlußfassung

Zu einer adäquaten Erkenntnis der „Beschlüsse" und der ihnen entsprechenden Praxis als Form und Mittel politischer Auseinandersetzung zu gelangen, bedeutet, sie wie in ihrer Geschichte, auch in der Dimension ihrer Veränderbarkeit zu sehen. Geht man davon aus, daß die Formen politischer Auseinandersetzung als von einem bestimmten Kräfteverhältnis abhängig sind, müssen in ihren Existenzbedingungen Möglichkeiten ihrer Veränderung zu finden sein.[14]

Ein Ausdruck der Bedingungen, unter denen die „Beschlüsse" aufrecht erhalten werden, sind die seitens ihrer Verfasser vorgebrachten Legitimationsschemata, insofern als der in ihnen feststellbare Versuch, den Schein der Rechtsstaatlichkeit und Verfassungskonformität aufrecht zu erhalten, als Kennzeichen vorhandener bzw. nicht vorhandener „politischer Sensibilität" gegenüber einer erstarkenden Widerstandsbewegung gewertet werden kann.

Die CDU/CSU als unmittelbare politische Vertretung der Monopole ist ihren Äußerungen entsprechend bereit, unter Aufgabe rechtsstaatlicher Verkleidungen[15], ungeachtet eines manifesten demokratischen Widerstandes – sozusagen außerhalb des Einflußbereichs nuancierter Veränderungen des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses – die den Ministerpräsidentenbeschlüssen entsprechende Praxis über eine "Verfassungsveränderung" zu verankern und zu verewigen.

12 Gerhard Stuby, a. a. O., S. 29 f.
13 Unter der Bedingung des verfassungswidrigen KPD-Verbotes und der nicht gleichzeitigen Existenz einer anderen legalen kommunistischen Partei, so wie es gegenwärtig der Fall ist. Der Begriff der formalen Verfassungskonformität soll meinen, mit der Rechtsprechung des BVerfG übereinstimmend, was nicht ausschließt, daß diese selber verfassungswidrig sein kann.
14 Insofern, als das Kräfteverhältnis als Bedingung der Auseinandersetzungsformen sich zugleich über diese verwirklicht und damit die Bedingung seiner eigenen Veränderung ist.
15 Was sie natürlich nicht daran hindert, den Rechtsstaat ständig im Munde zu führen.

„Wenn die bestehenden Rechtsgrundlagen nicht ausreichen sollten, die DKP-Mitglieder aus dem öffentlichen Dienst auszuschließen, ist die CDU/CSU bereit, gemeinsam mit den anderen demokratischen Parteien diese Rechtsgrundlage zu schaffen, hierbei muß auch eine Ergänzung des Grundgesetzes in Betracht gezogen werden."[16]

Dieser Erklärung Rainer Barzels ist über das schon Gesagte hinaus nichts mehr hinzuzufügen.

Auffallend ist an Stellungnahmen der SPD-Führung das Bemühen, die Rechtsstaatlichkeit der „Beschlüsse" gegenüber dem intendierten offenen Verfassungsbruch auf seiten der CDU/CSU herauszustellen. So Herbert Wehner: „ . . . denn ich habe ja . . . auch ausdrücklich auf Art. 18 GG hingewiesen, nach dem derjenige die Grundrechte verwirkt, der sie gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung mißbraucht. Damit wollte ich – sozusagen in den Kategorien der Verfassung und des geltenden Rechts – sagen, daß es auf die konkrete Tätigkeit und nicht auf pauschale Zugehörigkeit zu irgendwelchen Organisationen ankommt."[17]

Mit diesen Sätzen versucht Herbert Wehner, die Verfassungskonformität der „Beschlüsse" aufzuzeigen. Wenn man weiß, daß auch die Grundrechtsverwirkung eines einzelnen nach Art. 18 GG nur durch das BVerfG und nicht etwa durch die Anstellungsbehörde ausgesprochen werden kann[18], wird die Ärmlichkeit des Wehnerschen „Rettungsversuches" erkennbar.

Es wird versucht, verfassungswidrige Praktiken als verfassungskonform auszugeben. Grundlage dieser Verfälschung sind die Begriffe der Verfassungsfeindlichkeit und des, mit dem Totalitarismusbegriff verwandten, politischen Radikalismus, der den „linken und rechten Radikalismus" gleichsetzt und – angeblich – beide gleichermaßen als Verfassungsfeinde behandelt. Zum Begriff der Verfassungsfeindlichkeit hat sich das BVerfG eindeutig geäußert. „Die Qualifikation einer Partei als ‚verfassungsfeindlich' durch eine Regierung erklärte es zu einem ‚parlamentsinternen' Vorgang, der keine Rechtswirkungen gegen Partei und Mitglieder zeitigen könne, während die inhaltliche Fragestellung ausschließlich einem Verbotsprozeß nach Art. 21 II GG vorbehalten sei."[19] Zum politischen „Radikalismus" äußert sich das GG in Art. 139 in dem Sinne, daß er für das GG in der oben skizzierten Bedeutung der diffamierenden Gleichsetzung von faschistischen und konsequent demokratischen Strebungen nicht existiert, daß es sich hier garnicht „wertneutral" verhält, sondern ausdrücklich alle faschistischen und neofaschistischen Bestrebungen als durch die in ihm enthaltenen Grundrechte nicht geschützt und damit apriori verfassungswidrig erklärt. „Grundsätzlich wird damit dem antifaschistischen Prinzip des GG der Vorzug vor dem rechtstaatlichen Zugewiesen."[20] Im Gegensatz dazu wird bekanntlich durch Art. 14 II GG (Sozialbindung) und Art. 15 GG („Sozialisierungsparagraph") die Perspektive einer sozialistischen Entwicklung der BRD und damit die auf sie gerichteten politischen Aktivitäten – soweit sie nicht unter die Bestimmungen des Strafrechtes fallen – exliplizit für verfassungskonform erklärt.[21]

16 Erklärung von Dr. Rainer Barzel zum Thema „innere Sicherheit" vor seiner Fraktion, 18. Januar 1972. Zit. nach „Radikale im öffentlichen Dienst", a. a. O., S. 71
17 Interview mit Herbert Wehner, 1. Februar 1972, Zit. nach „Radikale . . .", S. 61
18 vgl. Friedrich Müller, in: Wortlaut und Kritik der verfassungswidrigen Januarbeschlüsse, Köln 1972, S. 39 ff.
19 BVerfG 13, 123 ff. – 126 –. Zit. nach Hans F. Schmitt-Lermann, Zum gegenwärtigen Stadium der jur. Auseinanders. . . . , Bl. 8/73, S. 809 f.
20 Hans E. Schmitt-Lermann, a. a. O., S. 65
21 vgl. Hans E. Schmitt-Lermann, a. a. O., S. 68 f.

So stellt sich die SPD-Führung mit ihrer Konstruktion zum Nachweis der Verfassungskonformität der „Beschlüsse" ebenso außerhalb des Rahmens der Verfassung wie mit den „Beschlüssen" und deren Praktizierung selbst. Wie verhält sich dazu Wehners Äußerung: „ . . . , daß ich es verfassungspolitisch nicht für vertretbar halte, den Grundsatz anzutasten, daß niemand wegen seiner politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf, wie es in Artikel 3 unseres Grundgesetzes heißt."[22]

Ist man in der Lage, den Ministerpräsidentenbeschluß, seine „verfassungsmäßige" Legitimation und auch die zuletzt zitierte Äußerung Wehners als Momente einer einheitlichen Strategie zu begreifen? Worin liegt das vereinheitlichende Moment einer verfassungswidrigen Praxis politischer Repression und der öffentlichen Argumentation seitens Mitgliedern der SPD-Führung, die nur einige Konkretionsschritte weiter gedacht werden muß, um zur direkten Verurteilung der eigenen Praxis zu werden?

Die Widersprüchlichkeit klärt sich von einer abstrakt widersinnigen zur konkret vermittelten, wenn sie als Reflex eines Kräfteverhältnisses begriffen wird, das die SPD-Führung bei Strafe des Verlustes ihrer politischen Glaubwürdigkeit gegenüber großen Teilen ihres Wählerpotentials und bei „Strafe" des Verlustes ihrer objektiven Integrationsfunktion in der Verfolgung staatsmonopolistischer Politik zu respektieren gezwungen ist.

So wird erstens der Schein von Rechtsstaatlichkeit, den man bemüht ist, aufrecht zu erhalten, faßbar als Maß der „politischen Sensibilität" gegenüber der demokratischen Bewegung – im konkreten Fall als hohes Maß, ablesbar an der hervortretenden Schizophrenie. Zweitens bestätigt sich hier konkret die eingangs getroffene allgemeine Einschätzung des Charakters der Ministerpräsidentenbeschlüsse als eines der weitgehendsten, die Grenze der strategischen Einheit „integrative Herrschaftsvariante" markierendes Mittel politischer Repression. Die von Anfang an feststellbare Labilität[23] der SPD-Führung in ihrer Haltung bezüglich der Beschäftigung von Kommunisten und anderen Demokraten im Öffentlichen Dienst ist als Keimform der späteren starken Differenzierung im Zuge der Auseinandersetzung um die Praktizierung der „Beschlüsse" auch innerhalb führender Kreise der SPD anzusehen.

Die Führung der FDP, vor allem in Gestalt Innenminister Genschers ein Mittel, erhöht den Druck auch auf die Teile der SPD-Führung, die vorgeben, die Demokratie im Unterschied zur CDU/CSU mit „demokratischen" statt obrigkeitsstaatlichen Mitteln gegen die Kommunisten zu verteidigen. „Wenn irgend jemand, so wissen wir Sozialdemokraten, was die Auseinandersetzung mit den Anstrengungen des Kommunismus bedeutet, unseren demokratischen Staat auszuhöhlen. Und wir wissen auch, wie man sie zu führen hat, nämlich nicht dadurch, daß man Grundrechte der freiheitlichen Demokratie einengt und beschneidet und nicht, indem man für bestimmte Bevölkerungsgruppen die Spielregeln der Demokratie für außer Kraft gesetzt erklärt, sondern dadurch, daß man nicht einen Deut von dem moralischen Anspruch preisgibt, den uns das Grundgesetz bietet . . ."[24] Dieser

22 Herbert Wehner, Augsburger Allgemeine vom 21. Januar 1972, Zit. nach „Radikale . . .", S. 59
23 Eine Labilität, deren Wesen nicht im subjektiven Zweifel, sondern im Grenzcharakter der Maßnahmen bezüglich des möglichen Spektrums sozialdemokratischer Politik unter den gegenwärtigen Bedingungen liegt.
24 Herbert Wehner, a. a. O., S. 60

Standpunkt der Verteidigung des Rechtsstaates ist der Standpunkt „des Demokraten", der vom Klassencharakter der gesellschaftlichen Wirklichkeit abstrahiert und der, indem er „die Demokratie" gegen „den Kommunismus" „verteidigt", die konsequentesten Vertreter der demokratischen Bewegung bekämpft, diese damit insgesamt schwächt und sich dadurch letztendlich selber der Reaktion politisch entblößt zur Disposition stellt. Darüber hinaus steht selbst dieser Standpunkt nicht für die Praxis der SPD-Führung, sondern ist eine der Deklamationen mit Befriedungsfunktion, geht diese ja selber bis zur administrativen Unterdrückung polizeistaatlichen Charakters.

IV. Die Auseinandersetzung um die „Beschlüsse"

Überblickt man die Praktizierung der Beschlüsse und die Auseinandersetzung um sie vom Zeitpunkt ihres Zustandekommens bis zur aktuellen Situation, so läßt sich feststellen, daß sie trotz häufiger und in letzter Zeit noch verschärfter[24a] Praktizierung — z. Z. über 120 „Fälle" — gegenüber den Intentionen ihrer „Väter" genau die gegenteiligen Resultate gezeitigt haben.

Sollten sie erstens die schon vorher übliche Behördenpraxis legitimieren und vereinheitlichen und zweitens durch gezielte Diskreditierung und Isolation der Kommunisten die demokratische Bewegung insgesamt desintegrieren und schwächen, so haben sie stattdessen ihren Legitimationscharakter weitgehend verloren, ihre Handhabung hat sich zunehmend differenziert und nicht Desintegration, sondern einheitlicher und ständig wachsender Widerstand war die Folge auf seiten der demokratischen Bewegung.

Die starke Einschränkung der Legitimationsfunktion der „Beschlüsse", in der sich letztendlich auch ihr ihren Entstehungsbedingungen entspringender Defensivcharakter niederschlägt[25], führte einerseits zur ständigen Stärkung der demokratischen Opposition gegen die „Beschlüsse"[26] und andererseits zu einer zunehmenden Verunsicherung und Differenzierung in ihrer Handhabung seitens ihrer Befürworter in der SPD, während die CDU/CSU auf weitere konsequente Praktizierung drängt.

Einige der SPD-Ministerpräsidenten sahen vor der erneuten Ministerpräsidentenkonferenz am 20. September 1973 die Lösung in einer „Präzisierung" der „Beschlüsse", die eine bundeseinheitliche Handhabung nach rechtsstaatlichen Prinzipien ermöglichen soll — was nichts anderes bedeuten würde als die angeschlagene Fassade, mit welchen juristischen Schlichen auch immer, wieder aufzupolieren zu versuchen, was so durchsichtig sein müßte, daß es an dem Dilemma der Beschlußverfechter nichts wesentliches ändern würde. Zu diesen gehören die Ministerpräsidenten Kühn (NRW) und Kubel (Niedersachsen).

24a Die in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg erlassenen Durchführungsbestimmungen bedeuten die politische Überwachung jedes Beamten und jedes Bewerbers für den öffentlichen Dienst.

25 Die auch formal verfassungswidrig gewordene Praxis der Behörden legitimieren zu müssen, ist eine Notwendigkeit, die sich im Resultat der Veränderung des Kräfteverhältnisses ergeben hat (s. o.). Insofern sind auch die aktuellen rechtlichen und politischen Schwierigkeiten der Aufrechterhaltung der Beschlüsse vermittelter Ausdruck ihres Defensivcharakters. Zur Zerstörung der Legitimationsfunktion hat auch wesentlich das Urteil des BVerwG vom 14. März 1973 beigetragen. Vgl. Hans E. Schmitt-Lermann, Zum gegenwärtigen Stadium der juristischen Auseinandersetzung mit den verfassungswidrigen Ministerpräsidentenbeschlüssen, Bl. 8/73, S. 810

26 Die Bewegung umfaßt z. Z. 25 regionale Bürgerinitiativen, 36 demokratische und sozialistische Organisationen, zahlreiche Asten und Gewerkschaftsorganisationen, Parteigremien der SPD bis zu Landesparteitagen, Teile der SPD-Bundestagsfraktion, Untergliederungen der FDP.

Andere sehen ihr Heil im BVerfG und erwarten von dort eine Lösung des angeblichen Konfliktes von Treuepflicht des Beamten und Parteienprivileg. Diesen Standpunkt vertreten Hamburgs Bürgermeister Schulz und der Präsident des Bremer Senats, Koschnik.

Die Position ist insofern interessant, als sie die juristische Verkleidung einer politischen Absichtserklärung (die Berufsverbote weiter praktizieren zu wollen) auf die Spitze treibt. Besteht die Problematik der Formel der Beschlüsse ja gerade in ihrer rechtlichen Unhaltbarkeit, die insofern auch nicht mit juristischen, sondern nur mit dem politischen Mittel ihrer ersatzlosen Aufhebung zu lösen ist, wird hier versucht, auch noch die aufgedeckte politische Problematik, eben weil die Rechtslage eindeutig ist, und eben eindeutig nicht so, wie sie die „Beschlüsse" konstruieren, in eine juristische umzumünzen, deren Lösung man vom BVerfG erwarten könne. Mit verfassungsfremden Begriffen (Sonderstatus der Beamten, s. o.) wird eine verfassungsrechtliche Problematik konstruiert, die eigene politische Verunsicherung wird in Gestalt einer angeblichen Rechtsunsicherheit gekleidet, von deren Lösung man die Errreichung des darin eingebundenen politischen Ziels erhofft.

Eine Ausnahme, allerdings relativiert durch die auch in Hessen praktizierten Berufsverbote, bildet der hessische Ministerpräsident Osswald, indem er die ersatzlose Streichung der Beschlüsse fordert mit der Begründung, „daß nach dem Text der Vereinbarung an die bloße Zugehörigkeit zu einer Organisation angeknüpft wird, deren Ziele von der Dienstbehörde für verfassungsfeindlich gehalten werden . . . Wie Sie wissen, wollten wir mit der Vereinbarung vom 28. Januar 1972 derartige Auseinandersetzungen nicht heraufbeschwören. Sie sind aber inzwischen eingetreten."[27] Der letzte Satz der zitierten Äußerung Osswalds mag repräsentativ stehen als Kennzeichnung der derzeitigen Lage sozialdemokratischer Beschlußverfasser. Das mangelnde Vertrauen in die einst selbst gefaßten Beschlüsse ist Resultat der Erkenntnis des nicht Wirksamwerdens der den Beschlüssen zugedachten Funktion, juristische Verkleidung politischer Repressionen zu sein. Eines nicht Wirksamwerdens insofern, als die Doppelbödigkeit der Beschlüsse — da zu durchsichtig — mit dazu beigetragen hat, den breiten Widerstand gegen die durch sie abgedeckte Praxis auszulösen, den sie gerade verhindern sollten. Von dieser Sichtweise her ist es nur konsequent, nicht etwa die in Gestalt der Beschlüsse vor allem kritisierte, durch sie abgedeckte Praxis aufzugeben, sondern zu versuchen, diese unter der Bedingung einer neu zu findenden Legitimation beizubehalten. So erklären sich denn auch die Bemühungen um „Präzisierung" und die Konstruktion „verfassungsrechtlicher" Probleme.

Der Diskreditierung der Beschlüsse in einer breiten Öffentlichkeit entspricht die in letzter Zeit zunehmende Tendenz, praktizierte Berufsverbote auf der Basis anderer Begründungszusammenhänge als der der Beschlüsse zu legitimieren zu versuchen. Die Skala reicht vom Richtergesetz — bei der Ablehnung von Volker Götz — bis zur angeblich festgestellten mangelnden Qualifikation — mit Vorliebe, und dort bisher ausschließlich, in Hessen herangezogen, so z. B. auch im „Fall" des in Marburg auf Platz eins einer Berufungsliste stehenden Horst Holzer, Medienwissenschaftler und, wie Götz, Mitglied der DKP.

27 „Radikale . . .", S. 57

Bestehen in der SPD-Führung zwar starke Kräfte, die sich bemühen, eine Festlegung der Partei auf die Orientierung einer ersatzlosen Streichung der Beschlüsse und ihrer Praktizierung zu verhindern[28], so muß doch angesichts des mittlerweile bis in die SPD-Bundestagsfraktion hineinreichenden Widerstandes, angesichts der Haltung Osswalds, angesichts der Äußerung von Wehner: „Daß sie (die Anerkennung des Parteienprivilegs, G. F) noch nicht Allgemeingut geworden zu sein scheint, liegt wohl daran, daß in dem Beschluß der Ministerpräsidenten etwas unscharf von ‚Organisationen, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgen', die Rede ist, so, als gäbe es Organisationen, die im Widerspruch zum Grundgesetz sehr wohl vom Dienstherren, nicht aber vom BVerfG für verfassungswidrig angesehen werden könnten. Eine solche Auslegung ist nach meiner Auffassung nicht zulässig." und vor allem angesichts des Verhaltens von NRW-Justizminister Posser in den Auseinandersetzungen um Volker Götz und die darauf erfolgten Reaktionen von CDU und FDP angenommen werden, daß der politische Druck auf die und innerhalb der SPD, die Beschlüsse fallenzulassen, mittlerweile stärkere positive praktische Konsequenzen gezeitigt hätte, würde nicht die CDU mittels ihres „Faustpfandes" FDP effektivierten Druck auf die SPD-Führung ausüben, den Inhalt der Beschlüsse, in welcher Form auch immer, und die ihm entsprechende Praxis beizubehalten. Äußerungen wie die von Kühn, er habe wegen des Falles Götz nicht den Fall von Willy Brandt riskieren wollen[29], mögen die Drohungen der CDU/CSU[30] als willkommene Legitimation des eigenen Standpunktes vor allem gegenüber der innerparteilichen Opposition gegen die Beschlüsse aufgreifen, nichts destoweniger fehlte ihnen diese Legitimation und damit ihr derzeitiges Durchsetzungsvermögen, wäre der politische Druck von CDU/CSU nicht wirksam. Daß er wirksam werden kann, ist Folge der Politik der sozialdemokratischen Führer, die die Chancen des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses nicht nutzen, und die im Gegenteil als dessen bloß bewußtloser Reflex nichts weiter ist als die ihm angepaßte Variante bürgerlicher Herrschaft, die insofern konsequent – in der praktizierten Schwächung der demokratischen Bewegung – ihre Selbstaufhebung betreibt, um die wieder an die direkten Schalthebel politischer Macht zu bringen, denen sie gegenwärtig den Platz hält.
Ist dies die Logik der Sache vom Standpunkt des politischen Interesses der Monopole aus gesehen, einer Logik, der sich die SPD-Führung dienstbar macht, so entwickelt sich zugleich eine gegenläufige Dynamik, da die demokratische Bewegung als ein diesem Prozeß nicht passiv integriertes selbständiges Subjekt politischer Entwicklung diese Situation für sich zu nutzen weiß.

Die Stärke der demokratischen Bewegung geht zwar so weit, im Rahmen und Umkreis der Sozialdemokratie politische Prozesse zu beeinflussen, daß aber da, wo diese Einflußnahme droht, für die Reaktion unangenehme praktische Konsequenzen zu zeitigen, wie das im Falle der Beschlüsse war und ist, diese noch stark genug ist, solchen Prozessen und der demokratischen Bewegung mit repressiver Ignoranz entgegenzutreten.

28 So ist es ihnen gelungen, auf dem Parteitag der SPD in Hannover trotz zahlreicher eindeutiger Beschlußfassungen von SPD-Landesparteitagen eine Resolution zur Abstimmung zu bringen, die „einen vom Betroffenen zu widerlegenden Zweifel zuläßt und diesen der totalen, jeder Verdrehung zugänglichen Gesinnungsinquisition unterwirft . . ." Hans E. Schmitt-Lermann, a. a. O., S. 812
29 vgl. FAZ vom 9. August 1973
30 . . . die unter anderem auch, im Falle einer nicht einheitlichen Praktizierung der Beschlüsse mit der Verfassungsklage gegen die DKP drohen. Vgl. FAZ vom 19. September 1973

Damit ist das Kräfteverhältnis gekennzeichnet und die prekäre Lage der SPD-Führung, in die sie sich nicht zuletzt selbst immer wieder bringt, zwischen drohender Unglaubwürdigkeit gegenüber denen, die Integration noch für Demokratisierung halten, und angedrohtem Staatsstreich von rechts.

Den, vorausgesetzt die demokratische Bewegung tut das Ihrige dazu, untauglichen Versuch beiden „Übeln" zu entgehen, stellt das Ergebnis der erneuten Ministerpräsidentenkonferenz vom 20. September 1973 dar. Daß der Kanzler sich die beiden zentralen, schon weiter oben charakterisierten Ausweichmanöver zur Rettung der durch die inzwischen „unseriös" gewordenen Beschlüsse abgedeckten Praxis angeeignet hat – bundeseinheitliche „rechtsstaatliche" Praxis gewährende Präzisierung in Form einer in Aussicht gestellten Novellierung des Beamtenrechtsrahmengesetzes, und das angebliche Spannungsverhältnis von Parteienprivileg und besonderer Treuepflicht des Beamten, das durch das BVerfG noch zu lösen sei – bedeutet offensichtlich den Versuch, einerseits dem Druck von CDU/CSU nachzugeben und das bisher Praktizierte abgesicherter zu institutionalisieren und dabei zugleich der Kritik an den Beschlüssen genüge zu tun, indem man wieder „Rechtsstaatlichkeit" einkehren zu lassen vorgibt.

Diese in Aussicht gestellten Maßnahmen könnten erreichen, die Teile der bisherigen demokratischen Opposition gegen die Beschlüsse zu befrieden, deren Kritik an den Beschlüssen sich auf formalrechtliche Aspekte ihrer Formulierung, wie mangelnde exakte Tatbestandsbestimmtheit, oder mangelnde Bestimmtheit des Begriffs Verfassungsfeind beschränkt hat. Als Repräsentanten eines der bedeutendsten Teile des Widerstandes gegen die Beschlüsse haben sich relevante Gewerkschaftsgremien in ihren Stellungnahmen vornehmlich auf die skizzierte Ebene beschränkt.[31] Diese Kritik, so berechtigt und nowendig sie ist, kann doch der Gesamtproblematik nicht gerecht werden, da sie sie nicht in ihrer politischen Dimension erfaßt, geschweige denn ihren Klassenkampfcharakter.

So wird es in Zukunft, um die Kampffront gegen die Berufsverbote zu halten und zu verbreitern, darauf ankommen, die Verfassungswidrigkeit auch der angekündigten Maßnahmen nachzuweisen. Dabei wird es von besonderer Bedeutung sein, um den rechtlichen „Verschiebungen" adäquat begegnen zu können, ihren politischen Charakter herauszustellen.

Das muß vor allem so geschehen, daß der vorgeschobene und unhaltbare Charakter der Behauptung der Verfassungsfeindlichkeit von Kommunisten aufgezeigt wird. Diese Behauptung, deren noch gegebene Glaubhaftigkeit im Antikommunismus breiter Bevölkerungskreise wurzelt, bildet die Hauptstütze jeder Legitimation von Berufsverboten. Daher muß der Kampf gegen das KPD-Verbot verstärkt zum Bestandteil des Kampfes gegen die Berufsverbote werden.

Da der politische Charakter der Maßnahmen darin besteht, ein Mittel zur Schwächung der gesamten demokratischen Bewegung zu sein, ein Mittel zur Schwächung

31 So die Entschließung des DGB-Bundesvorstandes vom 2. Februar 1972: „Weil zu Feststellung der Verfassungswidrigkeit einer Partei oder Organisation nicht eine x-beliebige Behörde befugt ist, muß jede Ablehnung eines Bewerbers . . . vor den Verwaltungsgerichten überprüfbar sein. Der DGB-Bundesvorstand bittet den Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten, ihren Beschluß vom 28. Januar 1972 im Sinne dieser Stellungnahme zu ergänzen."

der DKP als Partei der Arbeiterklasse und nicht der Beamtenanwärter, ist es von großer Bedeutung, als Voraussetzung eines gemeinsamen Vorgehens die Gemeinsamkeit der Interessen von Arbeitern und Beamten, Studenten und Lehrlingen im Kampf gegen die Berufsverbote herauszustellen.[32]

Die Verbindung des Kampfes gegen die Berufsverbote im öffentlichen Dienst mit dem gegen Repressionsmaßnahmen und Entlassungen politisch aktiver Arbeiter und Angestellter im Betrieb ergibt sich nicht nur aus der objektiven Gleichgerichtetheit der Maßnahmen der Herrschenden, sondern vor allem daraus, daß es nur so möglich sein wird, unter den gegenwärtigen Bedingungen das gesamtgesellschaftliche Kräfteverhältnis, den Druck der Demokraten zu einem möglichen Erfolg im Kampf gegen die Berufsverbote zu führen.

Damit wären zugleich die Kampfpositionen für die um ihre ökonomischen und politischen Interessen kämpfenden arbeitenden Bevölkerung insgesamt verbessert.

32 Aktuelle Anknüpfungspunkte sind die Entlassungen von über 600 Jugendvertretern oder das sogenannte Maulkorburteil des Münsteraner Arbeitsgerichtes im Fall eines außerhalb seiner Arbeitszeit sich politisch betätigenden Bankangestellten.

facit-Reihe

facit-Reihe 11: Antiimperialistischer Kampf im Iran — Die gegenwärtigen Aufgaben der Conföderation Iranischer Studenten (CISNU), 80 S., 2,50 DM

facit-Reihe 12: Israels Verflechtung mit dem Imperialismus

1. Die Krise im Nahen Osten: Der Zionismus und Israel, Die Entstehung des Staates Israel, Die Funktion Israels im Nahen Osten, Israel und die arabischen Staaten und Völker, Die Haltung der kommunistischen und Arbeiterparteien zum Nahost-Konflikt, Israel und die Bundesrepublik Deutschland, von Walter Oberst
2. Zionismus und Imperialismus (ein Überblick über die Entwicklung bis zum Ende des 2. Weltkrieges): Der theoretische Zusammenhang zwischen Imperialismus und Zionismus, Die politische Zusammenarbeit des Zionismus mit dem Imperialismus, der Völkerbund als Instrument des Imperialismus und Zionismus, von Walter Oberst
3. Die wirtschaftliche Bedeutung Israels für den Imperialismus: Das ausländische Finanzkapital in Israel, Die amerikanische Hilfe, Die westdeutsche Hilfe und die Bedeutung der BRD, von Brigitte Klein
4. Das israelische „Modell", von Conrad Schuhler

Mit einigen Literaturhinweisen und Dokumenten, 48 S., 2,— DM

facit-Reihe 13: Der Kampf gegen den Antikommunismus in der Schulpolitik und Analysen der bürgerlichen Pädagogik in der BRD

T. F. Jarkina: Die bürgerliche pädagogische Gedankenwelt in der BRD.

W. I. Malinin: Einige Strömungen in der bürgerlichen Pädagogik der BRD!

W. M. Chowstow: Die Aufgaben der sozialistischen Pädagogik im Kampf gegen bürgerliche Bildungs- und Erziehungstheorien.

Mit Dokumenten zum Wehrkundeunterricht, Beamtengesetz, Kultusministerrichtlinien für den Unterricht, Zitaten aus Schulbüchern u. a. 88 Seiten, 2,50 DM

Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

Wie löst die DDR ihre Bildungsprobleme?

Zu einigen Fragen der Hochschulpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik

I.

Es dürfte heute allgemeinen anerkannt sein, daß die Deutsche Demokratische Republik über ein gut entwickeltes Bildungswesen und eine leistungsfähige Wissenschaft verfügt. Selbst solche Kreise in einigen kapitalistischen Ländern, die der Deutschen Demokratischen Republik keineswegs freundliche Aufmerksamkeit entgegenbringen, können nicht mehr bestreiten, daß der sozialistische deutsche Staat in Wissenschaft und Bildung ein hohes Niveau ereicht hat. In der Tat hat es — beginnend mit der Befreiung vom Faschismus — in einem Vierteljahrhundert Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR einen grundlegenden Wandel in der gesellschaftlichen Stellung und Aufgabe von Wissenschaft und Bildung gegeben. Heute ist es gesellschaftliche Wirklichkeit und Verfassungsauftrag zugleich, daß die Deutsche Demokratische Republik Wissenschaft und Bildung mit dem Ziel fördert, „die Gesellschaft und das Leben der Bürger zu schützen und zu bereichern, die wissenschaftlich-technische Revolution zu meistern sowie den ständigen Fortschritt der sozialistischen Gesellschaft zu gewährleisten." Das gleiche Recht auf Bildung ist verwirklicht. Das einheitliche sozialistische Bildungssystem gewährleistet jedem Bürger eine kontinuierliche sozialistische Erziehung, Bildung und Weiterbildung.[1]

Es ist verständlich, wenn Bürger kapitalistischer Staaten, vor allem Jugendliche und Studenten, angesichts der offensichtlichen Fortschritte in Wissenschaft und Bildung in der Deutschen Demokratischen Republik und der permanenten Bildungskrise in der BRD und anderen Ländern der kapitalistischen Welt fragen, warum es diese Unterschiede gibt, worin die tieferen Gründe für die erfolgreiche Entwicklung des Bildungswesens in der DDR zu suchen seien. Es ist erklärlich, daß sie die Wahrheit weder von den Bildungstheoretikern der konservativen Kräfte noch von Reformisten sozialdemokratischer Prägung erfahren werden. Können die dem Monopolkapital verbundenen Bildungspolitiker und -theoretiker auch nicht mehr die Tatsachen sozialistischer Fortschritte leugnen, so versuchen sie wenigstens, die Suche nach den Ursachen des Fortschritts auf Abwege zu lenken.

Die Wahrheit ist: Alles, was in der Deutschen Demokratischen Republik und — das soll besonders hervorgehoben werden — auch in den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft an Fortschritten und Erfolgen in Wissenschaft und Bildung erreicht wurde, war nur möglich, zugleich aber notwendig in den revolutionären Veränderungen in der Gesellschaft.

In der Geburtsurkunde des Wissenschaftlichen Kommunismus, im „Manifest der Kommunistischen Partei", haben Marx und Engels das Ziel formuliert: „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist."[2] Auf dem VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands konnte der Erste Sekretär des Zentralkomitees,

1 Vergleiche Artikel 17 und Artikel 25 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 8. April 1968

2 Karl Marx/Friedrich Engels, Werke, Band 4, Berlin 1959, S. 482

Erich Honecker, feststellen: „Eines der edelsten Ziele und eine der größten Errungenschaften der sozialistischen Gesellschaft ist die allseitig entwickelte Persönlichkeit. Dabei handelt es sich nicht um ein Ziel, das erst in ferner Zukunft erreicht wird. ... Allseitige Bildung und ständige Qualifizierung werden zunehmend zu einem bestimmenden Merkmal unseres sozialistischen Lebens."[3]

Die Geschichte der 125 Jahre Klassenkampf seit dem Kommunistischen Manifest hat eindeutig bewiesen, daß erst mit der Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse, mit der Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse und mit der Durchführung der sozialistischen Revolution auf dem Gebiet der Kultur und Ideologie das Tor für eine hohe Bildung des ganzen Volkes aufgemacht wird. In der Deutschen Demokratischen Republik wurden sehr gründlich die Erfahrungen des Sowjetstaates ausgewertet, der als erster auch ein sozialistisches Bildungswesen aufgebaut hat. Die Hilfe der Sowjetunion, die Anwendung sowjetischer Erfahrungen entsprechend den spezifischen Bedingungen und Erfordernissen in der DDR und die enge Zusammenarbeit mit den anderen sozialistischen Ländern waren, sind und bleiben wichtige Faktoren für unsere Erfolge in Bildung und Wissenschaft. Das Ziel und die Hauptwege zu einer hohen Bildung des ganzen Volkes werden von allgemeingültigen Prinzipien des sozialistischen Aufbaus bestimmt, die für alle sozialistischen Länder gelten und die daher einen internationalen Charakter besitzen.

II.

In der Deutschen Demokratischen Republik wurde mit der antifaschistisch-demokratischen und sozialistischen Umgestaltung des Schul- und Hochschulwesens eine tiefgreifende Erneuerung der sozialen, geistigen und politischen Existenzgrundlagen des Bildungssystems erreicht. Eine der wichtigsten Maßnahmen war die Brechung des kapitalistischen Bildungsprivilegs. Von der sozialen Seite aus hieß die Brechung des kapitalistischen Bildungsprivilegs, den Arbeitern und Bauern und ihren Kindern den Weg zu den weiterführenden Bildungseinrichtungen, zum Abitur und zur Hochschule zu öffnen. 1945 lag der Anteil der Arbeiter- und Bauernkinder an den Studenten zwischen 3 und 5 Prozent; aber bereits 1948/49 war dieser Anteil an der Universität Berlin auf 17,5 Prozent, an der Universität Leipzig auf 37,3 Prozent, an der Universität Jena auf 38,5 Prozent und an der Technischen Hochschule Dresden auf 48,6 Prozent gestiegen. Seit Mitte der 50er Jahre liegt der Anteil der Arbeiter-und-Bauern-Studenten im Direktstudium zwischen 50 und 60 Prozent, die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft entspricht etwa der sozialen Struktur der Bevölkerung der DDR. Diese tiefgreifende demokratische Veränderung, ohne die von einem gleichen Recht auf Bildung keine Rede sein kann, wurde durch vielfältige Maßnahmen bewirkt. Die wichtigste von ihnen war die Einrichtung von Vorstudienanstalten, den späteren Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten. Die Schaffung eines Stipendiensystems, das ein Studium frei von finanziellen Sorgen ermöglicht, die besondere Förderung von Arbeitern, Bauern und ihren Kindern in Schule, Hochschule und Beruf und die Gewinnung der Arbeiter und ihrer Kinder für den beschwerlichen, aber notwendigen Weg des „Lernen, lernen und nochmals lernen" trugen maßgeblich bei zur Überwindung des kapitalistischen Bildungsprivilegs.

3 Bericht des Zentralkomitees der SED an den VIII. Parteitag. Berichterstatter: Genosse Erich Honecker. Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Band 1, Berlin 1971, S. 89, 91

Die Brechung des Bildungsprivilegs hat noch eine ideologische Seite. Unmittelbar nach 1945 stand die Säuberung des Erziehungs- und Bildungswesens vom faschistischen und reaktionären Unrat als vordringlichste Aufgabe. Im gemeinsamen Aufruf des Zentralkomitees der KPD und des Zentralausschusses der SPD vom 18. Oktober 1945 hieß es: „Die geistige Erneuerung unseres Volkes würde auf auf halbem Wege stehenbleiben, würde sie nicht auch eine gründliche Reform des gesamten Hochschul- und Universitätswesens umfassen. Der neue Geist eines wahrhaft fortschrittlichen Humanismus und kämpferische Demokratie muß in die Hochschule Eingang finden." Diese geistige Erneuerung der Hochschulen erreichte mit dem Übergang zum Aufbau der Grundlagen des Sozialismus eine qualitativ neue Stufe: Die wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse, der Marxismus-Leninismus begann, die führende ideologische Grundlage der Ausbildung und Erziehung und der wissenschaftlichen Arbeit zu werden. Es schwand die Herrschaft der bürgerlichen Ideologie an den Universitäten und Hochschulen der DDR; das Privileg der Bourgeoisie, das Ziel und den Inhalt der Hochschulbildung nach dem Maß ihrer Interessen zu gestalten, wurde im Zuge des sozialistischen Aufbaus im engen Bündnis mit der übergroßen Mehrheit der demokratischen und humanistisch gesinnten Vertreter der alten Intelligenz beseitigt. Wie in anderen sozialistischen Ländern wurde auch in der Deutschen Demokratischen Republik die Lehre Lenins strikt befolgt, „daß zugleich mit der Umgestaltung der alten, kapitalistischen Gesellschaft die Schulung, Erziehung und Bildung der neuen Generationen, die die kommunistische Gesellschaft aufbauen werden, nicht auf alte Art geschehen kann."[4] Es ist erklärlich, daß diese Erneuerung des Erziehungswesens in einer harten Klassenauseinandersetzung vor sich geht. Auch die Schul- und Hochschulreformen in der Deutschen Demokratischen Republik waren Teilabschnitte des Klassenkampfes zwischen Kapitalismus und Sozialismus, der umso härteren Charakter erhielt, als von außen versucht wurde, den Aufbau des Sozialismus aufzuhalten und rückgängig zu machen.

In der BRD erfolgte die Restauration des alten Bildungs- und Hochschulwesens unter den scheinliberalen Vorzeichen einer vorgeblichen Humboldt-Renaissance. Die grundlegenden bildungspolitischen Veränderungen in der DDR wurden von den Restauratoren imperialistischer Hochschulpolitik in schlimmster Weise verleumdet. Inzwischen hat die Geschichte entschieden, welcher Weg der Gestaltung des Bildungswesens für das Volk, die Wissenschaft und die Kultur gut und richtig war und welcher Weg sich als trügerisch erwies. Geschichtliche Tatsache ist, daß das humanistische Erbe eines Wilhelm von Humboldt im sozialistischen Hochschulwesen der DDR aufgenommen, bewahrt und weiter geführt ist. Das ist eine Logik der Geschichte, die W. I. Lenin am Beginn des Aufbaus des Sozialismus vorausgesehen hat: „Die proletarische Kultur muß die gesetzmäßige Weiterentwicklung jener Summe von Kenntnissen sein, die sich die Menschheit unter dem Joch der kapitalistischen Gesellschaft, der Gutsbesitzergesellschaft, der Beamtengesellschaft erarbeitet hat. Alle diese Wege und Pfade führten und führen zur proletarischen Kultur und werden weiter zu ihr führen ..."[5]

III.

Mit der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik — eine Entwicklungsphase, die Anfang der sechziger

4 W. I. Lenin, Die Aufgaben der Jugendverbände. Werke, Band 31, Berlin 1959, S. 273
5 W. I. Lenin, a.a.O., S. 276

Jahre begann, nachdem die Grundlagen des Sozialismus geschaffen waren – wurde es möglich und notwendig, auch im Bildungs- und Hochschulwesen eine neue Entwicklungsetappe zu beschreiten. Der Aufbau des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems und die 3. Hochschulreform sind charakteristische Merkmale der neuen Entwicklungsphase. Die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft – das ist die harmonische Ausprägung aller Seiten der gesellschaftlichen Beziehungen auf der dem Sozialismus eigenen Grundlage. Die Heranbildung allseitig entwickelter sozialistischer Persönlichkeiten wird zu einer aktuellen Aufgabenstellung. Es ist kein bloßes Versprechen, das niemand bindet, sondern eine verbindliche Zielstellung, wenn im § 1 des Gesetzes über das einheitliche sozialistische Bildungssystem festgelegt ist: „Das Ziel des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems ist eine hohe Bildung des ganzen Volkes, die Bildung und Erziehung allseitig und harmonisch entwickelter sozialistischer Persönlichkeiten, die bewußt des gesellschaftliche Leben gestalten, die Natur verändern und ein erfülltes, glückliches, menschenwürdiges Leben führen. ... Dieses Ziel eint den sozialistischen Staat und alle gesellschaftlichen Kräfte in gemeinsamer Bildungs- und Erziehungsarbeit." Dieses Gesetz – 1965 nach wissenschaftlichen Vorarbeiten und umfassender demokratischer Diskussion von der Volkskammer verabschiedet – ist die bisherige Krönung des jahrzehntelangen bildungspolitischen Kampfes der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung. Unter Führung der Arbeiterklasse konnte in die Präambel des Gesetzes aufgenommen werden: „Wie einst von den besten humanistischen Denkern des deutschen Volkes erträumt und gefordert, ist bei uns der Zugang zur Wissenschaft, Kultur und Technik allen geöffnet; jeder vermag seine Fähigkeiten voll zu entfalten."

Das einheitliche sozialistische Bildungssystem in der Deutschen Demokratischen Republik, dessen Auf- und Ausbau noch nicht abgeschlossen ist, ist einheitlich in der Zielsetzung und im Aufbau und schließt Differenzierungen in den Bildungswegen auf den oberen Stufen entsprechend den gesellschaftlichen Erfordernissen und den individuellen Begabungen ein. Jedem Bürger ist der Übergang zur jeweils nächsthöheren Stufe bis zu den höchsten Bildungsstätten, den Universitäten und Hochschulen, möglich. Das einheitliche sozialistische Bildungssystem kennt keine Sackgassen, wie sie im Bildungswesen vieler kapitalistischer Staaten als Bildungsschranken für die Kinder der werktätigen Klassen und Schichten bestehen. Die inhaltliche Ausgestaltung der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule und die Gewährleistung des Übergangs von rund 90 Prozent der Schüler mit Abschluß der 8. Klasse in die 9. Klassen der polytechnischen Oberschule sind vorrangige schulpolitische Aufgaben des Fünfjahrsplanes 1971 bis 1975. In Artikel 25 der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik ist festgelegt worden, daß alle Jugendlichen das Recht und die Pflicht haben, einen Beruf zu erlernen. Im gegenwärtigen Fünfjahrplan-Zeitraum werden etwa 900 000 Schulabgänger zu Facharbeitern herangebildet.

Das Hoch- und Fachschulwesen in der DDR hat große Leistungen vollbracht, um eine zahlenmäßig starke, der Arbeiterklasse verbundene sozialistische Intelligenz heranzubilden. Von den großen Leistungen der Universitäten, Hoch- und Fachschulen und den bedeutenden Möglichkeiten für Bürger der DDR, ein Studium an den höchsten Bildungseinrichtungen zu absolvieren, zeugen einige Zahlen. Von 1949 bis 1971 hatte sich die Zahl der Studenten an Hochschulen auf über des Fünffache und die Zahl der Studenten an Fachschulen auf das Zehnfache

erhöht. Kamen 1949 erst 15,1 Studierende im Hochschulstudium und 8,5 Studierende im Fachschulstudium auf 10 000 Einwohner, so waren es 1971 bereits 89,3 bzw. 103,2 Studierende.

Eine andere Kennziffer bringt noch genauer zum Ausdruck, welche Bildungsmöglichkeiten an Hoch- und Fachschulen der DDR entwickelt wurden. Während 1951 3,7 je 100 Personen eines alterstypischen Jahrgangs ein Direktstudium an Hochschulen und 6,6 ein Direktstudium an Fachschulen aufnehmen konnten, lagen die entsprechenden Zahlen 20 Jahre später bei 12,8 bzw. 9,5 je 100 Personen eines alterstypischen Jahrganges. Das heißt, daß 1971 insgesamt 22,3 Prozent der Jugendlichen eines Jahrganges ein Direktstudium an einer Hoch- oder Fachschule aufnehmen konnten. Im langjährigen Mittel nehmen ferner etwa 3 Prozent eines Altersjahrganges ein Fern- oder Abendstudium an einer Hochschule und etwa 8 Prozent ein solches Studium an einer Fachschule auf. So ergibt sich die Tatsache, daß gegenwärtig rund ein Drittel der Angehörigen eines Altersjahrganges in der Deutschen Demokratischen Republik ein Hoch- oder Fachschulstudium aufnehmen können. Dabei muß unbedingt erwähnt werden, daß die Erfolgsquote, d. h. die Zahl der Absolventen im Vergleich zu den Studienanfängern recht hoch liegt. Im langjährigen Durchschnitt beträgt die Erfolgsquote im Direkstudium an den Hochschulen 85 Prozent. Aus naheliegenden Gründen ist diese Erfolgsquote im Fern- und Abendstudium nicht ganz so hoch.

Es ist einleuchtend, daß die tatsächliche Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau auch davon abhängt, wie Mädchen und Frauen Zugang zu den hohen und höchsten Bildungsstufen erhalten und sich eine hohe Bildung aneignen. In der Deutschen Demokratischen Republik ist auch auf diesem Gebiet ein deutlicher Fortschritt erzielt worden. Von 1951 bis 1971 stieg der Anteil der Studentinnen an der Zahl der Studierenden in allen Studienformen von 21 auf 37 Prozent. Im Direktstudium sind gegenwärtig die Hälfte aller Studierenden an Hochschulen Frauen und Mädchen.

Die erfolgreiche Entwicklung der Hoch- und Fachschulbildung hat bewirkt, daß sich der Bestand an hochqualifizierten Fachkräften in der Volkswirtschaft in letzter Zeit stark erhöht hat. Von 1961 bis 1971 hat sich die Zahl der Berufstätigen mit Hochschul- bzw. Fachschulabschluß mehr als verdoppelt. Gab es pro 1000 Berufstätige in der sozialistischen Wirtschaft 1961 erst 21,8 Hochschulkader und 39,0 Fachschulkader, so war der entsprechende Anteil im Jahre 1971 auf 45,9 bzw. 78,1 angewachsen.

In der gleichen Zeit stieg die Gesamtzahl der Direktstudenten an den Hochschulen von 74 000 auf 111 000 und an den Fachschulen von 44 000 auf 65 000. Damit ist ein weiteres kontinuierlichen Anwachsen des Bestandes an Hoch- und Fachschulkadern gesichert.

Die Analyse dieser Entwicklung ließ den VIII. Parteitag der SED zu dem Schluß gelangen, daß eine weitere Erhöhung der Studentenzahlen gegenwärtig die gesellschaftlichen Erfordernisse überschreiten würde. Das wichtigste sei jetzt, so wurde festgelegt, „die Qualität der Ausbildung, vor allem das inhaltliche Niveau der Lehre, weiter zu erhöhen und die klassenmäßige Erziehung der Studenten zu verbessern."[6] Gemäß dieser Orientierung wird gegenwärtig zielstrebig an der Präzisierung der Studienpläne und Lehrprogramme gearbeitet. Bei der Bestimmung der konkreten Schritte zur Erhöhung des Niveaus hat es sich als richtig erwiesen, bewußt vom Ausbildungsziel der jeweiligen Fachrichtung, von den

6 Bericht des Zentralkomitees der SED an den VIII. Parteitag, a.a.O., S. 93

konkreten Erwartungen der sozialistischen Gesellschaft an den Absolventen und den Aufgaben in seinem künftigen Einsatzbereich auszugehen. Dieses Herangehen widerspiegelt einen unumstößlichen Grundsatz sozialistischer Bildungs- und Hochschulpolitik: Die Bedürfnisse und Erfordernisse der gesellschaftlichen Entwicklung sind die entscheidenden Kriterien für die Planung der Hochschulbildung und für hochschulpolitische Entscheidungen. Deshalb kann weder die Zahl noch die soziale Zusammensetzung der jährlich zu immatrikulierenden Studenten dem Zufall überlassen werden.

Die ständige Verwirklichung des gleichen Rechts auf Bildung erfordert also auch, in der Bildungspolitik darauf Einfluß zu nehmen, daß die soziale Zusammensetzung der Studenten der sozialen Struktur der Bevölkerung entspricht. Die Arbeiterklasse ist als führende gesellschaftliche Kraft zugleich die zahlenmäßig stärkste Bevölkerungsgruppe. Wenn in der Deutschen Demokratischen Republik etwa 58 Prozent der Studierenden im Hochschuldirektstudium aus der Arbeiterklasse und der Klasse der Genossenschaftsbaun kommen, so wird das annähernd dem gesellschaftlichen Gewicht dieser Klassen gerecht. Würde man einer anderen gesellschaftlichen Schicht einen größeren Anteil zugestehen, als ihr Anteil an der Bevölkerung ausmacht, würde das gleiche Recht auf Bildung verletzt werden.

IV.

Im Sozialismus werden bei der Zulassung zum Hochschulstudium unbedingt der Bedarf der Volkswirtschaft an Hochschulkadern und das Leistungsprinzip beachtet. Das Recht auf Bildung und das Recht auf Arbeit stehen bekanntlich in einem sehr engen Zusammenhang. Soziale Sicherheit aller ihrer Bürger ist eine der wichtigsten Errungenschaften der sozialistischen Gesellschaft, wozu nicht zuletzt die praktische Garantie des Rechtes auf Arbeit gehört. Die staatlichen Organe, Betriebe und Bildungseinrichtungen in der DDR sind dafür verantwortlich, daß die Absolventen der Hoch- und Fachschulen nach erfolgreichem Studium einen ihrer Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatz erhalten und daß sie beim Übergang in die berufliche Tätigkeit gefördert werden. Arbeitslosigkeit und soziale Unsicherheit sind für Akademiker in der DDR ebenso unbekannt wie für andere Gruppen der Bevölkerung. Es wird alljährlich und langfristig vorbereitet eine große Arbeit geleistet, um die nach Zehntausenden zählenden Absolventen der Hoch- und Fachschulen in Arbeitsstellen zu vermitteln, die den gesellschaftlichen Bedürfnissen ebenso entgegenkommen wie berechtigten persönlichen Wünschen und familiären Bedingungen. Der zufriedenstellende Einsatz der Absolventen wird als so wichtige Angelegenheit betrachtet, daß der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Erich Homecker, auf einer Plenartagung des Zentralkomitees einige kritische Worte an Direktoren von Betrieben und Kombinaten richtete, „die nicht die ausgebildeten Hoch- und Fachschulkader zur Verstärkung des wissenschaftlich-technischen Potentials in der Forschung und Entwicklung, Technologie und Produktion einsetzen, die sich gleichgültig gegenüber der Ausbildung und dem Einsatz der Hoch- und Fachschulkader verhalten."[7] Die Sorge um das Wohl der Gesellschaft wie des einzelnen ist es, die die Zulassung zum Hochschulstudium von den gesellschaftlichen Bedürfnissen aus bestimmen läßt. Für eine sozialistische Gesellschaft sind Pla-

7 Erich Honecker, Zügig voran bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED. Aus dem Bericht des Politbüros an die 9. Tagung des ZK der SED. Berlin 1973, S. 45

nungsansätze für das Hochschulstudium wie die Bereitstellung von Studienplätzen entsprechend der zahlungsfähigen Nachfrage nach ihnen oder wie der Bedarf des Arbeitskräftemarktes an qualifizierten Fachleuten je nach wirtschaftlicher Lage und Schwankungen zwischen Angebot und Nachfrage völlig undiskutabel. Beide genannten Ansätze sind typisch für die kapitalistische Produktionsweise; sie entsprechen den anarchischen Verhältnissen dieser sozialökonomischen Ordnung und bauen auf die Funktionstüchtigkeit des Angebot-Nachfrage-Mechanismus. Bildungspolitisch zeigt sich das im Postulat des „freien Zugangs zur Universität", das das kapitalistische Bildungsprivileg reproduziert. Setzt dann der Nachfrage-Angebot-Mechanismus aus, wie das gegenwärtig in den meisten kapitalistischen Ländern der Fall ist, haben Monopole und Staat andere Regulierungsmittel bereit: den numerus clausus und die Arbeitslosigkeit.

In der sozialistischen Gesellschaft sind der gesellschaftliche Bedarf an qualifizierten Fachleuten und das Bildungsstreben der Bürger zwei der wichtigsten Komponenten der lang- und mittelfristigen Bildungsplanung und Bildungspolitik. Der Sozialismus besitzt den Vorzug, die gesellschaftliche Entwicklung in ihrer Verflechtung der verschiedenen Teilbereiche wissenschaftlich begründet planen zu können. Das ist keine einfache, sondern eine recht komplizierte Aufgabe – aber sie ist grundsätzlich lösbar, wie die erfolgreiche Entwicklung des Bildungs- und Hochschulwesens in den sozialistischen Ländern, darunter in der DDR, anschaulich zeigt.

V.

Es ist bereits angeführt worden, welche beachtlichen Größenordnungen die Zulassungen zum Hoch- und Fachschulstudium in der DDR ereicht haben. Wenn diese Größenordnung etwa den gegenwärtigen Bedürfnissen und Möglichkeiten entspricht, so heißt das keineswegs, daß es ein langsameres Tempo bei der Erreichung einer hohen Bildung des ganzen Volkes gäbe. Es wäre ein Mißverständnis sozialistischer Bildungspolitik, wolle man hohe Bildung mit abgeschlossener Hoch- oder Fachschulbildung gleichsetzen oder wolle man den Reifegrad eines Bildungssystems daran messen, wie weit alle individuellen Wünsche auf eine Hochschulausbildung beliebiger Richtung erfüllt werden.

Wir betrachten das Bildungswesen als ein einheitliches Ganzes, wobei jeder Bereich spezifische Aufgaben für die Befriedigung des gesellschaftlichen Bildungsbedürfnisses zu leisten hat. So wird in der Deutschen Demokratischen Republik durch die zehnjährige Allgemeinbildung an den Oberschulen, durch eine qualifizierte theoretische und praktische Berufsausbildung für alle jungen Bürger und durch die Leistungen des Hoch- und Fachschulwesens viel für eine im wahrsten Sinne des Wortes hohe Bildung des ganzen Volkes getan. Das System der Weiterbildung mit seinen Teil- und Ergänzungskursen gibt vielfältige Möglichkeiten weiterer Qualifizierung – für den Beruf, für die gesellschaftliche Tätigkeit und die allseitige Persönlichkeitsentfaltung. Mit der Sicherung einer hohen Bildung für alle jungen Menschen sind im Sozialismus die sozialen Wurzeln beseitigt, die im Kapitalismus die Jugend in „Elite" und „Masse" trennen. Der junge Facharbeiter genießt in der DDR das gleiche gesellschaftliche Ansehen wie der Ingenieur oder der Lehrer. Die Auswahl der befähigtsten Jugendlichen für ein Studium ist also keine Frage des „Aufstiegs" in eine besondere Kaste.

Mit der Schaffung der Grundlagen des Sozialismus wurde der Klassenantagonismus beseitigt und eine prinzipielle Interessenübereinstimmung von Gesellschaft und einzelnem Bürger erreicht. Diese Übereinstimmung der Interessen in jedem

Lebensbereich zu vertiefen und für den Fortschritt der sozialistischen Gesellschaft zu nutzen ist eine ständig aktuelle Aufgabe der politischen Führung durch die marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse, der Leitung und Planung durch die Staats- und Wirtschaftsorgane, der umfassenden Einbeziehung der Bürger der DDR in die lebendige sozialistische Demokratie. Die Vorbereitung junger Menschen auf das Abitur und das Hochschulstudium, die Wahl der Studienrichtung und die Auswahl und Zulassung zum Studium, die möglichst gute Durchführung des Studiums selbst und die Vermittlung eines Arbeitsplatzes nach dem Studium, der gesellschaftlichen Erfordernissen und persönlichen Neigungen gerecht wird — alles das sind komplizierte soziale Prozesse, die zu ihrer planmäßigen Gestaltung eines hohen Niveaus politischer und ideologischer Führungsarbeit, prinzipienfester und zugleich elastischer Leitung bedürfen. Sie bedürfen zugleich eines hohen Maßes an Bewußtheit und eigener Aktivität jedes Studenten, um im Studium und bei der Arbeit in der Praxis beste Ergebnisse zu erreichen.

Die sozialistische Gesellschaft verfügt über die entscheidenden Voraussetzungen zur Lösung dieser Fragen. Das einheitliche sozialistische Bildungssystem in seiner Gesamtheit, die materiellen und sozialen Bedingungen für das Studium (Gebührenfreiheit, großzügige Stipendienregelung, soziale Sicherheit) sind unerläßliche Faktoren. Doch an erster Stelle ist ein Vorzug des Sozialismus zu sehen, der sich auch bei der Bewältigung bildungspolitischer Probleme immer umfassender bewährt: Alle gesellschaftlichen Kräfte können unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei in der gleichen Richtung auf ein Ziel hin wirken. Die Berufs- und Studienlenkung zum Beispiel ermöglicht eine weitgehende Annäherung von gesellschaftliche Anforderungen und persönlichen Plänen und Wünschen. Hochschullehrer und Studenten sehen ein hohes Niveau in Ausbildung und Erziehung als ihre gemeinsame Aufgabe an. Die Vorbereitung des Einsatzes der Absolventen und ihr Übergang in die berufliche Praxis wird dann gut gemeistert, wenn Hochschule, Student, Betrieb und Staatsorgane vertrauensvoll zusammenwirken.

Es verdient auch an dieser Stelle erneut hervorgehoben zu werden, daß der Student als gleichberechtigter Staatsbürger der Deutschen Demokratischen Republik das Recht und die Pflicht hat, verantwortungsbewußt an der Leitung und Planung des Hochschulwesens mitzuwirken. Die gesetzlichen Voraussetzungen dafür sind vorhanden; sie werden im neuen Jugendgesetz weiter präzisiert und vervollkommnet werden. Mit der 3. Hochschulreform sind die Möglichkeiten der gleichberechtigten Teilnahme von Studenten an der Arbeit von Beratungs- und Leitungsorganen des Hochschulwesens erweitert worden. Vor allem über die einheitliche Jugendorganisation in der DDR, die Freie Deutsche Jugend, nehmen die Studenten umfassend an der Leitung und Planung aller hochschulpolitischen und politischen Probleme teil: von der Entscheidung der Zulassungen zum Hochschulstudium über die Gestaltung der Ausbildung und Erziehung bis zur Beratung der künftigen Absolventen über ihren beruflichen Einsatz.

Der Minister für Hoch- und Fachschulwesen der Deutschen Demokratischen Republik schätzte kürzlich ein: „Es ist charakteristisch für unsere sozialistische Hoch- und Fachschulbildung, daß wir uns auf einen hohen Grad der Bewußtheit und Moral der Studenten stützen können. Sie sind von unserer Gesellschaft erzogen und als erwachsene junge Bürger unseres Staates ... mit allen anderen Hoch- und Fachschulangehörigen gleichberechtigt und auch gleichverpflichtet."[8]

8 Hans-Joachim Böhme, Kluge Studenten mit einem klaren Blick für die Praxis, Neues Deutschland, 7. September 1973, S. 4

L. I. BRESHNEW
Für einen gerechten demokratischen Frieden, für die Sicherheit der Völker und internationale Zusammenarbeit

Liebe Freunde! Verehrte Gäste! Genossen!

Ich freue mich aufrichtig, Sie als Vertreter der friedliebenden Kräfte unseres Planeten im Namen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und des ganzen Sowjetvolkes herzlich begrüßen zu können.

Gestern sprachen von dieser Tribüne aus unser Freund Romesh Chandra und die Delegierten einer Anzahl angesehener internationaler Organisationen herzliche, gute Worte über unser Land, über seine internationale Politik. Wir sind dafür zutiefst dankbar. Die Wahl unserer Hauptstadt Moskau zum Tagungsort des Kongresses wird allen sowjetischen Menschen einen Auftrieb zur weiteren Verstärkung des Kampfes für den Frieden, für die Freiheit und Sicherheit der Völker geben.

Die Geschichte der gesellschaftlichen Friedensbewegung kennt viele begeisternde Beispiele. Aber ich möchte mich der hier bereits geäußerten Meinung anschließen, daß es ein internationales Forum von solchen Ausmaßen, eine derart repräsentative Versammlung wie den gegenwärtigen Weltkongreß der Friedenskräfte noch niemals gegeben hat.

In diesem Saal haben sich Delegationen der Friedenskämpfer aus Ländern des Sozialismus, aus bürgerlichen Staaten und aus Entwicklungsländern versammelt.

In diesem Saal sehen wir Repräsentanten verschiedener politischer Richtungen: unsere kommunistischen Brüder im Kampf um eine bessere Zukunft auf Erden, Funktionäre der Sozialdemokratie, Vertreter revolutionär-demokratischer Parteien und nationaler Befreiungsbewegungen. Hier sind Persönlichkeiten politischer Parteien anderer Richtungen zugegen. Auch Parteilose sind hier anwesend, die an der Zukunft ihrer Völker zutiefst interessiert sind. Hier haben sich Atheisten und Gläubige zusammengefunden.

Unter denen, die in diesem Saal zugegen sind, sehen wir Arbeiter, Bauern, Wissenschaftler und Kunstschaffende, Vertreter der gesamten Intelligenz, das heißt Menschen, die mit ihren Händen, ihrem Verstand und ihrer schöpferischen Inspiration alle materiellen und geistigen Werte auf unserem Planeten schaffen. Seit eh und je sind Frieden und Arbeit miteinander verbunden. Kriege wurden durch Ausbeutung und Unterdrükkung hervorgebracht, während der Friede stets seinen eigentlichen Ursprung im arbeitenden Menschen hat. An der Werkbank oder am Schmelzofen, am Steuer des Traktors, auf dem Baugerüst, am Universitätskatheder oder im Forschungslabor ist dieser Mensch vor allem auf den Frieden angewiesen.

Am Kongreß beteiligen sich auch Vertreter der Geschäftswelt kapitalistischer Länder, jener Kreise, die für eine gegenseitig vorteilhafte wirtschaftliche Zusammenarbeit aller Länder unseres Planeten sind. Das zeigt ein übriges Mal, wie breit die Basis der hochsinnigen Bewegung der Friedenskräfte ist.

Ich möchte insbesondere eine solche neue und von unserem Standpunkt aus erfreuliche Erscheinung feststellen wie die Teilnahme von Vertretern der Organisation der Vereinten Nationen sowie ihrer Ausschüsse und Spezialorganisationen am Kongreß der Friedenskräfte. Diese Tatsache erscheint uns als gesetzmäßig, da die Hauptziele und -aufgaben der UNO, wie sie in ihrer Charta verankert sind, mit den Zielen und Bestrebungen dieses Kongresses übereinstimmen — den Frieden auf Erden und die fruchtbare Zusammenarbeit zwischen den Staaten und Völkern mit allen Mitteln zu fördern.

Liebe Freunde!

Viele Jahrhunderte lang wurden die Menschen, zumindest die klügsten von ihnen, nicht müde, den Krieg zu verurteilen und zu verdammen. Die Völker erträumten einen dauerhaften Frieden, und dennoch flackert der unheilvolle Widerschein großer und kleiner Kriegsbrände fast auf jedem Blatt der Menschheitsgeschichte.

Weder die Lehren der Geschichte noch der für den Menschen wohl natürliche Abscheu vor der gegenseitigen Vernichtung vermochten das jeweilige Blutgemetzel abzuwenden, denn zu groß waren die Kräfte des Krieges, war die Rolle jener, denen die Kriege Vorteile verhießen.

Die Lage hat sich in der jetzigen Epoche grundlegend gewandelt. Heute hat der Kampf gegen den Krieg eine verläßliche Grundlage: Kräfte der Demokratie, der Freiheit und Unabhängigkeit der Völker.

Verehrte Kongreßteilnehmer! Gestatten Sie mir, Ihnen im Namen des sowjetischen 250-Millionen-Volkes, im Namen seiner Kommu-

nistischen Partei und der Sowjetregierung zu versichern, daß die Festigung des Friedens zu den wichtigsten Aufgaben unseres Staates gehört.

„Friede den Völkern!" lautete eine der Hauptlosungen, unter denen die Werktätigen unseres Landes vor sechsundfünfzig Jahren, als der erste Weltkrieg im vollen Gange war, die Oktoberrevolution vollzogen. Und der erste Gesetzgebungsakt des ersten sozialistischen Staates der Welt war das von W. I. Lenin verfaßte Dekret über den Frieden.

Die Arbeiter-und-Bauern-Regierung Sowjetrußlands, die sich in diesem historischen Dokument nicht nur an die Regierungen, sondern auch an die Völker aller Länder wandte, bekundete das unerschütterliche Streben unseres Staates nach einem gerechten, demokratischen Frieden. Ich betone, einem gerechten Frieden, einem demokratischen Frieden, das heißt einem Frieden, der auf der Achtung der Rechte und Interessen aller Völker beruht. Und in all den Jahren nach der Großen Oktoberrevolution kämpften und kämpfen wir unbeirrbar und konsequent für den Triumph eben eines solchen Friedens auf unserem Planeten.

Das Sowjetvolk, das im Kampf gegen den Faschismus mehr als zwanzig Millionen Menschen verloren hat, weiß sehr wohl, was Krieg ist und welch unermeßliche Leiden er über die Menschen bringt. Der Große Vaterländische Krieg war für uns sowjetische Menschen ein Kampf nicht nur um die Freiheit und Unabhängigkeit unserer Heimat, er war gleichzeitig eine Schlacht um die Rettung der Weltzivilisation, um einen künftigen gerechten Frieden. Während der ganzen Nachkriegszeit kämpfte das Sowjetland unermüdlich für einen dauerhaften Frieden und für die Sicherheit der Völker.

Ein Ausdruck der konsequent friedliebenden Politik der KPdSU und des Sowjetstaates in der gegenwärtigen Etappe ist das vom XXIV. Parteitag angenommene Friedensprogramm. Als wir dieses Programm aufstellten, sahen wir unsere Aufgabe darin, zur Beseitigung der Spannungsherde beizutragen, der Menschheit zu helfen, das sie bedrohende Gespenst einer thermonuklearen Katastrophe zu bannen, mit allen Mitteln zur Entspannung beizutragen. Wir werden um dieser hohen Ziele willen, für das Wohl der gesamten werktätigen Menschheit, nach wie vor unermüdlich arbeiten!

I

Liebe Freunde! Ihr Kongreß ist in einem sehr denkwürdigen, verantwortungsvollen historischen Augenblick zusammengetreten.

Der langwierige und beharrliche Kampf der Völker gegen den Ausbruch eines neuen Weltkrieges, für dauerhaften Frieden und internationale Sicherheit hat in den letzten Jahren bedeutende Erfolge zu verzeichnen.

Entscheidend ist, daß die Gefahr eines weltweiten Raketen- und Kernkrieges, die bereits seit der zweiten Hälfte der vierziger Jahre die Menschheit bedroht, allmählich nachläßt, daß die Aussichten auf die Wahrung des Weltfriedens besser und verläßlicher werden, als sie vor zehn, zwölf Jahren waren. Das kann man mit aller Bestimmtheit sagen.

Immer breitere Anerkennung finden die Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher sozialer Ordnung. Diese Prinzipien bekommen einen immer konkreteren Inhalt und verwandeln sich allmählich in eine allgemeingültige Norm des internationalen Lebens.

Bemerkenswerte Wandlungen haben sich insbesondere während der letzten Jahre in den Beziehungen der sozialistischen Staaten zu den westeuropäischen Ländern vollzogen, so zu Frankreich, das als eines der ersten den Weg der konstruktiven Zusammenarbeit von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung eingeschlagen hat, zur Bundesrepublik Deutschland, zu Italien und einer Anzahl anderer Staaten. Zu den wichtigsten Anzeichen einer Wende zum Besseren im gesamten System der internationalen Beziehungen gehören die Verträge der Sowjetunion, Polens und der DDR mit der Bundesrepublik Deutschland. Die Kongreßteilnehmer wissen genau, daß diese Verträge von der Anerkennung der Unverrückbarkeit der bestehenden Grenzen ausgehen und die Verpflichtung der Partner enthalten, bei der Lösung internationaler Fragen auf Gewaltanwendung zu verzichten.

All das hat die Lage in Europa, dem Kontinent, auf dem die beiden Weltkriege ausbrachen, zweifelsohne zum Besseren verändert. Ein konzentrierter Ausdruck der positiven Wandlungen, die sich hier vollzogen haben, ist die gesamteuropäische Konferenz. Allein die Tatsache, daß diese Konferenz, für die sich die fortschrittlichen Kräfte des Kontinents so lange eingesetzt haben, zusammengetreten ist, daß an ihr praktisch alle europäischen Staaten sowie die USA und Kanada teilnehmen, daß auf ihr die Fragen des Friedens und der Sicherheit in Europa und der Anbahnung der friedlichen Zusammenarbeit gemeinsam erörtert werden, ist schon an und für sich eine beträchtliche Errungenschaft.

Bekanntlich haben die letzten zwei Jahre in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika positive Veränderungen mit sich gebracht. Die bei unseren Treffen mit dem USA-Präsidenten im Mai 1972 in Moskau und

im Juni dieses Jahres in Washington geschlossenen Abkommen haben in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen den Übergang von der Konfrontation zur Entspannung, zur Normalisierung und zur gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit angebahnt. Das entspricht unserer tiefen Überzeugung nach den Interessen sowohl der Völker der Sowjetunion und der USA als auch aller anderen Länder, weil das der Festigung der internationalen Sicherheit dient.

Vieles hat sich in den letzten Jahren auch in solchen für die internationale Sicherheit wichtigen Räumen verändert, wie in Südostasien und dem Fernen Osten. Zu einem Ereignis von weltweiter Bedeutung wurde die Einstellung des Krieges in Vietnam. Das ist vor allem ein Sieg des heroischen vietnamesischen Volkes. Das ist auch ein Sieg der sozialistischen Staaten, die Vietnam unentwegt in seinem gerechten Kampf wirksame Hilfe geleistet haben. Zugleich ist das ein Sieg aller Friedenskräfte, die aktiv für die Einstellung der imperialistischen Aggression in Indochina eintraten. Die gesellschaftlichen Kreise, die sich für den Frieden einsetzen, begrüßen aufrichtig die Anbahnung normaler Beziehungen in Südasien – ich meine hier die Beziehungen zwischen solchen Staaten wie Indien, Pakistan und Bangladesh. Auf vielen Gebieten entwickeln sich die guten Beziehungen der Sowjetunion und anderer sozialistischer Länder zu Japan. Das beweisen unter anderem die Ergebnisse des jüngsten Besuchs des Ministerpräsidenten dieses Landes in Moskau.

Die Beseitigung einer Anzahl von Kriegsherden, die ersten Schritte zur Einschränkung des Wettrüstens, eine ganze Reihe wichtiger völkerrechtlicher Akte sowie die ständigen politischen Konsultationen zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung sind durchaus greifbare Anzeichen tiefgehender Wandlungen im Weltgeschehen. Das gleiche bestätigen auch die immer größeren Ausmaße der internationalen wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Zusammenarbeit. Kurz und gut, die Erfolge im Kampf um internationale Sicherheit sind vorhanden, und die Völker begrüßen dies aufs wärmste.

Selbstverständlich können wir als Realisten auch andersgeartete Tatsachen nicht übersehen. Wir alle wissen genau, daß mit den Kriegen und akuten internationalen Krisen bei weitem nicht Schluß gemacht ist. Noch kommt es auf der Erde zu Aggressionsakten, und bei weitem nicht alle Völker können sich sicher fühlen. Und wir teilen voll und ganz die Besorgnis, die hier in diesem Zusammenhang von namhaften Vertretern der Weltöffentlichkeit geäußert wurde.

Aber nie zuvor lösten Aggressions- und Gewaltakte gegen Völker eine derartige allgemeine Empörung, derartige Proteste und einen so aktiven Widerstand aus, wie das heutzutage der Fall ist. Nie zuvor gerieten in derartigen Fällen so mächtige staatliche und gesellschaftliche Kräfte in Bewegung, um dem Aggressor Einhalt zu gebieten, um den auflodernden Kriegsbrand zu löschen, um die Fundamente des Friedens zu stärken. Auch das ist an sich schon eine große Errungenschaft.

Unserer tiefen Überzeugung nach ist die sich vollziehende Wende vom kalten Krieg zur Entspannung, von der militärischen Konfrontation zur Festigung der Sicherheit, zur friedlichen Zusammenarbeit die Haupttendenz in der Entwicklung der gegenwärtigen internationalen Beziehungen.

Weshalb ist diese Wende möglich geworden?

Für uns besteht kein Zweifel, daß sie vor allem auf die allgemeine Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Weltarena zurückzuführen ist, eine Veränderung zuungunsten der Anhänger des kalten Krieges und des Wettrüstens, der Leute, die auf allerlei Kriegsabenteuer aus sind, eine Veränderung zugunsten der Kräfte des Friedens und des Fortschritts.

Die Rolle der Kräfte des Sozialismus, der sozialistischen Staatengemeinschaft in den sich heutzutage vollziehenden positiven Wandlungen kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Die Sowjetunion kämpft um einen besseren und festen Frieden gemeinsam mit ihren guten Freunden und Gesinnungsgenossen – den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft. Die ganze Welt kennt den großen Beitrag Bulgariens, Ungarns, der DDR, Polens, Rumäniens und der Tschechoslowakei zur Festigung des Friedens und zur Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit, insbesondere aber zur Festigung der europäischen Sicherheit. Als aktiver Verfechter des Friedens tritt das sozialistische Jugoslawien auf.

Ein wichtiger Faktor des Friedens und der Sicherheit in Asien ist die konsequent friedliebende Politik der Mongolischen Volksrepublik. Die Demokratische Republik Vietnam hat im Kampf gegen die bewaffnete Intervention des amerikanischen Imperialismus höchsten Mut an den Tag gelegt und einen großen politischen Beitrag zum Löschen eines gefährlichen Kriegsherdes in Südostasien geleistet. Weltweiten politischen Widerhall fand die Initiative der Koreanischen Volksdemokratischen Republik zur friedlichen Wiedervereinigung Koreas.

Das revolutionäre Kuba tut als erstes sozialistisches Land in Lateinamerika viel, damit sich die Prinzipien des Friedens, der

Freiheit und Unabhängigkeit der Völker in den internationalen Beziehungen durchsetzen.

Von dieser Kongreßtribüne aus möchte ich von ganzem Herzen die tiefe Achtung zum Ausdruck bringen, die die Kommunisten der Sowjetunion, alle sowjetischen Menschen für die sozialistischen Bruderländer, für ihre prinzipientreue und konsequente friedliebende Außenpolitik empfinden.

Ein bezeichnendes Merkmal der internationalen Beziehungen sind in den letzten Jahren die zahlreichen Dialoge zwischen den führenden Persönlichkeiten verschiedener Staaten. Die wirkliche Rolle und das politische Gewicht eines Staatsmannes werden heute weitgehend dadurch bestimmt, inwieweit er die Bedeutung der Wahrung und Festigung des Friedens erkennt und was er praktisch für die Lösung dieses wichtigsten Gegenwartsproblems tut.

In diesem Sinne muß man jene Staatsmänner der westlichen Länder würdigen, die bestrebt sind, die Trägheitsmomente des kalten Krieges zu überwinden und einen neuen Weg, den Weg eines friedlichen Dialogs mit den Staaten des anderen sozialen Systems, zu beschreiten. Wir sehen in den Ländern des Westens auch den Kampf zwischen den Anhängern und Gegnern der internationalen Entspannung, und wir sehen zugleich eine bestimmte Inkonsequenz in der Einstellung dieser oder jener Staaten zu verschiedenen Fragen. Somit sind für den weiteren Fortschritt auf dem Weg zur Festigung des Friedens noch erhebliche Anstrengungen erforderlich. Was uns betrifft, so sind wir dazu bereit.

Bei einer Untersuchung des Ursprungs und der Ursachen der gegenwärtigen Wende in der Weltlage ist die große Rolle der Staaten hervorzuheben, die das Kolonialjoch abgeschüttelt und die nationale Unabhängigkeit errungen haben.

Der gesamte Verlauf der Nachkriegsentwicklung hat überzeugend vor Augen geführt, daß Kolonialismus und Aggression, daß die Politik der kolonialen Unterdrükkung und die Politik der Stärke im Grunde genommen zwei Seiten einer Medaille sind. Deshalb ist auch zutiefst gerechtfertigt, daß schon der Name Ihres Kongresses den Kampf um den Frieden in enge Verbindung mit dem Kampf um nationale Befreiung bringt.

Diese Verbindung zeigte sich besonders deutlich am Beispiel des langjährigen Freiheitskampfes des heroischen vietnamesischen Volkes. Ich denke, wir alle stimmen darin überein, daß gerade der Erfolg des vietnamesischen Volkes, das die Aggression abwehrte und seine Freiheit und Unabhängigkeit erfolgreich verteidigte, die Grundlage eines dauerhaften und gerechten Friedens schafft. Wir sind überzeugt, daß der Friede und die Sicherheit in Südostasien nur durch das Respektieren der Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität aller Völker dieser Region endgültig durchgesetzt werden können.

Und ist es etwa nicht augenfällig, daß der Kampf der arabischen Völker für die Liquidierung der Folgen der israelischen Aggression zugleich ein Kampf für die Durchsetzung eines dauerhaften und gerechten Friedens im Nahen Osten ist?

Aus dem Spannungsherd in diesem Raum ist schon das vierte Mal ein Krieg aufgelodert. Die Kriegshandlungen erreichten in diesem Monat eine nie dagewesene Intensität und forderten zahlreiche Opfer von beiden Seiten, darunter von der Zivilbevölkerung infolge barbarischer Bombenangriffe auf friedliche Städte und Dörfer Ägyptens und Syriens. Die jüngsten Ereignisse führten der ganzen Welt besonders anschaulich vor Augen, wie gefährlich die im Nahen Osten entstandene Lage, wie dringend notwendig ihre Veränderung ist.

Der faktische Ablauf der Ereignisse ist Ihnen natürlich gut bekannt. Ich möchte deshalb hier auf die grundsätzliche Seite der Frage eingehen. Was sind die eigentlichen Wurzeln der militärischen Konflikte, die periodisch in diesem Raum entstanden, darunter auch des derzeitigen Krieges? Die Antwort ist von unserem Standpunkt aus klar: das sind der Raub der arabischen Gebiete durch Israels Aggression, die hartnäckige Weigerung Tel-Avivs, den legitimen Rechten der arabischen Völker Rechnung zu tragen, und die Unterstützung dieser aggressiven Politik durch diejenigen Kräfte der kapitalistischen Welt, die bestrebt sind, eine freie und unabhängige Entwicklung der fortschrittlichen arabischen Staaten zu verhindern.

In den letzten Jahren machte die Sowjetunion vielmals, ich betone, vielmals warnend darauf aufmerksam, daß die Lage im Nahen Osten explosiv ist. Unsere Linie in dieser Frage ist klar und von Anfang bis Ende konsequent. Ausgehend sowohl von den allgemeinen Prinzipien der sozialistischen Außenpolitik als auch von der Tatsache, daß sich dieser Raum in unmittelbarer Nähe von unserer Grenze befindet, sind wir daran interessiert, daß im Nahen Osten ein wirklich dauerhafter und gerechter Frieden Einzug hält, daß die Sicherheit aller Länder und Völker dieses Raumes und ihr Recht gewährleistet wird, ihr Leben in Ruhe nach ihren Wünschen zu gestalten. Eben deshalb bestand die Sowjetunion die ganze Zeit darauf, daß die arabischen Staaten die von Israel okkupierten Gebiete zurückerhalten,

daß die Gerechtigkeit für das palästinensische Volk triumphiert. Die Sowjetunion hat eine solche Politik verfochten und wird sie weiterhin verfechten.

Von dem Augenblick an, da Anfang dieses Monats die Kriegshandlungen im Nahen Osten wiederaufgenommen wurden, traf die Sowjetunion, die dabei engen Kontakt zu den befreundeten arabischen Staaten unterhielt, alle von ihr abhängenden politischen Maßnahmen, um zur Beendigung des Krieges und zur Schaffung von Bedingungen beizutragen, unter denen der Frieden im Nahen Osten für alle Staaten dieses Raumes zu einem wirklich festen Frieden werden kann.

Bekanntlich faßte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen am 22. und 23. Oktober auf Antrag der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika zweimal einen Beschluß, in dem die unverzügliche Feuereinstellung vorgesehen war. Beide Male erklärte Israel in Worten, es werde sich dem Ratsbeschluß fügen, in Taten aber verletzte es ihn heimtückisch, indem es das aggressive Vorgehen gegen Ägypten fortsetzte. Israel ignorierte durch die Besetzung immer neuer Gebiete dieses Landes völlig die Forderung des Sicherheitsrates, die Truppen in ihre Stellungen vom Abend des 22. Oktobers zurückzunehmen.

Es ist schwer zu begreifen, worauf die Machthaber Israels spekulieren, indem sie diesen abenteuerlichen Kurs steuern, die Beschlüsse des UNO-Sicherheitsrates mißachten und die Weltöffentlichkeit herausfordern. Offenbar spielt hier eine Begünstigung von außen eine Rolle. Aber diese Politik der Regierung Israels kommt das israelische Volk teuer zu stehen. Die Spekulationen, den Frieden und die Sicherheit eines Staates durch die gewaltsame Inbesitznahme und Annexion fremder Gebiete herbeizuführen, sind wahnwitzige Spekulationen und unweigerlich zum Fehlschlag verurteilt. Dieser Kurs wird Israel weder Frieden noch Sicherheit bringen. Er wird lediglich zu einer noch stärkeren internationalen Isolation Israels führen und bei den benachbarten Völkern noch größeren Haß gegen Israel auslösen. Der mutige Kampf der Araber und die wachsende Solidarität der arabischen Staaten führen überzeugend vor Augen, daß sie sich mit der israelischen Aggression niemals abfinden, daß sie auf ihre legitimen Rechte niemals verzichten werden. Die Sowjetunion unterstützt unbeirrbar und konsequent die gerechten Forderungen der arabischen Völker.

Der kollektive Wille derjenigen, die den Frieden im Nahen Osten fordern, muß die Oberhand über den Wahnwitz der Friedensstörer gewinnen. Die Erfahrungen der letzten Tage gebieten, wachsam zu sein. Es sind dringende und entschiedene Maßnahmen erforderlich, um die Durchführung der Beschlüsse über Feuereinstellung und Truppenabzug sicherzustellen.

Der Präsident Ägyptens, Sadat, wandte sich an die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Ersuchen, ihre Vertreter in den Raum der Kampfhandlungen zu entsenden, damit sie die Erfüllung des Sicherheitsratsbeschlusses über die Feuereinstellung überwachen. Wir haben uns bereit erklärt, dem Ersuchen Ägyptens stattzugeben, und solche Vertreter bereits entsandt. Wir hoffen, daß auch die Regierung der USA in gleicher Weise verfahren wird. Gleichzeitig erwägen wir auch andere Maßnahmen, die die Situation eventuell abfordern kann.

Angesichts der fortdauernden Verstöße gegen die Feuereinstellung beschloß der UNO-Sicherheitsrat am 25. Oktober die unverzügliche Formierung von Sonderstreitkräften der Organisation der Vereinten Nationen, die in den Raum der Kampfhandlungen zu entsenden sind. Wir finden, das ist ein nützlicher Beschluß, und hoffen, daß er bei der Normalisierung der Lage seine Rolle spielen wird.

Die Sowjetunion ist bereit, bei der Normalisierung der Lage im Nahen Osten mit allen interessierten Ländern zusammenzuarbeiten. Aber dieser Zusammenarbeit sind selbstverständlich die während der letzten Tage in bestimmten Kreisen der NATO-Länder zu beobachtenden Aktivitäten nicht zuträglich, so das künstliche Anheizen der Leidenschaften durch das Ausstreuen verschiedenartiger phantastischer Erfindungen über die Absichten der Sowjetunion im Nahen Osten. In der gegebenen Situation wäre unseres Erachtens ein verantwortlicheres, ehrlicheres und konstruktiveres Verhalten besser angebracht gewesen.

Es wäre zu betonen, daß der Beschluß des Sicherheitsrates vom 22. Oktober nicht nur die Einstellung des Feuers vorsieht. Er sieht wichtige Maßnahmen zur Beseitigung der eigentlichen Ursachen des Krieges vor. Und darin besteht sein besonderer Wert. Die interessierten Seiten sollen sofort an die praktische Ausführung der vom Sicherheitsrat am 22. November 1967 gefaßten Nahost-Resolution gehen, an deren Ausführung in allen ihren Teilen.

Ich möchte daran erinnern, daß diese Resolution die „Unzulässigkeit von Gebietserwerb durch Krieg" betont. Sie sieht den Abzug der israelischen Streitkräfte von den während des Konflikts von 1967 okkupierten Territorien vor. Sie fordert die Respektierung und Anerkennung der Souveränität, der territorialen Integrität und der politischen Un-

abhängigkeit eines jeden Staates in diesem Raum wie auch ihres Rechts, in Frieden zu leben. In ihr ist auch von der Notwendigkeit die Rede, eine gerechte Regelung des „Flüchtlingsproblems" herbeizuführen, das heißt die legitimen Rechte des arabischen Volkes Palästinas zu gewährleisten.

Man wird unschwer erkennen, daß, wären diese 1967 beschlossenen Leitsätze bereits damals in die Tat umgesetzt worden, im Nahen Osten schon sechs Jahre ein dauerhafter Frieden herrschen würde. Aber das blieb aus. Das blieb aus immer wieder wegen derselben kurzsichtigen und abenteuerlichen Politik der regierenden Kreise Israels, die von äußeren Kräften Auftrieb erhalten.

Nach dem Geist und Buchstaben des vom Sicherheitsrat am Montag, dem 22. Oktober, gefaßten Beschlusses sollen die interessierten Seiten unter der entsprechenden Ägide unverzüglich Verhandlungen zur Herbeiführung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten aufnehmen. Die Bedeutung solcher Verhandlungen kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Ihren Teilnehmern wird eine historische Verantwortung auferlegt. Was die Sowjetunion betrifft, so kann ich sagen, daß sie bereit ist, ihren konstruktiven Beitrag hierbei zu leisten, und sie wird ihn leisten. Wir vertreten unbeirrbar den Standpunkt, daß allen, ich wiederhole, allen Staaten und Völkern des Nahen Ostens der Frieden, die Sicherheit und die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen garantiert werden müssen. Die Sowjetunion ist bereit, an den entsprechenden Garantien teilzunehmen.

Nach unseren Vorstellungen ist es unter den jetzigen Verhältnissen eine der aktuellsten Aufgaben aller Friedensanhänger, aller friedliebenden Kräfte, für die unaufschiebbare und vollständige Verwirklichung des Sicherheitsratsbeschlusses vom 22. Oktober dieses Jahres einzutreten. Das ist unerläßlich für die freie und unabhängige Entwicklung aller Staaten und Völker des Nahen Ostens. Das entspricht den Interessen vieler Staaten Europas und Asiens, Afrikas und Amerikas, für die eine Normalisierung der politischen und ökonomischen Verhältnisse in dieser wichtigen Region der Welt von erheblicher Bedeutung ist. Schließlich zeigt die in diesen Tagen im Nahen Osten entstandene akute Situation wie auch das Risiko einer Ausbreitung des Konfliktes mit aller Deutlichkeit, wie wichtig es ist, diese Aufgabe auch im Interesse einer Festigung des Weltfriedens zu lösen.

Verehrte Kongreßteilnehmer!

Die Völker der Länder, die sich vom Kolonialjoch befreit haben, stehen vor gigantischen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben. Diese lassen sich lediglich auf der Grundlage eines solchen Friedens erfolgreich lösen, der auf zuverlässiger Sicherheit aller Staaten und auf ihrer umfassenden, gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit beruht.

Ein Beispiel der Verknüpfung einer konsequenten Friedenspolitik mit der demokratischen Lösung der inneren Aufgaben liefert die Republik Indien. Durch ihr Eintreten für eine gerechte friedliche Regelung der schwebenden internationalen Probleme schafft sie günstige Voraussetzungen für die Lösung ihrer inneren Aufgaben. Zugleich festigt das indische Volk dadurch, daß es Schritt für Schritt die inneren sozialökonomischen Probleme löst, wesentlich die Basis seiner friedliebenden Außenpolitik.

Große internationale Bedeutung haben die Beschlüsse der Konferenz der nichtpaktgebundenen Staaten in Algier, an der führende Persönlichkeiten vieler Länder teilgenommen haben. Die Konferenz hat erneut die Entschlossenheit dieser Länder bekräftigt, zielstrebig gegen den Imperialismus, gegen Krieg und Aggression, für Frieden, Unabhängigkeit und Freiheit der Völker zu kämpfen.

Kurz, die aktive Politik der friedliebenden Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas leistet einen gewichtigen, bedeutenden Beitrag zur internationalen Entspannung.

Einer der wichtigsten Faktoren der gegenwärtigen internationalen Entwicklung ist die aktive Teilnahme der Volksmassen, ihrer Organisationen, ihrer politischen Parteien an der Lösung der Probleme von Krieg und Frieden. Das ist natürlich ein Ergebnis der von der Menschheit akkumulierten geschichtlichen Erfahrungen. Die Erinnerung an die bitteren Lehren des ersten und des zweiten Weltkriegs, das Wissen um die entsetzlichen Folgen eines Einsatzes von Kernwaffen mahnen die Menschen unseres Planeten, aktiv zu handeln, um eine in der Geschichte der Menschheit nie dagewesene Tragödie zu verhindern.

In unserem Kernzeitalter bekundet sich ein neues, tieferes Solidaritätsgefühl der Völker im Friedenskampf und damit eine stärkere Empfindung ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Geschicke der Welt. Dieses Gefühl ist ein mächtiger Ansporn im wachsenden Kampf für die Festigung des Friedens, für eine verläßliche internationale Sicherheit.

Man kann mit voller Zuversicht sagen, daß die gegenwärtigen Wandlungen in der Weltlage in bedeutendem Maße eine Frucht der Tätigkeit der gesellschaftlichen Kräfte sind, ein Ergebnis bisher ungekannter Aktivität der Volksmassen, die Willkür und Aggression auf keinen Fall dulden wollen und einen unerschütterlichen Friedenswillen an den Tag legen.

Das besagen auch die Ergebnisse des soeben in Bulgarien zum Abschluß gelangten Weltgewerkschaftskongresses. Er hat den Friedenswillen von mehr als 200 Millionen organisierten Arbeitern, Angestellten und Geistesschaffenden überzeugend zum Ausdruck gebracht.

Ja, an und für sich beweist schon die Einberufung Ihres Kongresses, seine Breite und sein repräsentativer Charakter überzeugend und anschaulich, welche Kraft die Weltöffentlichkeit geworden ist, welche Rolle sie im Kampf für die Durchsetzung des Friedens und der Sicherheit, für die Demokratisierung der internationalen Beziehungen spielen kann.

II

Wir können also mit Genugtuung feststellen, verehrte Freunde: In den letzten Jahren ist es dank den vereinten Bemühungen aller Friedenskräfte gelungen, im ganzen ein gesünderes internationales Klima zu schaffen; die Politik der friedlichen Koexistenz, der friedlichen Zusammenarbeit der Staaten zeitigt greifbare reale Resultate.

Zugleich ist es klar, daß dies lediglich das Anfangsstadium auf dem Vormarsch zu dem Ziel ist, welches, wie ich es verstehe, alle in diesem Saale Anwesenden wie die von ihnen Vertretenen eint: der zuverlässigen Gewährleistung einer friedlichen Zukunft der Menschheit. Wir schaffen gerade erst die notwendigen Voraussetzungen für die Erreichung dieses Ziels. Es ist unsere gemeinsame Pflicht, auf dem von uns erwählten Weg unermüdlich, unaufhaltsam, beharrlich und in breiter Front voranzuschreiten und den Widerstand der Entspannungsgegner und kalten Krieger entschieden zu brechen. Wie wir in der Sowjetunion glauben, besteht die Aufgabe darin, die in den entscheidenden Entwicklungsrichtungen der internationalen Beziehungen erzielte Entspannung zu einer ständigen, dauerhaften, ja unwiderruflichen Erscheinung zu machen.

Und in dieser Hinsicht kann natürlich vor allem in Europa viel erreicht werden. Die Völker dieses Kontinents hatten unter den vergangenen Kriegen, darunter unter dem schrecklichsten – dem zweiten Weltkrieg – mehr als die jedes anderen Kontinents zu leiden. In ihrem „europäischen Haus" ist es angesichts des heutigen Charakters der Produktivkräfte zu eng und unbequem geworden, in jeder einzelnen „Wohnung" ein abgekapseltes Wirtschaftsleben zu führen. Zudem ist dieses Haus bei den jetzigen Massenvernichtungsmitteln äußerst feuergefährlich geworden. Deshalb ist die Erhaltung des Friedens in Europa im Grunde zu einer kategorischen Notwendigkeit und der größtmögliche Ausbau der verschiedenartigen friedlichen Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten zum einzigen wirklich vernünftigen Ausweg geworden. Dazu trägt auch der Umstand bei, daß die sozialistischen Länder, die dem Frieden und der internationalen Zusammenarbeit zutiefst und aufrichtig ergeben sind, im Leben Europas eine immer aktivere und bedeutendere Rolle spielen, während im westlichen Teil des Kontinents der politische Realismus wächst und die Kreise, die für die gleichen Ziele eintreten, immer einflußreicher werden.

Darum glauben wir an den Enderfolg und an die historische Rolle der gesamteuropäischen Konferenz trotz aller Komplikationen, die die Teilnehmer dieses einzigartigen Forums noch zu überwinden haben, das jetzt ein vielleicht äußerlich nicht sehr effektvolles, jedoch höchst wichtiges Stadium seiner Arbeit durchläuft.

Was wollen wir von dieser Konferenz, worauf hoffen wir? Ganz allgemein gesprochen wollen wir, daß von allen Konferenzpartnern einmütig, aufrichtig, wie man zu sagen pflegt von ganzem Herzen, ohne „diplomatische" Aussparungen und Mißinterpretationen bestimmte Prinzipien der Beziehungen unter den europäischen Staaten erarbeitet und bestätigt und diese Prinzipien von allen Völkern des Kontinents angenommen werden. Ich habe hier solche Prinzipien im Auge wie die Unantastbarkeit der Territorien aller Staaten Europas, die Unverrückbarkeit ihrer Grenzen, den Verzicht auf Gewalt oder Gewaltandrohung in den zwischenstaatlichen Beziehungen, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen und die Entwicklung einer gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen auf dieser Grundlage.

Wir möchten, daß sich diese Prinzipien in der europäischen Alltagspraxis und in der Mentalität der europäischen Völker durchsetzen als geheiligte, unverbrüchliche Regeln, daß die Regierungen wie auch die Völker sie annehmen, um sie in die Tat umzusetzen.

Wir möchten sehen, wie das System der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit der Staaten, das den ganzen Kontinent als engmaschiges Netz überzogen hat, auf diese Prinzipien gestützt zur Blüte gelangt.

Von alters her war der Handel ein Bindeglied zwischen den Völkern und Ländern. So ist es auch in unseren Tagen. Aber heute wäre es einfach unvorteilhaft und unvernünftig, die wirtschaftliche Zusammenarbeit lediglich auf den Handel zu beschränken. Mit der Zeit Schritt halten und sich den Erfordernissen und Möglichkeiten der wissen-

schaftlich-technischen Revolution gewachsen zeigen kann man nur, wenn man sich auf eine umfassende interantionale Arbeitsteilung stützt. Das ist heute wohl ein Axiom. Daher die Notwendigkeit einer für alle Beteiligten vorteilhaften, zweiseitigen wie auch vielseitigen, langfristigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit großen Stils. Das gilt natürlich nicht nur für Europa, sondern auch für alle anderen Kontinente, für das gesamte System der jetzigen internationalen Wirtschaftsverbindungen. Wir treten auch deshalb für eine solche Zusammenarbeit ein, weil wir darin eine Möglichkeit sehen, die friedlichen Beziehungen zwischen den Staaten zuverlässig materiell zu untermauern.

Wir hoffen und glauben, daß die von der gesamteuropäischen Konferenz erarbeitete politische Grundlage und die tagtägliche friedliche Zusammenarbeit durch militärische Entspannungsmaßnahmen auf dem Kontinent ergänzt und verankert sein werden. Gerade dem werden, wie Sie wissen, die in fünf Tagen in Wien beginnenden Verhandlungen gelten.

Diese Verhandlungen sind von großer Bedeutung für Europa und für die gesamte Weltsituation. Die Sowjetunion geht an sie mit allem Ernst und Verantwortungsgefühl, konstruktiv und realistisch heran. Unsere Position ist klar und verständlich. Unserer Auffassung nach muß man sich über einen Abbau sowohl der ausländischen als auch der nationalen Boden- und Luftstreitkräfte der an den Verhandlungen beteiligten Staaten in dem bereits bestimmten Raum Mitteleuropas einigen. Dabei darf die Sicherheit keines der Verhandlungspartner beeinträchtigt werden, und keiner von ihnen darf in den Genuß einseitiger Vorteile auf Kosten des anderen kommen. Man muß offenbar ferner zugeben, daß auch die mit Kernwaffen ausgestatteten Einheiten reduziert werden müssen.

Wie die Reduzierung im einzelnen vorzunehmen und welche Methode dabei anzuwenden ist – eine Reduzierung um prozentuell gleiche Teile oder in gleichen Mengen –, darüber werden sich die Verhandlungspartner noch einigen müssen. Von unserem Standpunkt aus ist es wichtig, daß die künftige Reduzierung das zustandegekommene Kräfteverhältnis in Mitteleuropa und überhaupt auf dem europäischen Kontinent nicht stört. Wird man dieses Prinzip zu verletzen versuchen, so wird die ganze Frage lediglich zu einem Zankapfel und zu einem Gegenstand endlosen Streits werden.

Wie bald die eigentliche Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Angriff genommen werden kann, darüber wird man sich gleichfalls in Wien einigen müssen. Die Sowjetunion wäre bereit, in dieser Hinsicht bereits 1975 reale Schritte zu unternehmen. In nächster Zeit könnte ein konkretes Abkommen darüber geschlossen werden. Ein solches Abkommen würde zweifellos ein neuer bedeutender Schritt zur Gesundung der politischen Lage in Europa sein, würde dazu beitragen, daß sich auf diesem Kontinent eine Atmosphäre des Vertrauens, des guten Willens und der friedlichen Zusammenarbeit durchsetzt.

Wir sagten bereits wiederholt, daß Entspannung und Entwicklung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit nicht das Vorrecht eines einzigen begrenzten Gebiets der Erde sein können. Der Frieden ist wirklich unteilbar. Wir sind überzeugt, daß die Normen der friedlichen Koexistenz und der friedlichen Zusammenarbeit in Europa wie in Afrika, in Süd- wie in Nordamerika herrschen müssen. Besondere Bedeutung hat diese Frage kraft einer Reihe von konkreten historischen Ursachen wohl für Asien.

Wie bekannt, tritt die Sowjetunion dafür ein, daß der Frieden auf dem asiatischen Kontinent durch kollektive Bemühungen konsolidiert wird. Wir stellen uns das so vor, daß die für alle Beteiligten in jeder Hinsicht vorteilhaften und sie alle bereichernden Verbindungen und die friedliche Zusammenarbeit aller Staaten Asiens allmählich ausgebaut und die von den asiatischen Staaten bereits in Bandung proklamierten wohlbekannten Prinzipien der friedlichen Koexistenz bei strikter Respektierung der Souveränität und Unabhängigkeit jedes Staates in diesen Beziehungen fest verankert werden. Die Völker Asiens bedürfen zweifellos eines dauerhaften Friedens und konstruktiver Zusammenarbeit nicht minder als beispielsweise die Völker Europas. Es wird kaum ein Fehler sein, zu sagen, daß die Einwohner Tokios und Taschkents, Hanois und Teherans, Pekings und Ranguns, Delhis und Colombos, kurz die Hunderte Millionen von Einwohnern des größten Kontinents unseres Planeten, in gleichem Maße an einem dauerhaften Frieden und an der Möglichkeit ruhiger, friedlicher Arbeit interessiert sind. Ich bin sicher, daß sie alle daran interessiert sind.

Oft sind Behauptungen zu vernehmen, die Idee der Schaffung und Gewährleistung der Sicherheit in Asien durch kollektive Bemühungen richte sich gegen China und verfolge nachgerade das hinterlistige Ziel, China „einzukreisen" oder zu „isolieren". Aber solche Behauptungen sprechen entweder von krankhaftem Argwohn oder von fehlendem Willen, den Tatsachen Rechnung zu tragen.

Die Tatsachen aber besagen, daß sowohl die Sowjetunion als auch die anderen Staaten, die sich zur Aufgabe einer kollektiven Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Asien positiv verhalten, nach wie vor davon ausgehen, daß an diesem großen und wichtigen Werk alle auf dem asiatischen Kontinent liegenden Staaten, die dies wünschen, ohne irgendwelche Ausnahmen teilnehmen werden. Niemals sprach jemand von einer Nichtteilnahme oder gar von einer „Isolierung" Chinas (ganz zu schweigen davon, daß es überhaupt lachhaft wäre, an die „Isolierung" eines so großen Landes zu denken). Was die Sowjetunion angeht, so würde sie eine Teilnahme der Volksrepublik China an Maßnahmen zur Festigung der Sicherheit in Asien begrüßen.

Liebe Freunde!

Wir wären natürlich nicht aufrichtig, wenn wir sagen würden, das jetzige Vorgehen Chinas in der internationalen Arena entspreche der Aufgabe, den Frieden und die friedliche Zusammenarbeit zwischen den Staaten zu festigen. Aus irgendwelchen ihnen allein bekannten Gründen wollen die Leiter Chinas nicht ihre Versuche aufgeben, die internationale Atmosphäre zu vergiften und die weltweiten Spannungen zu erhöhen. Sie erheben weiterhin an die Sowjetunion absurde Gebietsforderungen, die wir natürlich kategorisch zurückweisen. Sie wiederholen hartnäckig die abgedroschenen Erdichtungen der antikommunistischen Propaganda von einer „sowjetischen Gefahr", trommeln von einer „Bedrohung aus dem Norden", lehnen alle vernünftigen Vorschläge für eine Regelung und für den Abschluß eines Nichtangriffsvertrags ab, halten ihr Volk weiterhin in einem künstlich geschaffenen Kriegsvorbereitungsfieber. Und all dies ist von der Verbreitung unsinnigster verleumderischer Anwürfe gegen die UdSSR und andere Länder wie auch von unverschämten Versuchen begleitet, sich in unsere – und übrigens nicht nur in unsere – inneren Angelegenheiten einzumischen.

Dabei fällt die äußerste Prinzipienlosigkeit der Außenpolitik der chinesischen Leiter auf. Sie sagen, sie seien für Sozialismus und friedliche Koexistenz, suchen aber in der Praxis die internationalen Positionen der Länder des Sozialismus auf jede Weise zu schwächen und die aggressiven Militärblöcke und abgekapselten Wirtschaftsgruppierungen der kapitalistischen Staaten zu größerer Aktivität anzuspornen. Sie behaupten, sie seien Anhänger der Abrüstung, sind aber in Wirklichkeit bemüht, alle realen Maßnahmen zur Begrenzung und Verminderung des Wettrüstens zu blockieren, und fahren fort, die Erdatmosphäre durch Kernwaffenversuche zu verseuchen, wodurch sie die öffentliche Weltmeinung herausfordern. In Worten beteuern sie, den gerechten Kampf der Araber um die Rückgabe der vom Aggressor geraubten Gebiete und um die Herstellung eines gerechten Friedens im Nahen Osten zu unterstützen, tun aber zugleich alles, um die reale Hilfe zu diffamieren, die den Opfern der Aggression von ihren treuesten Freunden, der Sowjetunion und den anderen Ländern der sozialistischen Gemeinschaft, erwiesen wird. Sie nennen sich Revolutionäre und drücken dabei herzlich dem Vertreter der faschistischen Junta der chilenischen Reaktionäre die mit dem Blut von Tausenden Helden der Revolution, von Söhnen und Töchtern der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes Chiles befleckte Hand.

Eine solche Politik begünstigt natürlich keineswegs die Festigung des Friedens und der Sicherheit. Sie trägt ins internationale Leben ein Element gefährlicher Instabilität hinein. Die Möglichkeit, diese Politik zu ändern, hängt jedoch voll und ganz von den Leitern Chinas ab. Was die Sowjetunion angeht, so würden wir, ich wiederhole es noch einmal, einen konstruktiven Beitrag Chinas zur Schaffung einer gesünderen internationalen Atmosphäre und zur Entwicklung einer loyalen und gleichberechtigten friedlichen Zusammenarbeit der Staaten begrüßen.

Verehrte Kongreßdelegierte! Bei der Lösung der für alle Völker der Erde lebenswichtigen Aufgaben der Verhütung eines neuen Weltkriegs und der Gewährleistung des Weltfriedens spielt die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika eine beträchtliche Rolle.

Die letzten zwei Jahre waren diese Beziehungen durch den Abschluß einer Anzahl wichtiger Verträge und Abkommen gekennzeichnet, darunter solcher wie der „Grundlagen der Beziehungen zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den Vereinigten Staaten von Amerika", wie des Vertrags und des Abkommens über eine Begrenzung der Raketenabwehrsysteme und der strategischen Offensivwaffen wie auch des Abkommens der UdSSR und der USA über die Verhütung eines Nuklearkrieges. Wir halten uns gewissenhaft an die aufgrund dieser Verträge und Abkommen übernommenen Verpflichtungen und gedenken dies auch künftig zu tun. Natürlich erwarten wir das Gleiche auch von der anderen Seite.

Nach unserer Ansicht bestehen für die Entwicklung der friedlichen, gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten in verschiedenen Bereichen gute Aussichten, selbstverständlich, wenn man an diese Frage verantwortungsvoll und loyal herangeht, wenn man sich tatsächlich an die Prin-

zipien des gegenseitigen Vorteils und der gegenseitigen Achtung hält und nicht versucht, sie zu verzerren, sich in die inneren Angelegenheiten des anderen einzumischen und ihm seine Bedingungen zu diktieren, wie dies einige verantwortungslose Politikaster in den Vereinigten Staaten im Widerspruch zum offiziellen politischen Kurs ihrer eigenen Regierung tun.

Was die Sowjetunion angeht, so sind wir überzeugt, daß die 1972 und 1973 angenommenen Dokumente eine Grundlage für eine beiderseits vorteilhafte Zusammenarbeit zum zweifellosen Nutzen des Friedens geschaffen haben.

Im Jahre 1974 steht bekanntlich ein offizieller Besuch des Präsidenten der Vereinigten Staaten in der Sowjetunion bevor. Wir möchten, daß damit neue bedeutende Schritte zur Entwicklung der friedlichen Beziehungen zwischen unseren Staaten und zur Gesundung der internationalen Lage eingeleitet werden.

Eine beträchtliche Rolle kann die erfolgreiche Vollendung der neuen Phase der Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA über die weitere Begrenzung und einen eventuellen Abbau der strategischen Rüstungen spielen. Wie Sie begreifen, ist das keine einfache Aufgabe, doch wir haben vereinbart, alles daran zu setzen, um sie zu lösen.

Wir alle, teure Freunde, lieben den Frieden, wünschen einen dauerhaften Frieden und kämpfen nach unseren Kräften und Möglichkeiten für seine Gewährleistung. Uns freut die gegenwärtige internationale Entspannung und Entwicklung der friedlichen Zusammenarbeit zwischen den Staaten. Wir möchten jedoch mit allem Nachdruck betonen, daß sich weder der Frieden noch die Entspannung in der Weltarena von selbst durchsetzen als eine Art Himmelsgabe. Sie können nur durch den beharrlichen, unermüdlichen Kampf sämtlicher friedliebender Kräfte — der Staaten, der politischen Parteien und Strömungen, der gesellschaftlichen Organisationen und einzelnen Menschen — gegen alles durchgesetzt werden, was der Entspannung entgegensteht, den Frieden bedroht, eine Kriegsgefahr heraufbeschwört.

Wir haben kein Recht, zu vergessen, daß bis jetzt in verschiedenen Teilen unseres Planeten Kriege ausbrechen, Menschen getötet, Städte, Fabriken und Dörfer zerstört, Kulturschätze vernichtet werden. Es sind Kriege, die von den Politikern gewohnheitsmäßig lokale, d. h. auf einen relativ engen geographischen Raum beschränkte Kriege genannt werden. Wie die Erfahrung zeigt, brechen sie unter den heutigen Bedingungen in der Regel da und dann aus, wo und wenn die Kräfte des Imperialismus und der Reaktion versuchen, die Freiheitsbewegung der Völker gewaltsam zu unterdrücken und die freie und unabhängige Entwicklung von Staaten zu verhindern, die sich für einen fortschrittlichen Weg der inneren Entwicklung und für einen antiimperialistischen Kurs in der Außenpolitik entschlossen haben.

Für Millionen Menschen auf unserem Planeten gibt es noch keinen Frieden; sie müssen mit der Waffe in der Hand gegen die imperialistischen Aggressoren und deren Handlanger, gegen die Willkür von Landräubern, für Freiheit und Unabhängigkeit und für das elementare Recht, Herr im eigenen Hause zu sein, kämpfen. Die Friedensanhänger können nicht umhin, daraus ihre Schlußfolgerungen zu ziehen.

Wir haben ferner kein Recht zu vergessen, daß auch unter den Bedingungen der internationalen Entspannung der Prozeß der materiellen Vorbereitung eines Weltkriegs weitergeht und sich sogar verstärkt.

Die Rüstungsbudgets der Länder des Nordatlantikblocks werden jedes Jahr um zwei bis drei Milliarden Dollar vergrößert, und hinter diesen Zahlen stehen immer neue Typen von Vernichtungsmitteln: neue immer verheerendere Nuklearbomben und -geschosse, neue, immer mächtigere Raketen, Panzer und Flugzeuge, Kriegsschiffe und Unterseeboote. Die qualitative Vervollkommnung der Waffen hat ein nie dagewesenes Ausmaß angenommen.

Dabei wird versucht, ein solches Vorgehen mit Behauptungen zu rechtfertigen, es werde zu einem Erfolg bei den Rüstungsrestriktionsverhandlungen verhelfen, da dadurch „Trümpfe zum Ausspielen" bei diesen Verhandlungen geschaffen würden. Es ist völlig klar, daß diese „Trümpfe" in der Tat nichts weiter bringen werden als ein neues Anpeitschen des Wettrüstens. Was die Verhandlungen über eine Begrenzung der Rüstungen angeht, so sind für ihren Erfolg nicht neue Militärprogramme erforderlich, sondern das aufrichtige, durch beiderseitige Zurückhaltung untermauerte Streben nach Bändigung des Wettrüstens.

Noch heute, fast drei Jahrzehnte nach dem zweiten Weltkrieg, stößt der Pflug des Ackermanns oder der Bagger des Bauarbeiters des öfteren auf Geschosse und Minen. Der Krieg bringt sich in Erinnerung und gefährdet heute noch, in friedlichen Tagen, wieder Menschenleben. Aber sind die kolossalen, in der Geschichte der Menschheit noch nie dagewesenen Vorräte an Massenvernichtungsmitteln, die startbereit stehen, von patrouillierenden Flugzeugen und Unterseebooten mitgeführt werden und die unterirdischen Depots der Militärstützpunkte auf dem ganzen Erdball überfüllen — und dies

jetzt, heute —, nicht tausendmal gefährlicher? Kann man etwa mit Zuversicht an einem dauerhaften, langwährenden Frieden bauen, wenn unter seinem Fundament weiterhin diese modernen „Pulverfässer" lagern, die den ganzen Planeten in die Luft sprengen können?

Die militärischen Vorbereitungen der kapitalistischen Staaten zwingen auch die sozialistischen Länder, die erforderlichen Mittel für die Verteidigung bereitzustellen und sie dem friedlichen Aufbau zu entziehen, dem wir alle unsere Anstrengungen widmen, alle unsere materiellen Ressourcen zukommen lassen möchten. In das Wettrüsten werden auch Dutzende von jungen unabhängigen Ländern einbezogen, wozu natürlich die Bedrohung ihrer Unabhängigkeit durch den Imperialismus bald in diesem, bald in jenem Raum der Welt beiträgt.

Selbstverständlich sind die fortschreitende Ausdehnung des von den aggressiven Kreisen des Imperialismus angepeitschten Wettrüstens und die internationale Entspannung, die jetzt eingesetzt hat, zwei gegenläufige Prozesse. Sie können sich sozusagen nicht endlos parallel abwickeln. Wenn wir wollen, daß Entspannung und Frieden von Dauer seien, so muß dem Wettrüsten Einhalt geboten werden.

Eben davon gehen die zahlreichen Initiativen der Sowjetunion und anderer sozialistischer Staaten aus, die darauf abzielen, das von der UNO gebilligte Programm der allgemeinen und vollständigen Abrüstung in die Tat umzusetzen. Ebendiesem Ziel dienen die Vorschläge über entsprechende Teilmaßnahmen einschließlich des gegenwärtig der UNO-Vollversammlung vorliegenden Antrags der UdSSR, die Staaten, die ständige Mitglieder des UNO-Sicherheitsrats sind, sollten ihre Rüstungsbudgets um 10 Prozent kürzen, und ein Teil der dadurch eingesparten Mittel sollte zur Erweisung von Hilfe an die Entwicklungsländer verwendet werden.

Wir möchten noch auf einen weiteren Umstand aufmerksam machen. Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika treffen einvernehmlich bestimmte Maßnahmen, um das, was in Staatsdokumenten als strategische Waffen bezeichnet wird, zu begrenzen. Wir leben jedoch in einer Welt, wo alles eng miteinander verbunden ist. Es ist klar, daß der Kampf für die Verhütung eines Kernkrieges nicht lange auf die Bemühungen von lediglich zwei Staaten beschränkt bleiben kann, besonders wenn die anderen — vor allem Kernmächte — zur selben Zeit ihre Rüstungen weiter steigern werden.

Wir glauben, der Prozeß der Begrenzung und Einstellung des Wettrüstens wie auch der Entspannungsprozeß müssen sich immer weiter ausdehnen, müssen neue Staaten und Gebiete des Planeten erfassen. Ebenso muß sich der Kreis der Staaten erweitern, die bereits bestehenden internationalen Abkommen beigetreten sind wie etwa der Konvention über das Verbot der bakteriologischen Waffe, den Verträgen über die Nichtweitergabe von Kernwaffen und über das Verbot der Versuche mit ihnen. Es ist die direkte Pflicht aller aufrichtigen Friedensanhänger, dies zu verlangen und energisch darauf hinzuwirken.

Das Wettrüsten wird mitunter als etwas Selbstverständliches, ja fatal Unvermeidliches betrachtet. Diese gefährliche psychologische Trägheit muß überwunden werden, und die friedliebende Öffentlichkeit der ganzen Welt ist berufen, dabei eine gewaltige Rolle zu spielen.

Man muß klar sehen, daß der Frieden durch ganz konkrete soziale Gruppen, Organisationen und Leute bedroht wird. So ist zum Beispiel selbst nach dem Zeugnis höchster Persönlichkeiten der größten Länder des Westens die als Militär-Industrie-Komplex bezeichnete verhängnisvolle Allianz gewerbsmäßiger Militaristen mit den Monopolen, die sich an der Herstellung von Kriegsmaterial bereichern, dort gleichsam zu einem „Staat im Staate", zu einer auf eigene Faust wirkenden Kraft geworden. Der Militarismus verunstaltet nicht nur die Gesellschaft, die ihn hervorgebracht hat. Die Auspuffgase der Kriegsrüstungsmaschine verseuchen die politische Atmosphäre des Planeten mit den Ausdünstungen von Haß, Angst und Gewalt. Zu ihrer Rechtfertigung werden Mythen von einer „sowjetischen Gefahr" und der Notwendigkeit, die sogenannten westlichen Demokratien zu beschützen, in die Welt gesetzt. Aber der militaristische Roboter päppelt die reaktionärsten, die faschistischen Tyranneien als seine Lieblingskinder hoch und verschlingt die demokratischen Freiheiten.

Die Redner, die vor mir das Wort ergriffen, sprachen richtig über die Vorgänge in Chile. Auch ich kann an dieser Frage nicht vorbeigehen. Ungeheuerliche, ganz unverhüllte Schmähung der Verfassung des Landes, schamlosestes Niederstampfen der demokratischen Traditionen einer ganzen Nation, Hohn über die elementare Gesetzlichkeit, Erschießungen, Foltern und barbarischer Terror, Bücherverbrennungen — so sieht die faschistische Fratze der Militärjunta wirklich aus, das ist das wahre Gesicht der Reaktion, der inneren wie der äußeren, die kein Verbrechen scheut, um dem klar und frei bekundeten Willen des Volkes zum Trotz ihre Privilegien wiederherzustellen.

Die Tragödie Chiles hat in den Herzen von Millionen Menschen, in den verschiedensten Kreisen der demokratischen Öffentlichkeit aller Länder der Welt brennenden Schmerz verursacht. Salvador Allende und die anderen Helden dieses Landes, die ihr Leben um der Freiheit und des Friedens willen geopfert haben, werden immer in unserem Gedächtnis fortleben. Gestatten Sie mir, von der Kongreßtribüne aus unserer vollen Solidarität mit den Demokraten und Patrioten Chiles und der festen Überzeugung Ausdruck zu verleihen, daß die gerechte Sache, für die sie kämpften und heute unter so schweren Bedingungen kämpfen — die Sache der Unabhängigkeit, der Demokratie und des sozialen Fortschritts —, unbesiegbar und unausrottbar ist! Und die Verteidigung dieser hohen Werte, ihre Durchsetzung, der Kampf gegen diejenigen, die diese Werte bedrohen und zu vernichten suchen, all das steht in untrennbarem Zusammenhang mit dem Kampf für die Gewährleistung eines dauerhaften Friedens auf Erden.

Was die Politik der friedlichen Koexistenz und der friedlichen Zusammenarbeit der Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung, betrifft, so werden wir Kommunisten häufig gefragt: Ist diese Politik eigentlich mit den revolutionären Anschauungen vereinbar?

Ich will daran erinnern, daß Lenin, dieser größte Revolutionär, sagte: Revolutionen werden nicht auf Bestellung oder Vereinbarung gemacht. Man kann hinzufügen, daß die Revolution, der Klassenkampf, die Freiheitsbewegungen auch nicht auf Bestellung oder Vereinbarung abgesagt werden können. Es gibt auf der Erde keine Kräfte, die das eherne Gesetz der Erneuerung des gesellschaftlichen Lebens rückgängig machen könnten. Wo es Kolonialismus gibt, wird es Kampf um nationale Befreiung geben. Wo es Ausbeutung gibt, wird es Kampf um die Befreiung der Arbeit geben. Wo es Aggression gibt, wird ihr eine Abfuhr erteilt werden.

Die Volksmassen sind bestrebt, die Welt zu verändern, und sie werden sie verändern. Was die Sowjetunion angeht, so wird sie immer an der Seite der Kräfte des sozialen Fortschritts stehen. Wir sind Gegner eines „Exports der Revolution". Zugleich solidarisieren sich die Kommunistische Partei der Sowjetunion, unsere Regierung und das ganze Sowjetvolk offen und eindeutig mit ihren Klassenbrüdern, die im Ausland kämpfen, mit den antiimperialistischen Befreiungsbewegungen. Und dieser Standpunkt widerspricht nicht im geringsten dem Kampf für den Frieden, für die friedliche Zusammenarbeit der Staaten.

Mit den Prinzipien der friedlichen Koexistenz verfechten wir das, was für Milliarden Menschen auf Erden das Kostbarste ist: ihr eigentliches Lebensrecht, ihr Recht auf Erlösung von der Gefahr einer Vernichtung des Lebens durch die Flammen eines Krieges. Zugleich kämpfen wir damit auch um günstige internationale Bedingungen für den sozialen Fortschritt aller Länder und Völker. Es geht darum, daß jedem Volk das Recht zugestanden wird, sich die Gesellschaftsordnung zu wählen, die ihm genehm ist, es geht um die einfachen und klaren Normen des Verkehrs zwischen den Staaten. Eine Verletzung dieser Normen führt nicht nur zur Untergrabung der Gleichberechtigung in den Beziehungen zwischen den Ländern, sondern auch zu bewaffneten Konflikten, denn heutzutage finden sich die Völker mit einem Diktat nicht mehr ab, werden sie sich nicht mit ihm abfinden. Und sie haben das volle Recht, einer Aggression Abfuhr zu erteilen. Angesichts der Spaltung der Welt in zwei Systeme kann die internationale Sicherheit nur auf der vollständigen und strikten Respektierung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, namentlich auf der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten, beruhen.

In diesem Zusammenhang muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß einige Kreise im Westen in letzter Zeit diese Prinzipien faktisch umgehen wollen, indem sie eine Art Neuauflage des kalten oder, wenn beliebt, des psychologischen Krieges vorschlagen. Es handelt sich um die Kampagne unter der heuchlerischen Losung des „Schutzes der Menschenrechte" in den sozialistischen Ländern.

Die einen von den Einpeitschern dieser Kampagne behaupten, es könne keine Entspannung geben ohne Veränderungen der inneren Ordnung der sozialistischen Länder. Andere haben scheinbar nichts gegen die Entspannung, erklären aber mit verblüffender Offenheit, sie hätten die Absicht, den Entspannungsprozeß zu benutzen, um die sozialistische Ordnung zu schwächen und sie in letzter Instanz zu zerstören, dem breiten Publikum aber wird diese Taktik als Sorge um die Menschenrechte oder um die sogenannte Liberalisierung unserer Ordnung präsentiert.

Nennen wir die Dinge beim rechten Namen, liebe Freunde. Man redet von Freiheit und Demokratie, von den Menschenrechten, in der Wirklichkeit aber dient diese ganze lärmende Kampagne nur einem Zweck: die Versuche der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der sozialistischen Staaten zu tarnen, die imperialistischen Ziele der eigenen Politik zu bemänteln. Man redet von Liberalisierung, meint aber damit die Abschaffung der realen Errungenschaften des Sozialismus, die Untergrabung der sozialen und politischen Rechte der Völker der sozialistischen Länder.

Wir haben keinen Grund, einem ernsten Gespräch über die Menschenrechte auszuweichen. Unsere Revolution, der Sieg des Sozialismus in unserem Land hat die Rechte des schaffenden Menschen einer beliebigen Nationalität, die Rechte der Millionenmassen der Werktätigen nicht nur proklamiert, sondern auch real gesichert — so, wie es der Kapitalismus in keinem Lande der Welt vermocht hat.

Möglicherweise sind solche Menschenrechte wie das Recht auf Arbeit, auf Bildung, auf Sozialleistungen, auf unentgeltliche ärztliche Hilfe und auf Erholung vom Standpunkt der bürgerlichen Weltanschauung etwas Zweitrangiges oder sogar Unannehmbares. Hier nur eine Zahl: In den nichtsozialistischen Ländern sind jetzt rund 100 Millionen Menschen arbeitslos. In vielen kapitalistischen Staaten werden die Rechte der nationalen Minderheiten, der ausländischen Arbeiter, die Rechte der Frauen auf gleiche Entlohnung mit den Männern beschnitten. Sind viele Westmächte nicht eben aus diesem Grund bisher noch nicht Partner internationaler Konventionen, die die Gewährleistung der sozialen und politischen Menschenrechte betreffen?

Die gigantischen sozialökonomischen Umgestaltungen in unserem Land sind das Resultat breitesten und bewußtesten politischen Schaffens der Volksmassen und zugleich ihres Willens, die von ihnen errichtete Ordnung vor beliebigen Anschlägen zu schützen. Deshalb werden die sowjetischen Menschen keinerlei Angriffe auf die Souveränität unseres Staates als des Beschützers ihrer sozialen und politischen Errungenschaften dulden. Diese Souveränität ist keine Schranke für Kontakt und Austausch, sondern eine verläßliche Garantie für die Rechte und Freiheiten, die unserem Volk nicht in den Schoß gefallen sind.

Die sowjetischen Gesetze bieten unseren Bürgern umfassende politische Freiheiten. Zugleich schützen sie unsere Ordnung und die Interessen des Sowjetvolkes vor beliebigen Versuchen, diese Freiheiten zu mißbrauchen. Und das entspricht in vollem Umfang den von der Sowjetunion ratifizierten internationalen Menschenrechtskonventionen, wo es heißt, daß die in ihnen erwähnten Rechte „keinerlei Begrenzungen unterworfen sein können außer solchen, die, im Gesetz vorgesehen, notwendig sind, um die staatliche Sicherheit, die öffentliche Ordnung, die Gesundheit oder die Moral der Bevölkerung oder die Rechte und Freiheiten anderer zu schützen ...". Wir haben unsere Unterschrift daruntergesetzt.

Von welchen Freiheiten reden diejenigen, die uns angreifen? Wir haben zum Beispiel ein Gesetz, das Kriegspropaganda in beliebiger Form verbietet. Es gibt eine Gesetzgebung, die die Verbreitung der Ideen des Rassen- oder Nationalhaders, des Rassen- oder des Nationalhasses, die die nationale Würde irgendeines Volkes erniedrigen, unterbindet. Es gibt Gesetze, die die Verhütung amoralischer Erscheinungen bezwekken, die sich gegen eine moralische Zersetzung der Gesellschaft richten. Will man gar, daß wir um des freien Austauschs von Ideen und Informationen willen auch auf diese Gesetze verzichten? Oder will man uns davon überzeugen, daß dies der Entspannung und der Annäherung zwischen den Völkern dienen würde?

„Entweder ihr ändert eure Lebensweise, oder kalter Krieg!" sagt man uns. Wenn wir aber nun ebenso antworten würden? Wenn wir als Voraussetzung der Entwicklung normaler zwischenstaatlicher Beziehungen die Abänderung von Gesetzen und Zuständen in der bürgerlichen Gesellschaft fordern, die unseren Vorstellungen von Gerechtigkeit und Demokratie zuwiderlaufen? Ich nehme an, solche Forderungen würden die Aussichten für eine gesunde Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen nicht verbessern.

Man kann nicht für den Frieden kämpfen und dabei Anschläge auf die souveränen Rechte anderer Völker verüben. Man kann nicht für die Menschenrechte eintreten und zugleich die Prinzipien der friedlichen Koexistenz torpedieren.

Sagen wir es geradeheraus: Jetzt ist niemand mehr imstande, die Welt des Sozialismus zu untergraben, aber leider ist es noch möglich, den Frieden zu untergraben, denn der Frieden hängt von vielseitigen Bemühungen ab, nicht zuletzt von der gegenseitigen, ich unterstreiche das, von der gegenseitigen Respektierung der Prinzipien der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten. Was die Sowjetunion angeht, so wird unser Staatsschiff, die Dünung der dem Sozialismus feindlichen Propagandakampagnen durchquerend, auch künftig unbeirrt seinem Kurs folgen: dem Kurs auf die konstruktive Lösung der Probleme, die auf der Tagesordnung des internationalen Lebens stehen.

III

Werte Freunde! Die Menschheit braucht einen dauerhaften Frieden. Doch wann er anbricht und wie er sein wird, das hängt von der Fähigkeit aller friedliebenden Kräfte ab, die bereits geschaffenen Möglichkeiten voll zu nutzen.

Ich glaube, niemandem von uns wird ein Frieden recht sein, der sich nach wie vor auf das „Gleichgewicht der Angst" stützt. Ein solcher Frieden würde sich kaum vom kalten Krieg unterscheiden. Es wäre ein „kalter Frieden", der leicht wieder in eine das Bewußtsein und das Leben der Völker bedrückende, angespannte Konfrontation umschlagen und zu einem weltweiten Konflikt führen könnte.

Die Völker wünschen einen zuverlässigen und unwiderruflichen Frieden, einen Frieden, der, wenn man so sagen kann, auf dem Gleichgewicht der Sicherheit und des gegenseitigen Vertrauens beruht, einen Frieden, offen für umfassende internationale Zusammenarbeit zum Wohle des Fortschritts.

Der Frieden ist ein unschätzbares Gut. In dem Bewußtsein zu leben, daß nirgends Blut fließt, die Gewißheit zu haben, daß morgen nicht Bomben und Granaten auf das Dach deines Hauses niedergehen, daß die Kinder aufwachsen können, frei von den Tragödien und Leiden, die die älteren Generationen erlebt haben – all dies ist das höchste aller Güter.

Der Frieden ist jedoch nicht nur eine Frage der Sicherheit. Er ist auch die wichtigste Voraussetzung für die Lösung der größten Probleme der modernen Zivilisation, mit diesen aber hängt die eigentliche Zukunft der Menschheit zusammen. Jawohl: die Zukunft unseres gesamten Planeten, der wir bereits Rechnung tragen müssen, wenn wir die heutigen Probleme lösen, wie kompliziert und schwierig sie an sich sein mögen. Sie als Vertreter der vielschichtigen Öffentlichkeit aller Teile der Welt müssen dies wohl besonders stark empfinden.

Es genügt, hier nur einige von den Problemen zu nennen, die bereits heute vielen Sorge zu machen beginnen: Energieressourcen; Umweltschutz; Beseitigung solcher Erscheinungen wie Massenhunger und gefährliche Krankheiten; Erschließung der Schätze des Weltmeeres.

All dies erfordert eine allseitige, aufrichtige, sachliche Zusammenarbeit der Regierungen, der Vertreter der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Kreise und selbstverständlich der verschiedensten Organisationen – der politischen, gewerkschaftlichen und kulturellen. Es bedarf einer guten gegenseitigen Kenntnis der Völker und folglich auch eines lebhaften, mannigfaltigen Verkehrs zwischen ihren zahlreichen Vertretern.

Begreiflicherweise ist die wichtigste Vorbedingung einer solchen Zusammenarbeit Frieden. Ohne ein System internationaler Beziehungen, das auf der friedlichen Koexistenz beruht, kann man weder an die gründliche Lösung der allgemeinmenschlichen Zukunftsprobleme gehen, noch die vielen unaufschiebbaren Gegenwartsaufgaben erfolgreich bewältigen.

Die konkreten Richtungen des weiteren Vormarsches zu einem Frieden, wie wir ihn alle wollen, sind klar. Ich habe hier von ihnen gesprochen. Sie werden durch die gegenwärtige internationale Lage selbst gewiesen. Und wir sind fest überzeugt, daß es durch gemeinsame Bemühungen möglich sein wird, die lebenswichtigen Aufgaben zu lösen, die jetzt im Kampf für die Festigung des Friedens in den Vordergrund gerückt sind.

Es geht vor allem darum, dazu beizutragen, daß die noch schwebenden bewaffneten Konflikte auf gerechter Grundlage geregelt werden.

Es geht um die Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa und dann auch in Asien, was es ermöglichen würde, allmählich die heutige Teilung der Welt in militärpolitische Blöcke zu überwinden.

Es geht um die Einstellung des nuklearen und sonstigen Wettrüstens aufgrund ehrlicher Einhaltung der von den Staaten freiwillig eingegangenen Verpflichtungen und, was besonders aktuell ist, darum, daß sich alle großen Länder in diesen Prozeß einschalten. Damit würde die allmähliche Eingengung der materiellen Grundlage der militärischen Konfrontation eingeleitet werden.

Es geht um die Entwicklung der wirtschaftlichen, wissenschaftlich-technischen und kulturellen Zusammenarbeit nach den Grundsätzen der vollen Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils ohne jede Diskriminierung und ohne Versuche, sich in die inneren Angelegenheiten des anderen einzumischen.

So stellen wir uns die aktuellen Aufgaben des Friedenskampfes in den gegenwärtigen Verhältnissen vor. Selbstverständlich verlangt die Lösung einiger von ihnen Zeit, während andere schon jetzt unverzügliches, sofortiges Handeln erfordern. Aber zur Lösung dieser wie jener bedarf es beharrlicher, energischer, aktiver Bemühungen sowohl der Staaten als auch der politischen Kräfte und der breiten Kreise der Öffentlichkeit, die an der Konsolidierung des Friedens interessiert sind.

Die langen Jahre des kalten Krieges haben ihre Spuren im Bewußtsein der Menschen, und zwar nicht nur der Berufspolitiker, hinterlassen. Es sind dies Vorurteile, Argwohn, ungenügende Kenntnis der wirklichen Standpunkte und Möglichkeiten der anderen, ja mangelnder Wille, diese kennenzulernen. Und die Umstellung ist gewiß nicht leicht. Aber das muß geschehen, man muß lernen zusammenzuarbeiten.

Unsere Friedensphilosophie ist die Philosophie des historischen Optimismus. Trotz der Kompliziertheit und Widersprüchlichkeit der gegenwärtigen Situation sind wir vom Erfolg der Friedensoffensive überzeugt, die jetzt einen so großen Umfang angenommen hat. Worauf beruht dieser Optimismus?

Vor allem darauf, daß ein so ständiger, mächtiger und dynamischer Friedensfaktor besteht wie der reale Sozialismus, dessen friedliebende Politik sich aus dem eigentlichen Wesen dieser Gesellschaftsordnung ergibt. Unser Optimismus stützt sich auf die Einheit der Auffassungen und Handlungen der meisten sozialistischen Staaten.

Unser Optimismus beruht auf der tiefwurzelnden Interessiertheit vieler Staaten und Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, darunter der nichtpaktgebundenen Länder, an einem gerechten und demokratischen Frieden.

Unser Optimismus beruht auf den bereits errungenen Erfolgen der Politik der friedlichen Koexistenz, darauf, daß sich in den führenden Kreisen einer Reihe von kapitalistischen Ländern zunehmend das Verständnis des realen Kräfteverhältnisses in der Welt wie auch der Unvertretbarkeit von Kriegen als Mittel zur Entscheidung internationaler Probleme durchsetzt.

Unsere Gewißheit, daß die Sache des Friedens unbesiegbar ist, stützt sich auf den tiefen Glauben an die große, lebensbejahende Kraft der Friedensliebe des schaffenden Menschen – des Arbeiters, des Bauern, des Intellektuellen, die ja die gewaltige, die erdrückende Mehrheit der Erdbewohner bilden.

Schließlich ist unser Optimismus hinsichtlich des Friedens mit der Tätigkeit aller gesellschaftlichen Bewegungen verknüpft, die sich für den Frieden einsetzen und auf diesem weltweiten Forum so breit vertreten sind, mit der weiteren Entwicklung der Aktionseinheit der Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten und Christen.

All dies ermutigt und verleiht Gewißheit.

Aber das auf dem Weg zum Frieden Erreichte bedarf unablässiger Entwicklung. Dieser Weg wird auch weiterhin nicht einfach sein. Wir werden viele Hindernisse überwinden und noch manchen Gegenangriff der Friedensfeinde zurückschlagen müssen. Daß dieser Kampf kompliziert ist, hängt auch mit den neuen Bedingungen zusammen, mit der neuen Etappe der internationalen Beziehungen, in die wir bereits eingetreten sind. Sie wird nach wie vor nicht nur hohe Konsequenz, Standhaftigkeit und Energie erfordern, sondern auch vollkommenere Arbeitsformen, neue Methoden, rechtzeitig und exakt zu ergreifende konkrete Initiativen, die das Entstehen von Spannungsherden zu verhüten und Pannen im Entspannungsprozeß zu verhindern vermögen. Es ist noch viel zu tun, um jeden der friedliebenden Ströme zu aktivieren und sie zugleich in einem gemeinsamen Bett zusammenfließen zu lassen. Das Gebot des historischen Augenblicks, wenn Sie wollen, das Gebot der Epoche besteht darin, alle Friedenskräfte der Menschheit für die Gewährleistung der friedlichen Entwicklung aller Länder und aller Völker zu vereinen.

Teure Freunde! Millionen Menschen in aller Welt setzen in den Weltkongreß der Friedenskräfte große Erwartungen. Sie erwarten Antworten auf die brennenden Fragen, die die breitesten Massen bewegen, sie erwarten Orientierungspunkte für die gesellschaftliche Weltbewegung, die berufen ist, zur Lösung eines der Kardinalprobleme des 20. Jahrhunderts – des Problems der Gewährleistung eines dauerhaften Friedens – beizutragen. Das ist eine große Verantwortung, aber auch, wie mir scheint, ein großer, inspirierender Stimulus.

Gestatten Sie mir, Ihnen zu versichern, daß Sie bei Ihrem Wirken zur Festigung des Friedens bei der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und bei der Sowjetregierung, bei allen sowjetischen Menschen die heißeste und wirksamste Unterstützung finden werden.

Das innere Leben der Sowjetunion, das Tun und Trachten der sowjetischen Menschen, unserer Partei und Regierung sind vom Friedenswillen getragen. Wer schon früher bei uns war, wie auch diejenigen, die zum erstenmal nach Moskau gekommen sind, alle erkennen deutlich, daß das sowjetische Volk vom Pathos der friedlichen schöpferischen Arbeit beseelt ist.

Unser Volk vollendet jetzt das dritte Jahr des neunten Planjahrfünfts. Schon heute können wir auf Grund der vorläufigen Ergebnisse dieser drei Jahre mit Bestimmtheit sagen, daß die vom XXIV. Parteitag der KPdSU festgelegten wichtigsten sozialökonomischen Kennziffern erfüllt sein werden. Eine Bestätigung dafür ist vor allem das stabile Wachstum des Nationaleinkommens unseres Landes, das in drei Jahren des Planjahrfünfts um 16,4 Prozent anwachsen wird.

Große Erfolge sind in der Entwicklung aller Volkswirtschaftszweige zu verzeichnen. War im Plan für das Jahr 1973 ein Zuwachs der Industrieproduktion um 5,8 Prozent vorgesehen, so belief er sich in neun Monaten dieses Jahres, verglichen mit der entsprechenden Zeitspanne des Vorjahres, faktisch auf 7,3 Prozent.

Dank der ständigen Fürsorge der Partei und des Sowjetstaates sowie der aufopferungsvollen Arbeit der Werktätigen des Dor-

fes wurde im laufenden Jahr eine Rekordernte erzielt. Offenbar werden über 215 Millionen Tonnen oder nach unserem traditionellen russischen Maß mehr als 13 Milliarden Pud Getreide eingebracht sein. Der Jahresplan der staatlichen Getreideaufkäufe ist bereits überboten. Über siebeneinhalb Millionen Tonnen Rohbaumwolle und mehr als 82 Millionen Tonnen Zuckerrüben sollen aufgekauft werden. Das sind ebenfalls große Erfolge.

Allein in drei Jahren des laufenden Planjahrfünfts werden in den Städten und Dörfern der Sowjetunion rund 7 Millionen neue Wohnungen gebaut.

Diese Erfolge freuen die sowjetischen Menschen, auch von unseren Freunden in der ganzen Welt werden sie begrüßt. Wissen sie doch, daß diese Erfolge zur Festigung des Weltfriedens beitragen.

Sie können dem Sowjetvolk vertrauen, das sowohl in den ersten Jahren nach seiner großen Revolution als auch in den Jahren des sozialistischen Aufbaus, in der Schlacht gegen den Faschismus, in den Nachkriegsjahrzehnten und jetzt an der vorgeschobenen Linie des Kampfes für die Interessen der Menschheit stand und steht.

Ich möchte abschließend den Veranstaltern des Kongresses und Ihnen allen, liebe Freunde, dafür danken, daß mir die Möglichkeit geboten wurde, von dieser hohen Tribüne zu sprechen. Gestatten Sie, verehrte Kongreßteilnehmer, Ihnen zum Abschluß große Erfolge bei Ihrer fruchtbaren gemeinsamen Arbeit zu wünschen, die – ich bin davon überzeugt – in den Herzen der Menschen aller Kontinente unseres Planeten Widerhall finden wird.

(Die Rede von L. I. Breshnew wurde mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen und wiederholt von langanhaltendem Beifall unterbrochen.)

Ernst Busch

singt auf AURORA-Schallplatten

Chronik in Liedern, Balladen und Kantaten aus der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Interessant bei dieser Serie: Das als Heft aufgemachte Schallplattencover enthält viele Informationen: Liedtexte, Plakate, Noten, Dokumente.

Als NEUAUFLAGE stellen wir vor:

Rote Reihe:

Nr. 3 Trotz alledem! Sozialistenmarsch, Lied der Zuversicht.
Nr. 4 Kantate vom Krieg, Frieden, Inflation; Walter Mehring
Nr. 5 Kurt Tucholsky
Nr. 6 Erich Weinert – Lieder

Preis: DM 8,– je Heft (1 EP)

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16, Telefon (02 31) 57 20 10

unsere zeit

UZ
Unsere Zeit
Zeitung der DKP

Die Zeitung
der arbeitenden Menschen

Zeitung der DKP

TAGESZEITUNG	WOCHENZEITUNG
☐ Ich bestelle die UZ — UNSERE ZEIT — als **TAGESZEITUNG** für mindestens 3 Monate (Abonnementspreis: monatlich DM 7,—)	☐ Ich bestelle die UZ — UNSERE ZEIT — als **WOCHENZEITUNG** für mindestens 1 Jahr (Abonnementspreis: vierteljährlich DM 6,50)

BITTE IN BLOCKSCHRIFT AUSFÜLLEN

Name

Vorname

PLZ Ort

Straße und Hausnummer

Beruf

Datum Unterschrift

Dr. Wenzel-Verlag GmbH
41 Duisburg 12, Pothmannstraße 12
Telefon (0 21 31) 46 00 21/22

SOZIALISTISCHE POLITIK

Politisch-ökonomische Analysen, Diskussion, Berichte und Dokumentation

24 (Juni 73)

Dieter Klein: Die Jagd auf die „heilige Kuh" oder das Manöver „Lebensqualität" / *Kurt Zieschang:* Ursachen und Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus / *Michael Weber:* X. Weltfestspiele in Berlin / *Autorenkollektiv:* Widerspruch und Antagonismus im Sozialismus / *Autorenkollektiv:* Klassenstruktur und Klassenbewußtsein in der BRD.

Volker Klohr: Antifaschistische Tarnschriften / *Wilma Albrecht:* Literatur und Widerstand.

25 (Aug. 73)

Hans W. Rachdorf: Klassenkämpfe in Spanien (II) / *André Leisewitz, Wanja v. Heiseler:* Zu den ökonomischen Kämpfen und Bewegungen in der BRD im ersten Halbjahr 1973 / *Winfried Wotschak:* Ökonomische Gesetze des Sozialismus / *Wilhelm Raimund Beyer:* Wie kommt das Proletariat in die Philosophie?

26 (Okt. 73)

Salvador Allende: An das chilenische Volk / *Internationale Solidaritätskonferenz:* Ein Programm breiter Hilfsaktionen für Chiles Patrioten / *Lothar Peter:* Probleme und Tendenzen der Qualifikationsstruktur der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus / *Christoph Ziegenrücker:* Probleme der Strukturentwicklung der Arbeiterklasse in der DDR.

Hans Sarkander: Internationale Friedenspolitik und Westberlin / *Wilma Gensinger, Richard Albrecht:* Kurt Schumacher oder der Auftrag des sogenannten „demokratischen Sozialismus" / *Rüdiger Mischkowski:* Chinesische Außenbeziehungen / *Hellmuth Lange:* Klassenlage und Bewußtseinsformen technisch-wissenschaftlicher Lohnarbeiter im Allgemeinen.

27 (Dez. 73)

Die Klassenstruktur der BRD und Westberlins 1950–1970 / Zur Kritik bürgerlicher Bildungsplanung – am Beispiel der Sozialwissenschaften / Theoretische Aspekte der Mitbestimmungsproblematik / Kongreß für Philosophie in Varna / Technische Intelligenz / Grundrisse der Geschichte der Politischen Ökonomie des Sozialismus / Thesen zu einigen „linken" bildungsökonomischen Auffassungen.

Einzelheft DM 4,–, Jahresabo DM 20,– (inkl. Porto)

Verlag und Vertrieb SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH
1 Berlin 41 - Postfach 270 - Postscheck 62010-107

facit — Lieferbare Titel

Alle Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

Ab facit Nr. 25 kostet das Heft im Abonnement nur 2,– DM

Ein Abonnement = 5 Hefte kostet 10,– DM + Porto

Beiträge zur sozialistischen Literatur der Weimarer Republik, 144 S., 6,– DM

Antiimperialistischer Kampf im Iran – die gegenwärtigen Aufgaben der Conföderation Iranischer Studenten (CISNU), facit-Reihe 11, 80 Seiten, 2,50 DM

Israels Verflechtung mit dem Imperialismus, facit-Reihe 12, 48 Seiten, 2,– DM
Der Kampf gegen den Antikommunismus in der Schulpolitik und Analysen der bürgerlichen Pädagogik in der BRD, mit Dokumenten, facit-Reihe 13, 88 Seiten, 2,50 DM

Der historische Materialismus und die Parteilichkeit der realistischen Literatur von F. W. Plesken; **facit-Reihe 10,** 56 Seiten, 2,– DM

Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB SPARTAKUS, „Mit SPARTAKUS im SPARTAKUS", Taschenbuch mit Fotos, **facit-Reihe 9,** 308 Seiten, 6,– DM

Arbeiterklasse gegen Faschismus von Georgi Dimitroff
facit-Reihe 8, broschiert, 114 Seiten, 3,50 DM

Evolution und Revolution in der Weltgeschichte. Mit elf Beiträgen namhafter Historiker der DDR zur Dialektik von Evolution und Revolution in den verschiedenen Epochen der Geschichte von der Antike bis zur Gegenwart. 204 Seiten, **facit-Reihe 7,** 6,– DM

„Für die siebziger Jahre – eine Philosophie des Stückwerks? Kritische Anmerkungen zu einem Aufsatz des Mannheimer Neopositivisten Hans Albert" von Harald Wessel
facit-Reihe 6, 32 Seiten, 1,– DM

Internationaler Klassenkampf (Mit zahlreichen Beiträgen von Genossen aus Afrika, Asien und Lateinamerika, die dort selber mitten in den Klassenauseinandersetzungen stehen.) Neben Beiträgen über die einzelnen Erdteile insgesamt enthält der Band Artikel aus: Nigeria, Mexiko, Sudan, VAR, Libanon, Indien, Mongolei, Argentinien, Kuba, Kolumbien, Guayanas. Also: Informationen aus erster Hand!
facit-Reihe 5, broschiert, 180 Seiten, 5,– DM

Paul Schäfer: Probleme und Perspektiven der Studentenbewegung – zu einigen Fragen revolutionärer Taktik an der Hochschule
Karlheinz Heinemann: Marxismus kontra bürgerliche Ideologie – Aufgaben des ideologischen Kampfes an den Hochschulen der BRD
Michael Wilmes: Marxismus und bürgerlich-demokratisches Kulturerbe
Oskar Neumann: Das Manifest – Wissenschaft von der Zukunft
Andre Leisewitz: Marx und Engels zum Verhältnis von Naturwissenschaften und Philosophie
Dieter Ewig: Ein Gespenst geht um in der SDP ... – Der staatsmonopolistische Kapitalismus oder Warum es Johano Strasser „wurscht" ist, „von welchem großen Klassiker das kommt"
Kurt Zierschang: Ursachen und Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus u. a.
KP Chile: Um die Zukunft des Landes – Thesen des ZK zum XV. Parteitag der KP Chiles
Paul Schäfer: Kapitalismus, wissenschaftlich-technischer Fortschritt und staatsmonopolistische Hochschulreform
Gert Schubring: Arbeitsmarktpolitik im Kapitalismus
Stephan Voets: Demokratische Alternative in der Schule? – Zur Diskussion um die Hessischen Rahmenrichtlinien
Christiane Reymann: Festival – Erfolg der antiimperialistischen Bewegung
Dokumentation: Forderungen des DGB zur Hochschulreform. 96 S., 2,50 DM

Futurologie — Wer plant denn da? Was? — Zur wissenschaftlichen Gesellschaftsprognose spätkapitalistischer Entwicklungen — Kritisches zur bürgerlichen Futurologie von Prof. Dr. Dieter Klein (Im Anhang: Ein Gespräch während des Futurologenkongresses vom 10. bis 15. November 1969 in München mit den Tagungsteilnehmern Dr. Thomas Müller und Dipl.-Ing. Oskar Neumann), **RK extra 7,** 52 Seiten, DIN A 4, 2,50 DM

SDS in Sofia — Dokumentation zum Ausschluß von fünf Kommunisten aus dem SDS — Zur Vorgeschichte der zweiten Spaltung des SDS: **facit aktuell 3,** DIN A 4, 124 S., nur 1,— DM

facit 29: Ingo Hansen, Veränderungen in der gesellschaftlichen Qualifikationsstruktur und die soziale Lage der technischen Intelligenz; Günter Klimaszewsky/Eberhard Thomas, Marxistisch-leninistische Dialektik oder maoistische Pseudodialektik?; Hannelore Viehmann/Reinhard Hamel, Ostkunde im Schulunterricht — Antikommunismus in Aktion; E. Hexelschneider, Koexistenz, Kulturaustausch und Bonns „zwischenstaatliche Gesellschaftspolitik"; Wolfgang Bartels, Arbeiterjugend und Weltjugendfestspiele; u. a. 96 S., 2,50 DM

facit Nr. 27: Prof. Dr. Gerhard Riege, Über das Verhältnis von Sozialismus und Kommunismus; Hartmut Geil, Uwe Günther, Friedhelm Hase, Zur Kritik der bürgerlichen Rechtswissenschaften; Prof. Walter Hollitscher, Marxismus — Ergänzungen und Entstellungen; Dr. Günter Krause, Durch eine neue Technik zu einer neuen Klasse? — Kritisches zur Theorie der „neuen Arbeiterklasse"; Wolfgang Bartels, Berufsbildung auf dem Wege in die Zukunft? Zum „Berufsbildungskongreß der Deutschen Wirtschaft"; H. H. Adler, H. Wienert, „Proletarische Aufklärung" oder sozialistischer Hochschulkampf — Zur Politik des maoistischen „K"SB. 96 S., 2,50 DM

facit Nr. 26: G. Nurtsch, Arbeiterklasse und Gesetzmäßigkeit in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft; M. Volbers, Internationale sozialistische Arbeitsteilung und ökonomische Integration im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW); A. G. Jegorow, Die weitere Entwicklung der Sowjetgesellschaft auf dem Wege zum Kommunismus; Th. Mies, Die negative Utopie des „sozialistischen Studiums"; J. Reusch, Kultur und Kunst bei Mao Tse-tung; P. Schäfer, „K"SG (ML) — Korrekte Massenlinie als rechts-, linksopportunistischer Zickzackkurs u. a.; 82 S., 2,50 DM

Steffen Lehndorff: Grundlage der Einheit im VDS; Rechtskartell und Monopolkapital: Christof Kievenweim: Polititische Reaktion und faschistische Herrschaftsformen — Anmerkung zu einigen Tendenzen der Faschismus-Diskussion in der Deutschen Linken; Manfred Bosch: NLA — Portrait einer kommenden Rechtspartei; Johanna Hund: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1971, **facit Nr. 24,** 1,— DM

Steffen Lehndorff: Für Demokratie und sozialen Fortschritt; Christof Strawe: Perspektiven der demokratischen und sozialistischen Studentenbewegung; G. Matthiessen: Zum Rechtskartell in der BRD; B. Müller: Formierung der Rechtskräfte in der Universität; Jacques Nagels (KP Belgiens): Technokratische oder demokratische Strukturreform an der Universität; K. Peters: Ideologie und Methodologie in der bürgerlichen Philosophie; F. Adler: Wie kritisch ist Habermas' „kritische Theorie"?; u. a. — **facit Nr. 22/23** (Doppelheft), 2,— DM

Walter Hollitscher: Aneignung der Natur und Natur der Aneignung; F. W. Piesken: Zur Literatur über den Naturdialektik-Streit; E. J. Hobsbawm: Lenin und die „Arbeiteraristokratie"; Robert Steigerwald: Brief an einen Genossen Studenten; P. Schäfer: Hochschulrahmengesetz — Baustein staatsmonopolistischer Formierung; M. Maercks: Die Bundeswehrschule — Schule der Nation, Geistige Militarisierung in Westdeutschland; Fred Schmid: Friedensforschung als Kriegsforschung; u. a. **facit Nr. 21,** 1,— DM

Prof. Dr. Dieter Klein: Revolution in Frankreich? — Was ist heute revolutionär?; Dr. J. H. v. Heiseler: Internationaler Klassenkampf — Zu den wesentlichen Grundbeziehungen im weltrevolutionären Prozeß; H. E. Schmitt: Möglichkeiten revolutionären parlamentarischen Kampfes; Dr. Heiseler: Zu eigenen Ursachen der Schwankungen in der theoretischen Bewegung im SDS; Högemann-Ledewohn/A. Nigbur: Liberalisierung und Demokratisierung? — Zur Entwicklung der Tschechoslowakei; u. a., **facit Nr. 13/14,** 1,— DM

BESTELLSCHEIN

..... Abonnement facit (5 Hefte) = 10,— DM + Porto ab Nr. .....

..... Expl. Facit Nr. 29, 28, 27, 26, 25, 24, 22/23, 21, 20, 19, 17, 16, 15, 13/14

..... Expl.: „Revolutionäre Strategie . . ." facit-Reihe 3; 3,— DM + Porto

..... „Internationaler Klassenkampf" facit-Reihe 5; 5,— DM + Porto

..... facit-Reihe 6; 1,— DM + Porto

..... „Evolution und Revolution" facit-Reihe 7; 6,— DM + Porto

..... „Arbeiterklasse gegen Faschismus" (Dimitroff) 3,50 DM + Porto

..... „Der historische Materialismus und die Parteilichkeit der realistischen Literatur", facit-Reihe 10; 2,— DM + Porto

..... „Futurologie" (Prof. D. Klein) RK extra 7; 2,50 DM + Porto

..... „Woran starb der SDS? . . ." RK extra 9; 1,50 DM + Porto

..... „SDS in Sofia . . ." facit-aktuell 3; 1,— DM + Porto

..... „Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB SPARTAKUS" Taschenbuch — 308 Seiten, 6,— DM + Porto

..... „Antiimperialistischer Kampf im Iran — Die gegenwärtigen Aufgaben der Confoderation Iranischer Studenten (CISNU)", 80 Seiten, 2,50 DM

..... „Israels Verflechtungen mit dem Imperialismus", facit-Reihe 12, 48 Seiten, 2,— DM

..... Der Kampf gegen den Antikommunismus in der Schulpolitik und Analyse der bürgerlichen Pädagogik in der BRD facit-Reihe 13, 88 Seiten, 2,50 DM

..... Beiträge zur sozialistischen Literatur der Weimarer Republik, 148 S., 6,— DM

Bestellungen an:

Weltkreis-Verlags-GmbH, 46 Dortmund, Brüderweg 16

...hören Sie mal rot!

neu

Chile
Quilapayùn
Chile im Kampf: "Die Geschichte muß jetzt mit den Armen und Ausgebeuteten Amerikas rechnen." (Fidel Castro in der "Zweiten Erklärung von Havanna", 1962). Lieder der "Armen Amerikas", gesungen von der bekanntesten chilenischen Gruppe. "Die Bärte" (Quilapayùn) bereisten Lateinamerika und Europa als Botschafter des neuen Chile, der Unidad Popular. Jetzt rufen sie auf zum Widerstand gegen das faschistische Militärregime und zur weltweiten Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes: "Wir werden eher sterben, als unser Vaterland verraten."
Serie Sieg 7
30-cm-LP, stereo, mit Textheft
Bestell-Nr. S 88 105, DM 22,–

Four Green Fields
Eddie & Finbar Furey
Dudelsack-Weltmeister und all-round-Musiker, Folk-Poeten und Sänger, Iren und Kämpfer, präsentieren "typisch Irisches", eigenwillig, romantisch, furios und hintersinnig.
Serie Folk 3
30-cm-LP, stereo, mit Textheft
Bestell-Nr. S 12 F 200, DM 22,-

Dieter Süverkrüp
singt Lieder der deutschen Revolution von 1848
u.a. von Heinrich Heine, Georg Weerth, Georg Herwegh, Ludwig Pfau, Adolf Glassbrenner
30-cm-LP, stereo, mit Textheft
Bestell-Nr. S 11 102, DM 22,–

Gesamtverzeichnis anfordern!

pläne

Verlag „pläne" GmbH
46 Dortmund, Ruhrallee 62

Folklore und revolutionäre Lieder aus aller Welt

Zum Beispiel Südamerika

CHILE
Canto a lo Humano
Junan Capra dokumentiert auf dieser Platte unterschiedliche Stilrichtungen der chilenischen Volksmusik.
LDX 74 407, Preis: DM 22,–

LE CHANT PROFOND DE L'AMERIQUE LATINE
revolutionäre Kampflieder und Folklore aus Südamerika, mit Texten.
LDX 74 395, Preis: DM 22,–

ATAHUALPA YUPANQUI
der gebürtige Indio, Professor für Literatur, textet fast alle seine Lieder selbst. Er begleitet sich meisterhaft auf der Gitarre.
preguntitas sobre dios
LDX 74 415, Preis: DM 22,–
i soy libre! isoy bueno!
LDX 74 371, Preis: DM 22,–
basta ya
LDX 74 457, Preis: DM 22,–
campesino
LDX 74 394, Preis: DM 22,–
aus der Serie
SPÈCIAL INSTRUMENTAL
guitare des andes
LDX 74 439, Preis: DM 22,–
Alle Titel mit Texten bzw. Spielanleitung

CHANTS DE LA REVOLUTION CUBAINE
Lieder der kubanischen Revolution, mit Texten.
LDX 4288, Preis: DM 22,–

und viele andere! Gesamtverzeichnis anfordern!

Weltkreis-Verlags-GmbH
46 Dortmund, Brüderweg 16
Telefon (02 31) 57 20 10

nur

rote blätter

1 Mark

Politik des MSB·SPARTAKUS aus 1. Hand!

JNFormation + DOKUmentation + ARGUment + DISKUSSION

in rote blätter 15:

- Freundschaftsvertrag FDJ/MSB Spartakus
- BAFöG-Kampf
- SHB-Bundesdelegiertenversammlung
- Interview mit Herbert Mies
- Weltkongreß der Friedenskräfte
- Auseinandersetzung mit der Gruppe SOAK bei den Jusos

Bestellungen an:

MSB SPARTAKUS
Bundesvorstand
53 Bonn 1, Postfach

MARXISTISCHER STUDENTENBUND

SPARTAKUS